CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI

SEDUTA 21. SITZUNG

8-5-1961

Presidente: ALBERTINI

Vicepresidente: PUPP

IV. LEGISLATURA - IV. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Disegno di legge n. 5:

« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1961 »

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 5:

« Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der Region Trentino - Tiroler Etschland für das Rechnungsjahr 1961 »

Seite 3

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 9,15

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 3-5-1961.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Nessuna; il verbale è approvato.

Continua la discussione sul **disegno di legge n, 5**: « *Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario* 1961 ».

Erano iscritti a parlare sull'emendamento di 150.000.000 di elevazione del cap. 152, il Dr. Brugger e il Dr. Dalsass.

La parola al Dr. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Es ist wohl ein wenig trostlos, wenn man vor leeren Bänken sprechen muß, aber der zuständige Assessor ist ja immerhin da und deswegen kann man ohne weiteres mit den Ausführungen beginnen. Das Gesetz Nr. 3 hat selbstverständlich auf regionaler Ebene eine besondere Bedeutung. Es ist jenes Gesetz, womit den Gemeinden in besonderer Weise unter die Arme gegriffen wird, damit sie alle öffentlichen Arbeiten, die auf Gemeindeebene unbedingt notwendig sind, durchführen können. Nun haben wir in den letzten Jahren gesehen, daß von diesem Gesetz sehr viel Gebrauch gemacht wurde. Wir mußten mitansehen, daß die Beiträge auf diesem Gesetze sehr lange, oft jahrelang, ausblieben und daß die Gemeinden somit mit ihren Programmen nicht vorwärtskamen. Das ist jedoch nicht zu verwundern, denn diese Fragen und Projekte sind immer mehr geworden und die Gelder in der Regionalbilanz sind immer dieselben geblieben. Deswegen habe ich es für notwendig gefunden, darauf hinzuweisen, daß man mit diesen Geldern das Problem in keiner Weise lösen kann. Man muß sich mit dem Gedanken tragen, dieses Kapitel zu erhöhen. Man muß mehr Gelder für die Gemeinden vorsehen und es wäre in keiner Weise richtig, wie ich vom Assessor Dr. Salvadori zu hören glaubte, nun auch die Prozentsätze ein wenig zuzustutzen. Denn schließlich und endlich hat der Assessor Salvadori auch gesagt, daß man, wenn man die Beiträge gewährt, dann auch auf die finanziellen und wirtschaftlichen Belange der Gemeinde oder des betreffenden Gesuchstellers Rück-

sicht nehmen muß. Und gerade darauf wollte ich hinweisen. Wer kann das eigentlich besser tun: der Assessor Salvadori oder der zuständige Landesausschuß?

Nun komme ich zum Kernpunkt des Problems. Ich möchte hier ganz förmlich erklären, daß es der Landesausschuß Bozen als eine Fopperei ansehen würde, wenn man von seiten des Regionalausschusses ohne weiteres die Prozentsätze reduzieren oder auch hinaufsetzen würde, denn der Landesausschuß macht seine Vorschläge nach genauer Überprüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der betreffenden Gemeinde. Deswegen möchte ich hier ganz offen sagen, daß der Landesausschuß Bozen — ich weiß nicht, wie der von Trient denkt — absolut verlangt, daß man seine Vorschläge auch einhält und nicht damit herummanipuliert, wie es einem besser paßt.

Es wurde auch über die Dezentralisierung der Befugnisse auf diesem Gebiete gesprochen. Kollege Ceccon hat erklärt, daß es doch besser wäre, wenn sich die Provinzen überhaupt mit dem Gedanken tragen würden, eine Dezentralisierung auf diesem Sachgebiet anzustreben, denn es sind ja schon Verpflichtungen für mehr als 3 Milliarden Lire da und es bräuchte die ganze Legislaturperiode, um denselben nachzukommen. Dies ist eigentlich ein Argument, um eine Dezentralisierung nicht vorzunehmen. Denn wenn es Verpflichtungen sind — und darüber möchte ich auch noch ein wenig reden — und wenn diese Verpflichtungen heute in einer Höhe von 3 Milliarden Lire vorhanden sind, so wird es in vier Jahren in keiner Weise besser sein. Wenn man vielleicht dann erst an die Dezentralisierung heranginge, ist anzunehmen, daß nicht nur 3, sondern 4 Milliarden und mehr solcher Verpflichtungen vorhanden sein werden. Ich habe schon vorhin gesagt, man müsse erst sehen, ob diese Verpflichtungen vorhanden sind oder nicht. RR. Ceccon hat sich auf die Ausstellung der sogenannten provisorischen Baubewilligungen bezogen und die Bewilligung zum Baubeginn wurde für so viel Projekte ausgegeben, daß eben, wie er sagte, der Betrag von 3 Milliarden und 40 Millionen in beiden Provinzen zusammengekommen ist. Assessor Turrini, der vorhergehende Assessor auf dem Gebiete der Öffentlichen Arbeiten, hat darauf scharf reagiert und gesagt, es wären keine Verpflichtungen. Der zuständige Assessor Salvadori dagegen hat sich in seiner Antwort darauf hinzuweisen beschränkt, daß Assessor Turrini bereits die Antwort gegeben hätte. Nun möchte ich fragen: Sind es Verpflichtungen oder sind es keine Verpflichtungen? Assessor Turrini sagte, es sind keine Verpflichtungen. Wenn es keine Verpflichtungen sind, dann möchte ich den Assessor Dr. Salvadori ersuchen, die Gemeinden nicht so lange warten zu lassen und nicht alles so auf die lange Bank zu schieben — daß sie Gefahr laufen, den Regionalbeitrag zu verlieren. Wenn es keine Verpflichtungen sind, dann, sehr geehrter Herr Assessor, geben Sie allen Gemeinden und auch jedem Gesuch die Bewilligung zum provisorischen Baubeginn. Erst dann bin auch ich der Ansicht, daß es keine Verpflichtungen mehr sind. Dann wird man bei der Verteilung oder Zuweisung dieser Regionalbeiträge nach einer bestimmten Rangordnung oder wie immer es der Ausschuß zu tun gedenkt, vorgehen. Aber in diesem Falle soll man allen Gesuchstellern die Bewilligung zum provisorischen Baubeginn geben. Man soll sie nicht ein, zwei, drei, vier Jahre hinhalten. Wenn dann vielleicht einer Gemeinde, die glaubte, nicht länger warten zu dürfen, eingefallen ist, den Bau zu beginnen und nun von seiten der Region festgestellt wird, daß diese Gemeinde ohne Baubewilligung begonnen hat, dann läuft sie Gefahr, keinen Beitrag mehr zu erhalten. Es sind Gemeinden darunter, die zwei,

drei, vier und wahrscheinlich auch fünf Jahre auf diese provisorische Baubewilligung warten. Es ist nicht tragbar, daß man die Gemeinden so hinhält und ihnen dann vielleicht nach fünf Jahren sagt: Meine liebe Gemeinde, du hast angefangen, ohne vorher unser Dokument in der Hand zu haben und deswegen bekommst du keinen Beitrag mehr. Selbstverständlich hat die Gemeinde unter dem Druck der Bürger mit schweren Opfern gebaut, denn wenn es nicht eine absolute Notwendigkeit ist, wird die Gemeinde nicht ohne weiteres hergehen und bauen. Ich weiß nicht, ob es ein schlechter Vorschlag ist, aber ich möchte dem Regionalausschuß nahelegen, man solle allen Gemeinden oder allen Gesuchstellern, wie die Gesuche eben einlaufen, diese provisorische Bewilligung zum Baubeginn ausstellen, wenn einmal die Dokumente vollständig sind. Dann ist jede Gemeinde und jeder Gesuchsteller in Ordnung, wenn er einmal bei der Verteilung der Beiträge drankommen sollte. Wie einige Vorredner bereits erwähnt haben, bin auch ich der Meinung, daß bei der Verteilung der Beiträge eine gewisse Rangordnung aufgestellt werden müßte, damit man nicht wieder nach Belieben oder nach Vorsprache des bestimmten Herrn, Kollegen oder Bekannten, vielleicht die eine oder andere Gemeinde berücksichtigen kann. Man soll nach einem bestimmten Kriterium vorgehen. Selbstverständlich muß man die finanzielle und wirtschaftliche Seite der Gesuchsteller, der Gemeinde oder Fraktion in diesem Falle berücksichtigen. Man muß auch schauen, ob diese Gemeinden in der Vergangenheit viel oder wenig an Beiträgen bekommen haben und auch noch andere Faktoren berücksichtigen.

(È un po' desolante il dover parlare di fronte ai banchi vuoti. L'Assessore competente è tuttavia presente e per questo penso di poter senz'altro iniziare il mio dire. La legge n. 3 ha naturalmente un'importanza particolare su scala regionale. Si tratta di quella legge fatta per aiutare in modo particolare i Comuni nell'affrontare lavori pubblici di ogni genere resisi assolutamente necessari nell'ambito del Comune stesso. E di questa legge ci si è serviti moltissimo, come abbiamo potuto constatare nel corso di questi ultimi anni. Ma abbiamo pure dovuto assistere al fatto che i contributi previsti da questa legge si sono fatti attendere spesso per molti anni e in modo che i Comuni non potevano compiere alcun passo in avanti nella realizzazione dei propri programmi. Non c'è tuttavia da stupirsene, tenendo conto del fatto che i problemi ed i progetti sono via via andati crescendo e aumentando di numero, mentre i mezzi previsti nel bilancio regionale sono sempre rimasti gli stessi. È per questo che ho ritenuto fosse necessario di affermare, come con tali mezzi il problema in sè non possa trovare la sua soluzione. Occorre perciò ventilare la necessità di aumentare rispondentemente i fondi di tale capitolo. Bisogna cioè prevedere e stanziare a favore dei Comuni somme maggiori e secondo me non sarebbe in alcun modo cosa giusta, come mi sembrava di aver capito da quanto ci ha detto l'assessore dott. Salvadori, di « adeguare » ora pure le percentuali. L'assessore Salvadori aveva in fin dei conti affermato pure che, concedendo dei contributi, si debba tener conto pure delle condizioni finanziarie ed economiche del Comune o del relativo richiedente. È proprio a questo che intendevo riferirmi. Chi è più qualificato a farlo: l'assessore Salvadori oppure la Giunta Provinciale competente?

Toccherò ora il nocciolo del problema dichiarando formalmente, che la Giunta provinciale di Bolzano non potrebbe non considerare una presa in giro, se la Giunta regionale procedesse alla riduzione oppure all'aumento delle percentuali, visto che la Giunta provinciale

elabora le proprie proposte solo dopo aver attentamente vagliata la situazione finanziaria ed economica di un determinato Comune. Devo per questo dichiarare con tutta franchezza che la Giunta provinciale di Bolzano — non so come la vede quella di Trento — pretende in maniera assoluta che le sue proposte vengano rispettate e non manipolate come pare e piace.

Si era parlato pure della decentralizzazione delle attribuzioni riguardanti tale materia. Fu il collega Ceccon a dichiarare che sarebbe meglio le Province pensassero a realizzare la decentralizzazione nella materia in oggetto, visto che ci sono ormai degli impegni per oltre tre miliardi di lire, per fronteggiare i quali sarebbe necessario un intero periodo legislativo Per la verità è questo un argomento il meno indicato per realizzare la decentralizzazione. Ciò perchè tale mole d'impegni, a proposito dei quali intendo occuparmi un po', non sarà certamente diminuita nello spazio di quattro anni, visto che gli stessi sin d'oggi ammontano a ben tre miliardi di lire. Se si volesse solo allora affrontare i compiti inerenti alla decentralizzazione, bisogna prevedere che in tal caso gli impegni non saranno di soli tre, ma di quattro e più miliardi. Ho detto prima che si dovrebbe vedere in quel misura gli anzidetti impegni esistono o meno. Il cons. Ceccon si era riferito all'elenco delle cosiddette licenze provvisorie di costruzione, rilasciate per l'inizio dei lavori per un numero tale di progetti da raggiungere in entrambe le Province un importo di tre miliardi e quaranta milioni di lire. L'Assessore Turrini, il quale era Assessore ai lavori pubblici nella precedente legislatura, aveva reagito alle anzidette affermazioni in maniera piuttosto energica dicendo che non ci sarebbero degli impegni. L'attuale Assessore competente Salvadori si era invece nella sua risposta limitato a dire che l'Assessore Turrini avrebbe già in proposito risposto. Ora sono però io a chiedere, se gli impegni ci sono o non ci sono? L'Assessore Turrini ha affermato che degli impegni non ce ne sarebbero. Ma, se ciò è esatto, vorrei invitare l'Assessore dott. Salvadori a non far aspettare troppo tempo i Comuni e a non trascinare tutto alle lunghe, facendo sì che i Comuni corrono il rischio di perdere il contributo regionale. Se quindi non esistono degli impegni, dia allora, egregio Assessore, a tutti i Comuni l'autorizzazione provvisoria per l'inizio dei lavori e faccia altrettanto con le domande presentate. Solo da quel momento in poi sarò anch'io d'avviso che degli impegni effettivamente non esistono. Si procederà poi nella distribuzione o nella assegnazione dei contributi regionali a seconda di una determinata graduatoria, che in un modo o nell'altro la Giunta vorrà stabilire. In questo caso però si dovrebbe rilasciare a tutti i richiedenti l'autorizzazione per l'inizio provvisorio dei lavoi. E non occorre procrastinarlo per uno, due, tre o addirittura quattro anni. Se ci fosse un qualsiasi Comune che, ritenendo di non dover attendere oltre, avesse avuto l'idea di iniziare i lavori e che il fatto di aver dato inizio ai lavori senza la relativa licenza venisse a conoscenza della Regione, tale Comune correrebbe il rischio di non ottenere più il contributo. Ci sono dei Comuni che attendono ormai da due, tre, quattro e forse anche cinque anni l'autorizzazione provvisoria. Non è tollerabile che i Comuni vengano trascinati in tal modo per sentirsi dire dopo cinque anni, di avere iniziati i lavori senza attendere il documento prescritto giocandosi in tal guisa il contributo. Il Comune naturalmente, esposto alle pressioni dei propri abitanti, ha costruito compiendo gravi sacrifici, poichè, nessun Comune si deciderà a costruire senza che ci sia una assoluta necessità. Non so, se la proposta che farò ora, sia buona o meno. La proposta che faccio è quella di concedere a tutti i Comuni o a tutti coloro che

presentano una domanda, l'autorizzazione provvisoria per l'inizio dei lavori non appena che le domande arrivano all'organo competente: basta che la documentazione sia completa. In tal modo ogni Comune e chiunque dovesse presentare una domanda sarà in regola allorquando sarà giunto il suo turno nella distribuzione o assegnazione dei contributi. Come alcuni che mi hanno preceduto hanno già detto, sono pure io d'avviso che si debba stabilire una certa graduatoria per la distribuzione dei contributi. Ciò per evitare che si possa a piacere e dopo la visita in ufficio del signor tal dei tali, di qualche collega o conoscente dare la preferenza ad uno piuttosto che ad un altro Comune. Occorre procedere attenendosi ad un determinato criterio. È chiaro peraltro che occorre tener conto delle condizioni finanziarie ed economiche dei presentatori delle domande, ossia del Comune o della frazione. Bisogna pur vedere prima, se tali Comuni nel passato hanno o meno già fruito di contributi, oltre naturalmente a prendere in considerazione pure altri fattori.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore Salvadori.

SALVADORI (Assessore lavori pubblici e trasporti - D.C.): Gli argomenti toccati dal cons. Dalsass sono tutti importanti, anche se si riferiscono a diversi aspetti di uno o più problemi. Il problema di fondo è indubbiamente quello che riguarda il numero di domande avanzate dalle amministrazioni comunali alla Giunta regionale per ottenere dei contributi sulle opere che le stesse amministrazioni intendono eseguire. Non si vuole in alcun modo ridurre o minimizzare l'importanza di tali opere; tuttavia la graduatoria si rende assolutamente necessaria, onde poter intervenire nel modo più oppotuno con i mezzi relativamente modesti a disposizione del bilancio regionale. Non possono i Comuni pretendere che l'Assessorato regionale dei lavori pubblici intervenga per ognuna delle opere da loro progammate con un contributo, perchè appunto i mezzi a disposizione della Regione sono quelli che sono. Pertanto, o i Comuni provvedono direttamente, oppure si deve tralasciare la esecuzione di un certo numero di opere e la si rinvia ad esercizi successivi, perchè se non ci si può bagnare due volte nella stessa acqua, non si può nemmeno spendere due volte i medesimi soldi. Ora, qui dobbiamo tener presente il fatto nuovo della presenza dei fondi dei bacini imbriferi, che in passato non hanno operato e che oggi operano in questo senso nella nostra Regione. Dobbiamo tener presente il fatto che non è accettabile da parte della Regione un dialogo Regione-BIM che escluda l'amministrazione comunale interessata, a meno che — l'ho detto nelle mie dichiarazioni — non sia accertato che altre fonti per la copertura finanziaria, afferente alla parte non evidentemente già finanziata dal contributo regionale e dal BIM, non siano reperibili presso l'amministrazione interessata. Qui si darebbe il caso di quei Comuni così poveri, così disperati, che nel corso di questi 10-12 anni non hanno potuto eseguire un'opera pubblica, perchè quand'anche la Regione fosse ad essi venuta incontro nella misura massima consentita dalla legge, cioè col 70% di contributo, loro eran così poveri da non poter disporre nemmeno del rimanente 30%. Questi sono i casi nei quali è consentito il discorso BIM-Regione, perchè è accertato che altre possibilità non ci sono *in loco*. Ma che *in loco* altre possibilità ci siano, e che di queste altre possibilità si voglia approfittare per affrontare nuove spese e nuovi lavori, che si debba rispettare integralmente il massimo delle percentuali, come generalmente viene proposto, allora ciò, si sappia, automaticamente

significa ridurre il numero delle opere da finanziare.

Ora, quale sia la somma dei bisogni nella provincia di Trento e nella provincia di Bolzano, è a tutti noto, sia perchè, in misura maggiore o minore, tutti si muovono nell'ambito della regione, e perchè è stato ripetuto nel corso di questo e di altri dibattiti nell'Assemblea. I mezzi a disposizione sono quelli che sono. La Giunta regionale valuterà, peserà una per una le proposte che sono state formulate dalla Giunta provinciale, evidentemente; ma la Giunta provinciale, di Bolzano in particolare, tenga presente che, se noi volessimo eseguire le proposte che ci vengono presentate da parte di essa Giunta, sia per quanto riguarda l'urgenza, sia per quanto riguarda la percentuale di contributo, i fondi che sono a disposizione in bilancio, non ce lo consentirebbero in ogni caso di fare. Cerchiamo di venire incontro alle richieste della Giunta provinciale nella maniera maggiore possibile, ma si tenga presente che il fatto di intrattenere con gli enti interessati un dialogo, nel senso di vedere ove è possibile di far concorrere gli enti locali, nella misura per loro sopportabile — perchè, ho detto, non vogliamo il punto di rottura per nessuno — questo è un fatto che ci deve essere consentito e che ci deve essere riconosciuto come un atto di buona volontà, inteso a far sì che con i mezzi a disposizione nel bilancio, si possa venire incontro, al più presto possibile, al numero maggiore possibile di richieste.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Ich bin dem Assessor sehr dankbar für seine Antwort, die mich jedoch sehr enttäuscht, weil er wiederum bestätigt hat, daß der Regionalausschuß die Vorschläge des Landesausschusses so berücksichtigen würde, wie sie gemacht werden. Was die Ausstellung von Bewilligungen zum Baubeginn betrifft, sagt er, könnte man diese Baubewilligungen nicht für sämtliche Bauvorhaben erteilen, weil man dadurch nur Gefahr laufen würde, sich in die Schulden zu stürzen. Ich möchte diese Erklärung des Assessors mit seiner Erklärung in Zusammenhang bringen, wo er sagt, um allen Gesuchen gerecht werden zu können, müsse der Ausschuß auch die Prozentsätze herabsetzen. In diesen zwei Erklärungen ist irgendwie ein Widerspruch enthalten. Auf der einen Seite sagt man, man wolle nicht, daß sich die Gemeinden allzustark verschulden und auf der anderen Seite mindert man ihnen den vom Landesausschuß für richtig erachteten Prozentsatz herab. Wenn man den Gemeinden weniger gibt, als sie auf Grund ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse bekommen müßten, dann macht man eben dieselbe Politik und stürzt die Gemeinden in die Schulden. Wenn der Regionalausschuß sich entschließen würde, allen Gemeinden, allen Gesuchstellern diese Bewilligung zum provisorischen Baubeginn zu geben, würde dies nicht vorkommen. Man müßte selbstverständlich in der geeigneten Weise auch bekannt geben, daß dies in keiner Weise bedeutet, in einem, in zwei oder in drei Jahren den Beitrag zu bekommen, weil so und so viele Gesuche bereits bei der Region aufliegen. Man kann auch nicht verlangen, daß das, was in zwei- bis dreihundert Jahren nicht gemacht worden ist, in zwölf oder in fünfzehn Jahren nachgeholt werden kann. Denn vor zwei- oder dreihundert Jahren sind die Bedürfnisse der Gemeinden nicht die gewesen, wie sie es heute auf Grund der modernen Entwicklung der Technik usw. geworden sind. Vor zwei-, dreihundert Jahren hat man überhaupt an solche Straßen, wie sie heute bestehen, nicht gedacht. Vor zweihundert Jahren war die Notwendigkeit der Kanalisierung z.B. nicht so gegeben, denn es sind einige

Häuser da und einige Häuser dort gestanden. Heute sind die geschlossenen Siedlungen viel mehr, der bebaute Raum ist viel größer und deswegen muß man auch daran denken, derartige Arbeiten durchzuführen, wie sie heute nötig sind. Nichtsdestoweniger muß die Region aber heute dafür sorgen, daß die Gelder aufgebracht werden, um den Gemeinden die Durchführung dieser Arbeiten zu ermöglichen. Was die Zuständigkeit der Region betrifft, habe ich nicht nur auf die Möglichkeit hingewiesen, die die Region hat, Straßen zu klassifizieren, sondern auch daß die Region darauf verzichtet hat, bestimmte Straßen zu klassifizieren, denen ein Staatsbeitrag zusteht. Ich habe mich auf eine Bestimmung des Regionalstatuts bezogen, wo nichts von « facoltà » steht, sondern wo man von Kompetenzen spricht, und zwar heißt es im Art. 4 des Autonomiestatuts, daß die Region für das Verkehrswesen (« viabilità ») zuständig ist und es steht nicht nur, daß die Region die Straßen klassifizieren kann, sondern daß sie für alles zuständig ist, was das Verkehrswesen betrifft und somit auch für die Beitragsgewährung und Beitragsverteilung. Ich habe gesagt, es ist zu bedauern, daß man sich über die Durchführung eines Staatsgesetzes innerhalb einer autonomen Region beglückwünscht und damit auf die Zuständigkeiten der Region verzichtet. Man hätte ohneweiters verlangen und auch erreichen können, daß man diese Gelder auf die Region überträgt und daß sie von der Region dann auf die zwei Provinzen verteilt werden. Das wäre meines Erachtens der richtige Weg gewesen.

Was dann die provisorischen Bewilligungen zum Baubeginn betrifft, möchte ich wiederum einen Widerspruch des Assessors aufzeigen. Der Assessor sagt, diese Baubewilligungen seien nichts anderes als eine Erklärung, daß die Gemeinden oder die Gesuchsteller das Recht haben, um einen Beitrag anzusuchen und nicht, daß sie das Recht haben, einen Beitrag zu bekommen. Aber ich sage dem Herrn Assessor, es braucht doch keine Baubewilligung, um den Gemeinden klar zu machen, daß sie das Recht haben, um einen Beitrag anzusuchen. Sie haben ganz klar gesagt: « Diritto a chiedere, non ad ottenere il contributo »; und um das Recht eingeräumt zu bekommen, um einen Beitrag anzusuchen, bedarf es dieser Bewilligung nicht. Da besteht ein Gesetz und ich glaube, es dürfte genügen, wenn einer auf Grund des Gesetzes um einen Beitrag ansucht und schließlich und endlich werden die Bewilligungen ja ausgestellt, nachdem das Ansuchen bereits hier vorliegt. Also ist das meines Erachtens — wie Sie es auch bezeichnet haben — ein Wechsel, der eingelöst werden muß. Es dürften daher nicht, wie man es bis heute gehandhabt hat, immer nur einige solcher Baubewilligungen ausgestellt, sondern alle Gesuche müßten genehmigt werden, dann würde dies hinfällig werden. Denn dann wissen die Gemeinden und sämtliche Institutionen, die um einen Beitrag angesucht haben, daß diese Baubewilligung nur dazu dient, beginnen zu dürfen und nicht mehr, und daß sie in keiner Weise früher als die anderen zum Zuge kommen werden.

(Sono molto grato all'Assessore per la sua risposta, la quale però mi ha molto deluso avendo egli nuovamente confermato che la Giunta regionale intende tener conto delle proposte della Giunta provinciale così come vengono fatte. In quanto al rilascio di autorizzazioni per l'inizio di lavori egli dice che le stesse non potrebbero essere concesse per tutti i progetti, visto che altrimenti si correrebbe il rischio di ingolfarsi in debiti. Metto tale dichiarazione dell'Assessore in relazione con la sua affermazione, secondo la quale la Giunta dovrebbe diminuire, rispettivamente ridurre le percentuali per essere in grado di soddisfare

tutte le domande. Tra queste due dichiarazioni mi pare esista una contraddizione. Da un lato si dice di voler evitare che i Comuni si indebitino troppo e dall'altro si riduce la percentuale loro riconosciuta dalla Giunta provinciale. Assegnando di meno ai Comuni, concedendo cioè a loro meno di quanto in base alle loro condizioni economiche e finanziarie dovrebbe loro spettare, si fa praticamente la stessa politica nell'indurre i Comuni ad indebitarsi. Ciò per contro non si verificherebbe se la Giunta regionale si decidesse a dare a tutti i Comuni, ovvero a tutti i richiedenti l'autorizzazione provvisoria per l'inizio dei lavori. Sarebbe naturalmente necessario di far sapere nei dovuti modi che ciò non potrà in alcun modo significare di ottenere il contributo entro due o tre anni, essendoci ormai un determinato numero di domande da soddisfare. Non si potrà d'altra parte neppure pretendere che, quanto non è stato fatto nel corso di due, tre secoli, possa ora essere fatto entro dodici o quindici anni. Ciò anche perchè due o tre secoli fa le esigenze dei Comuni non sono state quelle di oggi, scaturite dal progresso tecnico ecc. Due, tre secoli fa non si era neppure sognato di costruire strade quali quelle che abbiamo oggi. Così pure due secoli fa non c'era la necessità della fognatura come l'abbiamo oggi, poichè allora le case erano sparse un po' di là e un po' di qua. Oggi abbiamo in maggior numero gli agglomerati veri e propri e lo spazio utilizzato per gli abitati è ai giorni nostri molto più esteso. Proprio per questo sono stati resi necessari i lavori in parola. La Regione dovrà tuttavia provvedere a reperire i mezzi necessari onde consentire ai Comuni la realizzazione di tali lavori. Per quanto riguarda la competenza della Regione ho già accennato alla possibilità offerta alla Regione di procedere alla classificazione delle strade; ho però nello stesso tempo anche affermato che la Regione ha purtuttavia rinunciato a classificare determinate strade a favore delle quali è previsto un contributo statale. Mi ero riferito ad una norma dello Statuto regionale, la quale non parla affatto di facoltà, ma invece di competenze. L'art. 4 dello Statuto di autonomia stabilisce cioè che la Regione ha la competenza nella materia della viabilità e non è soltanto stabilito che la Regione può procedere alla classificazione delle strade, ma di essere competente per tutto quanto è attinente alla viabilità stessa e quindi pure per la concessione e la distribuzione dei contributi. Avevo detto pure essere cosa spiacente di congratularsi circa la esecuzione di una legge di Stato nell'ambito della Regione autonoma rinunciando alle competenze regionali. Sarebbe senz'altro stato possibile di chiedere e pure ottenere il trasferimento dei relativi fondi alla Regione e che gli stessi venissero poi ripartiti tra le due Province. Sarebbe stata quella, secondo me, la via giusta.

Per quanto riguarda l'autorizzazione provvisoria per l'inizio di lavori vorrei rimarcare un'altra contraddizione dell'Assessore. Egli cioè dice che tali autorizzazioni non siano altro che una dichiarazione, secondo la quale i Comuni ovvero i richiedenti avrebbero il diritto di chiedere la concessione di un contributo, ma non quello di ottenerlo. Vorrei al riguardo rispondere all'Assessore che non è necessario affatto una licenza di costruzione per far capire ai Comuni di avere il diritto a chiedere la concessione di un contributo. Lei, signor Assessore, ha detto letteralmente: « Diritto a chiedere, ma non ad ottenere il contributo ». Ripeto che non occorre ottenere il diritto di poter chiedere un contributo e di avere bisogno all'uopo di tale autorizzazione. Abbiamo una legge e penso che basti che uno chieda in base alla stessa la concessione di un contributo. In fin dei conti le autorizzazioni si rilasciano solo dopo che la

domanda è stata già presentata. Si tratta quindi, a mio avviso, come Lei stesso lo ha a sua volta definito, di una cambiale, che va pagata. Pertanto non dovrebbero essere rilasciate soltanto alcune di queste licenze, così come lo si è fatto sinora, ma tutte le domande dovrebbero essere approvate e così facendo quanto lamentato non si verificherebbe più. Tutti i Comuni e tutte le istituzioni che chiedono un contributo saprebbero allora che l'autorizzazione serve soltanto per iniziare i lavori e nulla di più e che in alcun modo ciò significa di arrivarci prima degli altri.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

SALVADORI (Assessore lavori pubblici e trasporti - D.C.): Non c'è più sordo di chi non vuol sentire. Io ho detto, consigliere, che l'autorizzazione all'inizio dei lavori significa, una volta che i lavori si sono eseguiti, possedendo questa autorizzazione, mantenere il diritto a chiedere il contributo regionale, mentre se i lavori si sono eseguiti senza aver ottenuto questa autorizzazione, significa avere perduto il diritto su quei lavori ad ottenere il contributo regionale, perchè la legge parla di opere da costruire.

DALSASS (S.V.P.): E chi lo dice?

SALVADORI (Assessore lavori pubblici e trasporti - D.C.): La legge.

DALSASS (S.V.P.): No!

SALVADORI (Assessore lavori pubblici e trasporti - D.C.): Ora, il valore dell'autorizzazione consiste in questo, perchè se in questo non risiedesse il valore, non vedo perchè tutti i Comuni si dovrebbero affannare a chiedere queste autorizzazioni; i Comuni potrebbero tranquillamente partire, costruirsi le loro opere, e non avremmo più il motivo di discussione qui dentro in materia. I Comuni, tuttavia, che partono con le autorizzazioni, partono nella speranza di vedere, prima o poi, parzialmente coperta la spesa di esecuzione delle opere, mediante la concessione del contributo regionale, e hanno aggravata la situazione, perchè, pur essendo stati avvertiti che con quella autorizzazione l'impegno ancora non sussisteva, per la parte non già disponibile di contributo, hanno contratto dei mutui che oggi gravitano con interessi passivi notevoli sui loro bilanci, e vengono pertanto a sollecitare la concessione dei contributi stessi. Ora, noi diciamo che se i Comuni intendono eseguire le loro opere, non avendo ottenuto ancora questa autorizzazione, devono sapere che partono a loro rischio e pericolo, che se si indebitano, lo fanno a loro rischio e pericolo e sarà la Giunta provinciale a giudicare se in sede tutoria dovrà o meno consentire a quei Comuni di partire, perchè non si venga poi qui a predicare contro l'indebitamento dei Comuni e della necessità di venire incontro ai bisogni dei Comuni che si trovano in queste condizioni, quando le Giunte provinciali hanno consentito ai Comuni di eseguire le opere, pur essendo accertato che ancora un pacifico finanziamento per la esecuzione delle opere stesse non esisteva, non era garantito, appunto per il fatto che quella tale lettera di autorizzazione all'inizio dei lavori, portava chiaramente scritto che quella lettera non significava ancora un impegno da parte della amministrazione alla concessione del contributo. E poichè in questo senso la lettera non si è voluta prendere, ma si è venuti a dire: poichè noi questa lettera avevamo, ciò rappresenta un impegno, la Regione adesso faccia fronte all'impegno, e risultando chiaro da questo dibattito, almeno per quanto riguarda l'intervento del collega Dr. Dalsass, che non si intende nemmeno per l'avvenire giudicare le cose in maniera

diversa, maggiormente giustificata è la presa di posizione dell'Assessorato, che si muoverà assolutamente con i piedi di piombo nel rilascio di nuove autorizzazioni provvisorie all'inizio dei lavori.

PRESIDENTE: La parola al Dr. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Das Regionalgesetz, über das wir uns jetzt unterhalten, ist am 30.5.1951 unter Nr. 3 verabschiedet worden. Damals haben die Mitglieder der Fraktion der S.V.P. im Regionalrat, soviel aus dem Protokoll ersichtlich ist, für dieses Gesetz gestimmt, und zwar deswegen, weil man damals angenommen hat, daß die Region als sehr finanzkräftige Institution die Verpflichtungen, die ihr aus diesem Gesetz erwachsen, auch erfüllen kann. Man ist dabei über formelle Meinungsverschiedenheiten hinweggekommen. Man war der Meinung, daß wenn hier z.B. schon nicht der Art. 14 Anwendung gefunden hat, so doch die Provinzen ein wesentliches Mitspracherecht hätten, daß ihr Gutachten eingeholt wird, dessen Einholung ja im Gesetze vorgeschrieben ist, damit dann der Regionalassessor für öffentliche Arbeiten auf Grund dieses Gutachtens im Regionalausschuß entsprechende Vorschläge unterbreiten kann. Inzwischen haben wir feststellen müssen, daß die Region auf Grund der sehr rosigen finanziellen Lage von damals nicht nur ein so verpflichtendes Gesetz hinsichtlich finanzieller Notwendigkeiten verabschiedet hat, sondern daß sie auf Grund dieses finanziellen Optimismus' auch andere ähnlich verpflichtende Gesetze verabschiedete, welche die Finanzen der Region selbstverständlich hart belasten. Es ist nun schwieriger geworden. Aus den Darlegungen des Herrn Regionalassessors haben wir feststellen können, daß die Region bei weitem nicht mehr allen Anforderungen gerecht werden kann, welche ihr über dieses Gesetz gestellt werden. Diese Tatsache wurde diesmal nicht zum erstenmal festgestellt und im Lauf dieser Debatte wurde klargelegt, wieviele Verpflichtungen die Region eigentlich auf Grund der bestehenden Ansuchen zu erfüllen hätte. Da sind wir nun in einer sehr ungünstigen Lage. Wir haben sehr viele Ansuchen, aber keine Verordnung und kein Reglement zu diesem sehr allgemein gehaltenen Gesetz. Wie können wir jetzt diese Ansuchen berücksichtigen, ohne daß dabei den Regionalausschuß ein Vorwurf trifft? Es gibt natürlich eine Möglichkeit in der Bestimmung, die das Gutachten des Landesausschusses vorsieht. Der Landesausschuß gibt das Gutachten hinsichtlich des Prozentsatzes ab, der Regionalassessor hingegen erklärt, dieses Gutachten des Landesausschusses sei für ihn nicht verbindlich. Er müsse feststellen, daß die Prozentsätze seitens des Landesausschusses zu hoch seien und er sie daher herabsetzen müßte. Er müsse niedrigere Prozentsätze geben. Den Bürgermeistern in der Gemeinde erklärt man in jenen Fällen, in denen der Landesausschuß niedrige Prozentsätze festgelegt hat: Wir in Trient hätten euch einen weit höheren Prozentsatz gegeben, wenn nicht der böse Landesausschuß in den Provinzen so niedrige Vorschläge gemacht hätte. Dort hingegen, wo der Landesausschuß nach absolut freiem Ermessen des Regionalausschusses etwas zu hohe Prozentsätze vorgeschlagen hat, wird erklärt: Die Landesausschüsse haben keinen Überblick, sie verstehen von nichts, wir als Regionalausschuß müssen auf Grund der finanziellen Lage, leider, den Fehler, den die Landesausschüsse gemacht haben, gutmachen. Nur auf diese Weise bekommt man es zustande, daß Bürgermeister aller Gemeinden der Region nach Trient pilgern, um den Zauberkünstler der Öffentlichen Arbeiten, den zuständigen Regionalassessor, zu beschwören, ihnen doch endlich einmal Sicherheit hinsichtlich ihrer Bei-

träge zu gewähren.

Und nun kommt die Frage der Dringlichkeit. Es gibt hier eine Menge von Ansuchen, weil das Gesetz alle Ansuchen zuläßt. Von irgendeiner Seite her soll nun auch entschieden werden, welche Gemeinde zuerst kommen soll, nicht nur welcher Prozentsatz gegeben werden soll. Auch hier entsteht wiederum das Wettlaufen aller Bürgermeister nach Trient, denn die Dringlichkeitsstufe ist im Gesetz nirgends verankert. Wer setzt sie fest? Der Regionalassessor für Öffentliche Arbeiten nach eigenem Ermessen und in absoluter Freiheit. Es ist ja kein Reglement da. Das Gesetz hat 7 Artikel und ist sehr allgemein. Er kann bei der Festsetzung dieser Dringlichkeitsstufe tun und lassen, was er will. Zugegeben, daß es manchmal für verantwortungsbewußte Verwalter gut ist, wenn sie gewisse Ermessensfreiheiten haben. Diese Ermessensfreiheiten werden aber in dem Augenblick gefährlich, wo man den Bedürfnissen, die auf einem bestimmten Gesetz beantragt werden, nicht mehr nachkommen kann. Deswegen muß man versuchen, die Schuld zu verlagern. Ich gebe zu, daß es der Assessor für Öffentliche Arbeiten der Region bei der Verwaltung dieses Gesetzes im jetzigen Augenblicke ganz und gar nicht leicht hat. Er muß schauen, wie er sich aus der Affäre zieht. Ich erinnere daran — und die Protokolle des Regionalrates können in dieser Hinsicht überprüft werden —, daß ich seit 5 Jahren alljährlich den Regionalassessor für Öffentliche Arbeiten gebeten habe — um der Verwaltung dieses Gesetzes einen möglichst ernsten Charakter zu geben und damit auf das Gutachten des Landesausschusses, das in diesem Gesetze vorgesehen ist, entsprechender Wert gelegt wird —, man möge zur Einbringung dieser Gesuche einen Termin festsetzen. Bis jetzt ist es mir noch nie gelungen, eine positive Antwort auf diesen meinen bescheidenen Vorschlag zu bekommen. Heute sehen wir, daß sie wohl deswegen nicht erfolgt ist, weil man damit dem Regionalassessor für Öffentliche Arbeiten die Ermessensfreiheit hinnommen hätte. Jetzt aber wäre es doch interessant festzustellen, warum dieser Termin nicht genehmigt worden ist und welche schwierige Lage aus der Nichtgenehmigung entstanden ist. Wenn man einen Termin für die Einbringung dieser Ansuchen festgelegt hätte, hätte z.B. ein Landesausschuß die Möglichkeit gehabt zu überprüfen, welche Ansuchen, die auf dieses Gesetz eingebracht werden, auf andere Weise hätten Berücksichtigung finden können. Der Staat gibt Möglichkeiten für Dienste öffentlicher Hilfeleistung. Wir haben Gelder der Wassereinzugskonsortien, die auch für öffentliche Arbeiten Verwendung finden können. Es wäre durch die Festsetzung des Termins eine Frist entstanden, während der man einmal hätte sondieren können, was aus dieser Menge von Ansuchen alles wegkommen und in andere Kanäle geleitet werden könnte. Dieser Termin wurde nicht genehmigt, trotzdem wir 5 Jahre lang darum gebeten haben. Wir müssen nun feststellen, daß das Geld nicht mehr reicht. Der Regionalassessor sagt, daß er die Bauten ohne provisorische Baugenehmigung nicht mit einem Beitrag berücksichtigen wird. Auf Grund welcher Bestimmung dieses Gesetzes kann er das behaupten? Es wäre nämlich seit längster Zeit eine Verordnung zu diesem Gesetz nötig, sie ist bewußt unterblieben, damit hinsichtlich der Dringlichkeitsstufen alles im freien Ermessen des absolut unpolitisch denkenden Regionalassessors für Öffentliche Arbeiten bleibt. Nachdem nun aber die Gelder nirgends mehr reichen, versucht man gewisse Ausflüchte zu finden und sagt, die Tätigkeit in der Region ist außerordentlich schwer geworden. Die S.V.P. ist in Opposition. Darunter leidet die Verwaltung.

Wegen der Oppositionslage der S.V.P. müssen für Bozen Beiträge abgelehnt werden, die der Provinz eigentlich auf Grund des Gesetzes zustehen würden. Tatsache aber ist, daß die Region durch diese vielen Beitragsgesetze sich gewaltig über ihre 9 Milliarden hinaus verpflichtet hat und daß jetzt die 9 Milliarden lange nicht mehr reichen, um den Verpflichtungen, die auf Grund von Regionalgesetzen gegenüber den Bürgern der Region eingegangen worden sind, nachkommen zu können. Man muß einen Ausweg finden. Und der Ausweg, der eine politische Erklärung gibt, ist vielleicht bei der Lage der Dinge noch der klügste. Es könnte aber einmal der Fall sein, daß wir Beweise liefern können, wie sehr sich die Region durch diese Beitragsgesetze, mit denen sie den Bürgern Versprechungen gegeben hat, überlastet hat. Es wäre deswegen günstiger, wenn viele dieser Beitragsgesetze, die so allgemein gefaßt sind — ich wiederhole hier das Berggesetz —, entweder abgeschafft oder durch Verordnungen des Regionalausschusses so reglementiert würden, daß der Bürger oder die Verwaltung, welche dieses Gesetz interessiert, wissen, unter welchen Bedingungen noch ein Beitrag oder eine Hilfeleistung aus diesem Gesetz ermöglicht wird. Man erweckt sonst den Anschein, daß man sehr gerne viel verspricht und sich um die Tatsache herumdrückt, einmal nein sagen zu müssen; daß man halb und halb ja sagt, um den Zustand der Hoffnung und Furcht, der der schlechteste ist, möglichst lange aufrecht zu erhalten. Damit schiebt man Initiativen, die manchmal verwirklicht werden könnten und bei denen man glatt nein sagen würde, auf Jahre hinaus, weil man aber nicht imstande ist, ja oder nein zu sagen und die betreffende Verwaltung ihre dringende Maßnahme dann wiederum in Erwartung möglicher Beiträge auf Jahre hinaus verschiebt.

Auf Grund dieser Erwägungen bin ich trotzdem der Auffassung, daß man sich jetzt über die wesentliche Frage, ob man diese Befugnisse des Gesetzes vom 30.5.1951 Nr. 3 mit Art. 14 an die Länder übertragen solle oder nicht, schlüssig werden solle. Es heißt: Wir wollen die bestehenden Verpflichtungen von der Region aus erfüllen. Wenn wir diesen Verpflichtungen auf regionaler Ebene nachkommen wollen, dann wird eine Delegierung wahrscheinlich noch 5 bis 8 Jahre auf sich warten lassen müssen bei der finanziellen Lage, die uns auf Grund dieses Gesetzes geschaffen worden ist. Wenn sofort delegiert würde, dann müßten die Verpflichtungen, die seinerzeit von der Region eingegangen wurden, als sie dieses Gesetz verabschiedete, auf das Land übergehen. Gewiß, die beiden Provinzen würden da ganz und gar kein glückliches Erbe von der Region antreten, aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir auch dieses belastende Erbe antreten müssen. Ich bin deswegen der Auffassung, daß die Delegierung dieser Verwaltungsbefugnisse eher heute als morgen an die Länder erfolgen soll. Wir werden dann sehen, wie wir mit diesen Verpflichtungen auf Provinzebene fertig werden, damit endlich einmal nur ein Sündenbock da ist und damit Region und Provinzen sich nicht gegenseitig die Schuld zuschieben für Dinge, die versprochen aber nicht eingehalten worden sind. Die Region soll hinsichtlich dieser Verpflichtungen entlastet werden, sie muß aber dafür sorgen, daß den Provinzen wenigstens teilweise die Geldmittel für die Befriedigung all dieser Rückstände zur Verfügung gestellt werden. Ich bin auch der Auffassung, daß Provinz und Region sich gemeinsam austrengen müssen, um hier endlich einmal einen Strich zu setzen, bei dem diese Schwierigkeiten hinsichtlich der nicht erfolgten Beitragsleistungen aufhören. Meinetwegen sollte auch mit einem Gesetz dafür gesorgt werden, daß auf längere Sicht

keine Ansuchen mehr an die zuständige Verwaltung eingebracht werden können. Einmal müssen wir versuchen, hier einen Schnitt zu machen und den Schlußpunkt zu setzen. Wenn wir uns nicht entschließen, wird die Schwierigkeit von Jahr zu Jahr noch größer werden. Um dies zu verhindern, bin ich der Auffassung, daß man das Delegierungsgesetz hinsichtlich der Maßnahmen, die das Gesetz Nr. 3 vorsieht, möglichst schnell verabschiedet und daß die Provinzen und die Region in gemeinsamer Anstrengung die Verpflichtungen zu erfüllen versuchen, die bis heute auf diesem Gesetze bestehen.

(La legge regionale, della quale in questo momento stiamo parlando, è stata approvata al numero tre nella seduta del 30-5-1951. A suo tempo, per quanto consta in base al verbale, i consiglieri della S.V.P. in Consiglio avevano votato a favore di questa legge. Ciò perchè a suo tempo si era pensato che la Regione come istituzione dotata di mezzi finanziari sufficienti potesse far fronte agli impegni derivanti dalla legge in parola. Divergenze di natura formale sono state allora facilmente superate. Si pensava che, se nel caso in oggetto non si fosse arrivati ad applicare l'art. 14, le Province avessero il diritto di partecipare in modo sostanziale alle decisioni e che si chiedesse il loro parere — già previsto del resto attraverso la legge stessa —, affinchè l'Assessore regionale ai lavori pubblici in base appunto a tale parere potesse sottoporre alla Giunta regionale le proposte del caso. Nel frattempo abbiamo dovuto constatare che in base alla situazione finanziaria piuttosto rosea di allora la Regione aveva approvato non soltanto una legge tanto impegnativa dal punto di vista finanziario, ma che pure in base a siffatto ottimismo finanziario aveva approvato anche altre leggi comportanti simili impegni e che naturalmente appesantivano la situazione finanziaria della Regione. Ora la situazione si è fatta più difficile. Come abbiamo appreso da quanto ci ha detto l'Assessore regionale, la Regione non è neppure più lontanamente in grado a soddisfare tutte le esigenze derivanti dalla applicazione di questa legge. Si tratta poi di un fatto constatato più di una volta e nel corso di questo nostro dibattito è stato posto in rilievo, quali e quanti impegni la Regione avrebbe da fronteggiare in base alle domande giacenti. Siamo cioè andati a finire in una situazione poco favorevole. Ci troviamo di fronte a numerose domande, ma siamo privi di un regolamento di esecuzione per questa legge redatta in termini molto generici. Mi chiedo pertanto come la Regione possa tener conto ora di tutte queste domande senza che al riguardo sorga la necessità di una rimostranza all'indirizzo della Giunta regionale. Vi è peraltro una possibilità offerta dalla disposizione concernente il parere della Giunta provinciale. Quest'ultima formula il proprio parere a proposito della percentuale, l'Assessore regionale per contro dichiara non essere per lui vincolante tale parere. Lui avrebbe dovuto constatare che le percentuali stabilite dalla Giunta provinciale sarebbero troppo elevate e che per questo dovrebbe ridurle. Egli cioè potrebbe accordare soltanto delle percentuali più basse. Nei casi in cui è la Giunta provinciale a stabilire percentuali inferiori, ai sindaci si dichiara che da parte di Trento si sarebbe voluto concedere una percentuale notevolmente superiore, se non ci fosse stata la cattiva Giunta provinciale a fare delle proposte tanto basse. Nei casi invece in cui la Giunta provinciale secondo la propria discrezionalità assolutamente libera ha proposto delle percentuali troppo elevate, si dichiara che le Giunte provinciali mancherebbero di una visione generale, che quindi non capirebbero nulla e per conseguenza la Giunta regionale in base alla situazione finanziaria reale dovrebbe purtrop-

po poi rimediare all'errore commesso da parte delle Giunte provinciali. Solo in questa maniera si riesce a far sì che i sindaci di tutti i comuni della Regione vanno a fare il pellegrinaggio a Trento per scongiurare il mago dei lavori pubblici, il competente Assessore regionale, affinchè garantisca loro finalmente l'anelata certezza di ottenere i propri contributi.

Ma veniamo ora alla questione dell'urgenza. Ci sono numerose domande proprio perchè la legge non ne pone dei limiti. In tale situazione un organo qualsiasi dovrebbe decidere, quale per esempio debba essere il primo comune da soddisfare, ma non solo, pure quale debba essere la percentuale da concedere. In tal guisa si provoca sempre di nuovo la corsa a gara di tutti i sindaci a Trento, non essendo in alcuna parte della legge stabilita una graduatoria di urgenza. E chi la deve stabilire? L'Assessore regionale ai lavori pubblici a seconda la propria discrezionalità ed assoluta libertà. Ciò è molto semplice mancando un regolamento. La legge consta di sette articoli in tutto ed è assai generica. L'Assessore quindi nello stabilire la graduatoria di urgenza può fare quanto gli pare e piace. Ammettiamo pure che sia talvolta un bene per degli amministratori dotati di senso di responsabilità, di disporre di un certo potere discrezionale. Ma tali poteri diventano pericolosi dal momento in cui non si riesce più a far fronte alle esigenze contemplate da un determinato provvedimento legislativo. È per questo che si è costretti a scaricare la colpa. Non manco ad ammettere che il compito dell'Assessore ai lavori pubblici nell'amministrare questa legge in un momento come quello in cui ci troviamo, sia tutt'altro che cosa facile. Egli naturalmente deve cercare di tirarsi dall'impiccio. Da ormai cinque anni — e i verbali del Consiglio regionale lo comprovano —, sto pregando anno per anno l'Assessore regionale ai lavori pubblici, di stabilire un termine per la presentazione delle domande, e ciò per conferire un carattere serio all'amministrazione della legge e per dare pure al parere della Giunta provinciale previsto dalla legge stessa il valore che merita. Ma fino ad oggi non mi è mai stato possibile ottenere una risposta positiva a questa mia pur modesta proposta. Vediamo solo ora che tale risposta non è stata data per non privare l'Assessore regionale ai lavori pubblici del suo potere discrezionale nello stabilire la graduatoria di importanza. Sarebbe comunque interessante ora di accertare il perchè l'anzidetto termine non è stato approvato e quale sia la situazione difficile sorta a seguito della mancata approvazione del termine stesso. Se si fosse addivenuti a stabilire un termine per la presentazione delle domande, le Giunte provinciali per esempio sarebbero state poste in condizione di esaminare quali delle domande presentate in base a questa legge avrebbero potuto essere prese in considerazione in altra maniera. Lo Stato offre in fondo delle possibilità quando si tratta di opere di pronto soccorso. Abbiamo poi pure dei fondi dei consorzi imbriferi, i quali potranno a loro volta essere impiegati per lavori pubblici. Ora, stabilendo un termine, sarebbe stato possibile disporre del tempo necessario per controllare, quanto di questa mole di domande avrebbe potuto essere deviato verso altri canali. Ripeto che il termine da noi richiesto non è stato approvato malgrado avessimo per ben cinque anni richiesto che lo stabilisse. Stiamo ora constatando che i fondi non bastano più. L'Assessore regionale ci ha detto che senza l'autorizzazione provvisoria non potrà più concedere un contributo per le opere previste. Ma, in base a quale norma della legge egli può fare simile affermazione? Da molto tempo ormai si sarebbe dovuto provvedere ad emanare il regolamento di esecuzione per tale legge, ma si è coscientemente omesso di prov-

vedervi per far sì, che a proposito della graduatoria di urgenza ogni cosa sia lasciata alla libera discrezionalità dell'Assessore regionale ai lavori pubblici, il quale naturalmente ragiona in termini assolutamente impolitici. Visto che ora i mezzi non bastano più in alcun modo, si tenta di ricorrere a certe scuse nel dire, che l'attività della Regione si sia resa eccezionalmente pesante. Si dice che la S.V.P. è all'opposizione e che l'amministrazione ne risenta. Per la situazione in tal modo venutasi a creare si arriva poi a negare i contributi per la Provincia di Bolzano, malgrado che questi le spettino in base alla legge. È vero peraltro che attraverso le numerose provvidenze di legge la Regione ha assunto degli impegni enormi, i quali superano ormai i 9 miliardi e che per questo tale somma ingente non basta neppure più per far fronte agli impegni assunti nei confronti dei cittadini della Regione in base alle precitate leggi regionali. Occorre pertanto trovare una via d'uscita, la quale fornisca pure una spiegazione politica e allo stato delle cose questa è forse la cosa più intelligente. Potrebbe peraltro anche verificarsi il caso di essere noi in grado a documentare, in quale misura la Regione a seguito delle leggi di sovvenzione, le quali costituiscono moltiplicate altrettante promesse fatte ai cittadini, si sia sovraccaricata di impegni. Sarebbe pertanto più opportuno di abrogare molte di quelle leggi così genericamente concepite, come per esempio quella sulla montagna, oppure di disciplinarle attraverso la emanazione di decreti della Giunta regionale in maniera che il cittadino o l'amministrazione interessata sappiano a quale condizione sia ancora possibile ottenere effettivamente l'erogazione di un contributo o meno. Altrimenti si suscita l'impressione di promettere cioè volentieri e molto, evitando però d'altra parte la necessità di dire una volta tanto anche il proprio no. Si è in ogni modo inclini a dire un mezzo no e un mezzo sì al fine di conservare il più a lungo possibile uno stato di speranza e di timore, che si rivela poi il peggiore. In tal modo si verifica il caso che delle iniziative, alle volte realizzabili e rispetto alle quali si potrebbe senz'altro dire di no, vengono procrastinate per anni e anni semplicemente perchè non ci si sente di rispondere in senso affermativo o negativo, inducendo così l'amministrazione interessata a procrastinare sempre di nuovo una opera urgente, nella fallace speranza, di spuntarla alla fin fine con l'auspicato contributo.

Malgrado tutto questo sono in base alle anzidette mie considerazioni del parere che necessita ora chiarire, se le facoltà previste dalla legge del 30-5-1951 n. 3 debbano essere trasferite o meno alle Province attraverso l'art. 14. Ciò significa che intendiamo adempiere gli impegni esistenti tramite la Regione. Se poi si deve far fronte agli stessi sul piano regionale, la delega probabilmente — allo stato attuale della situazione finanziaria creata a seguito di tale legge — si farà ancora attendere da 5 a 8 anni. Se invece si procedesse immediatamente alla delega, gli impegni a suo tempo assunti dalla Regione nell'approvare questa legge, dovrebbero passare alla Provincia. È certo che le due Province ciò facendo non assumerebbero un'eredità felice da parte della Regione, ma sono tuttavia d'avviso che dovremo ciononostante accollarcene il peso. Per questo penso che la delega delle funzioni amministrative alle Province dovrebbe essere fatta piuttosto ora che non domani. Dovremo poi vedere, come cavarcela su scala provinciale con tali impegni e ciò affinchè ci sia finalmente un solo capro espiatorio, di modo che la Regione e le Province non siano costrette a scaricarsi a vicenda la colpa per delle cose promesse ma non mantenute. La Regione dovrà bensì essere sgravata di tali impegni, ma d'al-

tra parte essa dovrà pur provvedere affinchè alle Province vengano assegnati almeno in parte i mezzi necessari per smaltire tutti questi arretrati. Allo stesso modo la Provincia e la Regione dovrebbero compiere sforzi comuni per mettere finalmente una pietra sul passato e per far sì che le attuali difficoltà provocate dalla mancata concessione di contributi vengano a cessare. Per conto mio si potrebbe pure provvedere per mezzo di una legge affinchè per un periodo più o meno lungo non potranno più essere presentate domande all'Amministrazione competente. Dobbiamo una buona volta tentare di recidere la situazione e di porre fine a questo stato di cose. Rinunciando a prendere una decisione, le difficoltà aumenteranno di anno in anno. Proprio per evitare questo sono d'avviso che la legge delega a proposito dei provvedimenti previsti dalla legge n. 3 dovrebbe essere approvata il più rapidamente possibile e che, inoltre, le Province e la Regione si sforzino in comune ad adempiere gli impegni finora creati a seguito di questa legge.)

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? Nessuno. C'è un emendamento qui, non so se sia del Dr. Brugger. Lei aveva detto che si doveva sospendere l'articolo per poter combinare tutto assieme? Noi siamo d'accordo di sospendere, ma si deve fare una trattativa prima.

La parola al Dr. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ich stelle hiemit den formellen Antrag, die Abstimmung über dieses Kapitel — nachdem ein Abänderungsantrag vorliegt — zu verschieben, bis die gesamte Bilanz durchdiskutiert ist.

(Chiedo formalmente di rinviare la votazione su questo capitolo — visto che è stato presentato un emendamento —, fino a quando non sia stato discusso tutto il bilancio.)

PRESIDENTE: C'è la proposta di sospendere, alla fine, perchè abbiamo già sospeso altri articoli, e credo che dovrebbero essere trattati tutti assieme; questa è la mia opinione.

La parola all'assessore.

SALVADORI (Assessore lavori pubblici e trasporti - D.C.): La ragione per la quale devono essere votati insieme? Siccome il capitolo ha una destinazione ben definita, non vedo perchè debba essere rinviato alla fine. Noi abbiamo accolto l'altro giorno la richiesta del cons. Brugger di rinviare la discussione su questo capitolo, dalla seduta di mercoledì notte alla seduta di oggi, ma adesso si decida una volta.

PRESIDENTE: La parola al Dr. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ich möchte daran erinnern, daß in der Abstimmung mehrere Kapitel bereits suspendiert worden sind, auf die wir wiederum zurückkommen sollten. Da Abänderungsanträge vorliegen und da auch die Abstimmung der anderen Kapitel vertagt worden ist, möchte ich bitten, dies auch bei diesem Kapitel zu tun. Wenn Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist es aber vielleicht angebracht darüber abzustimmen, ob man es suspendieren solle oder nicht. Bis jetzt ist es auf Grund des Einverständnisses seitens des Regionalausschusses möglich gewesen, Suspendierungen im Einvernehmen vorzunehmen. Sollte dies im gegenständlichen Falle nicht möglich sein, würde ich den Herrn Präsidenten bitten, den Antrag abstimmen zu lassen.

(Vorrei rammentare che abbiamo già per parecchi capitoli sospesa la votazione e che sarebbe bene riprenderne l'esame. Essendo stati presentati degli emendamenti e visto che la votazione è stata rinviata anche per altri ca-

pitoli, vorrei chiedere che si faccia altrettanto per questo capitolo. Se però ci saranno delle divergenze, sarà forse opportuno di mettere in votazione se dobbiamo o meno sospendere anche questo capitolo. Fino ad ora ed in base all'assenso della Giunta regionale è stato possibile adottare queste sospensioni. Se ciò però non fosse nel caso in oggetto possibile, vorrei pregare il Presidente di mettere in votazione la mia richiesta.)

PRESIDENTE: La Giunta regionale è d'accordo con la sospensione o devo fare votare? La parola al Presidente.

DALVIT (Presidente G. R. - D.C.): Non ho capita la ragione dell'eventuale rinvio, perchè non è stata detta. Si dice: dal momento che ci sono altri capitoli sospesi, sospendiamo anche questo. Ora, signori, rendiamoci conto che forse si va verso la fine del bilancio, quindi meno lavoro lasciamo indietro meglio è. Qui stamattina si è parlato esclusivamente della politica, del rispetto degli impegni ecc. I 150.000.000 riguardano le opere danneggiate dalle alluvioni, l'assessore ha illustrato la cosa, il Consiglio dica se è d'accordo di mettere questi 150.000.000, che vengono ad essere così, presi nella loro entità, messi in questo capitolo e spesi tutti e 150 a favore delle opere danneggiate dalle alluvioni. Questo il significato; evidentemente si spendono 150 di quei 600.000.000 che entrano nel bilancio attraverso un mutuo. Quindi, non ho sentito da nessun settore, almeno io credo di aver partecipato a tutta la seduta, una parola contro i 150.000.000 alle opere danneggiate dalle alluvioni. Quindi devo interpretare come una forma di accordo da parte del Consiglio alla proposta della Giunta, e allora mi sembra superfluo il rinvio.

PRESIDENTE: La parola al Dr. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Dieser Abänderungsantrag steht im Zusammenhang mit der Zuteilung der Geldmittel, die aus dem 600-Millionen-Darlehen in die Bilanz hineinkommen. Selbstverständlich ist niemand dagegen, daß dieses Kapitel möglichst viel Geld haben soll. Nachdem aber hier von unserer Seite aus konkrete Vorschläge hinsichtlich der Verwendung dieser Geldmittel gemacht worden sind und unsere Vorschläge noch keine endgültige Erledigung gefunden haben, möchte ich bitten, daß man die Abstimmung des Kapitels solange aufschiebt, bis die Bedürfnisse, die seitens der Vertreter der Provinz Bozen angemeldet worden sind, einer entsprechenden Erledigung zugeführt worden sind.

(Questo emendamento va messo in relazione con la ripartizione dei mezzi derivanti dal mutuo di 600 milioni di lire e da assumere in bilancio. Nessuno naturalmente è contrario acchè tale capitolo sia dotato di quanti più mezzi possibili. Visto però che da parte nostra sono state fatte delle proposte concrete circa la utilizzazione di tali mezzi e che le stesse non sono state ancora definitivamente sbrigate, vorrei chiedere che la votazione su questo capitolo venga sospesa fino a quando i bisogni segnalati da parte dei rappresentanti della Provincia di Bolzano non siano stati presi adeguatamente in considerazione.)

PRESIDENTE: C'è la proposta di sospensione da parte del cons. Brugger, per i motivi che avete sentito, per chiarire una volta la suddivisione di quei 600.000.000, chè alla S.V.P. non è ancora chiara questa suddivisione. Per questo motivo sono già stati sospesi anche altri articoli. Dunque, io metto in votazione la proposta del cons. Brugger di sospendere la votazione di questo articolo: la

proposta non è accolta. Dunque trattiamo adesso l'emendamento. Chi vuole la parola sull'emendamento? L'emendamento dice: « Lo stanziamento inscritto al cap. 152 viene elevato da 800 a 950.000.000. Alla copertura si provvede mediante parziale utilizzazione del mutuo di lire 600.000.000 ».

La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Wenn ich mich noch recht erinnern kann, hat der zuständige Assessor diesen Abänderungsantrag so begründet, daß man den Gemeinden entgegenkommen müsse, um von seiten der Region eine Notstandshilfe zu leisten. Man hat vom sogenannten « pronto soccorso » gesprochen. Man hat bei anderen Kapiteln darauf hingewiesen, daß dies eigentlich in die Zuständigkeiten der Provinzen falle. Bei diesem Kapitel jedoch glaubt man, es am besten regeln zu können, indem man diese Notstandshilfe über die Region direkt den Gemeinden zukommen läßt. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen — es ist vom Kollegen Brugger schon einmal gemacht worden —, daß von seiten der Provinzen in Anbetracht ihrer Zuständigkeit bereits Gelder ausgeworfen wurden, um in Notstandsfällen zugunsten der Gemeinden einschreiten zu können. Wenn nun die Region herkommt und sagt, sie müßte für eben denselben Zweck x Millionen ausgeben, so finden wir dies ein wenig eigenartig. Eigenartig aus dem einen Grunde, weil man von seiten der Region vielleicht aus Unkenntnis auch den Gemeinden etwas geben könnte, die bereits schon etwas für den erlittenen Schaden bekommen haben. Mir kommt vor, daß hier ein offener Eingriff der Region in die Zuständigkeiten der Provinzen vorliegt. Wenn man schon etwas für diesen « pronto soccorso » geben will — und es ist eigenartig, daß man es gerade auf Gesetz Nr. 3 gibt —, dann soll man den Betrag den Provinzen geben und die Provinzen sollen ihn dann für diesen Zweck ausgeben. Ich glaube, das wäre der richtige Weg und nicht der, daß man diesen Fonds erhöht. Ich würde es ja selbst gerne sehen, daß man auf diesem Kapitel mehr Gelder vorsähe, weil der Bedarf viel größer ist als die vorhandenen Mittel, aber wenn man diese 150 Millionen hineingibt, so ist es nicht im Sinne dieses Gesetzes. Es ist praktisch nur eine Einmischung in die Kompetenzen der Provinzen und deswegen bin ich gegen diesen Abänderungsantrag.

(Se ben ricordo l'Assessore competente ha motivato questo emendamento dicendo che si debba venire incontro ai comuni per provvedere da parte della Regione alla prestazione di un pronto soccorso. Di questo si è parlato. In occasione di altri capitoli si era detto che ciò ricada sotto le competenze delle Province. Nel caso di questo capitolo però si ritiene di fare meglio in modo da far giungere tale pronto soccorso ai comuni direttamente tramite la Regione stessa. Vorrei richiamare nuovamente l'attenzione sul fatto già fatto rimarcare dal collega Brugger che le Province, avvalendosi della propria competenza, hanno già stanziato dei fondi onde poter intervenire a favore dei comuni in casi di calamità. Se ora la Regione afferma di dover spendere per lo stesso scopo un determinato numero di milioni, lo dobbiamo considerare cosa alquanto strana. Strana per il semplice motivo, che la Regione potrebbe forse così facendo erogare dei fondi anche a favore di quei comuni, i quali già avevano ottenuto qualcosa per i danni subìti. A me poi sembra che ci troviamo qui di fronte ad una aperta ingerenza della Regione nelle competenze delle Province. Se già si intende concedere qualcosa a titolo di pronto soccorso — ed è strano che lo si intenda proprio fare per mezzo della legge n. 3 —, lo si dia allora alle Province, affinchè siano

esse a spenderlo per tale scopo. Penso sia questa la via giusta e non quella di aumentare il fondo. Sarei io stesso contento, se i mezzi per questo capitolo venissero aumentati, essendo il fabbisogno molto maggiore dei mezzi disponibili. Se invece si intende aggiungere questi 150 milioni di lire, si agisce in modo non conforme a quanto stabilito da questa legge. Si tratta praticamente, come già detto, di una ingerenza nelle competenze delle Province, ragione per cui sono contrario a questo emendamento.)

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? La parola all'assessore Salvadori.

SALVADORI (Assessore lavori pubblici e trasporti - D.C.): L'intervento di pronto soccorso in caso di pubblica calamità, che la legge riserva alla competenza delle Province, non viene tirato in ballo con la richiesta che la Giunta formula al Consiglio al fine di ottenere un aumento dello stanziamento dei fondi, per venire incontro ai danni provocati dalle alluvioni. Altro è l'intervento della Provincia per sgomberare una strada, per riparare provvisoriamente un manufatto danneggiato da una eccezionale calamità, e altro è l'avere rilevato che a tutt'oggi, a distanza di parecchi mesi dalle alluvioni verificatesi nei giorni 19-20-21 settembre dello scorso anno, ci sono ancora dei ponti distrutti che devono essere ricostruiti ed ai quali le Giunte provinciali non hanno ancora provveduto, cons. Dalsass. È lì che si intende intervenire. Ora noi abbiamo, da parte delle due Province, un elenco di opere che sono state danneggiate dalle alluvioni. Abbiamo un lungo elenco fornitoci da lei, consigliere, — se vuole glielo posso anche leggere —, che porta conclusioni di questo ordine e che già ho date nella seduta precedente a questa, il cui tema è stato impostato: strade e ponti, acquedotti degli uffici comunali, 269.626.000 ecc.; danni alluvionali alle strade provinciali 245.000.000; sgombero frane, riparazioni, danni sulle strade comunali 75.000.000.

Ora, se ci limitiamo anche ai danni alluvionali dei comuni, lasciando in pace per il momento quelli della Provincia, — perchè invadere il campo di attività della Provincia, è giusto consigliere, non è proprio il caso di farlo —, e ci limitiamo ai 269.000.000 rilevati come danni nelle opere dei comuni, e se teniamo conto che nella provincia di Trento soltanto il rilievo dei danni sulle opere, così come esse si trovavano, supera i 128.000.000, e se aggiungiamo che, ricostruendo un ponte, si cercherà di ricostruirlo in modo che possibilmente resista in misura maggiore, sia nelle condizioni per poter resistere in misura maggiore ad eventuali nuovi danni, eventuali nuove alluvioni che potessero verificarsi in avvenire, allora noi vedremo che con le cifre andiamo un momentino più in là. In ogni caso è certo che, ottenuto lo stanziamento a questo titolo, si effettuerà un rigoroso accertamento per vedere se per caso da qualche parte, — lei ci ha messi cortesemente sull'attenti —, la Giunta provinciale non sia intervenuta, l'opera non sia stata già ricostruita, il contributo in qualche maniera, sia già stato da parte della Provincia erogato, perchè in questo caso, evidentemente, non si può far luogo ad intervento da parte della Regione. Qui esistono i danni delle alluvioni, che si sono determinati e che tutti quanti abbiamo potuto constatare. A questi danni noi vogliamo in qualche maniera venire incontro, oppure no? Ecco il tema. Se poi questi danni sono nella misura di 300 milioni in provincia di Bolzano, 400 milioni in provincia di Trento, o quello che sarà, lo vedremo quando andremo esattamente poi ad accertare. Questo fondo serve innanzitutto per venire incontro a quel tipo di danni, là ove

essi danni si sono verificati. Se in provincia di Bolzano ponti distrutti non ce ne sono più, vuol dire che su questi 150 milioni, alla provincia di Bolzano soldi non ne verranno dati, posto che i ponti distrutti nella provincia di Trento vengano ad assorbire completamente questo importo. Questo è il discorso. E allora, consigliere, forse diventa valido il discorso in base al quale, poichè i danni determinati dalle gelate del '57 in provincia di Bolzano hanno richiesto determinati investimenti per la ricostruzione o per la costruzione di impianti antigelo a pioggia lenta, su una legge regionale che prevedeva una spesa di 1.200.000.000 di lire circa, a carico della Regione, 900.000.000 sono andati in provincia di Bolzano o 950, e soltanto 250 sono venuti in provincia di Trento e nessuno si è scandalizzato per questo.

Quindi non scandalizziamoci perchè non è proprio il caso di farlo. Il Consiglio dica se si vuole che, ai danni provocati dalle alluvioni a questi tipi di opere, la Regione debba o meno venire incontro. Io ricordo al Consiglio, che abbiamo in talune vallate manufatti che in qualche maniera sono stati provvisoriamente puntellati, e che se non si fa prestissimo ad intervenire, — è il caso di Spiazzo in Rendena, per ricordare il primo nome che mi viene in mente —, affronteremo veramente guai ancora più grossi e rischieremo, oltretutto, di non poter nemmeno parzialmente utilizzare quel tanto che dei precedenti manufatti l'alluvione in qualche maniera ancora ha risparmiato. L'opera di intervento della Regione si rende assolutamente urgente e pertanto la Giunta insiste, onde sapere se il Consiglio intenda a questo titolo intervenire oppure no.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Ich habe über dieses Thema ganz klar gesprochen, es ist — und der Assessor Salvadori hat es in keiner Weise verneint — eine Einmischung in die Kompetenzen der Provinz. Aber noch mehr, ich habe auch darauf hingewiesen, daß die Provinz Bozen bereits bestimmte Beträge für diesen Notstand, der damals aufgetreten ist, ausgeworfen hat und er hat richtig darauf reagiert. Man muß selbstverständlich aufpassen, daß die Gemeinden nicht zweimal einen Beitrag bekommen. Darauf wollte ich hinaus, denn ich habe ihm das Verzeichnis schon geliefert — er hat es dort — und ich würde es heute noch bestätigen. Es steht aber nirgends darin, welche Schäden bereits behoben worden sind und welche noch nicht. Es steht auch nicht darin, für welche Schäden die Gemeinden bereits einen Betrag bekommen haben und für welche nicht. Nun, wir können sagen, daß von seiten der Provinz Bozen zugunsten der Gemeinden interveniert worden ist. Wenn dies in der Provinz Trient nicht erfolgt ist, dann müssen wir befürchten — und das haben wir jetzt aus dem Munde des Herrn Assessor bestätigt erhalten —, daß dieser Betrag nicht für beide Provinzen bestimmt ist, sondern nur für eine Provinz und dann soll man uns wenigstens nicht sagen, daß man die 600 Millionen zur Hälfte aufteilen will. Wenn man uns von vornherein sagt, die 600 Millionen sind dazu bestimmt, gewissen Pflichten in beiden Provinzen zu je 300 Millionen nachzukommen, dann kann man nicht hier einen Betrag von 150 Millionen vorsehen, der eventuell nur einer Provinz zugute kommt. Das habe ich befürchtet und das muß ich selbstverständlich wiederum zum Ausdruck bringen. Eine Einmischung in die Kompetenzen der Provinzen ist es dennoch, weil für die Notstandsfälle die Provinzen zuständig sind. Wenn die Provinzen nicht mehr imstande sind, aus eigenen Mitteln dafür aufzukommen, ist es

selbstverständlich notwendig, daß die Region interveniert und den Provinzen Gelder überweist, damit diese ihre Zuständigkeit wahrnehmen können.

(Su questo tema ho parlato con estrema chiarezza. Si tratta qui di una ingerenza nelle competenze della Provincia e l'Assessore Salvadori non lo ha contestato in alcuna maniera. Ma vi è di più. Avevo pure detto, che per questa calamità la Provincia di Bolzano ha già stanziato determinate cifre ed egli in proposito ha reagito giustamente. Bisogna naturalmente fare attenzione che un contributo non venga concesso per due volte allo stesso comune. Era questo che intendevo dire e dove intendevo arrivare. Gli ho consegnato pure l'elenco — lo tiene lì sul tavolo — e glielo confermo nuovamente ora. In nessuna parte dello stesso si trova peraltro scritto, quali siano i danni cui è stato già posto rimedio o meno, e neppure per quale genere di danni i comuni hanno già ottenuto un contributo o no. Possiamo affermare che la Provincia di Bolzano è già intervenuta a favore dei comuni e se ciò non è avvenuto in Provincia di Trento, dobbiamo temere, come or ora abbiamo appreso dalla bocca dell'Assessore, che tale importo non sia destinato ad entrambe le Province, ma ad una Provincia soltanto. Non ci si venga allora a dire di voler ripartire i 600 milioni di lire per metà. Se poi ci si dice in partenza che i 600 milioni siano destinati per far fronte a determinati impegni di entrambe le Province con una quota parte di 300 milioni di lire per ciascuna, non si potrà d'altra parte prevedere una somma di 150 milioni destinata a beneficiare eventualmente una sola Provincia. Fu proprio ciò che avevo temuto e devo pertanto nuovamente manifestare al riguardo la mia perplessità. Abbiamo tuttavia sempre a che fare con una ingerenza nelle competenze delle Province, essendo esse competenti per i casi di pubblica calamità. E se le Province si rivelano non essere più in grado a provvedere con mezzi propri, necessita naturalmente che intervenga la Regione nell'assegnare alle Province i fondi occorrenti per rispondere e far fronte alle loro competenze.)

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? La parola al Dr. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Es ist eine sehr interessante Diskussion über dieses Kapitel geführt worden. Besonders interessant in diesem spezifischen Falle war die Haltung des Regionalausschusses hinsichtlich des Abänderungsantrages. Ich muß dazu in diesem Zusammenhange eine grundlegende Feststellung machen. Die Bedürfnisse wirtschaftlicher Natur der Provinz Trient und der Provinz Bozen sind verschieden. Aus unseren Diskussionen ist das bisher einwandfrei hervorgegangen. Wir haben versucht, unsere anders gelagerten Bedürfnisse rechtzeitig anzumelden und stellen hiemit fest, daß im Regionalrate die Bedürfnisse der Provinz Trient ausschlaggebend sind und diesen entsprechend dürfte die Regionalbilanz abgeändert worden, ja auch zustande gekommen sein. Mit dieser Kenntnisnahme erkläre ich auch, daß ich gegen dieses Kapitel bzw. gegen diesen Abänderungsantrag stimmen werde.

(Si è svolta su questo capitolo una discussione assai interessante. E particolarmente interessante in questo caso specifico è stato l'atteggiamento assunto dalla Giunta regionale a proposito dell'emendamento. In relazione con ciò devo fare una constatazione fondamentale. Le esigenze economiche delle Province di Trento e di Bolzano sono di diversa natura. E ciò è chiaramente emerso dal dibattito. Abbiamo pertanto tentato a far conoscere tempestivamente le nostre diverse esigenze, ma, giunti a questo punto, dobbiamo constatare,

che in questa sede di Consiglio regionale le esigenze determinanti sono quelle della Provincia di Trento e il bilancio regionale sarà probabilmente modificato in modo rispondente, a meno che ciò non sia già avvenuto. Prendendo atto di questo, dichiaro di votare contro questo capitolo e quindi pure contro l'emendamento.)

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? La parola al Presidente della Giunta provinciale di Trento, Kessler.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Mi pare perlomeno strano quanto qui si va continuamente affermando e modificando. Intanto, si sostiene che è competenza della Provincia. Secondo me, è ben troppo poco venir qui e dire è competenza della Provincia, perchè il discorso a questo proposito potrebbe e dovrebbe essere lungo, perchè poi vorrò sentire quelli della Provincia di Bolzano a sostenere che, anche per la riparazione dei danni delle singole aziende o industriali o artigianali o agricole, se è la Provincia o se è la Regione. È una discussione che io non affronto, evidentemente, ma sulla quale perlomeno mi permetto di richiamare l'attenzione, nel senso che non è così semplice affermare competenza della Provincia e competenza della Regione. In secondo luogo, la Giunta dice: datemi 150 milioni che mi servono per riparare questi danni, ecc. La provincia di Bolzano sostiene: noi di questi danni non ne abbiamo. Quindi evidentemente . . .

BRUGGER (S.V.P.): (*interrompe*).

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Un momento, è tutta la mattina che parlate voi altri due; mi lasci parlare. Dice la Giunta: io ho qui una richiesta che era pervenuta dalla provincia di Bolzano, firmata dal signor assessore Dalsass, che è quello che adesso sostiene queste tesi, dove gli interventi che si facevano presenti, che si richiedevano alla Regione, ammontavano per la riparazione di danni a 600.000.000, l'altra sera mi pare d'aver sentito. Allora, signori, in quel momento era la Regione evidentemente competente, adesso invece è diventata la Provincia. Perchè non capirei in che maniera si fanno presenti i danni alla Regione, se non per avere i contributi. Comunque, l'altro giorno è stata letta qui, ora in quel momento non so perchè mandate l'elenco dei danni alla Regione, quando la Regione non c'entra per niente.

BRUGGER (S.V.P.): Perchè ce l'hanno richiesta.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Sì, va bene, perchè ve l'hanno richiesta. Poi si dice, — comunque io do per accettato anche questo —, voi dite che i danni lassù, questo tipo di danni ve li siete totalmente riparati; io non dico mica di no, sarà vero, io non lo so. E allora vuol dire che questo stanziamento serve tutto per la provincia di Trento. Io intanto vorrei sentire se serve tutto per la provincia di Trento o come, perchè allora l'assessore potrebbe diminuire i 150.000.000 a una cifra che sia adeguata ai bisogni della provincia di Trento, visto che loro li hanno già soddisfatti; io non so esattamente la situazione nella provincia di Trento, ma credo che si potranno anche assorbire tutti. Allora si dice, votiamo contro. Però, cons. Brugger, l'altro giorno abbiamo discusso anche, non è stata poi votata, ma è stata discussa anche la questione dei danni relativi alle bonifiche. Abbiamo sentito la relazione dell'assessore, dalla quale — pur letta in fretta — come singoli tipi di intervento,

io che mi ero fatto una piccola somma, ho capito che sui 100.000.000 proposti, la maggior parte dei 100.000.000 va in provincia di Bolzano anzichè in provincia di Trento. Se dico una cosa non esatta prego l'assessore Turrini di smentirmi. Ma indubbiamente abbiamo visto, cioè dai dati che ha dato, sicuramente più di 50.000.000 su quell'importo, vanno in provincia di Bolzano. Anche questo mi pare che sia più che ragionevole. Se i danni sono di più in provincia di Bolzano per quanto riguarda le bonifiche, che vadano i più tanti soldi in provincia di Bolzano. Se invece i danni che riguardano i ponti sono più tanti in provincia di Trento, o è perchè la provincia di Bolzano ha ritenuto di dover intervenire essa con i propri fondi, va bene, lasciateli andare di più in provincia di Trento. E alla fine mi pare proprio devo ricalcare l'argomento dell'assessore, — che non vi dobbiate scandalizzare di questo, perchè del resto non è la prima volta, i compensi li abbiamo sempre fatti. E anzi qui ne approfitto per inserire un piccolo discorso, fra parentesi, ma che mi riservo di riprendere, dove noi della provincia di Trento, visto che l'ha fatto il cons. Benedikter, il quale ha chiesto alla Regione tutti i dati ecc., per vedere se qualche torto fosse stato fatto alla provincia di Bolzano, io prego, non ora, non ora perchè abbiamo molte altre cose, ma comunque io prego la Giunta regionale che voglia relazionare al Consiglio sullo stato degli interventi, sia nella provincia di Trento, sia nella provincia di Bolzano. Perchè intanto c'è un dato, che è quello ricordato dall'assessore, che riguarda la legge sulle brinate, e questo lo sapevamo anche prima perchè, se vi ricordate, quando avevamo votato quella legge, — c'era l'assessore Kapfinger allora —, abbiamo detto: ma signori, un importo così grosso noi in provincia di Trento lo potremo utilizzare solo parzialmente e solo molto adagio e gradatamente, perchè la nostra economia agricola è quella che è. E, se mi ricordo esattamente, proprio l'assessore Kapfinger ha insistito: no, lasciatela fare perchè da noi è molto importante, perchè questo contribuisce alla produttività, contribuisce ad evitare i danni del gelo, ecc., e l'abbiamo votata. Abbiamo detto: sarà chiaro che alla fine dell'amministrazione della legge o in qualche momento, se su quella legge più soldi saranno andati in provincia di Bolzano, vorrà dire che su qualche altra legge, che è di più interesse per noi, ci sarà — come c'è sempre stato — il conguaglio. Adesso, signori, non capisco come in questa sede e per la prima volta, vi vogliate accanire in maniera così decisa, per la considerazione che voi avreste meno bisogno, ecc. Non perderete nulla, anche se sui 150.000.000 ne venissero di più in provincia di Trento, signori, non perdete nulla. Ma io vi prego, anche per una certa solidarietà, — noi questi danni li abbiamo e noi, giusto o sbagliato che sia, non li abbiamo riparati —, lasciate che questi 150.000.000 si mettano lì e che questi danni vengano riparati, perchè è urgente, è assolutamente urgente che questo venga fatto, almeno in provincia di Trento. È evidente che non perderete nulla, se parte di quei soldi spettanti a voi, il 50%, non li avrete qui, li avrete da un'altra parte. Io vi prego proprio di lasciar far fare questo intervento che per noi è assolutamente importante ed è assolutamente urgente. Ripeto il concetto: che è chiaro che se una parte di questi soldi non vi verrà da questa parte, vi verrà da un'altra parte e se no signori, andrò più avanti e dirò che, se una parte maggiore venisse in provincia di Trento, sarebbe un piccolo passo verso un certo conguaglio; ed io sono certo anche prima di avere i dati dalla Giunta regionale, che il conguaglio va fatto all'esclusivo interesse della provincia di Trento in questo momento, sul

monte dei diversi interventi finanziari della Regione. Per cui di fronte a un'esigenza di questo genere, io vi pregherei proprio di non volervi ostinare in questa maniera e lasciar passare l'intervento.

PRESIDENTE: La parola alla signorina Lorenzi.

LORENZI (D.C.): Anch'io volevo pregare proprio il gruppo della S.V.P. di recarsi nella zona dei danni nel Trentino. Perchè, una è la questione di principio della divisione a metà, e altra è la questione di merito dell'urgenza dell'intervento. In questi 12 anni, l'ha detto molto bene già il capogruppo, il conguaglio si è sempre fatto e io ricordo proprio quella legge dell'irrigazione, che aveva portato quasi un miliardo nella provincia di Bolzano e niente in provincia di Trento, o quasi niente, e noi avevamo detto: è giusto, perchè l'economia agricola di Bolzano richiede questo notevole intervento. A noi pareva giusto; dopo in altra sede si fa il conguaglio. Adesso invece vi preme la questione di merito, per la quale prego proprio che il gruppo della S.V.P. si porti a Madonna di Campiglio e passi le Giudicarie, da Madonna di Campiglio al Chiese, dal Chiese a Tione, da Tione fino a Torbole, tutte le Giudicarie, per vedere come sono sconvolte. L'amministrazione passata della Provincia ha fatto il suo dovere proprio per il pronto soccorso; adesso c'è lì tutto provvisorio in legno. Proprio a Spiazzo, come ha detto l'assessore, abbiamo avuto anche due gravi lutti di vittime di questo ponte, che adesso è provvisorio in legno, e l'acqua ha continuato a scavare sotto, per cui nessuno si meraviglierebbe se da un momento all'altro la piazza cedesse con altre buche, non il ponte, la piazza, perchè tutto è stato scavato sotto e la gente è proprio preoccupata di questo andamento. È anche la piazza del parcheggio di metà valle. Ma, ripeto, c'è il danno all'agricoltura, il danno al turismo, — si pensi quale stazione turistica è Campiglio —, ma non c'è zona delle Giudicarie dove questo disagio non si senta, e non si senta il pericolo della provvisorietà di quel pronto soccorso tutto provvisorio in legno. Ripeto, da Pinzolo fino a Tione, da Tione fino giù al Caffaro, e da Tione fino a Torbole, a Sarche, tutti sanno quale sconvolgimento c'è stato. C'è urgenza e il conguaglio, dopo, senz'altro è giusto venga fatto e nessuno lo mette in dubbio, anche se anch'io, per quello che ricordo in questi 12 anni come Provincia di Trento, sono convinta che si arriverà a un notevole stanziamento ancora da dare alla provincia di Trento. Però io vorrei la giustizia. Ripeto, che volentieri ho votato anni fa quella legge che ha portato quel miliardo per l'irrigazione a Bolzano, perchè era giusto, perchè quell'economia riteneva e richiedeva quell'intervento, nell'interesse vero della popolazione di Bolzano. Ma questa volta mi sento il dovere di sottolineare l'urgenza, perchè sono veramente preoccupata che altre vittime si presentino, oltre il gravissimo danno per l'agricoltura, per il trasporto, per l'industria, per tutta quella popolazione che ha bisogno di muoversi, perchè i ponti non sono cose secondarie e son tutti sconvolti e tutti provvisori in legno.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ich möchte einen Vorschlag als Vergleich bringen. Selbstverständlich bestehen in der Provinz Trient besondere Bedürfnisse zur Linderung des Notstandes und zur Behebung der Schäden, so wie wir sie auch in der Provinz Bozen haben. Nur besteht hier ein Unterschied in den Ansichten. Wir sind der Auffassung, daß es vernünftiger

ist, wenn diese Notstandsmaßnahmen, ob es jetzt Soforthilfsmaßnahmen oder Abhilfsmaßnahmen sein sollen, von einer Stelle aus durchgeführt werden und nicht, daß wir für ein und dieselbe Aufgabe einmal vom Landesausschuß eine Maßnahme ergreifen und zum zweiten die Region, über Gesetz Nr. 3, für dieselbe Maßnahme eine zweite Hilfeleistung vorsehen könnte. Wenn die Provinz Trient oder der Regionalausschuß der Auffassung sind, daß das Gesetz Nr. 3 für die Provinz Trient die günstigste Möglichkeit ist, um diese Notstandsschäden zu lindern oder zu beheben, so sollen die Beträge, die es für die Provinz Trient trifft, ruhig auf diesem Kapitel zur Verfügung stehen. Wir hingegen wären der Auffassung, daß der Betrag, der in der Provinz Bozen Verwendung finden soll, genau zur Hälfte wie beim Kapitel über die Bonifizierungen, zugewiesen wird. Es geht hier um die Hälfte, was bereits vom zuständigen Regionalassessor gesagt worden ist, daß nämlich diese 75 Millionen, die der Provinz Bozen auf dieses Kapitel über Art. 70 zukommen, in den Landeshaushalt übertragen werden. Auf diese Weise wäre, glaube ich, die Diskussion glücklich zu Ende und beide Provinzen wären befriedigt. Ich glaube, daß wir uns unter dieser Voraussetzung wenigstens bei diesem Kapitel noch weitere Auseinandersetzungen ersparen können. Ich möchte aber auf eine Vermutung der Kollegin Lorenzi zurückkommen. Sie ist der Auffassung, daß wir, wenn man einmal einen Generalvergleich hinsichtlich der Beträge machen würde, die aus dem Regionalhaushalt in die Provinz Bozen gegangen sind und denjenigen der Provinz Trient, letztere vielleicht ganz gut bestehen könnte. Denken wir an die Patrimonialinvestitionen in der Region, auch die müßten bei einer solchen Verrechnung genauestens Berücksichtigung finden.

(Vorrei portare in campo una proposta a titolo di paragone. In Provincia di Trento ci sono naturalmente particolari esigenze dovute alla necessità di dover mitigare un particolare stato di bisogno e di dover rimediare ai danni, ma tali quali sono pure le esigenze che abbiamo in Provincia di Bolzano. Esiste però in proposito una differenza di veduta. Noi siamo d'avviso che sia più ragionevole che le opere di pronto soccorso oppure i provvedimenti per rimediare alla situazione venutasi a creare debbano essere realizzati da parte di un organo solo e non facendo intervenire per svolgere lo stesso compito una volta la Giunta provinciale ed un'altra volta la Regione tramite la legge n. 3, facendo in modo che si arrivi a concedere aiuti due volte per la stessa esigenza. Ove la Provincia di Trento oppure la Giunta regionale sono del parere essere la legge n. 3 la possibilità migliore per aiutare la Provincia di Trento a lenire i danni o a eliminarli, le somme previste per la Provincia di Trento possono senz'altro essere lasciate a disposizione di questo capitolo. Per quanto invece riguarda la Provincia di Bolzano siamo del parere che la somma ad essa spettante debba essere esattamente per metà assegnata alla stessa Provincia di Bolzano, così come abbiamo fatto a proposito del capitolo sulle opere di bonifica. Si tratta qui proprio della metà, il che è stato del resto già detto dallo stesso Assessore regionale competente: la somma di 75 milioni cioè, che alla Provincia di Bolzano spetta su questo capitolo tramite l'art. 70, deve essere trasferita al bilancio provinciale. Penso che in tal modo la discussione potrebbe essere considerata felicemente conclusa ed entrambe le Province potrebbero sentirsi soddisfatte. Almeno per quanto riguarda questo capitolo e partendo da questa precisa premessa penso possiamo risparmiarci altre dispute. Ma vorrei ancora tornare ad una supposizione esternata dalla collega Lorenzi. Lei, cioè, è del parere, che la Provincia

di Bolzano — ove si confrontasse in senso generale le somme assegnate con i mezzi di bilancio regionale alle due Province di Bolzano e di Trento —, quest'ultima forse non avrebbe di che lamentarsi. Ma in proposito vorrei che non si dimenticassero gli investimenti patrimoniali nell'ambito della Regione, i quali nel fare certi conti non possono in alcun modo essere sorvolati.)

PRESIDENTE: Ci è stato dato un emendamento all'emendamento di ridurre l'aumento di 150.000.000 a 75.000.000. La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Non parlo però sull'emendamento all'emendamento, rispondo alla proposta che aveva fatto il Dr. Brugger, il quale mi pare dicesse: prendete il 50% e mettetelo sull'art. 70. Io dichiaro, a titolo personale ma guardando agli interessi della provincia di Trento, che io sarei d'accordo su quello che ci propone l'assessore Brugger, nel caso in cui la Giunta sia, seduta stante, in grado di assicurare o di dare dichiarazione formale, che in questo momento i fondi, cioè se si dovesse procedere al conguaglio fra gli interventi in provincia di Trento e gli interventi in provincia di Bolzano, le due Province siano sullo stesso piano. Se così fosse, se cioè non ci fosse bisognoso di conguaglio io sarei d'accordo, che si dica: i 75.000.000 noi li adoperiamo per rifabbricare i nostri ponti, i 75.000.000 dateli alla provincia di Bolzano sull'art. 70 che faccia assolutamente quello che crede, li butti anche nell'Isarco. Ma se questa dichiarazione la Giunta regionale non è in grado di fare e sono convinto che non è in grado di darla, perchè noi siamo in credito di circa un miliardo, allora, signori, dico: mi oppongo per parte mia, a che ci siano passaggi di fondi sull'art. 70, attraverso l'art. 70, in modo differenziato dalla provincia di Trento. Sarò d'accordo su questo, solo nel caso in cui non ci fosse alcun credito, per chiamarlo con questo nome per capirci, a favore della provincia di Trento. Se così non è, signori, accettate che in questo caso la provincia di Trento abbia un qualche cosa di più, se così deve essere, tenendo conto del fatto che su altri settori voi siete, nei nostri confronti, stati favoriti notevolmente per centinaia di milioni. Sì, favoriti in questo momento; non vuol mica dire che non si arrivi al conguaglio. Ma adesso non fate una questione di 75.000.000 di fronte alla questione, ripeto, che il conguaglio fatto oggi, probabilmente porta a favore della provincia di Trento circa un miliardo. Non sarà un miliardo, saranno 500.000.000; ma, ripeto, mi pare proprio che questo accanimento sia eccessivo. Poi, signori, mi pare di poter dire un'altra cosa. Sui 600 milioni ci sono i 150 milioni che sono questi dei lavori pubblici e abbiamo definito una destinazione. Ci sono i 100 milioni per le bonifiche anche, ma poi rimangono ancora 350 milioni. Su quelli il discorso è aperto, su quelli, se voi non li vorrete in una maniera, adesso io non so quello che la Giunta farà, ma certamente non saremmo noi ad opporci a che, se voi intendete fare una diversa utilizzazione, la facciate. La discussione sui 350 milioni rimanenti, quella secondo me è aperta, e su quella si potrà vedere, perchè non mi pare giusto che si debba costringere la provincia di Bolzano a fare interventi che non sono necessari, sarebbe addirittura assurdo. Viceversa, se ci sono interventi, come avete detto, la zootecnia, ecc., che vi premono, e ne sono convinto anch'io, io credo che lì, senza pregiudicare, io non so quello che la Giunta penserà e che dirà, ma penso che in quella sede possa effettivamente vedere vostri diversi bisogni. Ma su questo aspetto, che si tratta di opere pubbliche che sono dan-

neggiate, scomparse in seguito a questi eventi di forza maggiore, io vi pregherei di desistere ed accettare che la soluzione vada così, che non vi fa alcun danno; anzi, anche dopo questi eventuali 75.000.000 che venissero di più a noi, siamo ancora in credito su un conguaglio. Ripeto, per i 350.000.000 il discorso è ancora aperto e lì si potrà vedere.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? La parola al Presidente Dalvit.

DALVIT (Presidente G. R. - D.C.): Evidentemente il discorso va al di là di questi 150.000.000, che la Giunta propone siano attribuiti al capitolo dei lavori pubblici. Prima di tutto dirò una considerazione a questo riguardo. La Giunta, nell'esaminare il lungo elenco di danni provocati dalle alluvioni, che comportano danni per parecchie centinaia di milioni in provincia di Bolzano, e diverse centinaia altrettanto in provincia di Trento, dopo aver constatato che le possibilità di intervento erano limitate, si è dovuta porre essa stessa un certo limite dicendo: scegliamo fra le opere da finanziare quelle che appaiono più urgenti. Le opere che sono apparse più urgenti, in un piano di precedenza, sono stati i ponti. Questa cosa è già stata detta ma io penso che debba essere ripetuta, perchè ci si lamenta, ci si è sempre lamentati che non si fanno piani di precedenza, che non si danno orientamenti e indicazioni iniziali. Signori, con questi 150 milioni la Giunta intende prima di tutto affrontare il problema dei ponti, in quanto avviene con una valutazione che comprende gli aspetti economici della vita dei singoli centri toccati, con una valutazione di questo genere e dice: è bene che assicuriamo la possibilità di lavoro della campagna che è al di là del fiume o del torrente. Quindi, questo è un primo criterio. È chiaro che quello che ha detto l'assessore Salvadori, è stato detto in maniera molto precisa. I danni ai ponti sono maggiori in provincia di Trento. Si ritiene che con i 150.000.000 si possano soddisfare i problemi relativi ai ponti della provincia di Trento, e la Giunta ritiene che ci siano dei soldi in più con i 150.000.000. Quindi è chiaro che in provincia di Bolzano si affronteranno temi, se i ponti non ci sono, e in questo elenco che ho scorso nuovamente adesso, ci sono anche dei ponti danneggiati in provincia di Bolzano, salvo i casi in cui non siano già stati finanziati dalla Provincia, si faranno comunque interventi in altri settori. Questo per quanto riguarda i 150.000.000. La discussione poi, impostata in tono polemico, diventa evidentemente motivo di contrasto o motivo comunque di discussione fra le due Province. Ora, sta bene, vedremo di fare il conguaglio generale, vedremo di raccogliere questi dati. Guardino, signori, che i dati che io ebbi occasione di riferire qualche settimana fa, quando il cons. Benedikter continuamente, capitolo per capitolo, ci dava il dettaglio, davano già sul bilancio dello scorso anno più di 100.000.000 a favore della provincia di Bolzano; e non mi voglio rifare a quanto fu detto in Consiglio regionale un anno o un anno e mezzo fa. Vennero date le cifre degli ultimi tre anni, o degli ultimi cinque anni non ricordo; andrò ad esaminare anche quello e vedremo. Questo non con intento polemico, signori, ma per vedere esattamente come stiamo in casa, come abbiamo amministrato. In questi anni abbiamo più amministrato assieme che non assieme, quindi vedere quella parte del lavoro fatta assieme, quella parte del lavoro fatta solo dagli italiani. Daremo un'occhiata, almeno sulle cifre speriamo che ci intenderemo. E se il ritoccare certe cifre potrà essere un argomento per capirci di più, signori, ci troverete largamente aperti a discutere, ad approfondire. Quindi, di-

cevo questo per quanto riguarda i 150 milioni e per quanto riguarda i rapporti delle due province. Per quanto riguarda invece la legge dei 600 milioni, si è già detto: 100 milioni sul capitolo delle bonifiche, 150 qui sui lavori pubblici e 350 al fondo provvedimenti legislativi in corso. Anticipo adesso una dichiarazione, che avrei potuto fare fra qualche giorno. Su quei 350 milioni — prendo un po' l'avvio da quanto dichiarato dal Presidente della Provincia di Trento, Kessler — su quei 350 milioni avremo modo di discutere più approfonditamente perchè è autentico che, trattandosi di un intervento che si collocherà fra i provvedimenti legislativi che andremo a prendere fra qualche settimana, lì ove non risultasse una esatta corrispondenza di situazioni fra le due province, non saremo noi quelli che vogliono chiudere gli occhi di fronte alla realtà, di fronte all'evidenza. Ma su questi 150 milioni, e su quei 100 delle bonifiche, signori, io credo che non sia giusto perdere del tempo, in quanto c'è questo aspetto: se noi li mettiamo nei capitoli di bilancio diventano spendibili automaticamente molto prima che non mettendoli a fondo dei provvedimenti legislativi in corso, per cui dovremmo fare il provvedimento sostanziale, successivamente la variazione di bilancio ed evidentemente perdere ancora del tempo. Quindi ci sono ragioni di carattere generale ed anche ragioni di carattere pratico per dire: sistemiamo i 250 milioni nel bilancio. Sui 350 milioni, la Giunta approfondirà lo studio e in particolare l'assessore Turrini, che è il proponente della legge verso la Giunta, approfondirà il tema; tengano i signori consiglieri contatto con lui e, nel momento in cui affronteremo in Consiglio regionale la discussione di quella legge, avremo modo di cercare la soluzione che sia più confacente agli interessi, che sia più confacente ai punti di vista, che sia più confacente alle necessità delle due province.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Ich kann zu meinem Abänderungsantrag immerhin noch zweimal sprechen. Wir haben diesen Abänderungsantrag eingebracht, um den Betrag von 150 Millionen auf 75 Millionen zu reduzieren und es ist selbstverständlich auch gedacht, daß die 75 Millionen der Provinz Trient reserviert bleiben sollten. Wir finden dies für richtig. Ich möchte aber auch sagen, daß es uns ein wenig eigenartig vorkommt, wenn die Region eventuell auch die 150 Millionen nur für die Provinz Trient ausgeben möchte, während die Provinz Bozen nichts bekommen soll, nachdem wir aus unserem Haushalt bereits einen ansehnlichen Betrag für Notstandsmaßnahmen ausgeworfen haben. Es ist nicht richtig, daß man zweierlei Maßstäbe anwendet und wenn die Provinz Bozen schon die Gelder aufbringen mußte, daß man in der anderen Provinz mit Regionalgeldern operiert. Ich glaube, das wird doch jeder einsehen. Damit wollte ich dem RR. Kessler kurz antworten, da er sagte, die Provinz Trient hätte, wollte man einen Ausgleich schaffen, sowieso noch etwas zu bekommen. RR. Kessler sollte nicht einen Vorschuß auf einen Betrag verlangen, von dem bereits gesagt wurde, daß er zur Hälfte den Provinzen Trient und Bozen zugute kommen soll. Das sind Erklärungen des Ausschusses und deswegen finde ich es eigenartig, daß man auf diesen Betrag von 600 Millionen einen Vorschuß möchte, auf ein Guthaben also, das überhaupt noch nicht festgestellt wurde. Lassen wir es erst einmal feststellen. Aber bei dieser Gelegenheit wäre es vielleicht schon gut, wenn auch wir vom Landesausschuß Bozen und jemand vom Landes-

ausschuß Trient zusammen mit den zuständigen Beamten der Region diese Erhebungen vornehmen würden, damit dann nicht wiederum eventuelle Mängel oder Unrichtigkeiten aufgeworfen werden könnten. Ich halte es für richtig, wenn wir diesen Betrag von 600 Millionen je zur Hälfte an beide Provinzen verteilen. Was die Provinz Bozen betrifft, vertrete ich immer noch den Standpunkt, daß wir diesen Betrag eventuell über Art. 70 bekommen müßten, damit wir unseren Kompetenzen nachkommen können.

(Sull'emendamento da me presentato posso prendere la parola ancora due volte. Lo stesso è stato presentato per ridurre la somma di 150 milioni a 75 milioni e naturalmente si è pure pensato che i 75 milioni debbano restare riservati alla Provincia di Trento. Per noi questo è cosa giusta. Ma ci sembra un po' strano che la Regione intende spendere eventualmente per la sola Provincia di Trento la somma di 150 milioni, mentre nulla dovrebbe essere assegnato alla Provincia di Bolzano. E ciò nonostante che la Provincia di Bolzano ha già stanziato con i mezzi del proprio bilancio una somma notevole per opere di pronto soccorso. Non mi sembra giusto che si debba usare due pesi e due misure, e men che meno che, se già la Provincia di Bolzano ha dovuto impiegare i propri fondi, nell'altra Provincia invece si stia operando con i fondi della Regione. Penso che questo ognuno lo riesca a capire. Volevo ciò dicendo rispondere brevemente al cons. Kessler, il quale aveva detto che, volendo arrivare ad un conguaglio la Provincia di Trento dovrebbe ricevere ancora qualche cosa. Orbene, il cons. Kessler non dovrebbe chiedere un anticipo su di un importo, del quale già si era detto che debba andare a beneficio per metà alle Province di Trento e di Bolzano. Si tratta qui in fondo di dichiarazioni della Giunta regionale e trovo pertanto strano che si vorrebbe ottenere un anticipo proprio sulla somma di 600 milioni, accampando quindi un credito che non è neppure accertato. Cerchiamo prima di fare gli accertamenti necessari, ma in tal caso sarà bene forse che le rilevazioni necessarie si facciano tramite appositi incaricati delle due Giunte provinciali di Bolzano e di Trento, evitando in tal modo l'ingenerarsi di eventuali insufficienze ed inesattezze. Secondo me è giusto di ripartire la somma di 600 milioni per metà a favore delle due Province e per quanto riguarda la Provincia di Bolzano sono tuttora del punto di vista, che tale importo dovrebbe essere eventualmente assegnato attraverso l'art. 70 in modo che possiamo far fronte alle nostre competenze.)

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Mettiamo in votazione l'emendamento all'emendamento. L'emendamento dei cons. Dalsass, Wahlmüller e Schatz, di ridurre i proposti 150.000.000 di aumento da parte della Giunta a 75.000.000 a favore della provincia di Trento. L'emendamento all'emendamento è respinto.

Mettiamo in votazione l'emendamento della Giunta: lo stanziamento viene elevato da 800 a 950.000.000. Chi è favorevole a questo emendamento? L'emendamento è accolto.

Mettiamo in votazione tutto il capitolo, che è aumentato adesso da 800 a 950.000.000; chi è favorevole al capitolo? Approvato a maggioranza. Finiamo ancora questi tre capitoli dell'Assessorato ai lavori pubblici.

Cap. 153 - È posto ai voti il cap. 153: approvato a maggioranza.

Cap. 154 - È posto ai voti il cap. 154: approvato a maggioranza.

Cap. 155 - « Retribuzioni a tecnici privati incaricati della compilazione di progetti, della direzione e dell'assistenza e collaudo di

lavori pubblici e di opere di interesse generale, anche se di competenza di enti locali della Regione - Lire 6.500.000 ».

La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Ich wollte nur eine Frage an den Assessor richten. Warum braucht es im heurigen Jahr einen Betrag, der mehr als das Doppelte als im vorigen Jahr ausmacht? Gedenkt er vielleicht die Gemeinden mehr zu unterstützen oder sollen da mehr Arbeiten zur Durchführung gelangen? Sollen also mehr Projektierungen und Kollaudierungen gemacht werden? Aber ich kann mir nicht vorstellen, wieso der Betrag für das heurige Jahr mehr als verdoppelt werden soll.

(Vorrei soltanto chiedere all'Assessore, perchè quest'anno occorre una somma più che doppia di quella dell'anno scorso. È forse per aiutare maggiormente i comuni o per finanziare un maggior numero di opere? In tal caso, si intende aumentare il numero dei progetti e dei collaudi? Non riesco tuttavia a capire, perchè la relativa somma quest'anno è stata più che raddoppiata.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore Salvadori.

SALVADORI (Assessore lavori pubblici e trasporti - D.C.): Dobbiamo servirci di liberi professionisti in appoggio ai tecnici del comitato tecnico regionale, non soltanto per lavori di progettazione, ma anche per lavori di collaudo, lavori di collaudo che non erano previsti negli scorsi esercizi finanziari. Abbiamo la « Piccola Opera Divina Misericordia » di Levico, abbiamo i lavori al palazzo delle Terme di Levico, abbiamo lavori qui al palazzo della Regione; cioè abbiamo una serie di lavori che non erano preventivati nel precedente esercizio. Si tenga anche conto che si è dovuto pensare ad ulteriori possibilità di appoggio, da parte dei liberi professionisti, all'ufficio tecnico regionale, per poter celermente portare a compimento queste opere pubbliche di carattere strettamente regionale, cioè eseguite direttamente dalla Regione.

PRESIDENTE: Metto in votazione questo capitolo: il capitolo è approvato a maggioranza.

Abbiamo finito l'Assessorato ai lavori pubblici. Facciamo cinque minuti di pausa e poi continuiamo con l'Assessorato all'industria e turismo.

(Ore 11,20).

Ore 11,40.

PRESIDENTE: Passiamo all'
ASSESSORATO INDUSTRIA E TURISMO

La parola all'assessore Corsini.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): L'Assessorato per l'industria ed il turismo ha assorbito in questa nuova Giunta regionale le competenze anche nel settore delle miniere, cave e torbiere, acque minerali e termali e nel settore idroelettrico.

È sembrato così di rendere più completa ed omogenea l'azione di un unico Assessorato per tutto il vasto campo dell'industria, alla quale, non si può disconoscere, appartengono tanto le attività di coltivazione delle miniere e di sfruttamento delle risorse del sottosuolo, quanto quelle di derivazione di acque a scopo idroelettrico e in genere ogni iniziativa nel campo delle fonti di energia elettrica e relativa utilizzazione.

L'interdipendenza tra l'industria e le fonti di energia è così stretta e connessa che una politica unitaria di industrializzazione non può

operare, ove non si estenda contemporaneamente all'una e all'altra.

Il settore del turismo è, è vero, a sè stante. Ma la tradizione creatasi già con la formazione della prima Giunta regionale e la difficoltà di separare campi di attività amministrativa già da tempo uniti, hanno consigliato il mantenimento alle dipendenze dell'Assessorato tanto dell'industria, quanto del turismo, non essendo stata trascurata neppure la considerazione che nel più vasto campo dell'industria può inserirsi anche quella particolare dell'industria alberghiera che trova il suo fondamento finanziario in operazioni caratteristiche dell'industria vera e propria.

I due settori dell'industria e del turismo rappresentano, fuor di ogni dubbio, dopo l'agricoltura, quelli di preminente interesse economico e sociale. Anzi, dal punto di vista del reddito, congiunti con il commercio in genere, col credito, assicurazioni e trasporti, formano quel complesso di attività terziarie che ha segnato nell'ultimo decennio un costante aumento, passando dall'indice di 51,2% del 1951 al 54,6% del 1959.

Una valutazione più precisa, riferita al passato ci consente di rilevare che il rapporto in un primo tempo esistente tra la popolazione attiva impegnata nell'agricoltura e quella impegnata rispetto agli altri rami dell'attività economica, presentava proporzioni ben diverse da quelle più recenti.

Nel 1951 gli indici tendono a ravvicinarsi, tanto che nell'agricoltura è occupato il 41,3% della popolazione attiva e nell'industria, commercio e trasporti il 48,3%.

È vero quindi che in passato l'industria è stata caratterizzata da uno sviluppo più lento, se non anche stentato, tanto che ancor oggi le cure vanno rivolte con maggior attenzione ad un acceleramento degli insediamenti industriali piuttosto che ad un vero e proprio consolidamento delle strutture già esistenti.

INDUSTRIA

Il problema della industrializzazione si è fatto via via più acuto ed interessante nel momento in cui, attraverso una partecipazione viva della Regione stessa all'attività economica nazionale, si sono spostati i rapporti tra il mercato agricolo, caratteristico delle due province di Trento e di Bolzano ed il mercato nazionale; contemporaneamente si sono risvegliati quei fenomeni — quali lo spopolamento delle zone alpine, l'accentramento urbano, le depressione dell'artigianato — che hanno sempre rappresentato motivi di allarme per gli osservatori dell'economia locale.

Il peso della mano d'opera che grava sul settore agricolo, eccessivo rispetto al reddito e ad una conduzione economica dello stesso, non sottovalutando l'aleatorietà determinata dall'avvicendamento sfavorevole delle condizioni climatiche ed atmosferiche, e recentemente l'avvio della meccanizzazione unitamente ad altre componenti marginali, hanno provocato quello stato di disagio che ha sollecitato negli amministratori della cosa pubblica la ricerca così affannosa di ogni addentellato valido per un rapido processo di industrializzazione, considerando tale attività come l'unica possibile per ovviare al pericolo della disoccupazione e per ridare tono alla vita economica e sociale delle due province. In via sussidiaria, poi, l'accentuarsi ed il potenziarsi dell'attività industriale, appare subito un concreto rimedio per frenare lo spopolamento delle valli e fattore apprezzabile di liquidità in molte aziende agricole, nelle quali il reddito prodotto dal lavoro dell'industria viene a sollevare il basso tenore di vita imposto dalla scarsa redditività dell'agricoltura.

Quale sia l'importanza che sempre più vanno assumendo le attività extra agricole e l'interesse che via via viene ad acquisire il settore dell'industria, lo dimostrano le cifre

Composizione percentuale della popolazione attiva:

1936	Prov. di Trento	Prov. di Bolzano	Regione T. - A. A.
Agricoltura	55,7	45,5	50,3
Industria, Commercio e Trasporti	33,3	40,7	37,2
Altre attività	11,0	13,8	12,5
1951	Prov. di Trento	Prov. di Bolzano	Regione T. - A. A.
Agricoltura	40,1	42,6	41,3
Industria, Commercio e Trasporti	49,9	46,9	48,5
Altre attività	10,0	10,5	10,2

percentuali relative alla occupazione della popolazione per i vari rami di attività economica, riferiti ai censimenti del 1936 e 1951.

Va fatta, al riguardo, una constatazione: e cioè che si avverte un accostamento nelle medie percentuali per settori ai Paesi che godono di una economia stabile, mentre poi è noto che Nazioni registranti il più basso numero di addetti all'agricoltura, sono quelle che hanno conseguito il maggior benessere economico e sociale.

Una conferma in termini più interessanti e convincenti di questo spostamento delle forze operanti nei settori produttivi e dei riflessi economici che ne conseguono, si rileva da un confronto statistico, riportato a dati più recenti, e cioè per i trienni 1951-53 e 1957-59. Lo stesso ci consente di stabilire l'incremento verificatosi nel settore industriale e, di riflesso, la flessione avutasi nel reddito prodotto dal

Distribuzione percentuale per settori economici del reddito prodotto dal settore privato e dalla pubblica amministrazione:

Settori	Provincia di Bolzano	Provincia di Trento	Trentino Alto Adige
		1951 - 1953	
Agricoltura e foreste	31,0	31,2	31,2
Industria, commercio, credito, assicurazioni e trasporti	51,2	53,5	52,3
Altre attività	17,8	15,3	16,6
Totale reddito prodotto dal settore privato e dalla pubblica amministrazione	100,0	100,0	100,0

		1957 - 1959	
Agricoltura e foreste	26,5	26,2	26,3
Industria, commercio, credito, assicurazioni e trasporti	53,6	55,7	54,6
Altre attività	19,9	18,1	19,1
Totale reddito prodotto dal settore privato e dalla pubblica amministrazione	100,0	100,0	100,0

settore agricolo in ambedue le province, non dimenticando in proposito il notevole apporto dato dal patrimonio forestale.

Nè a questo punto ci si può esimere da una valutazione dei dati risultanti dall'indagine comparativa in ordine alla consistenza numerica delle ditte operanti in regione, con riferimento ai rispettivi addetti, il che fornisce un quadro sufficientemente probatorio dell'incidenza che il settore dell'industria e le forze del lavoro, rivestono nell'ambito dell'economia locale.

Purtroppo, la mancanza di un censimento vieta di poter disporre di dati assolutamente esatti e non è possibile che far riferimento allo schedario delle ditte che risultano associate alle organizzazioni degli industriali di Trento e di Bolzano. Trattandosi di una iscrizione non obbligatoria si rispecchia un'adesione che non è totale, specie a seguito della recente decisione delle aziende statali di uscire dalla Confindustria. (Vedi prospetto A).

Affinchè le cifre e i dati non traggano in inganno, va precisato che gli indici riportati fotografano la situazione ad una determinata epoca e non fanno quindi riferimento ai movimenti determinatisi nei periodi intercorrenti, così da non indicare a fianco dei nuovi complessi sorti e potenziati le eventuali cessazioni d'attività di determinate aziende. Nel caso particolare guardando il numero degli addetti riferiti, in via comparativa, agli anni 1955 e 1960, si nota una flessione che risulta evidentemente in contrasto con l'incremento effettivamente avutosi nel campo della industrializzazione.

Il fenomeno è comprensibile se non si dimentica come proprio in quest'ultimo periodo siano venuti a cessare i grossi cantieri aperti per la costruzione dei grandi impianti idroelettrici. Tale valutazione del fenomeno segnalato, per cui tra gli anni 1955 e 1960 appare in provincia di Trento una diminuzione del numero dei dipendenti delle imprese industriali, è confortata dal fatto che nel suo complesso abbiamo, in contrasto, anche una diminuzione del numero di disoccupati. Nella relazione generale sulla situazione economica del Paese presentata dal Ministro Pella al Parlamento il 21 marzo scorso, si rileva infatti che la media mensile dei disoccupati iscritti alle liste di collocamento presenta per la Regione Trentino - Alto Adige il dato assoluto di numero 23.070 nel 1959 e n. 21.599 nel 1960, con una contrazione, quindi, in linea assoluta, di n. 1.471 unità, pari ad una diminuzione percentuale del 6,38%.

È da notarsi ancora che le giornate operaie dei cantieri di lavoro e di rimboschimento sono diminuite da 420.899 del 1959 a 327.018 del 1960 e le giornate operaie dei cantieri INA-Casa da 265.542 nel 1959 a 90.460 nel 1960.

Se si tien conto inoltre che rispetto al

DITTE APPARTENENTI ALLE ASSOCIAZIONI DEGLI INDUSTRIALI DI BOLZANO E DI TRENTO *A)*

SETTORI	PROVINCIA DI BOLZANO						PROVINCIA DI TRENTO					
	1951		1955		1960		1951		1955		1960	
	Ditte	Dip.	Ditte	Dip.	Ditte	Dip.	Ditte	Dip.	Ditte	Dip.	Ditte	Dip.
Alimentari e dolciaria	29	450	30	412	24	428	45	212	38	200	34	284
Birra, acque gassate, freddo, malto	11	259	12	241	12	244	51	111	59	179	20	106
Industria chimica	10	919	9	720	7	714	20	780	18	747	20	1.167
Costruttori edili e affini	159	3.171	175	4.042	193	4.507	259	8.810	317	10.641	294	8.066
Industrie estrattive	13	1.076	16	1.204	18	783	55	1.999	68	2.274	59	1.563
Gas ed elettricità	8	323	9	356	8	102	6	89	8	131	8	163
Grafiche, cartotecniche e pasta di legno	13	497	16	443	17	454	14	975	13	915	12	565
Industrie del legno	119	1.170	131	1.352	140	1.598	251	2.959	217	2.165	160	1.855
Materiali da costruzione	12	152	9	181	8	170	25	1.069	28	1.360	27	1.299
Industrie meccaniche	25	2.452	30	2.807	38	3.244	45	1.678	50	2.376	54	2.876
Siderurgiche e metallurgiche	3	2.297	3	3.119	3	3.177	3	1.165	3	888	3	637
Spettacolo	5	31	5	26	4	18	42	44	49	72	45	61
Industria tessile	4	623	3	485	3	451	16	2.188	10	1.670	13	1.959
Trasporti	29	669	35	671	27	526	73	445	120	716	245	834
Industrie varie	14	357	15	425	16	260	15	403	16	502	42	654
TOTALE	454	14.446	498	16.484	518	16.676	920	22.927	1.007	24.836	1.036	22.089

1955 il settore dei costruttori edili ed affini, cui appartengono anche le imprese di costruzioni di grandi impianti idroelettrici, segna un regresso in provincia di Trento da 317 ditte con 10.641 dipendenti a 294 ditte con 8.066 nel 1960, devesi concludere che la diminuzione della media mensile della disoccupazione deriva soprattutto da un aumento di posti di lavoro a carattere permanente, come si rileva dai dati riferentisi agli interventi da parte del Mediocredito ed alla operatività della legge sull'anonimato azionario; diciamo « prevalentemente » e non « esclusivamente », in quanto non è possibile prescindere in tali valutazioni dalla incidenza del fenomeno migratorio.

Il processo di diminuzione delle unità lavorative addette all'agricoltura e di aumento di quelle dell'industria, riguarda tutto il territorio nazionale. Tra il 1954 e il 1960 abbiamo avuto nel settore dell'agricoltura una diminuzione di 550.000 unità lavorative e nel settore dell'industria un aumento di 2.250.000 unità lavorative. Anche tenuto conto della immissione di nuove unità lavorative in conseguenza del fenomeno naturale del raggiungimento dell'età di lavoro in una popolazione con indice demografico ascendente, non c'è alcun dubbio che l'industria dimostra di saper mettere a disposizione della comunità nuovi posti di lavoro tali da consentire l'impiego delle nuove leve e in parte il ricupero di braccia disoccupate o per abbandono dei campi o per redditi insufficienti degli stessi.

Se allarghiamo per un momento il nostro sguardo alla situazione nazionale, si può affermare — come ha detto l'ex presidente della Confindustria De Micheli nella relazione all'ultima assemblea — che l'espansione dell'industria italiana ha superato ogni ragionevole previsione ottimistica in termini qualitativi e quantitativi. L'indice generale della produzione industriale negli ultimi nove anni si è più che raddoppiato, pur partendo da una base, quella dell'anno 1951, in cui il volume della nostra produzione si poneva nella graduatoria mondiale subito dopo i Paesi più industrializzati.

Per quanto concerne lo sviluppo dei settori, su un piano nazionale, di cui va tenuto conto per orientare anche nella nostra Regione ricerche di nuove iniziative, diremo che hanno progredito particolarmente i settori che caratterizzano la moderna economia e cioè le industrie metallurgiche, meccaniche, chimiche, di fibre tessili o artificiali e fonti di energia.

A questo punto non si può ignorare che sono tuttora valide e di viva attualità quelle considerazioni che inducono ad affermare come non si sia ancora realizzato in regione un « ambiente » sufficientemente industrializzato e tale comunque da far pensare ad un livellamento tra il potenziale di oasi notevolmente depresse nell'ambito delle due province e la struttura delle province confinanti che godono di un tenore ben più elevato.

Da questa constatazione, che riteniamo ancor oggi valida, discende quello che deve essere l'impegno legislativo ed amministrativo della Regione: creare, cioè, le condizioni ambientali onde l'iniziativa privata sia sollecitata a promuovere lo sviluppo delle industrie già esistenti e onde sia accelerato l'insediamento di nuovi stabilimenti industriali.

È evidente che l'industria, come del resto ogni qualsiasi attività economica, sorge e si afferma attraverso il concorso di più circostanze favorevoli. Ora, se noi facciamo un esame ravvicinato della nostra situazione particolare, vediamo che la disposizione eccentrica della regione rispetto ai grandi mercati di consumo, lo scarso peso delle nostre popolazioni sul mercato di consumo dei prodotti industriali ed infine lo svantaggio costituito dal ritardo nella formazione di una concentrazione

di aziende di media e grande portata, rappresentano fattori e difficoltà incontrate, e tuttora parzialmente presenti, nella cerchia di una organizzazione che permetta all'economia industriale locale di inserirsi efficacemente nella corrente produttiva nazionale ed internazionale.

La presenza della pubblica amministrazione e particolarmente la predisposizione di strumenti finanziari e di altra natura atti a rendere più favorevoli le condizioni ambientali e le attività promosse dall'iniziativa privata, hanno già permesso lentamente di superare alcuni fattori di carattere negativo, agevolando quella evoluzione che sembra oggi acquisire consistenza nell'ambito della congiuntura favorevole del Paese.

Questo movimento accentuato, che può definirsi come un « secondo tempo » nella vita dell'economia industriale della Regione, affonda le sue radici proprio nel punto in cui si sono create le premesse favorevoli, determinate dall'applicazione di recenti provvedimenti « di principio » per la loro caratteristica basilare, e che richiamano ora nuove provvidenze atte ad integrare e completare l'azione veramente efficace in corso.

Questo secondo tempo nella vita economica della regione può dirsi iniziato, secondo noi, con l'emanazione dei provvedimenti di legge per favorire l'industrializzazione, discussi ed approvati da codesto Consiglio regionale negli anni 1959 e 1960, senza con questo voler dimenticare provvedimenti precedenti, quali l'istituzione dell'Istituto per il credito a medio e lungo termine nella Regione Trentino - Alto Adige e la legge regionale 12 agosto 1957, n. 16, con successivo rifinanziamento di cui alla legge regionale 24 agosto 1958, n. 20, che pure si sono rivelati strumenti idonei allo scopo.

Il primo decennio di interventi della Regione nell'economia locale fu indirizzato, per necessità di situazioni e per scelta di orientamenti, agli aiuti ed al risanamento di due settori pur essi essenziali: quello dell'agricoltura e quello dei lavori pubblici.

Crediamo di dover affermare che, senza nulla togliere in aiuti finanziari a questi due settori, onde poter sostenere almeno la situazione in sè precaria dell'agricoltura, la Regione debba ora attendere decisamente allo sviluppo e al rafforzamento del settore dell'industria.

Quello che potremmo chiamare il « nuovo corso della politica economica della Regione » tornerà sicuramente di vantaggio diretto ed indiretto anche alle popolazioni occupate nella coltivazione dei campi.

È certo comunque che questa scelta di nuovo orientamento nella politica economica della Regione, diventa ancor più necessaria quando, accanto a considerazioni di natura prettamente economica e accanto alla constatazione che i Paesi più progrediti sono quelli più industrializzati, si ponga anche la doverosa ed appassionata attenzione al fenomeno della disoccupazione.

L'incremento costante delle nascite e conseguentemente l'aumento delle leve annuali del lavoro, l'aumento del tenore di vita e dei bisogni delle popolazioni, il costante progresso per cui le famiglie sono sempre rivolte alla ricerca di maggiori redditi onde poter soddisfare le necessità di maggiori consumi, il regresso del reddito della terra che diventa sempre più insofferente al peso umano di cui è caricata, sono tutti fattori che tendono a far aumentare il numero dei disoccupati e di quelli con reddito insufficiente rispetto al progressivo elevarsi del tenore di vita.

Per corrispondere all'aumento dei bisogni, per risanare in parte, e progressivamente in tutto, la piaga della disoccupazione, occor-

rono nuovi posti di lavoro e lavoro più redditizio.

L'industria è, tra altre, quell'attività economica capace di corrispondere a queste due necessità sociali ed è per raggiungere questa mèta segnata imperativamente da esigenze di natura morale e sociale, che ci sentiamo autorizzati qui a lanciare un appello perchè privati, associazioni di categoria, forze del lavoro e organizzazioni che le rappresentano, enti locali e le stesse Province, collaborino tutti in uno sforzo intenso per creare nella nostra Regione un ambiente idoneo alla sua rapida industrializzazione.

Ma non possiamo a questo punto non rilevare che la mèta sarà tanto più facilmente raggiungibile, quanto più ci sarà collaborazione da parte di tutti: il capitale e l'iniziativa privata con gli enti pubblici, gli imprenditori con i dipendenti, impiegati ed operai, i sindacati dei lavoratori con le organizzazioni padronali.

Uno dei fattori preminenti di incentivazione al potenziamento industriale, superiore anche in valore effettivo, ai provvedimenti di legge ed agli interventi finanziari dell'Ente Regione, è rappresentato dall'elemento umano: le nostre forze operaie sono tenute nell'ambiente industriale della Nazione tra le più sane ed attive e tra le meno facili a lasciarsi trascinare sul terreno della antitesi tra capitale e lavoro, orientate a valutare con obiettività e con senso di responsabilità il fattore così determinante della collaborazione.

Il mantenimento di questa situazione morale ed il progresso nella capacità tecnica da raggiungersi attraverso una sollecita opera di addestramento professionale, possono essere le basi più sicure per un effettivo sviluppo dell'industria nella nostra regione.

Ed è per questo che elementi e fattori politici o di natura generale o di particolarizzazione provinciale, non possono non preoccupare quanti vogliono tendere effettivamente al miglioramento della situazione economica regionale.

LEGGI E PROVVEDIMENTI

Legge 27-10-1950, n. 910 - « Concessioni di finanziamenti per favorire l'industrializzazione della provincia di Trento ».

Con questo provvedimento di carattere nazionale, si è voluto assicurare un adeguato incentivo alla ripresa delle attività industriali nella provincia di Trento, dopo il dissesto creato dal periodo bellico. La legge è organata in modo tale da mettere a disposizione un fondo di garanzia dell'ammontare di lire 5 miliardi e un fondo di 400 milioni, su quattro esercizi finanziari, a titolo di concorso nel pagamento degli interessi.

Come riportato nello specchio seguente, 17 aziende hanno beneficiato della garanzia sussidiaria dello Stato per un ammontare di lire 3.477.250.000, mentre ben 73 aziende con sede e stabilimento nella provincia di Trento, hanno ottenuto il concorso in conto interessi per un volume di operazioni di lire 5.600.600.000.

Va rilevato come mediante tale contributo si sia creato l'incentivo all'investimento nel settore industriale per un volume effettivo e complessivo, fra capitale mutuato ed apporto diretto degli imprenditori, che supera largamente i 6 miliardi.

Delle 73 operazioni, 69 sono state definite con il Mediocredito Trentino - Alto Adige, e di queste:

— 15 hanno beneficiato del concorso interessi dell'1,50%;
— 52 hanno beneficiato del concorso interessi del 2,00%;
— 2 hanno beneficiato del concorso interessi del 2,50%.

Va ancora considerato come siano state in prevalenza assistite aziende aventi le caratteristiche di « piccole industrie », tenuto conto che la media delle operazioni di finanziamento si aggira sui 40 milioni per iniziativa. Facendo una graduatoria in base al numero e al volume degli investimenti, si avverte che hanno beneficiato anzitutto le aziende di produzione del settore metallurgico, indi i settori dei grafici, degli alimentari e dell'industria del legno.

a) fondo garanzia		L. 5.000.000.000
— garanzia sussidiaria dello Stato concessa su operazioni perfezionate attraverso il		
Mediocredito Trentino - Alto Adige	n. 15 pari a	L. 457.250.000
— perfezionate attraverso altri Istituti	n. 2 pari a	L. 3.020.000.000
Totale	n. 17 pari a	L. 3.477.250.000
— fondo disponibile da destinare alla concessione della garanzia sussidiaria dello Stato		L. 1.522.750.000
b) fondo concorso pagamento interessi		L. 100.000.000
— per quattro esercizi		L. 400.000.000

	Ammontare contributi	Ammontare mutui
— operazioni definite dal Mediocredito Trentino - Alto Adige	n. 69 L. 46.692.000	L. 2.280.600.000
— operazioni definite con altri Istituti	n. 4 L. 51.400.000	L. 3.320.000.000
Totale	n. 73 L. 98.092.000	L. 5.600.600.000
Disponibilità	L. 1.908.000	L. 160.000.000

L.R. 12-8-1957, n. 16 e L.R. 24-8-1958, n. 20 - « Agevolazioni a favore delle imprese industriali per operazioni di credito » per uno stanziamento complessivo di 600 milioni.

L'operatività delle due leggi deve essere considerata conclusa per quanto riguarda la provincia di Trento, mentre esiste un residuo di 6.525.000 in conto interessi da utilizzarsi da aziende con sede in provincia di Bolzano; 66 ditte della provincia di Trento ne hanno beneficiato per un volume di prestiti concessi dal Mediocredito pari a 2.011.500.000, mentre 59 sono le ditte che a Bolzano hanno fatto ricorso ai benefici delle stesse leggi per un ammontare di prestiti pari a lire 1.945.000.000.

Legge 13-3-1953, n. 208 - « Costituzione di un Istituto per l'esercizio del credito a medio e lungo termine nella Regione Trentino - Alto Adige ».

Un cenno particolare va fatto all'Istituto di credito a medio e lungo termine nella Regione Trentino - Alto Adige che ha rappresentato e rappresenta tuttora uno strumento valido ed efficace nella movimentazione delle attività economiche locali, con specifico riferi-

mento a quelle industriali, che rientrano nella sfera di interesse dell'Assessorato. Va ricordato come tale Istituto sia stato voluto dall'Amministrazione regionale e come questa abbia sostenuto l'iniziativa conferendo al fondo di dotazione 450 milioni da destinarsi alla sezione propriamente industriale.

Meglio di qualsiasi commento serve ad illustrare l'attività del Mediocredito e l'incidenza della stessa nell'economia regionale, il seguente prospetto, che abbraccia le operazioni definite dall'Istituto dall'atto della sua nascita al 31 dicembre 1960. (Vedi prospetto B).

È utile enucleare i dati riferentisi all'anno 1960 in quanto dagli stessi si rileva che per la prima volta i maggiori finanziamenti sono rivolti a « nuovi impianti », mentre negli anni decorsi prevalevano gli interventi a favore di complessi già esistenti.

Finanziamenti dell'Istituto nell'anno 1960

— Domande presentate:
n. 100 per lire 6.475.700.000

FINANZIAMENTI ACCORDATI DALL'INIZIO DELL'ATTIVITÀ (sett. 1954) AL 31-12-1960

B)

INDUSTRIA	Nuovi impianti		Ampliamenti rimodernamenti potenziamenti		TOTALE	
	N.	milioni di lire	N.	milioni di lire	N.	milioni di lire
1. Alimentari	36	1.575,2	87	1.589,9	123	3.165,1
2. Legno e affini	8	143,0	47	1.049,7	55	1.192,7
3. Estrattive	4	29,5	22	370,0	26	399,5
4. Minerali non metallurgiche	6	180,0	16	335,5	22	515,5
5. Oli minerali e gas	—	—	3	78,0	3	78,0
6. Metallurgiche	3	180,0	6	163,0	9	343,0
7. Meccaniche	20	887,0	39	1.085,5	59	1.972,5
8. Chimiche	1	140,0	9	375,0	10	515,0
9. Gomma	2	80,0	1	7,0	3	87,0
10. Carta e stampa	10	2.120,0	20	669,8	30	2.789,8
11. Tessili	8	310,0	7	417,0	15	727,0
12. Pelli	—	—	1	6,0	1	6,0
13. Trasporti	10	462,0	11	169,0	21	631,0
14. Energia elettrica	7	1.495,0	16	312,0	23	1.807,0
15. Costruzioni edilizie	—	—	32	468,8	32	468,8
16. Soc. finanz. e ind.	1	150,0	—	—	1	150,0
17. Varie	4	195,0	11	139,5	15	334,5
TOTALI	120	7.946,7	328	7.235,7	448	15.182,4

— Domande di finanziamento presentate: n. 669 per L. 22.310.300.000
— Finanziamenti accordati : n. 448 per L. 15.182.400.000

Finanziamenti accordati

n. 35 per lire 4.918.000.000

e vanno così divisi:

— per « nuovi impianti industriali »:
n. 18 per lire 3.215.000.000

— per ampliamenti e ammodernamenti di impianti già esistenti:
n. 67 per lire 1.703.000.000

Ai fini della traduzione in termini sociali oltre che economici della validità di questo strumento, è confortante la lettura dei dati concernenti l'aumento dei posti di lavoro concretatosi a seguito delle operazioni facilitate dall'Istituto del Mediocredito.

Nuova mano d'opera occupata a seguito dei finanziamenti praticati.

Dall'inizio (settembre 1954) al 31-12-1960

— nei 120 impianti nuovi	n. 3.008 unità
— nei 328 impianti ampliati	n. 1.877 unità
Totale	n. 4.885 unità

Anno 1960

— nei 18 impianti nuovi	n. 692 unità
— nei 67 impianti ampliati	n. 400 unità
Totale	n. 1.092 unità

L.R. 10-8-1959, n. 11 - « Provvidenze per il potenziamento dell'attività economica regionale ».

Nel quadro delle operazioni sopra riportate, sono inclusi anche i finanziamenti deliberati ed erogati dall'Istituto Mediocredito Trentino - Alto Adige sino al 31-12-1960, all'interesse agevolato del 5% alle piccole e medie imprese industriali, ai sensi della convenzione tra Regione e Istituto stesso, in forza di questa legge.

La devoluzione di un miliardo da parte della Regione ha consentito un notevole allargamento degli interventi da parte dell'Istituto all'interesse agevolato, in aumento di quanto sarebbe stato possibile facendo affidamento esclusivamente sulle disponibilità create dalla legge Colombo.

In provincia di Trento le operazioni finanziate sono state in numero di 56 per un ammontare di mutui di lire 2.350.500.000, in provincia di Bolzano in n. di 31 per un totale di lire 928.000.000.

L.R. 8-8-1959, n. 10 - « Autorizzazione alla emissione di azioni al portatore nella Regione Trentino - Alto Adige ».

È questo uno di quei provvedimenti legislativi « di principio » di cui si è fatto cenno nelle premesse.

Le perplessità sollevate da alcuni settori e le decise opposizioni di altri all'atto della discussione del disegno di legge possono essere facilmente ed efficacemente fugate dalla evidenza dei dati. In un periodo pur così breve dacchè la legge è entrata in vigore sono state rilasciate autorizzazioni alla emissione di azioni al portatore a 26 società per un aumento di capitale ammontante complessivamente a lire 3.112.540.000 che corrispondono ad un investimento di lire 7.378.000.000.

L'Amministrazione regionale, nell'istruire le domande di autorizzazione all'emissione dei titoli, nel concedere l'autorizzazione stessa e nel rilasciare lo svincolo della cauzione prevista dalla legge, ha controllato in modo diligente che nessuna utilizzazione di comodo discendesse da questa nei confronti dei richiedenti. Si può senza dubbio affermare che questa legge ha operato bene, richiamando nuovi investimenti di capitali nella regione e creando nuovi posti di lavoro senza incorrere in nessuno di quegli inconvenienti, invocando i quali da parte di qualche settore consiliare, si tendeva a sminuire l'efficacia del provvedimento stesso o ad impedirne l'emanazione.

Delle 26 società autorizzate alla emissione di titoli al portatore, 10 hanno già ottenuto lo svincolo della cauzione per aver attuato gli investimenti programmati. Il numero dei nuovi addetti presumibilmente impiegati nelle aziende beneficiarie, risulterà, a completamento degli impianti e dei lavori di 1.177 unità. Di questi nuovi posti di lavoro, 400 circa vanno considerati come temporanei, in quanto trattasi di addetti ai lavori del cantiere idroelettrico della Società INDEL a Selva dei Molini; non va però trascurato il fatto che il periodo di impiego di queste 400 unità lavorative va riferito ad un tempo oscillante tra i 4 e i 5 anni.

Nel riportare il dato complessivo di 1.177 posti di lavoro, non si sono volutamente comprese quelle unità lavorative effettivamente impiegate nella parte di costruzione degli immobili e nell'installazione degli impianti relativi alle aziende che hanno programmato gli investimenti e che hanno ottenuto l'autorizzazione per l'emissione di titoli da parte dell'Amministrazione regionale. Oltre a queste operazioni definite, se ne trova un'altra decina già in fase istruttoria presso gli uffici dell'Assessorato, mentre si avverte un accentuato interesse di società ed operatori nei confronti di questo particolare regime azionario.

L.R. 24-8-1960, n. 12 - « Contributi per l'acquisto e l'apprestamento di aree destinate all'insediamento di stabilimenti industriali ».

È questo il secondo provvedimento « di principio », del quale è difficile poter oggi dire, data la sua recentissima entrata in vigore, il modo e le situazioni particolari in cui ha operato. Certo è che un elemento positivo già deve essere rilevato: e cioè l'accostamento delle iniziative comunali, precedentemente anche a volte disordinate e non sempre concluse favorevolmente, all'esame e al giudizio dell'Amministrazione regionale e, per delega, delle Amministrazioni provinciali.

Dai dati in nostro possesso, o per acquisizione diretta, o per cortese comunicazione da parte delle Province, risulta che i fondi stanziati sono assolutamente insufficienti rispetto alle domande di intervento avanzate in provincia di Trento, e facilmente esauribili anche in provincia di Bolzano, dove tuttavia le richieste risultano in numero notevolmente minore.

I Comuni interessati a beneficiare di questa legge sono a tutt'oggi i seguenti:

In provincia di Trento: Ala, Arco, Borgo Valsugana, Castelnuovo-Scurelle, Mezzocorona, Mollaro-Taio, Pergine Valsugana, Rovereto, Tione, Trento.

In provincia di Bolzano: Cornedo all'Isarco, Ora, mentre sembrano intenzionati di fare affidamento sulla legge anche i Comuni di Cortaccia, Prato allo Stelvio e Vandoies.

L.R. 11-11-1960, n. 11 - « Norme per la gestione dei proventi derivanti dall'applicazione dell'art. 10 dello Statuto speciale di autonomia ».

Le transazioni raggiunte dall'Amministrazione regionale con le società concessionarie di grandi derivazioni di acque a scopo idroelettrico, hanno portato alla costituzione di un fondo di complessive lire 497.923.007 per il periodo fino al 31-12-1960, da ripartirsi in ragione di:

— Lire 316.133.406 alla provincia di Trento e di
— Lire 181.789.601 alla provincia di Bolzano.

La legge, entrata in vigore recentemente, ha portato alla presentazione di un notevole numero di domande per un alto volume di contributi richiesti. La Commissione consul-

tiva prevista dalla legge, recentemente insediata, ha avuto modo di formarsi un primo quadro dell'ampiezza delle attese e gli uffici dell'Assessorato, che ha acquisito la competenza in materia, stanno ultimando l'istruttoria delle pratiche stesse, che verranno presentate in una visione unitaria alla Commissione, con le proposte su cui la stessa sarà chiamata ad esprimersi.

PROGRAMMA DI INIZIATIVE E DI INTERVENTI

Come si è detto in precedenza, da poco più di un anno è in atto un movimento notevolmente più accelerato di espansione nel settore dell'industria e, se non si può ancora parlare di una vera e propria politica di industrializzazione, è certo che qualcosa si è mosso ed è stato determinante, stando ai primi risultati ed all'interesse suscitato negli imprenditori stessi. Si è già detto, però, che tali strumenti non devono rimanere isolati e fine a se stessi; a questi dovranno far seguito altre provvidenze a carattere integrativo ed in grado di imprimere una maggiore accelerazione al processo in atto, reso attuale da una congiuntura economica nazionale particolarmente favorevole.

Va sottolineato in proposito come abbia un peso notevole in tutto questo la tempestività, e cioè la possibilità di ricorrere con immediatezza e con tutti gli strumenti idonei le offerte e le iniziative che si presentano, tanto più che i benefici di cui all'art. 8 della legge 29 luglio 1957, n. 635 — esenzione decennale da ogni tributo diretto sul reddito delle imprese artigiane e piccole industrie costituite nel territorio di Comuni con meno di 10 mila abitanti — dovrebbero venire a cessare al termine del 1962.

Guardando al presente e pensando al futuro, risulta anzitutto evidente che ogni programma con prospettive che si riflettono in impegni di bilancio deve necessariamente fare il passo con il documento finanziario su cui già si è operato in questa prima fase di attività amministrativa, entro i limiti del quale va dimensionata ogni iniziativa. Comunque la Giunta regionale — per iniziativa dell'Assessorato — si premurerà nell'anno corrente di sottoporre all'attenzione del Consiglio disegni di legge che non richiedono stanziamenti ed impegni di bilancio e che d'altro canto sembrano risultare di utilità ai fini di una aderente disciplina organizzativa in relazione alle necessità del settore.

È pronto, ad esempio, il provvedimento che autorizza la « istituzione del Comitato consultivo regionale per l'industria », dopo che il pronunciamento della Corte ha sgombrato il terreno da ogni perplessità in materia.

Si è già detto però in precedenza come la congiuntura favorevole e l'accentuata espansione, suscettibili di ulteriori sviluppi in materia di insediamenti industriali in regione, suggeriscano di dare un nuovo e più deciso corso alla politica di interventi in questo campo, offrendo all'iniziativa privata ed agli enti economici attivi, nuovi ed efficaci incentivi.

Va ancora sottolineato che una politica di sviluppo in tal senso non può prescindere da alcuni fattori fondamentali, su cui va accentrata l'attenzione dei pubblici amministratori:

— disponibilità energetiche
— credito agevolato
— valorizzazione risorse locali
— preparazione professionale.

Accantonato ogni intervento nel campo della istruzione tecnico-professionale, per non interferire in una sfera di attività di specifica competenza delle Province, qualche indicazione viene data, seppur sommariamente, solo per enunciare in questa sede un programma di idee

che dovrebbe però tempestivamente configurarsi in una serie di organici provvedimenti finanziari.

Mentre ci riserviamo di trattare più ampiamente il tema delle fonti di energia nella parte successiva di questa relazione dedicata specificatamente a tale settore, un accenno va fatto qui circa l'opportunità di introdurre un nuovo disegno di legge per l'utilizzo dei fondi in conto art. 10, con indicazione dei nuovi criteri che dovrebbero presiedere alla destinazione di quanto annualmente sarà disponibile, o in numerario, o in natura, sempre in conseguenza dell'applicazione dell'attuale, o del riformato, art. 10. Fra questi criteri dovrebbe venir contemplato l'intervento a favore delle aziende industriali che programmino l'ammodernamento, il potenziamento o insedino nuovi impianti.

Problema ancora aperto, in materia di credito, è quello relativo alla costituzione di un fondo di garanzia atto a permettere finanziamenti che si presentino sani e produttivi nei casi di aziende industriali cui facciano difetto adeguate garanzie reali. Da anni il Mediocredito beneficia di fondi messi a disposizione dallo Stato e dalla Regione, senza corrispondere alcuna remunerazione; l'ammontare della stessa potrebbe avere come destinazione, con il consenso degli Enti partecipanti, la creazione di un fondo di garanzia presso l'Istituto medesimo.

Rivangando le motivazioni che hanno indotto l'Amministrazione regionale a partecipare alla costituzione della Società finanziaria industrie regionali - F.I.R., non sembra fuori luogo dotare di mezzi adeguati la Società stessa per permettere l'attuazione dei compiti di istituto, con una considerazione particolare rivolta alla valorizzazione della produzione locale, specie in zone di difficile avviamento industriale attraverso l'iniziativa privata.

A tal fine l'Amministrazione regionale vorrà assicurarsi il rientro dei capitali già indirizzati a determinate situazioni note al Consiglio onde, una volta ricuperati, gli stessi possano servire per nuove iniziative.

Mentre va ricordato come i parlamentari trentini abbiano presentato al Senato un disegno di legge — approntato dall'Assessorato — che consente, ove sia approvato di rifinanziare i fondi di cui alla legge 27-10-1950, n. 910 (tale provvedimento autorizza un intervento a contrazione degli interessi per un volume complessivo di annui 120 milioni), va presa in considerazione — mentre si auspica un sollecito e favorevole iter parlamentare del provvedimento stesso — un'ulteriore dotazione di fondi per rendere rioperante la L. R. 12-8-1957, n. 16 « agevolazioni alle piccole e medie industrie per operazioni di credito nella Regione Trentino - Alto Adige ».

Già si è fatto cenno in premessa, ma viene qui ribadito per l'importanza e l'urgenza che la cosa riveste, alla opportunità di una maggiore disponibilità di fondi sugli esercizi 1962 e 1963 in conto L. R. 24 agosto 1960, n. 12 « contributi per l'acquisto e l'apprestamento di aree destinate all'insediamento di stabilimenti industriali », con particolare riferimento alle finalità originarie della legge stessa ed utilizzo, almeno parziale, dei fondi già stanziati per favorire il consolidamento dei « nuclei » di carattere industriale.

Va rilevato a questo proposito che entro l'anno corrente la Regione potrà documentarsi, in materia di aree e nuclei di interesse industriale, mediante uno studio concreto condotto da un gruppo specializzato, cui sarà a giorni affidato l'incarico. Partendo dalla larga messe di dati elaborati in modo apprezzabile e portati all'attenzione degli studiosi attraverso la ricerca condotta sotto la guida del prof. Toschi, l'indagine che verrà ora realizzata in questa

fase più concreta dal gruppo incaricando, avrà lo scopo di trarre delle conclusioni programmatiche su basi scientifiche e di offrire nuovi motivi per ampliare lo stato di interesse da parte di operatori economici e di imprenditori per investimenti industriali in regione. Essa sarà inoltre un documento prezioso ed utilissimo per orientare l'Amministrazione regionale, le Province e le stesse Amministrazioni comunali nella fase delicata della localizzazione dei nuclei e delle zone di interesse industriale, nell'ambito del nostro territorio. Dalle conclusioni di tale studio programmatico, l'Amministrazione regionale si propone di conoscere adeguatamente il volume degli stanziamenti per il necessario rifinanziamento della legge stessa e, congiuntamente, eventuali nuovi criteri che, su basi economiche, consiglino emendamenti al provvedimento in parola.

Queste, sia pure in sintesi, sono le linee programmatiche sulle quali viene richiamata ora l'attenzione dei consiglieri; il che non preclude evidentemente la presentazione, in tempi successivi, di altri provvedimenti di legge o proposte di interventi finanziari.

La recente movimentazione nel settore dell'industria ci consente di guardare con moderata soddisfazione all'ultimo biennio. Le molteplici iniziative di varia origine, di cui l'Assessorato è a conoscenza, consentono inoltre di guardare con cosciente, seppur cauto, ottimismo anche al futuro, nell'interesse diretto delle popolazioni viventi nella regione. Le attese però di queste popolazioni sono eguali in provincia di Trento e in provincia di Bolzano: a Trento, per ricuperare quel tempo — tra la prima e la seconda guerra mondiale — in cui esse, non sempre assistite da una sollecita azione governativa, hanno segnato il passo rispetto al progresso di altre province; a Bolzano, per agevolare l'evolversi verso un'economia socialmente più aperta e maggiormente idonea a promuovere, su più vasto raggio, i vantaggi di un diffuso insediamento industriale.

Lo sviluppo armonico delle economie povere, come la nostra, impone scelte non solo quantitative, ma specialmente qualitative, data la necessità di operare nel modo più celere, pur dovendo ricorrere a mezzi limitati. Ma al di là della scelta — che è comunque lasciata alla facoltà di tutti noi responsabili dell'amministrazione della cosa pubblica — vi è una ragione di tempestività che vieta, a nostro avviso, ogni perplessità ed ogni remora.

È evidente — come da tempo si preannuncia in sede autorevole — che l'economia industriale, ed in particolare anche quella della nostra Regione, subirà il travaglio imposto dall'entrata in vigore del Mercato comune europeo, la pressione di aziende che hanno già completato il loro ammodernamento in Italia ed all'estero, il peso crescente della domanda di lavoro da parte di unità produttive rese libere dalla economia agricola. L'urgenza quindi di provvedimenti a favore del settore industriale non è di oggi, ma benchè qualche sfavorevole conseguenza sia già avvertita, non è ancora tardi. Intervenendo subito e con gli strumenti idonei è possibile allinearsi con zone e Paesi anche meglio attrezzati e tradizionalmente più sensibili a queste attività, assicurando anche alle nostre popolazioni un clima di sufficiente prosperità.

Il tempo felice della congiuntura non è infinito, anzi può risultare di breve durata. Dobbiamo perciò cogliere il momento e dire, come il Faust goethiano all'attimo che può essere fuggente: « Verweile doch, du bist so schön ».

Dopo queste considerazioni, potremmo fare nostro, riferendolo alla regione, quanto il Ministro Colombo ha affermato recentemente in relazione alla politica economica statale,

e cioè: ecco perchè la Regione fa e farà il suo dovere per creare i presupposti necessari agli investimenti industriali, soprattutto coordinando l'esecuzione delle infrastrutture con gli altri obiettivi economici che si vogliono conseguire nel quadro di una programmazione che dovrà investire tutta la politica economica regionale.

TURISMO

Il turismo è un fenomeno di natura essenzialmente economica e, ove lo si consideri puramente sotto questo profilo, facendo cioè astrazione dall'apporto sociale che s'accomuna a quello economico negli altri settori della produzione, occupa senz'altro il primo posto nel quadro dell'economia regionale.

L'offerta è rappresentata, oltre che dalle particolari bellezze della natura, da una vasta rete di aziende produttrici di servizi, che partecipano attivamente agli sviluppi del fenomeno e ne ritraggono ragione di vita e di benessere: le aziende alberghiere, in tutta la loro vastissima gamma, quelle di trasporto, le imprese produttive speciali e quelle di prestazione di servizi turistici, le industrie turistiche cosiddette riflesse e collaterali, tra le quali spiccano gli esercizi pubblici, le imprese commerciali e da ultimo, ma non ultima, l'agricoltura.

È una vastissima rete di interessi che si intrecciano e si potenziano e, nel contempo, si rivelano interdipendenti, per modo che lo stimolo e l'incremento avverantesi in un settore, stimola ed incrementa, anche se non nella stessa intensità, l'attività degli altri settori.

Non è, ovviamente, nostro compito addentrarci in indagini scientifiche, nè questa è la sede per esaminare il fenomeno nella sua complessa struttura economico-strumentale, ma riteniamo utile enunciare alcuni dati idonei a far conoscere l'entità del suo movimento, sia pure per approssimazione, alla valutazione del flusso di ricchezza che esso produce, non solo, ma a stabilire — attraverso l'esame di parametri — l'economicità dei costi di produzione in rapporto all'imponenza delle sue manifestazioni.

L'espansione del fenomeno si rivela, nella nostra Regione, sempre più promettente anche se i pernottamenti del 1960, in provincia di Trento, hanno subìto una contrazione di circa 2 milioni e 600 mila unità, pari al 33% circa rispetto a quelli registrati nel 1959. Ciò si è verificato esclusivamente nel settore della villeggiatura familiare ed è dovuto alle condizioni meteorologiche che si sono manifestate particolarmente avverse. Quelli registrati nel settore alberghiero hanno goduto, al contrario, di un lieve significativo incremento.

Ecco i dati complessivi del movimento registrato negli ultimi cinque anni:

Anni	Arrivi	Presenze
1956	819.308	6.608.815
1957	1.081.456	7.488.540
1958	1.395.844	10.691.537
1959	1.315.632	11.765.435
1960	1.171.769	8.986.372

Come si può osservare, il movimento ha tendenza nettamente ascensionale, considerando incidentale la contrazione sopra illustrata.

Gli stessi dati, suddivisi per provincia, hanno il seguente andamento:

Anni	Trento		Bolzano	
	Arrivi	Presenze	Arrivi	Presenze
1956	353.689	3.781.385	565.619	2.827.430
1957	436.979	4.497.665	644.477	2.990.875
1958	726.351	7.651.003	669.493	3.040.534
1959	575.216	8.085.944	740.416	3.679.491
1960	458.088	5.248.332	713.681	3.738.040

La suddivisione dei pernottamenti, registrati negli esercizi alberghieri ed extra alberghieri della Regione, è la seguente:

Anni	Trento		Bolzano	
	Italiani	Stranieri	Italiani	Stranieri
1956	3.213.937	567.448	1.561.954	1.265.476
1957	3.729.035	768.630	1.371.093	1.619.782
1958	6.548.751	1.102.252	1.386.492	1.654.042
1959	6.843.025	1.242.919	1.556.940	2.122.551
1960	4.403.262	845.070	1.399.848	2.338.192

Dai dati su esposti emerge la continua ascesa del movimento turistico anche se, specie in questi ultimi anni, quello riguardante la provincia di Bolzano tende a stabilizzarsi su posizioni elevate sì, ma che non esprimono certo i limiti di efficienza e di possibilità della capacità ricettiva.

È certamente, almeno ce lo auguriamo, un fenomeno transitorio le cui cause devono probabilmente ricercarsi nella particolarità della situazione politica di quella provincia, dato che il fenomeno turistico è sensibilissimo ad ogni e qualsiasi azione di disturbo.

Al servizio del turismo esiste una notevole potenzialità ricettiva che, da alcuni anni, compie notevoli sforzi finanziari — in ciò aiutato dalle provvidenze disposte dalla legge sul credito alberghiero, come vedremo in seguito — al fine di adeguare gli apprestamenti alle sempre crescenti e diverse necessità della clientela, dovute al continuo evolversi del fenomeno turistico.

Eccone i dati, suddivisi per provincia, e riferiti all'ultimo triennio:

Provincia di Trento

	esercizi	camere	letti	bagni
1958	1.308	18.412	31.330	2.233
1959	1.419	19.515	34.034	2.872
1960	1.478	20.703	36.150	3.248

Provincia di Bolzano

	esercizi	camere	letti	bagni
1958	1.455	21.240	36.241	3.534
1959	1.515	22.082	37.809	3.810
1960	1.599	24.043	41.344	4.561

Complessivi

	esercizi	camere	letti	bagni
1958	2.763	39.652	67.580	5.767
1959	2.934	41.597	71.843	6.682
1960	3.077	44.746	77.494	7.809

È interessante altresì conoscere l'occupazione nelle aziende alberghiere ricettive della regione, tenendo presente che esistono esercizi con apertura annuale ed esercizi con apertura stagionale. Pertanto durante la stagione estiva il personale è in numero insufficiente a far fronte alle necessità degli esercizi alberghieri della regione — tenendo soprattutto conto dell'enorme concorrenza che la Svizzera ci fa in materia — mentre, negli altri periodi, compreso quello invernale, parte del personale non trova lavoro ed è costretto a cercarlo altrove, normalmente all'estero. Si forniscono, qui di seguito, i dati relativi al personale occupato nell'industria alberghiera, dati questi suddivisi per provincia e per esercizi con apertura continuativa e stagionale:

Personale occupato

1960	Esercizi aperti tutto l'anno	Esercizi stagionali	Totale
Trento	4.781	3.107	7.888
Bolzano	6.538	3.111	9.649

A completamento delle attrezzature alberghiere esiste una vasta rete denominata ap-

punto attrezzatura complementare in quanto completa i servizi turistico-alberghieri. Trattasi della gran massa dei ristoranti, trattorie, caffè, bar, ecc., degli esercizi pubblici, cioè, che non solo partecipano del movimento turistico, ma ne costituiscono elemento di propulsione.

Ecco i dati, anche questi suddivisi per provincia e per classe di esercizio:

1960	Ristoranti trattorie ecc.	Caffè, bar ecc.	Totale
Trento	972	785	1.757
Bolzano	627	466	1.083

Il fenomeno turistico nella nostra regione, dando vita ed impulso a numerosissime attività e legando al suo sviluppo un gran numero non solo di apprestamenti, ma altresì di unità umane, esprime e concreta, ovviamente, una vasta gamma di attività economiche che danno origine ad un flusso di ricchezza.

Mentre non è difficile calcolare l'apporto del turismo (naturalmente accontentandosi di dati empirici, ma che possono ritenersi soddisfacentemente vicini alla realtà delle cose), altrettanto non si può dire del reddito turistico, in quanto la grande varietà delle aziende e delle attività che ne godono, producono con costi oltremodo vari da rendere impossibile una valutazione generale del reddito coi dati che oggi possediamo.

È quindi augurabile che gli studi in questo senso vengano stimolati e aiutati al fine di arrivare alla conoscenza dell'importantissimo parametro, ciò che potrà darci l'esatta valutazione del fenomeno nel complesso delle attività economiche della nostra Regione. I dati sull'apporto lordo, calcolati sulle preferenze dei forestieri nell'anno testè decorso, in base alle valutazioni oggettive della spesa per ogni singolo turista e per ogni classe di esercizio, ivi comprese le spese voluttuarie e di trasporto, sono i seguenti:

1960	Apporto lordo	Totale
Trento	16.214.360.000	
Bolzano	15.164.296.600	31.378.656.600

La cifra che rispecchia l'apporto totale è leggermente inferiore a quella calcolata per l'anno 1959, in quanto il turismo familiare di villeggiatura estiva ha subìto, principalmente nella provincia di Trento, una rilevante contrazione per effetto delle avverse condizioni meteorologiche che hanno indotto i potenziali clienti a ricercare altre mete e a disdire appartamenti precedentemente impegnati.

Si precisa che i dati riguardanti l'apporto lordo dei turisti nella regione, sono calcolati in base a voci di spesa e prezzi differenziati a seconda della categoria dell'albergo o, comunque, dell'alloggio, voci e prezzi che rispecchiano la media delle denunce dei prezzi applicati da parte di ogni singolo datore di alloggio e, per quanto riguarda le spese per i trasporti urbani, le spese varie ecc., in base a dati di carattere nazionale, ridotti alle località relative, in base all'esperienza attuata dai singoli Enti provinciali per il turismo.

Comunque sia, l'apporto del turismo, inquadrato in quello di altre principali attività economiche della regione, deve considerarsi fra i più elevati, raggiungendo anche i primi posti, ove si astragga da considerazioni speciali che, come nell'agricoltura, trovano penetrazioni nel processo eminentemente economico.

Proseguendo nella valutazione economica del fenomeno turistico, valutazione che necessariamente non può essere che schematica, in questa sede, è interessante conoscere l'entità monetaria di uno dei più discussi costi di produzione. Alludo alla propaganda. La cifra media spesa o messa a disposizione dagli enti tu-

ristici in questi ultimi dieci anni, iscritta nella rubrica turismo del bilancio regionale per la propaganda, ammonta a circa lire 50 milioni annui, cui vanno aggiunte le altre spese per il medesimo titolo sopportate dai bilanci degli Enti provinciali per il turismo e da quelli delle Aziende autonome di cura, soggiorno e turismo; spese queste calcolate approssimativamente in lire 50 milioni annui.

In totale pertanto l'amministrazione regionale e gli enti periferici del turismo spendono in propaganda, circa 100 milioni all'anno a cui fa fronte, ove si voglia servirsi del dato riguardante l'esercizio 1960, un arrivo effettivo di forestieri pari a 1.171.769 unità; per cui la spesa effettiva per ogni turista si esprime in lire 85 circa. L'osservazione che nelle spese per la propaganda sopra esposte non è stato tenuto conto della spesa, anche rilevante, degli altri operatori turistici e delle aziende alberghiere e para-alberghiere e comunque partecipanti al fenomeno turistico, non ha alcuna rilevanza in quanto tale spesa è già calcolata nel costo di produzione totale del servizio ed è rifusa a parte.

Abbiamo così un prezzo per il turista il quale non esprime ancora nulla, ove esso non venga rapportato a dati analoghi in altre regioni d'Italia. Da una relazione dell'assessore regionale del turismo e dello spettacolo della Regione Siciliana, risulta che le spese sostenute dagli enti turistici della Sicilia, esclusi gli operatori e le aziende e le industrie private, raggiungeva cifre intorno alle lire 2.000 per turista, ciò che ha indotto l'Amministrazione regionale siciliana a rivedere completamente la politica del turismo adottata fino allora.

Pur ammettendo che il costo di produzione della Sicilia sia eccezionale, balza immediatamente agli occhi l'esiguità del costo calcolato per la nostra regione, tenendo soprattutto presente l'ampiezza dell'apporto complessivo che supera i 31 miliardi. La spesa per la propaganda, pertanto, deve essere considerata assolutamente insufficiente ad influenzare un mercato mondiale, tenendo soprattutto presente che con 100 milioni di spesa si arriva ad un fatturato di 31 miliardi, il che consente di calcolare il costo di produzione del forestiero in una cifra percentuale assolutamente irrisoria nei confronti di quella sostenuta dalle altre nazioni europee ed extra europee e soprattutto dalle grandi società industriali mondiali. Il costo regionale della propaganda e della pubblicità rappresenta il 3,2 per mille mentre quello delle altre regioni d'Italia, degli Stati esteri e soprattutto nel campo dell'industria mondiale, raggiunge valori che oscillano fra il 3 e il 5% del totale dei costi di produzione.

Mi limito ad enunciare i dati senza alcun commento, in quanto le deduzioni che se ne devono trarre si presentano da sole.

Ora, in attesa che le future indagini e studi, possano accertare l'andamento comparato dei prezzi e dei costi in rapporto al capitale d'impresa, l'ammontare del patrimonio investito al fine di analizzare i costi ed i ricavi, nonchè l'effettivo ammontare del reddito che sintetizza, per unità di tempo, la differenza tra il costo degli investimenti ed i ricavi che concretano la funzione produttiva, ci limiteremo a far rilevare che il fenomeno turistico ha incidenze talmente notevoli, in tutti i settori dell'economia regionale, che si rende necessaria ed indispensabile la elaborazione di una vera e propria politica turistica unitaria da parte della Regione, onde concorrere al consolidamento ed allo sviluppo di tale ramo di attività economica.

Diciamo vera e propria politica turistica, intendendo con ciò la elaborazione di un gruppo di provvedimenti di legge e la predisposi-

zione di stanziamenti finanziari, coordinati fra di loro su quattro direttrici:

1) sviluppo e miglioramento degli esercizi ricettivi alberghieri e non alberghieri, attraverso una politica creditizia di facilitazioni per il reperimento dei capitali necessari alle iniziative private, e per il pagamento dei relativi tassi di interesse;
2) riordinamento delle organizzazioni turistiche regionali, anche con riguardo al loro finanziamento;
3) coordinamento in senso unitario delle azioni di propaganda;
4) controllo dei complessi ricettivi complementari e conseguente tutela dei complessi ricettivi primari tradizionali.

Non abbiamo alcuna esitazione ad affermare che l'Assessorato regionale al turismo o viene dotato di strumenti di legge e di mezzi finanziari sufficienti per svolgere un'efficace azione nel settore di cui ha nominativamente la responsabilità, o è meglio che sia soppresso.

Non si può e non è giusto ora, come non lo è stato per il passato, attribuire responsabilità e quasi sempre demeriti (chè i riconoscimenti sono scarsi) ad un Assessorato che è come un uomo senza braccia al quale si chieda di compiere un lavoro, senza averlo dotato o avendolo privato degli strumenti utili allo scopo.

Abbiamo detto politica turistica unitaria. Crediamo che gli stessi operatori del turismo se vorranno osservare con animo privo di preoccupazioni politiche e localistiche il settore in cui operano, si augureranno essi stessi che possano cessare le divisioni nelle iniziative di propaganda tra una provincia e l'altra, tra una valle e l'altra, divisioni che, in ultima analisi, tornano a danno del turismo stesso.

È questo infatti un campo in cui non è sufficiente la molteplicità di iniziative, perchè esse, lungi dall'assommarsi, spesso si elidono.

Ed è perciò che oltre a prevedere nuovi provvedimenti legislativi e maggiori stanziamenti di bilancio, si ritiene doveroso affermare che da parte di questo Assessorato, pur senza ritogliere quelle competenze che sono state ormai delegate, ci saranno la precisa volontà e l'intendimento di coordinare (con una azione rispettosa sì delle individualità delle organizzazioni turistiche, ma altrettanto decisa) le molteplici iniziative dei due Enti provinciali di Trento e di Bolzano, delle Aziende autonome di soggiorno, cura o turismo, delle Pro Loco, dei due Assessorati provinciali almeno per quella parte delegata dalla Regione o per l'uso dei mezzi stanziati dalla Regione stessa.

Nel fare ciò non ci sarà bisogno di innovare: basterà applicare le leggi esistenti, fruire del diritto di esprimere direttive per l'uso delle deleghe, ed esplicare, sia pure servendosi degli enti e delle organizzazioni turistiche, una politica economica in tale settore.

LE LEGGI REGIONALI

Le leggi regionali operanti nel campo del turismo sono, ovviamente, di varia natura, e ne influenzano e ne presidiano i vari settori. In particolare ed in ordine cronologico, escludendo quelle abrogate con successivo provvedimento legislativo, troviamo anzitutto la legge regionale 30 aprile 1952, n. 18, che presidia lo stanziamento costituito per l'attuazione della propaganda turistica a favore della Regione.

Segue quella relativa alla costituzione del Comitato regionale per il turismo e quella di modifica all'ordinamento degli Enti provinciali per il turismo di Trento e di Bolzano, costituendone le due Giunte, nonchè i due collegi sindacali (L. R. 30 aprile 1952, n. 19 e L. R. 18 luglio 1955, n. 19).

Successivamente venne emanata quella recante provvedimenti a favore dell'industria alberghiera della regione (L. R. 26 aprile 1956, n. 6) che sostituisce la L. R. 2 maggio 1952, n. 20.

Le provvidenze a favore del patrimonio alpinistico regionale sono presidiate dalla L. R. 14 agosto 1956, n. 9, alla quale segue la L.R. 24 gennaio 1957, n. 14, che detta le norme sulla disciplina dei rifugi alpini.

Sempre in materia di alpinismo e di organizzazione dei relativi servizi in genere, opera la L. R. 7 febbraio 1958, n. 2 che istituisce ed autorizza l'intervento finanziario della Regione per l'istituzione ed il finanziamento di una scuola per maestri di sci in regione.

Un'importanza notevole, ai fini della disciplina dei complessi ricettivi complementari a carattere turistico-sociale, assume la L. R. 5 maggio 1958, n. 10, cui fa seguito il regolamento per l'esecuzione della legge medesima, approvato con D.P.G.R. 9 giugno 1958, n. 78.

Sempre in materia di servizi alpinistici e più precisamente a favore dei corsi di soccorso alpino della regione, opera la L. R. 31 luglio 1958, n. 14, che autorizza la costituzione di un fondo per le spese derivanti da interventi dei corpi medesimi.

La concessione di contributi alle Aziende autonome di cura, soggiorno o turismo e alle associazioni Pro Loco ricadenti nel territorio di giurisdizione regionale è presidiata dalla L. R. 23 agosto 1958, n. 18, che sostituisce, con innovazioni e modifiche, la L. R. 24 settembre 1951, n. 12.

Infine, la delega alle Giunte provinciali di Trento e di Bolzano, delle funzioni amministrative in materia di turismo e di industria alberghiera, è stata disposta con la L. R. 1 dicembre 1958, n. 29.

L'ATTIVITÀ LEGISLATIVA PROGRAMMATA

Quattro nuovi schemi di legge sono stati predisposti dall'Assessorato e saranno presentati alla Giunta regionale.

Il primo riguarda il riordinamento delle organizzazioni turistiche regionali, provvedimento questo resosi necessario in seguito alla emanazione, da parte dello Stato, di propri provvedimenti legislativi in materia di turismo. Ovviamente tale provvedimento, per nulla intaccando delle competenze potenziali regionali in materia di turismo e di industria alberghiera, introduce disposizioni che si differenziano da quelle finora adottate nel territorio di giurisdizione regionale, ingenerando così dubbi e perplessità sia sulla loro possibilità di applicazione che sulla loro interpretazione. Occorre, naturalmente, tener sempre presente che, in assenza di specifica legislazione regionale, vige quella dello Stato e ritenuto necessario intervenire nel settore con un provvedimento che, in un certo senso, coordini la materia e affermi la potestà e la competenza della Regione sia per virtù dell'art. 4, punto 7, dello Statuto speciale, che per le norme di attuazione emanate con D.P.R. 27 marzo 1952, n. 354, è stato appunto predisposto il su citato disegno di legge il quale dovrebbe adeguarsi alle effettive esigenze odierne degli enti periferici del turismo ed a quelli che sono i presupposti di una fondamentale corretta dinamica funzionale nel settore, nella speranza di compiere il primo, organico passo verso una auspicata perfezione amministrativa, nel quadro di provvedimenti legislativi regionali in materia di turismo.

Rimane tuttavia ancora scoperto il settore degli ulteriori finanziamenti a favore delle Aziende autonome di cura, soggiorno o turismo e delle associazioni Pro Loco, problema questo che l'Assessorato ha già posto allo stu-

dio e al quale spera di provvedere fra non molto.

Il secondo riguarda il settore del credito alberghiero ed è, in sostanza, un rifinanziamento della vigente legge regionale 26 aprile 1956, n. 6. Il rifinanziamento del fondo per la concessione di mutui alberghieri si renderebbe necessario ove risulti possibile l'operazione di anticipazione di quattro rate dei rientri annuali per ammortamento riferentesi agli esercizi dal 1962 al 1965, operazione questa che consentirebbe un'immediata disponibilità di capitale per un importo che si aggira fra gli 800 e i 900 milioni. Naturalmente, impegnando i rientri dei quattro esercizi, rientri che costituiscono le uniche possibilità regionali di intervento nel settore alberghiero e ammontanti, grosso modo, a circa 200 milioni annui, non risulterebbe più operante la legge già citata, appunto per carenza di alimentazione. Occorre quindi, sia pur limitatamente ai quattro esercizi sopra accennati, disporre un ulteriore finanziamento regionale. La giustificazione di tale complessa operazione, quella cioè di anticipazione di quattro rate e quella conseguente e collegata del rifinanziamento della legge in parola, che può essere attuata solo con un ulteriore strumento legislativo, discende dall'indagine esperita con la collaborazione delle due organizzazioni provinciali tra albergatori che hanno compilato ciascuna per la propria zona di giurisdizione, un elenco analitico delle necessità in ordine di capitale che si ravvisano nel settore alberghiero, sia per ampliamenti suggeriti dall'aumento di richiesta o comunque di correnti turistiche, sia ancora per ammodernamenti, adeguamenti cioè delle attrezzature e degli apprestamenti alle attuali esigenze del fenomeno turistico, nonchè al rinnovo degli arredamenti degli esercizi alberghieri esistenti.

Da tale indagine sono scaturiti i seguenti dati:

— Provincia di Trento	L. 1.667.468.500
— Provincia di Bolzano	» 4.060.671.000
Totale	L. 5.728.139.500

cifra questa che esprime l'ammontare dei futuri investimenti necessari a ripristinare o comunque a rendere efficienti gli apprestamenti alberghieri oggi esistenti. Devesi però far presente che la cifra relativa alla provincia di Trento riguarda solo 200 sulle 600 aziende alberghiere interessate, per cui la cifra dovrà essere aumentata del 50% circa al fine di adeguarla al dato delle effettive necessità. Ciò porta, pertanto, ad una somma di lire 2 miliardi 500 milioni la quota necessaria per la provincia di Trento e a lire 6.500.000.000 l'importo esprimente la necessità totale.

In considerazione che l'intervento regionale nel settore del credito alberghiero avviene normalmente in base al 65% del costo delle opere murarie e al 55% di quello dell'ammodernamento e arredamento, e assumendo il 61% quale media di intervento regionale tra i due titoli predetti, risulterebbe necessaria una disponibilità, nei 3-4 anni che seguono, dell'ordine di circa 4 miliardi, al fine di soddisfare compiutamente le richieste del settore alberghiero.

Si ritiene che le cifre rilevate dalle due organizzazioni provinciali per gli albergatori tendano ad esprimere il massimo delle necessità per cui un ridimensionamento potrebbe portare verso valori più reali. Comunque, grazie alla operazione di anticipazione sopra illustrata e al rifinanziamento dei quattro esercizi nei quali la legge vigente non potrebbe più operare, si ritiene di poter ammannire un flusso di ricchezza tale da portare il settore alberghiero verso quell'auspicata perfezione che è

necessario presupposto per camminare alla pari coi tempi.

Onde rendere possibile un riferimento a operazioni già avvenute nel campo del credito alberghiero, si ritiene interessante fornire i dati, aggiornati al 31 gennaio 1961, riguardanti la concessione di mutui in base alle disposizioni della vigente L. R. 26 aprile 1956, n. 6, più volte citata.

Domande	Prov. di Trento	Prov. di Bolzano	Totale
Liquidate	637.775.000	646.485.000	1.320.260.000
Deliberate e non liquidate	125.525.000	222.800.000	348.325.000
In corso di istruttoria	103.695.000	377.418.000	481.113.000
Totale	902.995.000	1.246.703.000	2.149.698.000

Il terzo ed il quarto disegno di legge che l'Assessorato ha già predisposto, riguardano la modifica alla L. R. 31 luglio 1958, n. 14, sulla costituzione di un fondo per le spese derivanti da interventi dei corpi di soccorso alpino della regione e modifica alla L. R. 14 agosto 1956, n. 9, recante provvidenze a favore del patrimonio alpinistico regionale.

Con tali modifiche ai due disegni di legge regionali vigenti si ritiene di operare nel settore alpinistico e del soccorso alpino con due provvedimenti organici meglio strutturati; l'uno attinente alle provvidenze disposte a favore del patrimonio alpinistico, l'altro a quelle attuate per il potenziamento dei servizi dei corpi di soccorso alpino.

Gli emendamenti su accennati si sono resi necessari al fine di ovviare ad una duplicità di titolo di ammissibilità riscontrata nei due provvedimenti legislativi operanti, duplicità che poteva ingenerare non solo accavallamenti di interventi, ma, altresì, perplessità di ordine interpretativo, così che si è preferito emendare distintamente i due strumenti legislativi.

Ritengo doveroso qui accennare agli interventi finanziari dello Stato a favore del credito alberghiero e alla costruzione di impianti a fune. In base alla disposizione della legge 4 agosto 1955, n. 691, sono state presentate fino al 15 aprile 1961, 168 domande per un ammontare di mutui richiesti pari a lire 4.416.351.832. Le domande accolte sono 28 per un ammontare complessivo dei mutui concessi in lire 409 milioni.

L'intervento dello Stato nel settore delle costruzioni di impianti a fune e di impianti sportivi in base alla legge 24 luglio 1959, n. 622, si esprime nei seguenti dati:

	Prov. di Trento	Prov. di Bolzano
Domande presentate	15	9
spesa presunta	501.890.812	302.639.119
contributo richiesto	125.472.702	75.659.780
domande ammesse	6	3
contributi assegnati	11.400.000	1.550.000

Rimane ancora da parlare dei rapporti con gli Enti provinciali per il turismo e con gli enti periferici in genere, rapporti che si sono logicamente allentati, se non del tutto cessati, in seguito alla delega alle due Province per l'esercizio delle funzioni amministrative in materia di turismo e di industrie alberghiere, ivi comprese la tutela e la vigilanza sugli Enti provinciali per il turismo.

Sono lieto di poter affermare che, malgrado le innovazioni apportate alle varie leggi delega, i rapporti con l'Ente provinciale per il turismo di Trento si svolgono in tutta cordialità e nello spirito di una proficua collaborazione al fine di risolvere i molti problemi che sorgono quotidianamente sia per l'interpretazione o l'applicazione di leggi dello Stato, in carenza di legislazione regionale, sia per quanto riguarda l'esercizio delle funzioni delegate direttamente dallo Stato agli Enti provinciali per il turismo.

Purtroppo non altrettanto si può dire nei confronti dell'Ente provinciale per il turismo di Bolzano, il quale si è completamente isolato e cura unicamente i rapporti con la Giunta provinciale di Bolzano, quale organo di tutela e di vigilanza. Solo allorchè i mezzi finanziari gli fanno difetto, e questa situazione sembra sia la norma per quell'Ente, si ricorda dell'esistenza di un Assessorato regionale e chiede da questo il reperimento di fondi onde colmare il disavanzo che ciascun bilancio registra.

Nei confronti delle Aziende, l'Assessorato non ha più compiti di ripartizione dei fondi stanziati a favore delle Aziende predette e delle associazioni Pro loco, appunto in seguito alla delega alle Province dell'esercizio delle funzioni attinenti, ivi compresi il riconoscimento e la revoca delle caratteristiche di stazione di cura, soggiorno o turismo.

In nostri precedenti interventi ebbi ad affermare che l'attuale esercizio finanziario sarebbe stato un anno di studio nei confronti del fenomeno turistico. Desidero qui chiarire meglio il concetto dichiarando che tale affermazione discende dal fatto che la nuova Giunta ebbe a trovare già impostato nelle sue linee generali di bilancio di previsione per il corrente esercizio, mentre un'eventuale nuova politica turistica non può essere attuata se non con nuovi strumenti che prevedono, ovviamente, nuovi o diversi stanziamenti.

Ecco perchè consideriamo il presente esercizio come anno di transizione e di studio pur percorrendo con ogni possibile razionalità la strada già percorsa da un binario precedentemente costituito. Tutto ciò consentirà all'Assessorato di promuovere una ricerca di mercato atta a far conoscere preziosi dati che serviranno all'impostazione dei nuovi programmi ma, soprattutto, a dare nuovo volto e nuovo impulso, se non nuova forma, alla propaganda tradizionale, influenzandone quei mercati che verranno sondati con gli elementi dell'indagine progettata.

Il conoscere, quindi, le più gradite forme di propaganda in un determinato agglomerato umano, il veicolo migliore per operare una maggior influenza sul mercato, tenendo conto delle nuove tendenze all'individualismo, liberandosi cioè degli intermediari che non solo aumentano il costo del servizio, ma lo rendono monotono e quindi improduttivo, il conoscere quali reazioni e quali rapporti intercorrono tra il costo della propaganda e l'influenza del mercato specie nei casi di ingrandimento della platea influenzabile, se cioè il maggior costo sopportato per l'incremento della propaganda è proporzionale e in che modo a un incremento delle correnti captate, costituiscono parametri insostituibili per istituire una moderna politica del turismo verso la quale numerosi studi e altrettanto numerose ricerche, purtroppo straniere, convergono.

Sarà così possibile adeguare il volume della propaganda alle affettive necessità o aspirazioni, addivenendo in tal modo ad un ridimensionamento degli interventi che producono, ovviamente, effetti positivi sul mercato da influenzare e, nel contempo, consentono il notevole volume di spesa.

Appunto e solo in questo senso deve essere interpretata l'affermazione: costituire il presente esercizio un anno di transizione e di studio per quanto riguarda il settore del turismo, non certo come un anno di riposo o di indifferente inattività. E il programma qui esposto, le indagini già svolte, ci consentono, crediamo, di respingere ogni falsa interpretazione.

PRESIDENTE: Invito l'assessore a sospendere la sua relazione per proseguirla nel pomeriggio.

(ore 12,30).

Ore 15,08.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Corsini per la continuazione della sua relazione.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.):

SETTORE IDROELETTRICO

Dalla costituzione della Regione Trentino - Alto Adige nel 1948 ad oggi, la produzione dell'energia elettrica in Regione è andata mano a mano crescendo in seguito alla costruzione di 35 centrali idroelettriche di cui 16 in provincia di Trento e 19 in provincia di Bolzano, senza tener conto di altri 5 impianti, che pur derivando l'acqua totalmente o parzialmente con le rispettive opere di presa e parte anche di adduzione, in provincia di Trento, hanno le centrali di produzione fuori provincia.

La produzione di energia elettrica in Regione è salita in cifre tonde dai 2.800 milioni di KWh del 1948 ai 9.900 milioni di KWh del 1960, di cui KWh 4.700 milioni in provincia di Trento e 5.200 milioni in provincia di Bolzano, anno particolarmente favorevole per le abbondanti e prolungate precipitazioni atmosferiche.

Dal 1948 al 1960 si è avuto quindi un incremento di 7.100 milioni di KWh corrispondente al 254% circa sulla produzione del 1948, o in altri termini, la produzione del 1960 è stata circa tre volte e mezzo quella del 1948.

Tale massa di energia è stata prodotta in 87 centrali idroelettriche (grandi derivazioni con potenza nominale media superiore ai 220 KWh) delle quali 48 in provincia di Trento e 39 in provincia di Bolzano, aventi complessivamente una potenza nominale media di concessione di *KW 1.188.365,* dei quali *KW 507.705* in provincia di Trento e *KW 680.660* in provincia di Bolzano.

Sono attualmente in costruzione 4 nuove centrali idroelettriche per una producibilità complessiva di circa *585 milioni* di KWh annui.

Tali centrali sono:

— *in provincia di Trento*:

la centrale di Torbole sul fiume Sarca della SISM con una producibilità media annua di circa 300.000.000 di KWh;

la centrale di S. Emerenziana II, del Consorzio idroelettrico dei Comuni di Cles e Tuenno, con una producibilità media annua di circa 2.000.000 di KWh;

totale in provincia di Trento KWh 302 milioni.

— *in provincia di Bolzano*:

la centrale di Naturno sul torrente Senales dell'Azienda Elettrica Consorziale di Bolzano e Merano con una disponibilità di circa	270.000.000 di KWh
la centrale di Fontana Bianca sul Lago Verde (torrente Valsura) della STE, con una producibilità di circa	13.000.000 di KWh
totale in provincia di Bolzano	283.000.000 di KWh

Della totale produzione dell'anno solare 1960 di KWh 9.900 milioni, circa 1.050 milioni di KWh sono stati prodotti da Società, Consorzi, Aziende Municipalizzate, privati locali, ossia aventi sede in regione e che, per la stragrande maggioranza, producono energia per i consumi in regione.

Degli anzidetti 1.050 milioni di KWh, circa 796 milioni sono stati prodotti in provincia di Bolzano e 254 milioni in provincia di Trento.

La forte differenza di produzione fra le due province degli Enti locali, è dovuta al fatto che la centrale della Società « Avisio » (la cui produzione nel 1960 è stata di 518 milioni di KWh), è ubicata in provincia di Bolzano pur ricadendo tutte le opere di presa dal torrente Avisio e la maggior parte di quelle di adduzione in provincia di Trento.

Alla produzione degli Enti locali di circa 1.050 milioni di KWh prodotti da grandi derivazioni, sono da aggiungersi circa 15 milioni di KWh prodotti da piccole derivazioni di Enti locali (circa 9 milioni di KWh in provincia di Bolzano e circa 6 milioni in provincia di Trento), risultando così una produzione propria degli Enti locali nell'anno solare 1960 di circa 1.065 milioni di KWh (di cui 805 milioni in provincia di Bolzano e 260 in provincia di Trento).

La produzione degli Enti extra regionali è stata di circa KWh 8.850 milioni.

Il consumo di energia elettrica in regione nel 1960 può ritenersi sia stato di circa 2.200 milioni, per cui dell'intera produzione lorda di 9.900 milioni di KWh sono stati esportati fuori regione circa 7.700 milioni di KWh, ossia circa il 78% della produzione totale.

Poichè la produzione di energia idroelettrica in Italia nel 1960 è stata di circa 45.388 milioni di KWh, la Regione Trentino - Alto Adige ha contribuito alla formazione di questa massa di energia nella misura del 22% circa.

In provincia di Trento sono concessi, ma non ancora attuati, 5 impianti idroelettrici per una producibilità complessiva media annua di circa 70 milioni di KWh in cifra tonda (considerando 7.000 ore di utilizzazione annua).

In provincia di Bolzano sussistono 10 concessioni non ancora sfruttate per una producibilità complessiva media annua di circa 540 milioni di KWh.

In totale, quindi, sono concessi e non attuati impianti per una producibilità di circa 610 milioni di KWh.

Vi sono poi numerosissime domande di concessione, parte istruite, parte da istruire, per derivazione a scopi idroelettrici dai corsi d'acqua regionali. Si può a questo riguardo affermare che tutti i corsi d'acqua della regione, salvo quelli di trascurabile rilevanza ai fini idroelettrici, sono ormai coperti da domande di concessione.

Di queste, un notevole numero è costituito da domande fra loro incompatibili e concorrenti, ossia da domande di concessione pre-

sentate da titolari diversi per l'utilizzazione dello stesso corso d'acqua.

Per stabilire, pertanto, con sufficiente approssimazione, le residue disponibilità idroelettriche della regione, occorre considerare nei gruppi di domande fra loro incompatibili, quali, sia per maggiore producibilità, che per convenienza economica, possano avere la preferenza su quelle concorrenti di altri richiedenti. Con questa premessa risulta che in provincia di Trento sussistono domande di nuove concessioni per circa 1.500 milioni di KWh e in provincia di Bolzano per circa 3.500 milioni e in totale quindi per tutta la regione di 5 miliardi di KWh medi annui.

Pertanto, fra concessioni già assentite e non ancora attuate e domande solo presentate, parte istruite e parte non istruite, risulta una disponibilità di energia idroelettrica ancora da sfruttare nella Regione Tentino - Alto Adige di complessivi 5.610 milioni in cifra tonda, così suddivisi:

In provincia di Trento:

a) concessioni assentite non ancora attuate	KWh	70.000.000
b) concessioni richieste e tuttora allo stato di domanda	»	1.500.000.000
	KWh	1.570.000.000

In provincia di Bolzano:

a) concessioni assentite e non ancora attuate	KWh	540.000.000
b) concessioni richieste e tuttora allo stato di domanda	»	3.500.000.000
	KWh	4.040.000.000

Disponibilità residue totali in Regione *KWh 5.610.000.000.*

Per la valutazione degli investimenti occorrenti per la realizzazione di tale massa di energia, che corrisponde praticamente alla completa utilizzazione delle residue risorse idriche regionali, è da tener presente che gli impianti all'uopo occorrenti, risulteranno probabilmentè più costosi di quelli già costruiti, sia perchè meno economici di questi, sia perchè alcuni di questi saranno muniti di serbatoi di regolazione che, se rendono più pregiato l'impianto, ne fanno d'altro canto salire il costo.

Mediamente, considerato che fra gli impianti previsti nelle province di Trento e di Bolzano, molti di essi sono di modesta o modestissima mole (specialmente quelli richiesti dagli Enti locali) e a semplice deflusso, sembra potersi presumere un costo capitale medio di lire 60 per chilowattora producibile. Risulta così che per l'integrale sfruttamento del patrimonio idrico regionale sarà necessario un investimento di oltre *335 miliardi di lire.*

Ammesso che vengano esaurite tutte le risorse idrauliche ancora disponibili in regione, ed economicamente convenienti, si potrà arrivare, nell'anno medio normale (l'anno 1960, ripetesi, è da considerarsi eccezionale per le abbondanti e persistenti precipitazioni meteorologiche e la produzione di energia elettrica in tale anno non può pertanto essere considerata normale) ad una producibilità complessiva di circa 13 o 14 miliardi di KWh annui.

Dopo questa premessa di carattere informativo, ribadito il principio che lo sfruttamento delle acque a scopo idroelettrico costituisce una ricchezza diretta ed indiretta per la regione per le rispettive popolazioni, mentre va ancora sottolineato che la sempre maggiore disponibilità di energia elettrica rappresenta

uno dei fattori preminenti per il processo di industrializzazione, crediamo di dover prospettare in termini ben precisi le linee della politica delle fonti di energia: non scoraggiare, nè in via generale, nè caso per caso, le iniziative rivolte a creare nuove fonti di energia, sollecitando anzi le Società che già godono di concessioni in Regione, o quelle che le attendono, a perfezionare lo studio degli impianti, passando poi alla fase esecutiva. Potremmo ricordare zone e vallate, particolarmente povere, in cui sono le stesse popolazioni che attendono con comprensibile interesse la realizzazione degli impianti, per quella ricchezza diffusa che dal lavoro e dall'impiego di forze locali, sicuramente deriva.

Dal momento della sua costituzione, a tutto il 31 dicembre 1960, i proventi goduti dalla Regione Trentino - Alto Adige, o comunque utilizzati nell'ambito del territorio stesso, sono configurati nelle seguenti cifre:

— somme accertate a carico dei concessionari di grande derivazione a scopo idroelettrico, in conto art. 10,

a) concessioni in provincia di Trento	L. 316.133.406
b) concessioni in provincia di Bolzano	L. 181.789.601
Totale Regione	L. 497.923.007

— provento dell'imposta governativa riscossa in Regione ed alla stessa devoluta per i consumi di energia, in conto art. 61 (l'incidenza del gas è minima) L. 4.300.000.000

— somma incassata in conto art. 62 (nove decimi dei canoni demaniali sulle concessioni di grande derivazione) L. 7.328.577.402

— somma incassata in conto art. 63 (imposta regionale di L. 0,10 ogni KWh di energia prodotta) L. 6.134.142.588

— somma introitata dai Consorzi dei Comuni dei Bacini Imbriferi Montani nell'ambito del territorio della regione, a norma della Legge 27-12-1953, n. 959

a) provincia di Trento	L. 3.899.300.000
b) provincia di Bolzano	L. 3.260.280.000
Totale	L. 7.159.580.000

La delicatezza del settore, data dalla complessità dei fattori, positivi e negativi, di carattere economico e sociale, ci impone però, ovviamente, una vigile azione di controllo, alla quale la Regione non intende sottrarsi. Mentre infatti non si può disconoscere l'apporto prezioso che i Gruppi idroelettrici danno alla valorizzazione di una ricchezza naturale — valorizzazione che non potrebbe essere fatta dal l'Ente pubblico con i propri mezzi — non si può d'altro canto dimenticare i notevoli vantaggi di carattere finanziario che le Società interessate traggono dallo sfruttamento delle risorse stesse.

Quando si pensi che — come già si è detto — per uno sfruttamento integrale del patrimonio idrico, sarebbe necessario un investimento di oltre 335 miliardi di lire, risulta comprensibile come la Regione non possa pensare di sostituirsi alla iniziativa privata, anche in considerazione del più scarso interesse che si avverte verso l'energia idrica, data la maggiore economicità riscontrata in quella termica. Ciò non toglie che la Regione — quando ne abbia i mezzi e quando ne ravvisi la necessità — possa valersi della facoltà concessa dallo Statuto ricorrendo al diritto di prelazione, col subentrare all'iniziativa privata, divenendo compartecipe con la stessa, o agevolando i programmi propri di pubbliche amministrazioni e di enti locali.

In questo quadro generale e nell'ambito di questi criteri informatori della Regione, devono essere considerati i singoli temi che sorgono dal dovere di utilizzare nel modo più conveniente le potestà e gli strumenti posti a disposizione della Regione dallo Statuto di autonomia.

Intorno all'art. 10 dello Statuto, le discussioni consiliari e di Commissione, sono state lunghe e sembra di poter dire obiettivamente come anche il pensiero dei singoli gruppi politici rappresentati in Consiglio non sia stato sempre fermo ed immutato, ma è venuto subendo nel corso degli anni modifiche e variazioni anche sostanziali.

Riconosciuta la impossibilità iniziale e, successivamente, la difficoltà di fruire in natura dei benefici previsti dall'art. 10, è noto a tutti come, attraverso procedimenti giudiziari prima, e trattative poi, si sia giunti alla provvisoria conversione in numerario di quanto dovuto dalle Società idroelettriche. Può darsi che le transazioni raggiunte non abbiano rappresentato l'optimum per la Regione, ed è appunto in questa convinzione che parallelamente fu avviata la procedura di modificazione dell'art. 10. Si può ora sostenere, attraverso calcoli più approfonditi, che le richieste che la Regione può avanzare alle Società idroelettriche, debbano essere indubbiamente in misura più elevata.

Il fatto della difficoltà di fruire in natura dei benefici previsti dall'art. 10 sussiste tuttora, nè verrà superata in breve tempo. La conversione in numerario rimane pertanto ancora l'unico mezzo per non lasciare inoperante l'art. 10 fino al momento in cui sarà reperita una soluzione definitiva, che comunque dovrà scaturire da una riforma dell'articolo stesso.

Tale soluzione può oscillare tra i due estremi, della definitiva conversione in numerario o dell'utilizzazione in natura, senza escludere soluzioni intermedie, da adottarsi caso per caso. Sembra a questo Assessorato che, col riformato art. 10 sia conveniente prevedere la possibilità di ricorrere in deteminati casi a soluzioni a regime misto.

In tal modo si potrebbero soddisfare, ove condizioni di base sussistessero, particolari bisogni di singole zone.

Di questo complesso di problemi sarà reinvestita la Commissione speciale per lo studio della riforma dell'art. 10, la quale dovrà riprendere sollecitamente i lavori onde consentire, se possibile ancora entro l'anno, la presentazione al Governo della proposta con il nuovo testo.

Nel frattempo l'Amministrazione regionale ha richiesto alle Società idroelettriche di rinnovare anche per il 1961 le transazioni in atto, limitatamente però alla conversione in numerario, senza impegno sul quantum, ed ha invitato le Società stesse a versare entro il 30 giugno del corrente anno gli importi corrispondenti, considerandoli « pro solvendo » e non « pro soluto ».

Intorno all'art. 63, le richieste di una sua

revisione per la rivalutazione dell'imposta regionale sull'energia prodotta, si sono fatte sempre più pressanti. L'Amministrazione regionale ha già assunto l'impegno di esaminare il problema e non trascurerà l'occasione di investire la Commissione speciale per l'art. 10 anche dello studio e della valutazione della convenienza della riforma dell'art. 63, e dei limiti oltre i quali non è opportuno forzare le richieste.

Altro tema su cui è stata più volte richiamata l'attenzione, è quello della partecipazione della Regione alla Società « Avisio ». Dando per note le ragioni e le condizioni in forza delle quali si è avuta tale partecipazione — rappresentata da una caratura pari al 16,6% del capitale azionario — entriamo nel vivo degli argomenti su cui ripetutamente il Consiglio ha avuto modo di intrattenersi.

La quota parte di energia spettante alla Regione è impegnata di anno in anno per la cessione alla S.I.T., al prezzo praticato dall'« Avisio » ai tre soci. Non è inutile ricordare come l'intervento dell'Ente Regione non abbia all'origine finalità di carattere speculativo ma — all'opposto — sia stato determinato dallo scopo precipuo di rendere possibile un'iniziativa allargata su interessi più vasti di quelli rappresentati dai primi richiedenti la concessione, ed ha agevolato l'ottenimento della concessione stessa, anche in confronto di altri concorrenti.

Per quanto concerne l'uso fatto dalla S.I.T. della quota parte alla stessa ceduta dalla Regione, va precisato che dalla entrata in funzione della Società « Avisio » — e cioè dal momento della disponibilità della quota in parola — la S.I.T. non ha più concluso alcun contratto di vendita dell'energia fuori del territorio regionale. Più esattamente ancora, tranne l'energia venduta alla S.I.S.M. su contratto 1953 (migliorato nel 1957 agli effetti di diminuire la consegna di energia « continua ») e quella riguardante la S.T.E. e la S.A.D.E., su contratti bloccati, risalenti all'anteguerra, non vi è energia erogata dalla S.I.T. che vada fuori regione. Resta perciò assodato che, sia pure attraverso la S.I.T., la quota Regione viene utilizzata nell'ambito del Trentino - Alto Adige, con una prevalente destinazione ad Amministrazioni locali ed a stabilimenti industriali.

Nel 1955 il consumo di alcune utenze industriali S.I.T. in provincia di Trento era di 98.800.000 KWh, mentre dopo l'entrata in funzione della centrale di S. Floriano tale consumo — riferito anche a nuovi utenti industriali della provincia di Bolzano — è salito a 299.100.000 KWh annui, ivi comprese alcune utenze a carattere stagionale.

In particolare, il raffronto, in milioni di KWh, ci permette rilevare come la destinazione per settori di attività economica sia stata la seguente:

	1955	1960
Provincia di Trento		
a) Industrie tessili	10,7	20,5
b) Industrie elettromeccaniche	36,5	98,6
c) Industrie metalmeccaniche	47,0	98,4
d) Industrie estrattive	3,0	7,6
e) Industrie cartotipografiche	2,6	4,6
f) Industrie varie	0,0	1,7
Provincia di Bolzano		
a) Industrie varie	0,0	67,7
Totale	98,8	299,1

L'ammontare dei ritiri di energia S.I.T. da parte di alcuni Comuni subdistributori in provincia di Trento era, nel 1955, di 11.790.700 KWh, mentre nel 1960 il ritiro è salito a 16.783.500 KWh. Lo specchio sotto riportato testimonia sufficientemente che l'azione della S.I.T. interessa non solo la città di Trento, ma si estende largamente su tutto il territorio della provincia.

Comune di:	1955	1960	Incremento percentuale 1960 su 1955
— Grigno	487.000	713.300	47%
— Levico	1.158.800	1.658.800	42%
— Malè	564.400	846.900	50%
— Mezzocorona	914.700	1.715.000	89%
— Mezzolombardo	1.858.100	2.841.000	53%
— Pinzolo	294.800	734.400	150%
— Rovereto (*)	6.512.900	8.274.100	27%

Note: (*) Nel 1958 l'A.E.M. di Rovereto aveva ritirato 8.800.000 KWh, con un incremento in soli tre anni, del 35%.

Il ritiro è leggermente diminuito negli anni successivi per effetto della entrata in servizio della Centralina delle Sorne, messa in funzione dall'A.E.M. nel 1959.

Il prezzo medio per KWh pagato alla S.I.T. da Rovereto nel 1960 è stato di circa L. 3,85, di molto inferiore a quello di costo, in Centrale « Avisio », per energia delle stesse caratteristiche di utilizzazione.

A documentazione ulteriore, riportiamo anche il seguente quadro.

Elenco dei Comuni della Provincia di Trento ai quali la S.I.T. fornisce energia elettrica, direttamente o indirettamente, attraverso Consorzi Elettrici

Albiano	Cimone	Folgaria
Aldeno	Cinte Tesino	Frassilongo
Andalo	Cis	Garniga
Baselga di Vezzano	Civezzano	Giovo
Bosentino	Cles	Grigno
Calavino	Coredo	Lasino
Calceranica	Croviana	Lavarone
Caldes	Denno	Lavis
Caldonazzo	Dimaro	Levico
Campodenno	Drena	Lisignago
Carzano	Dro	Lomaso
Castel Tesino	Faedo	Malè
Cavedine	Fai	Mezzocorona
Centa	Fierozzo	Mezzolombardo

Molveno
Mori
Nanno
Nave S. Rocco
Palù
Pergine
Pieve Tesino
Pinzolo
S. Michele
S. Orsola
Scurelle
Taio
Tassullo
Telve di Sotto
Tenna
Terlago
Terzolas
Tione
Ton
Tuenno
Vattaro
Vezzano
Vignola
Vigolo Vattaro
Zambana

Oltre a questi Comuni la S.I.T. ne raggiunge altri, in Valsugana, attraverso la « Edisonvolta » e in Vallagarina attraverso l'A.E.M. di Rovereto.

A Riva del Garda, essa fornisce energia oltre alla Cartiera del Varone, anche alla Fabbrica Cementi del Garda.

Complessivamente l'energia erogata dalla S.I.T. raggiunge un centinaio di Comuni della Provincia.

Sono stati inoltre conclusi recentemente dalla S.I.T. accordi per la fornitura di notevoli quantità di energia (a partire dal 1962) a industrie che hanno trovato la loro sede nel territorio di Pergine ed in quello di Scurelle, in Valsugana.

Tenendo conto che la produzione media annua della centrale Avisio è di 430 milioni di KWh (non è stata conteggiata la parte di produzione estiva di durata inferiore ai tre mesi, perchè di valore commercialmente trascurabile o nullo), la spettanza della Regione è di circa 72 milioni di KWh di energia « tout-venant », quasi totalmente non regolata. La energia continua si può considerare circa la metà, ossia 35 milioni di KWh; il resto è energia « estiva », di durata variabile da quattro a sette mesi, utilizzabile solo da particolari industrie a prevalenti utenze stagionali.

Comparati questi ultimi dati con quelli di cui sopra, sembra potersi affermare che la quota parte di energia della Regione è indirizzata a destinazioni che rientrano nelle finalità propostesi dall'Amministrazione all'atto della compartecipazione e che la provincia di Trento, per una larga parte, e pure quella di Bolzano, in proporzioni minori, godono — sia pure indirettamente — dei benefici conseguenti.

Comunque va ricordato che la Regione può sempre disporre liberamente della propria quota di energia prodotta dall'« Avisio », dando tempestivo preavviso alla S.I.T. entro il 31 ottobre di ogni anno.

Un'ultima considerazione va fatta in ordine al possibile riscatto, da parte della Regione, della propria quota patrimoniale in seno alla Società Avisio, a seguito dell'avvenuta sottoscrizione azionaria.

Mentre crediamo di poter affermare che non verrebbero frapposte difficoltà a tale operazione ed essendo evidente che il riscatto permetterebbe una disponibilità apprezzabile per intervenire a favore di analoghe iniziative di altri Comuni, l'operazione stessa va pesata e valutata sul piano della convenienza non solo attuale, ma anche futura.

È certo comunque che l'Amministrazione regionale dovrà seguire con particolare cura e predisporre di volta in volta i mezzi, richiesti e possibili, in appoggio di quelle iniziative di Comuni, Consorzi o Aziende municipalizzate, che siano rivolte alla creazione di nuove fonti di energia elettrica. Lo scopo principale deve essere questo e deve essere raggiunto, tanto

con la sollecitazione, sia pur attentamente controllata, della iniziativa privata, quanto con l'appoggio alla iniziativa pubblica. In questo quadro va esaminato anche il problema dell'approvvigionamento idroelettrico delle zone che godono di un avviato sviluppo industriale e particolarmente di quella del Trentino meridionale.

Questi i temi di più immediata attualità e questi i criteri generali informatori della politica regionale in materia di energia elettrica. Se non abbiamo toccato, o diffusamente parlato, di altri argomenti, non è perchè essi non siano presenti all'Amministrazione regionale o perchè siano volutamente esclusi, ma per il motivo che intorno ad essi il discorso va fatto dopo un ulteriore esame o comunque dopo aver reperito con precisione i limiti delle potestà regionali e quelli della convenienza economica.

Fra questi, va ricordata la questione Ponale e la istituzione dell'Ente Regionale di Elettricità, di cui più volte si è fatto richiamo in Consiglio.

Di un ultimo argomento potremo qui far cenno, anche se lo stesso solo indirettamente entra nel quadro dei problemi sottoposti a questo Assessorato. Intendiamo riferirci all'utilizzo dei fondi dei Consorzi dei Bacini Imbriferi Montani. È auspicabile che l'impiego di tali fondi avvenga senza una eccessiva polverizzazione, rivolto in prevalenza alla realizzazione di opere produttive di lavoro e di reddito, oltre che di servizi.

SETTORE MINERARIO

Una sia pur sommaria disamina del settore dell'industria estrattiva, conduce alla formulazione di una prima favorevole considerazione: che l'attuale congiuntura, cioè, presenta prospettive tali da lasciare adito a fondate speranze di interessanti sviluppi in un immediato futuro. Ciò consente di affermare che, tenendo conto dell'andamento generale dell'attività mineraria nel trascorso quadriennio, attività che — malgrado preoccupanti sintomi di flessione preconizzati in tale settore industriale — ha mantenuto il ritmo dei quadrienni precedenti non solo, ma — sia pure limitatamente ad alcuni minerali — ha guadagnato posizioni prima mai raggiunte, dando origine così a favorevoli oscillazioni che hanno avuto conseguente ripercussione sul mercato generale.

Hanno così registrato un maggiore incremento i settori del feldspato, della fluorina, della calcopirite, della dolomite ed è stata iniziata l'attività di ricerca in quelli degli idrocarburi e dei minerali radioattivi.

I dati relativi alla produzione complessiva, al valore della stessa ed alla mano d'opera occupata nelle miniere, sono raggruppati nel seguente quadro:

Produzione mineraria nel quadriennio 1957 - 1960

Anno	Prod. compl. tonn.	Variazione percentuale	Valore compless. Lire	N. operai occupati
1957	228.082	—,—	1.480.921.018	1.147
1958	214.572	— 5,92	1.197.115.044	1.074
1959	243.509	+ 6,76	1.541.516.072	1.067
1960	272.305	+ 19,39	1.723.690.000	1.066

I settori che hanno determinato le maggiori oscillazioni nella produzione sono: fluorina, feldspato, barite, pirite, dolomite.

Da segnalare le quantità prodotte nei vari settori, che hanno raggiunto rispettivamente le seguenti percentuali nei confronti della produzione nazionale: dolomite per magnesio metallo il 100%, magnesite il 100%, feldspato il 70,94%, barite il 21,80%, rame il 19,65%, fluorina il 16,23%, pirite di ferro il 4,88%.

È stata aumentata la produzione delle miniere « Prestavèl » e « Vignola », site rispettivamente in Val Gambis e nel Perginese, mentre le miniere « Corvara » in Val Sarentino e « Fierozzo » in Val dei Mocheni si sono mantenute su un normale ritmo produttivo.

Notevolmente incrementate sono state anche le ricerche. Nella miniera « Prestavèl » è stata eseguita, sul versante della Val Stava, una vasta campagna di ricerche tendente a mettere in vista il quantitativo di minerale necessario per la costruzione di un moderno impianto di flottazione per ottenere fluorina « grado acido ».

L'esito delle ricerche è stato positivo ed è già stata avviata la costruzione del necessario impianto nonchè del villaggio operaio.

Anche le ricerche effettuate nella miniera « Vignola » hanno avuto esito incoraggiante e la Società concessionaria ha iniziato in questi giorni la costruzione di un impianto di arricchimento che permetterà di elevare il tenore del grezzo, ottenendo così un prodotto che potrà essere più facilmente assorbito dall'industria metallurgica.

Per quanto concerne i minerali radioattivi e gli idrocarburi, la questione può essere così riassunta: nel 1957 è stata iniziata su vasta scala la ricerca, nell'ambito della regione, di minerali radioattivi. Sono stati effettuati rilevamenti geologici e radiometrici sulle formazioni geologiche che avevano dato favorevoli indizi. Vi hanno operato diverse società private nonchè le squadre del Comitato nazionale energia nucleare.

Interessanti anomalie radiometriche sono state riscontrate in Val Daone, in Val Giudicarie, in Val Rendena e in Val d'Algone.

Malgrado si siano eseguiti i lavori di ricerca senza risparmio di mezzi, le Società esercenti hanno abbandonato l'esplorazione nelle zone della Val Daone e della Val Giulis, a causa di risultati sfavorevoli, poichè si è potuto constatare che la mineralizzazione è discontinua con scarse concentrazioni ed ha in media bassi tenori.

Importanti lavori di ricerca sono stati effettuati in Val Rendena e in Val d'Algone dove, con numerose gallerie e fornelli, sono state esplorate alcune formazioni; altre sono ancora in fase di esplorazione. In generale si è riscontrato che alcune lenti mineralizzate possono essere ritenute suscettibili di sfruttamento industriale, mentre altre sono risultate negative od incerte.

Dopo aver completato il rilievo geologico del permesso « Coredo » e quello geofisico della struttura di Mollaro, l'AGIP effettuò nel 1958 un pozzo stratigrafico al fine di procedere all'esplorazione anzidetta. Il pozzo venne arrestato alla profondità di 2.070 m. essendo state raggiunte le rocce del Paleozoico.

Con l'escavazione del pozzo è stata confermata l'esistenza di tale struttura e sono stati rinvenuti due orizzonti mineralizzati ad idrocarburi, alle profondità rispettivamente di m. 450 e di m. 1250 circa. È stato eseguito il carotaggio elettrico del pozzo e il Microlog degli orizzonti individuati. Con le prove di Packer e di pistonaggio sono venute a giorno delle pellicole di olio che hanno confermato l'esistenza della mineralizzazione.

La Società esercente non ha ritenuto sufficientemente incoraggianti i risultati ottenuti

ed ha lasciato scadere il permesso, abbandonando quindi le iniziate ricerche.

Un settore di particolare interesse, sia per il numero degli operai occupati, sia perchè i lavori si svolgono in piccoli nuclei distaccati nelle valli, spesso più povere, è quello delle cave e più particolarmente di quelle di porfido. L'andamento produttivo delle cave stesse si è mantenuto sul livello raggiunto negli anni precedenti.

Fanno eccezione i settori del porfido, della sabbia, della ghiaia e del pietrisco, che hanno, al contrario, registrato forti oscillazioni.

La produzione del porfido lavorato ha risentito negli anni 1957 e 1958 della crisi verificatasi per la contrazione delle vendite ed è, così, sensibilmente diminuita. Nel 1959 ha goduto però, a seguito del buon andamento del mercato, di un pronto recupero raggiungendo il livello del 1956.

Una notevole flessione è stata registrata pure negli anni 1957 e 1959 nel settore della sabbia, della ghiaia e del pietrisco, causata dal ritorno al normale livello produttivo, per la cessazione delle grosse forniture straordinarie nel vasto campo degli importanti lavori idroelettrici intrapresi nell'ambito territoriale della regione.

I dati relativi alla produzione complessiva, al valore della stessa ed alla manodopera occupata, sono riassunti nel quadro che segue:

Produzione porfido nel quadriennio 1957-1960

Anno	Prod. complessiva tonn.	Valore complessivo Lire	N. operai occupati
1957	2.076.459	2.373.976.135	2.882
1958	1.447.461	1.616.379.756	2.522
1959	1.611.806	1.900.092.164	2.513
1960	1.620.000(*)	1.944.000.000	2.500

(*) dati non definitivi.

Concludendo l'analisi generale nel settore dell'industria estrattiva, appaiono di notevole interesse, e non solo statistico, i seguenti dati:

	Prov. di Trento	Prov. di Bolzano	Totale
— Miniere attive	16	4	20
— Miniere inattive	15	5	20
— Permessi di ricerca attivi	16	8	24
— Permessi di ricerca inattivi	77	14	91
— Cave attive	244	80	324
— Concessioni per acque minerali attive	7	7	14
— Concessioni per acque minerali inattive	6	7	13
— Concessioni in istruttoria e rinuncie	2	1	3
— Domande per permessi di ricerca in istruttoria	36	42	78

Attualmente i settori più promettenti sono quelli della fluorina, del feldspato e della barite, ma le possibilità della regione, nel settore minerario, sono notevoli, soprattutto per il rame, il piombo, lo zinco e la dolomite (per l'estrazione del magnesio), cui si possono aggiungere la pirite, i minerali di ferro, il magnesio e il berilio.

Questo risvegliato interesse per le ricerche minerarie comporta, da parte dell'Amministrazione regionale, la scelta di alcuni orientamenti che, sempre nei limiti delle leggi vigenti, consentano di coordinare l'azione delle Società minerarie in modo che le une non ritardino o impediscano le iniziative delle altre.

Nel settore delle iniziative di carattere legislativo, è già stato distribuito il progetto di modifica della legge istitutiva del Consiglio regionale delle miniere (L. R. 18-1-1954, n. 3), sia per adattare quest'ultimo alla nuova suddivisione degli affari tra gli Assessorati, sia al fine di conferire allo stesso un maggior potere rappresentativo.

L'Assessorato ha inoltre in animo di presentare un progetto di legge concernente: « Provvidenze per lo sviluppo delle ricerche minerarie », in analogia a quanto è già in vigore da tempo nelle Regioni Siciliana e Sarda.

Scopo immediato del provvedimento è quello di incoraggiare e sviluppare le ricerche geominerarie e di conseguire una maggiore conoscenza delle risorse del sottosuolo; in secondo luogo, considerando le attività estrattive alla stessa stregua delle altre industrie, di mettere a disposizione anche del settore minerario un provvedimento di incentivazione; in terzo luogo di ottenere, attraverso tali mezzi, un aumento delle iniziative di coltivazione di miniere e, conseguentemente, di posti di lavoro. Non va dimenticato che, come per qualche caso si è già sopra detto, accanto alle attività di estrazione di minerali, possono crearsi le condizioni favorevoli per l'insediamento di stabilimenti industriali.

L'importanza del disegno di legge sopra enunciato risiede nella valorizzazione del sottosuolo. Ciò potrà conseguirsi in due modi distinti, del resto previsti, e cioè:

— indirizzare l'industria privata, con la concessione di contributi, verso determinati settori ritenuti economicamente rilevanti, o verso determinate valli depresse, al fine di svilupparne l'economia;
— provvedere direttamente alla esecuzione di studi e di indagini indirizzate all'accertamento sistematico di tutte le risorse del sottosuolo.

Un intervento dell'Amministrazione regionale, atto a favorire ed agevolare finanziariamente in tal senso lo sforzo di società industriali e di imprenditori privati, potrebbe contenersi in termini limitati per quanto concerne gli impegni di bilancio, mentre d'altro canto è vivamente auspicato e sembra ai proponenti veramente efficace.

Altro tema fondamentale che l'Amministrazione regionale intende affrontare è quello concernente le norme di polizia mineraria. A tale scopo verranno sollecitamente condotti gli studi per accertare i limiti di competenza della Regione, onde intervenire efficacemente in questo settore che è connesso con quello della prevenzione degli infortuni. In proposito va data assicurazione che una delle prime disposizioni impartite dall'Assessorato all'inizio del corrente anno è stata quella di ispezionare sistematicamente tutte le miniere e le cave, onde accertare la sicurezza del lavoro di quanti vi prestano la loro opera.

Infine, dovrà essere provveduto a regolamentare le funzioni del Distretto minerario e i rapporti con l'Amministrazione regionale, al fine di creare un tutto omogeneo, prevedendo anche l'istituzione di una vera e propria se-

zione mineraria all'interno della divisione Industria del competente Assessorato regionale.

Signor Presidente, signori consiglieri, la ampiezza e la vastità di questa relazione ha il significato di un atto di riguardo nei confronti del Consiglio stesso, onde fornire ai signori consiglieri elementi statistici e riferimenti ai temi di maggiore attualità; non può essere ovviamente considerata una relazione completa, nè pretende di aver esaurite tutte le questioni, in quanto l'illustrazione degli argomenti trattati non può non rimanere in una cornice essenzialmente di generalità, riservando alla eventuale discussione la disamina più approfondita di taluni temi.

Anche in occasione di future tornate del Consiglio, si avrà modo di riprendere analiticamente i vari argomenti contenuti nella relazione, al fine di sviscerare ed inquadrare tutti i parametri che saranno ritenuti idonei alla migliore soluzione dei singoli problemi, prospettando — volta per volta — gli orientamenti dell'Assessorato, nonchè quelli della Giunta regionale.

PRESIDENTE: Sospendiamo la seduta per cinque minuti.

I signori consiglieri sapranno che si fa seduta notturna questa sera. Nel pomeriggio si lavora fino alle 19, poi si riprende alle 21; se si termina alle 18,30, allora bisogna riprendere alle 20,30. Domani c'è seduta.

(ore 16,25).

Ore 16,40.

PRESIDENTE: Siamo al cap. 72: « Spese per l'acquisto di materiale fotografico e cartografico per l'archivio dell'Assessorato - Lire 2.000.000 ».

La parola al cons. Segnana.

SEGNANA (D.C.): La relazione testè letta dall'assessore regionale all'industria merita che alcune cose siano dette o perlomeno ribadite. Io l'ho ascoltata con molto interesse e, se ora prendo la parola, la prendo per fare alcune considerazioni sulla parte che riguarda il settore del turismo. Entro subito in argomento, chiedendo un maggiore stanziamento dei fondi, almeno per i prossimi anni, per i contributi alle Aziende autonome e alle associazioni Pro Loco a sensi della legge regionale 23 agosto 1958, n. 18. Io ritengo che gli interventi che sono stati fatti a favore di questi organismi turistici periferici, che presidiano a zone di notevole importanza e anche a zone che non hanno forse molto interesse dal punto di vista turistico immediato, ma che lo potranno avere per il futuro, e queste zone, queste località sono soprattutto quelle presidiate dalle associazioni Pro Loco, questi interventi, come ho detto, che sono stati fatti già nel passato, hanno portato indubbiamente una notevole mole di investimenti e hanno contribuito a migliorare, sia dal punto di vista estetico come dal punto di vista delle attrezzature turistico-sportive, le caratteristiche turistiche delle nostre vallate. Ora, alla periferia noi abbiamo molta gente che si interessa di turismo e si interessa proprio disinteressatamente, senza chiedere una lira, senza domandare compenso, solo animata da una profonda passione, che è quella di servire alla propria località, quella di incrementare sempre più il movimento turistico, quella insomma di giovare al proprio paese. Questa è proprio in modo particolare la funzione delle associazioni Pro Loco. Ora, da parte di queste località presidiate dalle Aziende autonome e dalle associazioni Pro Loco, emergono anno per anno delle continue esigenze, esigenze di miglioramento soprattutto delle attrezzature turistico-sportive, di un miglioramento di tutta quella serie di impian-

ti di carattere sportivo, di carattere turistico, quali sono ad esempio i parchi-giochi per bambini, le piste di pattinaggio a rotelle e tutta quell'altra serie di impianti, che interessano in modo particolare il nostro turismo. La esigenza di migliorare queste attrezzature, è dovuta al fatto di poter offrire ogni anno alla nostra clientela, soprattutto a quella clientela affezionata e che è clientela di ordine familiare, e qui mi riferisco in modo particolare alla provincia di Trento, offrire quelle attrezzature che accontentino un po' le esigenze dei forestieri, oltre a quello che può essere offerto dal paesaggio e dalle bellezze naturali. In questo settore abbiamo potuto constatare, anche da indagini che abbiamo condotto qui in provincia di Trento, che le necessità richiederebbero veramente uno stanziamento notevole di fondi. Da una indagine che abbiamo fatto nel 1959, risulta, ad esempio, che come campigioco per bambini, vi sarebbe la necessità perlomeno di crearne ancora una cinquantina. Ne esistono già 59 e bisognerebbe poterne creare ancora 50; così piste di pattinaggio a rotelle, ve ne sono 14 e circa una ventina dovrebbero ancora essere costruite; così campi di tennis, così piscine, giochi di bocce, campi di pattinaggio ecc. Per quanto riguarda anche le domande, — e un altro indice può esserci dato proprio dalle domande che vengono presentate ogni anno dalle Aziende autonome o dalle associazioni Pro Loco —, vediamo che, ad esempio, presso l'Assessorato provinciale al turismo, sono state presentate sulla legge regionale n. 18, per il corrente esercizio, domande per un totale di opere di 236.336.560 e una richiesta di contributi di lire 120.945.531. Purtroppo, io ho dovuto constatare dallo stanziamento che ormai è inserito in questo bilancio per l'esercizio in corso, noi abbiamo disponibilità per tutto l'ambito della Regione di circa 110.000.000, il che corrisponde ad una disponibilità di 55.000.000 per provincia. Io ritengo che, in quella revisione che verrà fatta sicuramente dei finanziamenti da assegnarsi all'Assessorato al turismo, si debba nei prossimi anni prendere in considerazione questa particolare necessità di uno stanziamento maggiore e più adeguato di fondi, per concedere questi contributi alle associazioni Pro Loco e alle Aziende autonome, per l'esperimento di queste iniziative, che hanno un notevolissimo interesse per lo sviluppo del turismo nelle nostre zone periferiche. Vorrei poi esprimere un compiacimento all'assessore per il programma legislativo che è stato annunciato, un programma legislativo che si rende veramente necessario ed opportuno e che porterà sicuramente del notevole interesse per il campo turistico della nostra Regione, in modo particolare mi soffermo a sottolineare veramente la bontà di quel provvedimento annunciato, che riguarda il credito alberghiero. Vorrei suggerire, in modo particolare, che per questo settore si tenessero presenti soprattutto gli ammodernamenti degli esercizi esistenti. Io ritengo che, in fatto di ricettività, noi abbiamo già un numero notevole di alberghi. È necessario, più che promuovere la creazione di nuovi alberghi, promuovere invece l'ammodernamento delle aziende alberghiere esistenti e soprattutto poter concedere questi vantaggi del credito alberghiero agevolato a quelle aziende alberghiere che adottano dei sistemi moderni e, in modo particolare, che adeguano la propria attrezzatura alle esigenze della stagione invernale. Noi abbiamo qui nel nostro territorio regionale ormai uno sviluppo sempre più forte della seconda stagione, della stagione invernale. Se abbiamo una stagione invernale, possiamo anche garantire un maggior reddito.

sufficiente agli investimenti che vengono fatti per il patrimonio alberghiero e possiamo, con una doppia stagione, anche creare delle fonti di lavoro più sicure, delle fonti di lavoro permanenti o perlomeno quasi annuali. Ora, in molte località che hanno le caratteristiche per poter svolgere una seconda stagione, cioè la stagione invernale, noi troviamo che l'attrezzatura alberghiera non è adeguata alle necessità del turismo invernale, molti alberghi sono privi di riscaldamento, molti alberghi sono privi di quei comfort, che sono necessari per il turista nella stagione invernale, per cui io vorrei suggerire in modo particolare che queste iniziative, l'ammodernamento di questi esercizi, siano particolarmente curati nell'accoglimento delle eventuali domande che poi saranno presentate.

Molto utile e necessario mi sembra anche il provvedimento di legge che riguarda il riordinamento degli Enti provinciali del turismo e delle Aziende autonome. Io non voglio qui esprimere giudizi su quella che è stata la legislazione in campo nazionale, che riguarda questa materia, però, personalmente, devo dire che la legislazione nazionale, le nuove leggi che riguardano il riordinamento degli Enti provinciali del turismo e delle Aziende autonome sono state veramente una delusione. I nostri legislatori si sono preoccupati più che altro di riformare i consigli di amministrazione degli Enti provinciali del turismo e delle Aziende autonome e non si sono preoccupati invece di quel problema fondamentale, che riguarda la vita di questi enti, ossia le fonti di finanziamento stabile per l'attività degli enti. Oltre al finanziamento degli Enti provinciali per il turismo, il problema riguarda in modo particolare le Aziende autonome di cura soggiorno e turismo, e io vorrei proprio sperare che, nello studiare quel provvedimento che è stato annunciato dall'assessore regionale al turismo, venga affrontato finalmente anche il problema del finanziamento agli Enti provinciali del turismo, del finanziamento alle Aziende autonome. Queste nostre Aziende hanno veramente dei bilanci proprio magri, dei bilanci che non consentono lo svolgimento di una attività, quale è richiesta dalle esigenze dello sviluppo turistico delle singole località. Io ho presenti molti di questi bilanci, anche di Aziende autonome della nostra provincia; si tratta di bilanci che si aggirano sui 3-4-5 milioni. Ora, io ritengo che con queste misere entrate, quegli organismi che hanno veramente un'importanza notevole per il movimento turistico della periferia, quegli organismi non hanno l'ossigeno sufficiente per poter veramente svolgere un'attività tranquilla. Poi, lo posso constatare anche quale assessore provinciale, e quindi quale assessore che vede i bilanci delle Aziende autonome, posso constatare che molte di queste Aziende autonome, devono, ogni due o tre anni, presentare dei bilanci deficitari, devono presentare delle domande di ripianamento dei loro bilanci deficitari, perchè anche nello svolgimento della attività ordinaria, non riescono, con i mezzi ordinari, a far fronte alle proprie necessità. Ora, io proprio vorrei augurarmi che, nello studiare quel provvedimento di legge, questo problema, che so che è un problema molto difficile, venga affrontato, venga studiato; può darsi che si giunga anche ad una conclusione di carattere negativo, si debba concludere magari che la Regione non può adottare dei particolari provvedimenti in materia, però ad ogni modo si cerchi di studiare a fondo il problema, perchè è un problema di ordine capitale per la vita di questi piccoli organismi turistici periferici.

Per quanto riguarda poi le altre attività dell'Assessorato, io mi unisco all'assessore nel sottolineare la esigenza di maggiori fondi al suo Assessorato, di maggiori fondi per quelle che devono essere, a mio giudizio, le attività fonda-

mentali dell'Assessorato regionale. L'Assessorato regionale dovrebbe essere in grado di svolgere una enorme attività di propaganda a favore di tutto il territorio della Regione, una attività di propaganda che non si limiti solamente al territorio nazionale, ma anche al territorio europeo e magari anche extra-europeo. Qui si tratta veramente di fare delle indagini di mercato, di vedere quale sia il migliore tipo di propaganda da usare, sia per la clientela nazionale come per la clientela internazionale. Ritengo che la propaganda debba essere svolta per questi due tipi di clientela in modo diverso: sarebbe a mio giudizio un errore pensare di poter tradurre la propaganda che noi facciamo per la clientela nazionale, di poterla tradurre in propaganda valida anche per la clientela internazionale. Ogni nazione, ogni stato, ha una clientela turistica che ha dei gusti diversi, ha una clientela turistica che deve quindi essere oggetto della nostra propaganda con temi di ordine diverso. La nostra clientela nazionale è una clientela di soggiorno, è una clientela di ordine familiare, che viene nel nostro territorio a soggiornare soprattutto durante il periodo estivo. La clientela invece di carattere internazionale, è fatta di turisti che attraversano la nostra Regione durante l'estate e che ben difficilmente qui passano delle settimane a soggiornare, anche perchè la clientela nordica, in modo particolare, è una clientela che viene in Italia durante l'estate per godersi il sole mediterraneo e le spiagge dei nostri mari, più che venire nelle nostre vallate e soggiornare in località di carattere alpino, anche perchè località alpine vi sono in Germania, vi sono in Svizzera, vi sono in Austria. Ora, io ritengo che su questa clientela internazionale, su questa clientela nordica, si debba fare una particolare propaganda, in modo che questi turisti stranieri che passano, che attraversano la nostra Regione durante l'estate per portarsi nel resto d'Italia, passino qualche giornata in più qui nelle nostre due province, a visitare le nostre località, a passare qualche ora di svago sui nostri laghi, a fare qualche gita nelle nostre montagne e a visitare anche le nostre città, la città di Trento, la città di Bolzano, le località celebri di turismo lacuale, quali sono Riva, Torbole e altre località che non mi soffermo qui a nominare. Su questi turisti, in modo particolare, penso sia utile l'approntamento di materiale che serva in modo particolare all'attività di carattere sportivo - automobilistico. Sono turisti che praticano l'automobilismo, per cui ritengo che siano ancora valide quelle iniziative già messe in atto dall'Assessorato negli anni precedenti, e cioè la stampa di quelle carte stradali, che hanno veramente rivelato di essere molto apprezzate da parte dei turisti. Così pure io ritengo che debbano essere prese delle iniziative a largo raggio, veramente un'attività di propaganda a tappeto, che sia studiata a fondo, siano studiati degli slogan, degli slogan chiari, degli slogan incisivi. A questo proposito abbiamo degli esempi validissimi anche in regioni che sono qui confinanti, l'esempio della Svizzera, la quale ha bombardato per anni e anni il mercato turistico internazionale con uno slogan facilissimo, che era: « vacanze in Svizzera ». Io non dico che questo slogan debba essere copiato per la nostra Regione, ma dico che degli slogan di questo genere, che invitino i turisti a passare i loro soggiorni nella zona delle Dolomiti, questi debbano essere usati e in questo senso debba essere studiata una propaganda unitaria. Vorrei poi anche suggerire, sempre potendo disporre di maggiori fondi, delle iniziative che rendano possibile qui nel territorio della nostra Regione, la creazione di qualche stazione di turismo internazionale. Noi abbiamo delle ottime stazioni di turismo internazionale, delle ottime stazioni frequentate da clientela nazionale ed internazionale, però noi non abbiamo ancora una stazione che abbia il valore, che

abbia la portata di una Cortina d'Ampezzo, che abbia la portata di qualche altra stazione turistica svizzera o di qualche altra stazione turistica francese. Noi dobbiamo, a mio giudizio, fare lo sforzo, concentrare veramente lo sforzo su una località, e a questo proposito potranno essere fatte delle indagini molto approfondite, affinchè su questa località si concentrino gli sforzi e dell'amministrazione regionale, e dell'amministrazione provinciale e delle amministrazioni locali affinchè anche noi possiamo avere una stazione di turismo veramente internazionale, che abbia il potere di richiamo che hanno altre stazioni che abbiamo in Italia, ma che abbiamo soprattutto fra i nostri concorrenti esteri. Noi abbiamo delle belle stazioni di turismo estivo ed invernale — ad esempio mi viene in mente in questo momento Madonna di Campiglio —, dove, ad esempio, non abbiamo una piscina riscaldata. Non vi è la possibilità di fare il bagno d'estate per la clientela veramente di primo ordine che ha Campiglio. A Campiglio non abbiamo un campo di pattinaggio per il ghiaccio, con impianto di refrigerazione artificiale, e sarebbe questa ad esempio una iniziativa che ha notevole importanza. Non abbiamo, ad esempio, a Campiglio quella attrezzatura alberghiera che si richiede in una stazione di turismo importante, quale potrebbe essere ad esempio Madonna di Campiglio. Ora, ritengo che l'Assessorato debba proprio fare lo sforzo, sarebbe veramente interessante e utile, estremamente utile per il turismo di tutta la Regione, poter creare, congiungendo gli sforzi dell'Ente regione, della Provincia e degli enti locali, una stazione veramente di importanza internazionale. Io altro non voglio aggiungere, voglio sottolineare veramente la positività dello studio che è stato messo in atto dall'assessore in questi mesi, che si è concretato nella relazione che è stata presentata. Io approvo lo sforzo che l'Assessorato vuole produrre per il settore del turismo, lo approvo anche perchè ritengo che questo settore meriti di essere incrementato, è uno dei settori fondamentali dell'economia della nostra Regione, è uno dei settori che può produrre sicuramente nel futuro delle nuove fonti di lavoro. Non c'è solamente industria, non ci sono solamente le attività industriali che possono dare sicure e continue fonti di lavoro: c'è anche il turismo. Quindi si vada avanti, si continui ancora in quello che è il solco ormai creato dalle amministrazioni precedenti, però finalmente si dia all'Assessorato regionale quella dotazione di fondi, che consenta veramente di poter produrre quell'attività nella quale noi confidiamo per un migliore sviluppo della nostra economia in generale. Giacchè ho la parola, vorrei anche sottolineare una esigenza, una esigenza che è notata in moltissime delle nostre valli e che non riguarda solamente il settore del turismo, ma che riguarda anche il settore dell'industria e dell'economia in generale. Io so che non è una competenza questa della Regione, però io ritengo che la Presidenza della Regione e l'Assessorato regionale all'industria e al turismo, si debbano preoccupare e facciano le dovute pressioni su coloro che hanno la responsabilità in questo settore, ed è quello dei servizi telefonici. La nostra Regione, che vuole essere tanto avanzata nel settore del turismo, che vuole offrire ai turisti tanta comodità, ha ancora una enorme deficienza per quanto riguarda il servizio telefonico. Noi abbiamo delle vallate, delle vallate di importanza fondamentale per il turismo, nelle quali non vi è ancora il servizio automatico; è già un certo lusso, ma non abbiamo neppure il servizio notturno. Se a Levico durante l'estate vi è un ammalato grave che si vuole ricoverare in un ospedale, non c'è il servizio telefonico, non c'è il servizio notturno: la Valsugana è tagliata fuori dal servizio notturno della Telve. In inverno alle 9, il servizio telefonico cessa e

riprende solo alle 7 del mattino. Così Madonna di Campiglio, se ha un ammalato grave, non è congiunta al centro di Tione, all'ospedale di Tione. Ora, io ritengo che questa sia una deficienza enorme, io credo che l'Assessorato regionale al turismo e la Presidenza stessa della Giunta regionale, debbano fare le dovute pressioni su coloro che hanno la responsabilità in questo settore. Ci fa ridere la stessa Telve, quando ci invia quelle lussuose pubblicazioni nelle quali ci annuncia le realizzazioni avvenute, degli impianti di teleselezione ecc.; ci fa veramente ridere quando noi consideriamo quello che è lo stato di deficienza di questo settore, qui nell'ambito della nostra Regione. Servizio automatizzato, ma soprattutto garantire a queste nostre località, a queste nostre popolazioni, almeno il servizio notturno. Io altro non voglio aggiungere, mi riserverò eventualmente poi, sulla discussione dei vari capitoli, di poter intervenire.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? La parola al cons. Ziller.

ZILLER (D.C.): Indubbiamente la relazione del signor assessore all'industria e turismo è molto interessante; merita però un approfondimento ed un esame dettagliato, in maniera da poter ricavare quegli elementi che potranno dare, a chi di questo settore si interessa, delle utili indicazioni per eventuali suggerimenti. Un tasto che mi permetterei toccare e che vorrei sottoporre all'attenzione del signor assessore, è quello relativo alle industrie piccole e medie. È vero che noi abbiano la necessità di predisporre un piano urbanistico, e quindi di insediamento territoriale, delle attività industrali ma è altrettanto indubbio che, in attesa di questo piano, non si debba nè si possa trascurare quella che è una esigenza decisamente già sentita, di favorire la creazione di industrie anche nei centri periferici, direi di maggiore importanza. Non è certo pensabile che si possano creare delle piccole e medie industrie nei posti là ove non esistono possibilità di comunicazioni ferroviarie o terrestri di una certa comodità; però, se noi vogliamo proprio che certe industrie possano raccogliere con maggior facilità la mano d'opera, se noi vogliamo distribuire equamente la possibilità di occupazione di quella mano d'opera tuttora eccedente, specialmente in provincia di Bolzano, nel settore agricolo, bisogna trovare e fare in maniera che, da parte di tutti gli enti, direi incominciando dai Comuni, dalle Province ma anche dalla Regione, si studi la possibilità di insediare in tutte le valli, e cioè nei centri maggiori di queste valli, delle attività industriali che sicuramente hanno la possibilità di una funzione tranquilla, per la mano d'opera che riescono a reperire in loco e anche per la condizione ambientale, che la rende tranquilla anche fuori da sussulti di ordine sindacale, qualche volta, che possono turbare l'attività di queste industrie. Non è cosa facile, perchè purtroppo io credo, e questo lo vediamo dalla statistica contenuta nella relazione dell'assessore, non è cosa facile trovare il personale già preparato per essere assorbito in determinate attività industriali; ma direi che la difficoltà maggiore è forse quella di trovare il personale direttivo, che purtroppo in Regione noi non abbiamo, perchè abbiamo avuto finora una tradizione agricola nel settore ricettizio e molto meno una preparazione nel settore industriale. Infatti, se noi guardiamo le statistiche contenute nella relazione del signor assessore, rileviamo proprio che nel 1951, avevamo una popolazione del 40% occupata in agricoltura e il 48,5% occupato nell'industria commercio e trasporti; per altre attività avevamo il 10,2%. Mentre, osservando quello che è il reddito dei prodotti, rileviamo che in agricoltura di fronte al 41% di per-

sonale occupato in questo settore, il reddito dà appena — sempre riferito al periodo '51-53 — dà appena il 31,2%. Il reddito dal settore industriale e commerciale e da altre attività terziarie, dinanzi a una popolazione occupata del 48,5, dà un reddito del 52,03. Se noi andiamo ancora più avanti, vediamo che negli anni successivi, cioè epoca '57-59, troviamo che l'agricoltura dà un reddito del 26,3%, e l'industria un reddito del 54,6. Questo sta a dimostrare che sicuramente, se noi vogliamo che il tenore di vita, l'aumento del reddito nella nostra Regione, abbiano a poter ottenere una maggior espansione, è necessario curare sicuramente la immissione di un maggior numero di braccia nel settore dell'industria, alleggerendo così quella zona veramente debole che è appunto l'agricoltura. La Regione ha predisposto vari provvedimenti di carattere legislativo, che hanno sicuramente incitato molti ad interessarsi per l'insediamento di industrie nella Regione Trentino-Alto Adige; ma possiamo dire che molto di più potrebbe esser fatto se la Regione, — e non sarei in questo momento in grado di suggerire in che forma —, ma se la Regione potesse ottenere di incitare all'arrivo, all'interessamento per attività di carattere industriale, di persone che siano già particolarmente qualificate in questo settore, di persone che abbiano una tradizione di carattere industriale e di tecnici, in particolare — e qui parlo di tecnici direttivi, non esecutivi — che, affiancati a coloro che già dispongono di capitali, anche nella stessa nostra Regione, potrebbero avviarvi delle attività di carattere industriale che sicuramente sarebbero largamente sentite, favorevolmente viste dalle nostre popolazioni. Il settore più carente che noi abbiamo è quello della mancanza di iniziativa, perchè anche quello che è stato veramente un notevole risveglio, verificatosi in questo anno nel settore industriale nell'ambito della Regione, dobbiamo dire che se non per il 50, direi forse per il 60%, è iniziativa di persone che provengono da altre province, e forse anche di più mi suggerisce il Presidente Odorizzi. Il che sta a significare proprio che, mentre da noi si possono trovare le persone che possono lavorare in subordine, manchiamo assolutamente di quelli che hanno l'iniziativa, la capacità e la preparazione industriale per poter ravvivare questo settore. Dicevo prima, che non saprei in questo momento quale possa essere il suggerimento da dare alla Regione, ma ritengo che una indagine in questo senso possa essere di grande giovamento, perchè se noi potremmo disporre di elementi dirigenti, e attingendoli pure da fuori perchè in loco non li abbiamo, questi potrebbero essere affiancati da elementi locali che, incoraggiati dalla preparazione tecnica di queste persone, sarebbero anche disposti ad esporre dei propri capitali in iniziative quali quelle del settore industriale. Vorrei, in connessione con la relazione fatta nel settore turistico, toccare fin da adesso, anche quella che è una iniziativa che penso stia a cuore tanto alla Regione, quanto in particolare alla provincia di Bolzano, e cioè quella dell'aeroporto di Bolzano. Io, in sede di Consiglio comunale di Bolzano, ho sentito parlare pro e contro questa iniziativa, ma, indipendentemente da qualsiasi dato statistico di cui si possa o meno disporre su quella che potrà essere la possibilità di un incremento ricettizio, se guardiamo soltanto il settore turistico, che possa venire dalla presenza di un aeroporto nella regione, io lo devo vedere anche da un punto di vista generale che è quello relativo ad un incremento dei traffici che sicuramente, anche se oggi potrà essere ancora considerato di secondaria importanza nell'ambito della nostra Regione, in un periodo certamente non lontano diventerà di primaria importanza. Se noi ricordiamo soltanto un dato statistico, che è quello per

esempio del turismo sportivo di alcuni industriali o comunque proprietari che detengono in proprio degli apparecchi da turismo, noi sappiamo che in Italia ne abbiamo circa 400 di apparecchi privati, ma sappiamo che in Francia ve ne sono circa 4.000. Il che sta a significare, — non parlo degli Stati Uniti che ne hanno 50.000 —, il che sta a significare che il trasporto, tramite aerei, sarà sicuramente in costante incremento e diverrà gradualmente uno dei mezzi che più si diffonderanno. Si dice che Bolzano, data la conformazione orografica della conca in cui oggi si trova l'aeroporto di S. Giacomo, male si presta per l'attrezzatura, ma specialmente per il decollo e per l'arrivo di aerei di una certa portata, che soli possono, in un certo senso, incrementare il traffico turistico. Ma io dico che invece noi non potremmo mai pensare che nè Bolzano, ma neanche là dove esistono le caratteristiche geografiche per la creazione di grandi aeroporti, potremo mai contare sul numero assolutamente grande di aeroporti intercontinentali ed europei, ma che invece, mano a mano che questi grandi aeroporti si attrezzano e mano a mano che il traffico intercontinentale ed europeo aumenta, si presenta sempre più impellente la necessità di un collegamento tra questi aeroporti, a carattere intercontinentale o interstatale, e le zone di collegamento, affinchè quel tempo che si guadagna per passare da uno Stato all'altro non venga poi completamente annullato, quando ci si deve servire di mezzi diversi da quelli di un aereo. Ecco che l'aeroporto di Bolzano, dovrà assere un aeroporto di collegamento con quelli di grande traffico aereo. E noi evidentemente non potremo pensare che possa costituire il collegamento tra Milano e Roma, tra Innsbruck e Monaco, perchè queste sono le linee sulla cui traiettoria si trova l'aeroporto di Bolzano, ma penso che questo debba, in un certo senso, far veramente meditare di non trovarci in un certo momento sorpassati da altre iniziative, che possano nel frattempo stornare una attività turistica, che per noi è assolutamente necessaria e fondamentale per l'economia della nostra Regione, ma anche per non essere, in un certo senso, tagliati fuori da quelle che sono le linee di grande comunicazione anche dei traffici aerei. Si dice che l'aeroporto di Bolzano, date le dimensioni — pista 1800-1600 metri —, non possa ospitare nè ricevere che aerei di piccolissima portata. Io ho una distinta attraverso la quale, invece, si può rilevare che la maggior parte degli aerei che fanno servizio nella zona europea, hanno la possibilità di atterrare sull'aeroporto di Bolzano, e questo in base a esplicite autorizzazioni concesse dal Ministero della difesa aeronautica, fin dal 27 settembre 1960, ove sono stati elencati quali sono gli aerei che potrebbero arrivare e partire da un aeroporto con una pista di 1600-1800 metri di lunghezza. E noi vediamo che abbiamo ben 16 tipi di aerei, sia con quattro motori a pistone e sia anche con turboeliche, il che sta ad indicare che possono atterrare e partire da un aeroporto di Bolzano, aerei con una capienza fino a 60 persone, cosa questa più che sufficiente per la qualità e per la funzione che un aeroporto come quello di Bolzano deve assolvere. Si è detto, e sarà detto qui subito dopo presumo, che, confrontando quello che è stato il risultato di un aeroporto come quello di Innsbruck, dovremmo essere scoraggiati dalla creazione di un aeroporto a Bolzano. Ma non possiamo neanche dimenticare che le condizioni atmosferiche di Innsbruck sono completamente diverse da quelle delle Dolomiti, per cui la possibilità di atterraggio a Bolzano è sempre più largamente facilitata di quanto non lo sia a Innsbruck, dove noi, spesse volte, notiamo che molti apparecchi diretti a Innsbruck,

devono poi dirottare e scendere sugli aeroporti o di Monaco o di Salisburgo, e questo per il famoso Föhn, vento caldo che esiste al di là del passo del Brennero. Ma, ripeto, non è soltanto dal numero di coloro che arrivano soltanto per un breve o lungo soggiorno nella zona delle Alpi che dobbiamo vedere l'importanza maggiore o minore della creazione dell'aeroporto, ma invece di guardare un pochino più in là e di vedere che, soltanto attraverso anche questa forma di comunicazioni, noi potremmo sentirci inseriti in pieno in quello che è l'incremento e la propulsione del settore economico della nostra Regione.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? La parola all'assessore.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): La discussione generale sulla relazione, si è contenuta nei due interventi dei signori consiglieri Segnana e comm. Ziller. Io non so quale conseguenza debba trarre dal silenzio degli altri settori; penso che, se si dovesse applicare il noto proverbio del « chi tace acconsente », dovrei essere felice, ma poichè è ben difficile che in questo caso un proverbio, che pure è di una certa saggezza, possa essere applicato, dovrò limitarmi a rispondere ai temi che sono stati trattati dai signori consiglieri che sono intervenuti. Temi che si sono mantenuti all'interno di questa relazione, fatta eccezione per quanto riguarda il tema dell'aeroporto, che non è stato toccato; e io le dico, signor cons. Ziller, che pur essendo presente all'Assessorato quale sia l'importanza di tutti i mezzi di comunicazione, sia stradale che aerea, ho voluto non trattare questi temi perchè sono già stati in parte toccati dal signor assessore ai lavori pubblici e trasporti, anche se da parte dell'Assessorato all'industria, non si può nascondere il rilevante interesse che realizzazioni come quella dell'autostrada o come quella dell'aeroporto in regione, indubbiamente hanno e possono per di più avere nel futuro. Incomincio, da questa brevissima risposta, col trattare il tema delle zone e dei nuclei di industrializzazione, così come è stato prospettato dal signor cons. Ziller. Io posso dirle che è stato uno dei primi che la nuova Giunta ha preso in esame, anche perchè era impegnata a dare quelle direttive alle province, che sono previste dalla legge vigente, per i contributi ai Comuni ed ai Consorzi dei comuni, per la creazione delle aree industrializzabili. Si è presentata immediatamente, sia all'Assessorato sia alla Giunta, una difficoltà, o una preoccupazione, che mi pare sia emersa anche dal suo intervento. Preoccupazione sia dal punto di vista del tempo che dal punto di vista del luogo. In sostanza, una delle preoccupazioni fondamentali era questa: dobbiamo, in attesa che siano compiuti quelli che sono gli studi, anche dal punto di vista urbanistico, rallentare quella che è l'applicazione della legge sulle aree industrializzabili, o non conviene piuttosto rincorrere le iniziative in questo momento già esistenti e maturatesi per sollecitudine di molti Comuni nel Trentino e anche in Alto Adige, in modo da rendere immediatamente possibile l'intervento della Regione attraverso la delega della Provincia in questo settore? Ho detto nella mia relazione che il problema della industrializzazione è uno di quei problemi che non può patire dilazione di nessun genere. Non può patire dilazione di nessun genere, perchè non si tratta soltanto di creare delle industrie, di creare della nuova produzione, ma si tratta massimamente di un impegno di natura sociale: quello di creare dei nuovi posti di lavoro. E di fronte alla possibilità della creazione di que-

sti nuovi posti di lavoro, anche se in un primo momento, prima che gli studi siano compiuti, queste sedi di nuove industrie possono essere dislocate magari disordinatamente rispetto ad un programma più ampio e più scientificamente studiato, si è creduto di dover ritenere che dovesse prevalere l'impegno di natura sociale su quello della programmazione urbanistica ed economica. Per cui alle Giunte Provinciali, in quelle direttive date dalla Giunta Regionale, è stato detto in sostanza: seguite le iniziative che si sono maturate. Queste iniziative, che si sono maturate sia in provincia di Trento, sia in provincia di Bolzano, e questo lo dico a conforto della sua tesi, signor cons. Ziller, riguardano più particolarmente la periferia, perchè già molti Comuni, specialmente nel Trentino, hanno incominciato a predisporre i loro piani e hanno cercato di venir a contatto con qualche imprenditore, prima ancora che la legge regionale uscisse, avendo avuto notizia che non sarebbero stati lasciati soli ed isolati in questo loro sforzo. Per cui, ho detto nella relazione, abbiamo in provincia di Bolzano due comuni che ormai hanno presentato domanda, — secondo gli ultimi dati, può darsi che in questi giorni siano aumentati —, e altri quattro o forto della sua tesi, signor cons. Ziller, riguardi fruire di questa legge, e sono tutti Comuni minori, Comuni proprio distaccati nelle valli, non certo grandi Comuni, come potrebbero essere Bolzano o Merano. Qui nel Trentino, — se si fa eccezione per Rovereto che è un comune che ha già compiuta molta strada e ha fatto molti passi in avanti sulla via dell'industrializzazione, ha già una zona industrializzata, anche se nata così spontaneamente —, se si fa eccezione per Rovereto, gli altri sono tutti Comuni delle valli, in Valsugana, a Mezzolombardo, ad Ala, a Tione, lì dove in sostanza la presenza di una industria finisce per avere un maggior significato di natura sociale. Ecco perchè il problema, che verrà particolarmente studiato in quella indagine che l'Amministrazione regionale ha intenzione di far fare da un istituto specializzato, non riguarderà soltanto l'aspetto urbanistico, anche perchè non potremmo noi fare questo come Regione, perchè è competenza delle Province, ma sarà un'indagine che amplierà il suo sguardo proprio ai problemi fondamentali di natura economica e di natura sociale, avuto riguardo a quello che è lo sviluppo demografico, avuto riguardo a quella che è la indole e le tradizioni delle popolazioni nelle singole vallate, in modo — se è possibile, senza che questo torni di svantaggio economico — in modo da poter avvicinare le industrie al lavoratore, piuttosto che dover trasferire il lavoratore dalle sue sedi naturali verso i grandi conglomerati. Tutto questo, naturalmente, tenuto conto di quelli che possono essere i costi economici di un'operazione di questo genere; perchè noi non dobbiamo dimenticare che agiamo in una materia che ha due riflessi che spesse volte si contrastano l'uno con l'altro, per cui la scelta di un criterio di natura sociale ci spinge qualche volta a fare delle cose che sono economicamente negative, come a volte la scelta di un ottimo criterio di natura economica potrebbe spingerci a delle soluzioni che non sono socialmente e umanamente altrettanto valide. L'altro problema, — è un problema di grande interesse quello che lei ha toccato, signor consigliere —, quello cioè che riguarda non soltanto l'istruzione professionale degli operai, ma la preparazione di una classe dirigente nel settore dell'industria. Classe dirigente intesa, sia come personale direttivo, di natura tecnica, sia anche come classe dirigente economica, di imprenditori, di uomini capaci di creare anche qui nella nostra regione, quel gruppo di persone che in altre regioni sono così attive e così capaci di intuire le possibilità di sviluppo economico, di

nuove iniziative economiche. Veramente questo fa un po' difetto alla nostra Regione, e fa un po' difetto per motivi di natura tradizionale, perchè noi siamo sempre stati fin qui rivolti più a quello che è il settore dell'agricoltura, che a quello dell'industria. Fa un po' di difetto anche perchè noi, non dobbiamo dimenticarlo, nel Trentino - Alto Adige, esportiamo tanti prodotti, ma ciò che esportiamo più di tutto sono proprio uomini preparati nel campo delle scienze, nel campo dell'industria, i quali nel passato sono andati a ricercare fuori del Trentino e fuori dell'Alto Adige la possibilità di conseguire quello sviluppo di carriera, quelle soddisfazioni di natura morale e materiale, che ciascuno che sente le proprie forze valide per fare qualche cosa ha il diritto di ricercare. Per cui l'opera dovrebbe essere in un certo senso duplice: un po', se è possibile, di richiamo di queste nostre forze intellettuali, direttive, tecnicamente preparate, capaci nel mondo imprenditoriale di agire, richiamarle qui nella nostra regione, e quello della formazione di questi nuovi quadri. Se mi si consente una brevissima parentesi, avrei avuto intenzione di parlarne l'altro ieri a proposito del bilancio della Provincia, ma il tema è proprio inerente anche in questa sede. Non dobbiamo soltanto preoccuparci di quella che è l'istruzione professionale, dobbiamo sviluppare quelli studi che sono stati sviluppati, particolarmente da chi? Non tanto dagli enti pubblici, ma proprio dalle stesse società interessate, prime fra tutte ad esempio la SHELL, per l'orientamento, non soltanto degli operai, ma per l'orientamento dei periti industriali, per l'orientamento degli stessi laureati, in modo da poter prevedere quali saranno negli anni futuri i settori che avranno maggior bisogno di uomini così preparati e avviare già adesso i nostri studenti, i nostri diplomati, maturati, alla scelta di una facoltà tecnica od economica piuttosto che di altre. È senza dubbio un problema che dovrà essere messo allo studio e dovrà essere messo allo studio dopo avere reperito anche qui, se le potestà possono rientrare in quelle provinciali, magari assistite da quello che può essere il concorso della Regione, o direttamente dalle potestà della Regione stessa. Un mezzo semplice potrebbe essere quello dell'intervento con borse di studio, dell'intervento con premi per tesi di laurea o via dicendo. Qui parlo anche un po' da uomo che è vissuto nella scuola, e penso che, senza dover scoraggiare questi interventi, se vogliamo avere qualche cosa di concreto dobbiamo andare nel momento in cui la preparazione scolastica, anche universitaria, si è già compiuta, e c'è il giovane laureato che incomincia ad avviarsi veramente alla professione pratica. Al signor cons. Segnana dirò che io devo ringraziarlo per essere intervenuto a sostegno della necessità e del bisogno che l'Assessorato al turismo sia fornito di braccia e di gambe. Braccia e gambe che possono essere strumenti legislativi, possono essere stanziamenti in bilancio, ma c'è una necessità assoluta, proprio per quei motivi che ho detto. Il finanziamento degli E.P.T. e delle Aziende autonome di cura e soggiorno e delle Pro Loco, è già nella relazione stessa indicato come un tema che è allo studio. Non sarà una soluzione facile, il cons. Segnana ha detto che bisogna studiarlo, anche se si dovesse arrivare a delle conclusioni negative di impossibilità di intervento. Ma questo studio sarà condotto con ogni impegno perchè, nello stesso momento in cui abbiamo affermato la necessità che ci sia una politica regionale turistica, unitaria, coordinata, ben chiara e ben precisa, non possiamo dimenticare che l'Assessorato non deve menomamente sostituirsi o smorzare le iniziative delle organizzazioni e degli enti periferici

del turismo, attraverso i quali veramente l'azione deve essere svolta. Per cui deve esserci un irrobustimento reciproco: da una parte l'Assessorato che cerca di irrobustire le organizzazioni periferiche, dotandole anche di mezzi di finanziamento, e dall'altra parte una collaborazione di queste organizzazioni periferiche per il raggiungimento di scopi che sono comuni. La stazione turistica internazionale, se ne parla molto, signor cons. Segnana, anche negli stessi ambienti turistici e degli albergatori. Qui il discorso potrebbe e dovrebbe essere lungo, perchè — almeno questa è una convinzione personale mia — non si crea, da parte dell'ente pubblico, qualche cosa, se non c'è un'iniziativa di natura privata che sia poi appoggiata dall'ente pubblico stesso. Quello che si potrà dire sarà quello di agire sulle associazioni interessate, perchè vogliano esaminare il problema da un punto di vista economico e vedere se è vantaggioso e se è realizzabile. L'ultimo tema che lei ha toccato è uno dei temi più dolenti, direi, della nostra Regione: quello della mancanza del servizio telefonico, lei dice del servizio automatico e lei dice anche della possibilità del servizio notturno. Ma c'è qualche cosa di più, e lei lo sa meglio di me, che ha presentato a suo tempo un disegno di legge in proposito. Non solo abbiamo dei luoghi che non hanno il servizio automatico e che non hanno il servizio notturno, ma abbiamo dei luoghi che non hanno assolutamente il servizio telefonico. Ora, senza voler magnificare il nostro tempo, ma una civiltà e una organizzazione come la nostra, attuale, del 1961, sia pure in una Regione che deve fare ancora molti passi in avanti, la mancanza del telefono è proprio come per un uomo non aver la possibilità di avere gli orecchi aperti e di udire o di avere gli occhi aperti e di vedere. Qui, senza dubbio, bisognerà studiare un intervento deciso. Per qualche caso, che è già stato segnalato, l'Assessorato è intervenuto attraverso mezzi di sollecitazione, sia della Telve, sia del Ministero che, come loro sanno, concorre in parte per le spese per l'allacciamento telefonico di alcuni centri. Mi pare di avere toccato tutti i temi indicati nei due interventi; ho tralasciato quello della propaganda perchè le idee espresse dal signor cons. Segnana, trovano già, nella relazione dell'Assessorato, la conferma che l'Assessorato intende mettersi su questa via di una propaganda unitaria ed efficace, studiando anche qui, e facendo, per meglio dire, studiare i tecnici del ramo con quelli che sono i mezzi più appropriati.

PRESIDENTE: Cap. 72 - È posto ai voti il cap. 72: approvato a maggioranza con 12 astensioni.

Cap. 135 - È posto ai voti il cap. 135: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

Cap 136 - È posto ai voti il cap. 136: approvato a maggioranza con 6 astensioni.

Cap. 137 - « Contributi alle Aziende autonome di cura, soggiorno e turismo e alle Associazioni « Pro Loco » della regione (legge regionale 23 agosto 1958, n. 18) lire 110 milioni ».

È stato presentato un emendamento che porta lo stanziamento a 120.000.000. C'è un emendamento di 10.000.000, da prelevarsi dalla somma messa a disposizione dal mutuo che è stato deliberato, ma la cui destinazione non è stata decisa. Questo è l'emendamento a firma: Fioreschy, Kapfinger, Brugger.

Metto in votazione l'emendamento di aumento di 10.000.000 sul cap. 137: l'emendamento è respinto.

Cap. 137 - È posto ai voti il cap. 137: approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 8 astensioni.

Cap. 138 - È posto ai voti il cap. 138: approvato a maggioranza con 8 astensioni.

Cap. 139 - È posto ai voti il cap. 139: approvato a maggioranza con 9 astensioni.

Cap. 140 - È posto ai voti il cap. 140: approvato a maggioranza con 9 astensioni.

Cap. 141 - È posto ai voti il cap. 141: approvato a maggioranza con 8 astensioni.

Cap. 142 - È posto ai voti il cap. 142: approvato a maggioranza con 7 astensioni.

Cap. 143 - « Spese per attività di propaganda, pubblicità ed organizzazione turistica della regione (legge regionale 30 aprile 1952, n. 18) lire 40.000.000 ».

C'è una nota di variazione che prevede l'aumento di 5.000.000.

C'è anche un emendamento a firma: Fioreschy, Kapfinger, Brugger, per aumentare di lire 20.000.000, portare a 65.000.000, da attingere sempre al mutuo.

Chi chiede la parola?

La parola al cons. Ziller.

ZILLER (D.C.): Vorrei sentire quale è il parere della Giunta in merito a questo emendamento.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): La Giunta desidera conoscere le ragioni della proposta dell'emendamento.

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola? Nessuno. Allora metto in votazione l'emendamento che propone l'aumento di 20 milioni al cap. 143: l'emendamento è respinto con 19 voti contrari, 14 favorevoli e 1 astenuto.

Metto in votazione il capitolo con l'importo di 45.000.000: approvato a maggioranza con 5 voti contrari e 6 astenuti.

Cap. 144 - « Spese per la stampa e la diffusione di pubblicazioni turistiche e per la produzione di documentari cinematografici: lire 30 milioni ».

C'è un emendamento a firma: Fioreschy, Kapfinger, Brugger e Schatz, per diminuire lo stanziamento di 20.000.000 e portarlo quindi a 10.000.000.

È aperta la discussione sulla proposta. Nessuno chiede la parola?

La parola all'assessore.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Questa diminuzione del capitolo 143 e quell'aumento nel cap. 144, sono diminuzioni ed aumenti apparenti. In realtà non fa che restituire in integro una situazione quale si trovava prima del 1960, bilancio 1960. Loro ricordano che era stato proposto, si era arrivati ai 60.000.000 per il 1960, prevedendo di ripartire questa quota, in modo che un terzo di essa servisse come braccia e come gambe per l'Assessorato regionale al turismo. La proposta non è andata; quest'anno si ritorna alla situazione precedente, non c'è perciò nessuna diminuzione da una parte e nessun aumento dall'altra.

D'altro canto i 30.000.000 sono ormai preventivati per quella che è l'edizione tedesca della carta dell'auto turismo. Pertanto la Giunta è del parere di votare contro.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? Nessuno. Allora metto in votazione la proposta di emendamento della diminuzione di 20.000.000 del cap. 144: l'emendamento è respinto con 18 voti contrari, 9 favorevoli e 4 astensioni.

Metto in votazione il capitolo con la somma di 30.000.000: approvato con 9 voti contrari e 5 astensioni.

Cap. 193 - « Fondo per la concessione di

mutui diretti al potenziamento ed al miglioramento del patrimonio alberghiero nell'ambito della Regione, da costituirsi con le entrate previste dall'art. 2 della legge 4 marzo 1958, n. 174: lire 20.000.000 ». La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Penso che sia l'ultimo articolo del bilancio.

PRESIDENTE: No.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): No? Allora chiedo scusa; volevo fare una dichiarazione di voto.

PRESIDENTE: L'Assessorato finisce al cap. 194. Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione il cap. 193: approvato a maggioranza con 9 astensioni.

Vi è la proposta di istituzione di un nuovo articolo, 193 bis. « Fondo per l'integrazione del bilancio deficitario dell'Ente provinciale per il turismo di Bolzano: lire 20.000.000 ». Ora, metto in discussione l'emendamento per l'istituzione del nuovo capitolo, 193 bis. Chi chiede la parola? La parola al Presidente della Giunta.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Evidentemente anche qui si fa riferimento al mutuo dei 600.000.000; penso, non è stato detto. Mi sembrava stamattina di aver esposto chiaramente, che l'intenzione della Giunta è quella di mettere 350.000.000 al fondo provvedimenti legislativi in corso sul cap. 53 del bilancio e di sostenere i 150.000.000 di lavori pubblici che il Consiglio ha già approvato e 100 milioni per la bonifica. A parte la questione che qui ci potrebbe essere sollevata, che per l'istituzione di un capitolo nuovo di questo tipo, ci vuole una legge sostanziale, altrimenti il bilancio potrebbe non essere approvato, perchè si sa benissimo che non possono essere istituiti nuovi capitoli d'impegno se non con nuova legge, a parte questa questione, che non voglio in questo momento sollevare, penso che più utilmente, dell'utilizzo di 350.000.000, si discuterà quando sarà il momento opportuno di discuterne. Questo è un discorso abbastanza chiaro che non preclude la possibilità, lascia aperta la possibilità anche alla discussione e in questo momento, ripeto, non appare alla Giunta opportuno l'utilizzo dei fondi in questo modo.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? Nessuno. Allora metto in votazione la proposta dell'istituzione del cap. 193 bis: la proposta è respinta con 18 voti contrari, 13 favorevoli e 3 astensioni.

Cap. 194 - « Somma da ripartire tra gli Enti provinciali per il Turismo operanti nella regione (art. 10 legge 4 marzo 1958, n. 174) - Lire 80.000.000 ».

La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): È veramente difficile conoscere quando finisca un Assessorato, obiettivamente, perchè col sistema delle spese ordinarie dei singoli Assessorati e il sistema delle spese straordinarie ancora dei singoli Assessorati, bisogna proprio andare a cercare col pericolo di sbagliarsi. Comunque, io volevo soltanto fare una breve dichiarazione, che avrei desiderato fare in sede di discussione generale di questo Assessorato e poi era troppo tardi e non ho potuto farla. L'ass. Corsini ha detto che, nella discussione sull'Assessorato e sulla sua relazione, è stato apprezzato il silenzio da parte dei settori che non siano quelli di maggioranza, e secondo me abbastanza opportunamente ha interpretato come « chi tace conferma ». Comun-

que, sembrava che non fossero d'accordo, ma adesso giunti alla fine dell'Assessorato, io ritengo che quanto meno si può obiettivamente interpretare questo silenzio come mancanza di argomenti contro una determinata impostazione politico-organica, che qui è stata fatta. Comunque, signori, voi siete in grado ancora di dire tutto. In ogni caso io vorrei soltanto dir questo, che io ho votato a favore di questo Assessorato e che sono lieto di aver visto una sia pur lunga relazione, nella quale però appaiono chiare certe direttrici di lavoro, che pertanto vanno approvate. Per me, avrei da fare una sola osservazione alla sua relazione, e forse più che una osservazione una precisazione di interpretazione.

PRESIDENTE: Io prego di attenersi alla somma da ripartire tra gli Enti provinciali per il turismo operanti nella regione; il Regolamento bisogna sia accettato da tutti. Io penso di farlo accettare da tutti, non fatemi osservazioni, perchè poi, consigliere Kessler, è stato lei che mi ha chiesto di tenermi all'argomentazione per capitolo. La dichiarazione di voto per l'Assessorato non si può fare; qui non è una discussione generale, quella è stata chiusa con la replica dell'assessore. Si parla solo dei capitoli, mi rincresce. Sul cap. 194, c'è una somma da ripartire fra gli Enti provinciali per il turismo: su questa quota è aperta la discussione.

Metto in votazione il cap. 194: approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 8 astenuti.

Adesso i capitoli dell'Assessorato sono finiti.

ASSESSORATO ENTI LOCALI

La parola all'Assessore per la relazione.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.):

Ordinamento dei Comuni

Due mesi dopo l'insediamento della nuova Giunta è stata mia cura di presentare all'esame della Giunta il disegno di legge sull' « ordinamento dei Comuni e controllo sugli Enti locali ». La Giunta sta ormai ultimando i suoi lavori per cui il disegno di legge di cui trattasi sarà quanto prima presentato al Consiglio.

Nel suo esame la Giunta segue fedelmente i principi contenuti nel disegno di legge precedentemente approvato dal Consiglio (anno 1958) introducendo gli aggiornamenti che da studi successivamente svolti sono da ritenersi opportuni.

Sempre nel settore della vita comunale il problema del personale dei Comuni diventa di attualità non appena entrerà in vigore la legge sull'ordinamento dei Comuni per cui dovrà essere data attuazione alla norma di cui all'art. 56 dello Statuto proponendo all'esame del Consiglio il disegno di legge recante i principi generali ai quali i Comuni dovranno attenersi nell'ordinamento del proprio personale.

La diversità profonda di situazioni e di esigenze tra i maggiori centri urbani ed i piccoli comuni montani creano nella Regione serie difficoltà all'attuazione di norme unitarie e generali valide per tutto il territorio. D'altro canto vi sono settori in cui l'uniformità non può essere intaccata, come ad es. lo stato giuridico del personale, il quale non può che avere unitaria disciplina. Lo stesso trattamento economico, per evidenti ragioni di giustizia sociale, non potrà attuarsi con rilevanti differenziazioni in relazione anche alle diverse responsabilità del personale nello stesso servizio presso i singoli comuni e le maggiori esigenze

di vita nei maggiori centri urbani rispetto ai centri minori.

La Giunta si propone di dare attuazione alla norma statutaria presentando al Consiglio il relativo disegno di legge.

Elezioni

La legge regionale 20 agosto 1952, n. 24, formulata come è noto secondo le norme del T. U. 5 febbraio 1948, n. 26, per la elezione della Camera dei Deputati, risulta ormai superata dalla legislazione nazionale successiva presentando molte lacune per cui abbisogna di una adeguata riforma anche ai fini di una semplificazione nelle attuali procedure complesse e costose.

Sotto il profilo economico va pure riveduta la legge regionale per la elezione dei Consigli comunali. Nel programma di attività per la legislatura in corso, è intendimento di proporre al Consiglio concrete proposte al riguardo.

Va subito precisato che le modifiche che verranno proposte non riguardano il diritto elettorale attivo e passivo, nè il metodo elettorale, bensì la parte procedurale della legge, come ad esempio la revisione di alcuni termini particolarmente quello relativo alla indizione dei comizi elettorali essendosi dimostrato troppo breve quello attuale di 30 giorni; l'inserimento in legge del nuovo metodo delle cartoline - avviso in sostituzione del certificato elettorale per gli elettori residenti all'estero, è altra modifica che verrà proposta; la semplificazione procedurale nella formazione, invio, recapito dei plichi dal seggio ai vari uffici interessati risponde ad esigenze di economia togliendo fin dove è possibile il costoso metodo del recapito a mano dei plichi medesimi.

L'aggiornamento con le altre elezioni regionali e politiche del periodo utile per l'espressione del voto (fino alle ore 22) ed il rinvio al lunedì delle operazioni di spoglio costituirà pure proposta di modifica dell'attuale legge regionale sulla elezione dei Consigli comunali.

Finanza locale

L'entrata in vigore della legge 16 settembre 1960, n. 1014, recante com'è noto, norme atte a contribuire alla sistemazione di bilanci comunali, ha posto il problema dell'applicabilità nel territorio della Regione di tutte le norme contenute nella citata legge n. 1014, in presenza delle potestà conferite alla Regione dall'art. 5, n. 1 e dagli artt. 69, 70 e 90 dello Statuto.

L'art. 1 della legge 1014 trasferisce, tra l'altro, a carico dello Stato le quote di concorso dei Comuni nelle spese di gestione dei servizi antincendi; l'art. 7 prevede concorsi dello Stato ad alcune spese sostenute dai Comuni per l'istruzione pubblica; per l'art. 14 l'ammortamento dei mutui contratti dai Comuni ad integrazione dei disavanzi economici dei bilanci fino al 1958 compreso è assunto, per i Comuni non capoluogo di Provincia, dallo Stato.

D'altro canto, risulta sensibilmente modificato l'attuale regime delle supercontribuzioni, quale mezzo per raggiungere il pareggio dei bilanci comunali e così pure modificati risultano alcuni articoli del T.U. 3 marzo 1934, n. 383 della legge comunale e provinciale ai quali la legge regionale 31 dicembre 1955, n. 32, recante norme in materia di finanza locale, fa riferimento.

Per quanto concerne gli oneri comunali per servizio antincendi trasferiti a carico dello Stato dalla legge 1014, è appena il caso di rilevare che nel territorio della Regione tali oneri sono stati già soppressi dall'art. 38 della legge regionale 20 agosto 1954, n. 24, per cui è pa-

cifico che la relativa norma statuale non può trovare applicazione nel territorio della Regione.

La particolare organizzazione del servizio antincendi nella nostra Regione ha peraltro posto a carico dei Comuni le spese relative per cui alla soppressione dei contributi corrisposti allo Stato fino al 1955 si è sostituito l'onere diretto per il finanziamento del nuovo servizio comunale dato dalla costituzione obbbligatoria dei Corpi volontari VV. F. Inoltre i due Comuni capoluogo di provincia devono contribuire nella misura fissata dall'art. 4 della legge regionale n. 24 (nella misura minima della metà e massima di due terzi della spesa complessiva accertata nel precedente esercizio) per il mantenimento del rispettivo Corpo Permanente.

La spesa complessiva che il servizio antincendi comporta nella sua attuale organizzazione (Corpi Permanenti nei due capoluoghi di provincia e Corpi Volontari presso tutti i Comuni) ammonta annualmente a circa Lire 500 milioni — e la Regione vi concorre per l'ammontare medio annuo di Lire 150 milioni.

Dato atto che la legge 1014 non è operante nel territorio della Regione per quanto concerne il servizio antincendi, si pone il problema di provvedere con propria legge ad un eventuale adeguamento finanziario (esonero dei Comuni dalle spese per il servizio antincendi) alle norme statuali; al riguardo però è da osservare:

a) l'attuale spesa complessiva di Lire 500 milioni annui potrebbe facilmente subire sensibile aumento se l'intero finanziamento del servizio venisse direttamente assunto dalla Regione, mancando in tale ipotesi il freno posto dalle singole amministrazioni comunali interessate come sono ora a limitare oneri ai propri bilanci.

In ogni caso una organizzazione accentrata risulterebbe inevitabilmente più onerosa di quella attuale.

Per lo Stato il problema non è sorto in quanto l'organizzazione del servizio antincendi già su basi nazionali comprende soltanto Corpi Permanenti sotto la diretta gestione dello Stato a mezzo della Cassa Sovvenzione Antincendi.

L'onere relativo era di già sostenuto quasi per intero dallo Stato in quanto i contributi dei Comuni, ora soppressi con la legge 1014, rappresentavano una modesta percentuale dell'intero fabbisogno finanziario;

b) la modifica dell'attuale regime finanziario del servizio antincendi regionale comporterebbe di conseguenza una radicale modifica della legge regionale 20 agosto 1954, n. 24, anche nel settore organizzativo del servizio col pericolo di porre in essere provvedimenti contrastanti con il principio dell'autonomia comunale a cui la legge n. 24 si è ispirata garantendo ad ogni Comune la possibilità di disporre di un proprio corpo autonomo costituito dal Consiglio comunale ed amministrato sotto il diretto suo controllo.

Un altro problema discendente dalla legge 1014 e sul quale devo richiamare l'attenzione del Consiglio, è quello degli oneri assunti dallo Stato per l'ammortamento dei mutui contratti dai Comuni a ripiano dei disavanzi economici dei loro bilanci fino al 1958 compreso.

Nella nostra regione risulterebbero interessati n. 10 Comuni con un residuo debito al 31 dicembre 1960, di Lire 208 milioni che trasformato a sensi della legge 1014 in nuovi prestiti ammortizzabili in 35 anni comporterebbero l'annualità costante per tale periodo di circa Lire 14 milioni, quale quota di ammortamento capitale e servizio interessi.

Avuto riguardo alle competenze regionali in materia di bilanci deficitari dei Comuni e alle potestà amministrative sin qui esercitate è dubbio se le norme di cui agli artt. 13 e 14 della legge 1014 possano trovare applicazione nel territorio della regione. D'altro canto dobbiamo preoccuparci che anche i nostri Comuni abbiano il trattamento che la predetta legge 1014 prevede; per cui, assunta la tesi della inefficacia nel territorio regionale della norma statuale, necessita provvedere all'assunzione da parte del bilancio regionale dell'onere finanziario di cui trattasi.

I problemi accennati unitamente alla esigenza di aggiornare il regime delle supercontribuzioni tributarie, prospettano l'opportunità di coordinare alcune norme della legge regionale 31 dicembre 1955, n. 32, con quelle delle leggi statali successivamente emanate per cui la Giunta si riserva di presentare concrete proposte al riguardo.

In tema di bilanci deficitari devo in questa sede rilevare il movimento progressivamente ascensionale sia per numero di Comuni, sia per l'ammontare dei deficit accertati, che si manifesta in questo primo quinquennio di attuazione della legge regionale 31 dicembre 1955, n. 32; ed è appunto in base a detta constatazione che il problema dei bilanci deficitari dei Comuni va posto tra quelli più urgenti da risolvere.

Nella provincia di Trento i Comuni a bilancio deficitario sono passati da 48 del 1956 a 81 nel 1960 e nella provincia di Bolzano si passa da n. 11 Comuni del 1956 a n. 30 Comuni nel 1960.

Più consistente è peraltro l'aumento dei disavanzi economici accertati nel 1956 in complessive Lire 285.700.000 (di cui Lire 216.800.000 in provincia di Trento e Lire 68.900.000 in provincia di Bolzano) e che nel 1960 risultano di complessive Lire 634 milioni 496 mila (di cui Lire 457.290.000 in provincia di Trento e Lire 177.206.000 in quella di Bolzano) segnando così un indice di incremento nel giro di un quinquennio pari al 122 per cento.

Trattandosi di disavanzi economici alla cui formazione concorrono, come è noto, le sole entrate e spese ordinarie o comunque ricorrenti, compresi gli oneri per servizio estinzione mutui, cioè quei soli elementi che in definitiva rappresentano per la parte passiva il fabbisogno minimo di vita del Comune e per la parte attiva le possibilità finanziarie a carattere continuativo reperibili a copertura delle spese in parola, le cifre esposte rendono evidente la gravità del problema.

Il Governo centrale sta seriamente occupandosi al riguardo e la recente legge 1014, con la quale tra l'altro vengono trasferiti ad esclusivo carico dello Stato alcuni oneri per servizi di interesse generale, ne dà testimonianza; tuttavia la Regione, nel quadro delle proprie competenze legislative deve poter trovare le soluzioni che più si adattano alla particolare situazione locale dei propri comuni.

Il problema è complesso e non può certo trovare soluzione da semplici enunciazioni programmatiche, abbisogna invece di studio profondo, del resto già in corso presso gli organi dell'Assessorato che stanno all'uopo raccogliendo e coordinando il materiale necessario, per essere successivamente valutato e discusso da apposita Commissione, la cui costituzione si rende ormai necessaria ai fini della formulazione di concrete proposte.

Per quanto concerne i provvedimenti adottati nel 1960 dalle Giunte Provinciali di Trento e Bolzano nei riguardi dei bilanci deficitari dei Comuni viene data relazione a parte.

In questa sede trovo necessario soltanto

chiarire che il ritardo nella presentazione al Consiglio della relazione medesima da parte della Giunta trova motivo fondamentale nella ritardata adozione rispettivamente comunicazione da parte delle Giunte Provinciali dei provvedimenti previsti dalla legge regionale 31 dicembre 1955, numero 32, nei riguardi dei bilanci deficitari.

Infatti le deliberazioni concernenti la concessione dei contributi e l'autorizzazione a contrarre mutui sono state inviate alla Presidenza della Giunta regionale in data 25 novembre 1960, da parte della Giunta Provinciale di Trento ed in data 31 ottobre 1960, da parte della Giunta Provinciale di Bolzano.

Istituzioni di assistenza e beneficenza

Per il combinato disposto degli artt. 5, n. 2, 13 e 92 dello Statuto le funzioni amministrative pertinen alle Istituzioni di assistenza e beneficenza sono svolte dalla Regione applicando le vigenti leggi dello Stato che come noto, risalendo al 1890 con modifiche successive di carattere particolare ma non organico, si presentano ora non più rispondenti alle esigenze di vita degli enti interessati, sia per la profonda modifica subita dai vari istituti nel settore degli Enti pubblici minori in generale, sia per la profonda evoluzione del concetto di assistenza e beneficenza verificatasi particolarmente nel periodo post-bellico.

L'entrata in vigore delle norme di attuazione emanate con D. P. R. 26 gennaio 1959, n. 97, permette ora alla Regione di regolamentare con propria legge questo importante e delicato settore; ed è quanto la Giunta si ripromette di fare nel prossimo futuro, non appena cioè saranno ultimati gli studi in corso, rivolti come sono a regolamentare la materia.

L'attività amministrativa svolta nel primo biennio dall'entrata in vigore delle citate norme di attuazione è stata particolarmente intensa. Superato il breve periodo di assestamento dell'Ufficio, di ricognizione ed allestimento delle pratiche in corso presso il Commissariato del Governo da cui l'Assessorato ha prese le consegne del servizio, questo — malgrado le comprensibili difficoltà iniziali di ordine organizzativo — ha potuto ben presto rientrare nel normale sviluppo senza provocare discontinuità nello svolgimento delle pratiche in corso ricevute in consegna, nè provocare ritardi di quelle nuove via via affluite all'Assessorato.

Nel biennio 1959-1960 sono state portate a compimento le relative istruttorie ed emanati i seguenti provvedimenti:

— n. 14 - Decreti di costituzione di Consigli di amministrazione o sostituzione di singoli membri;
— n. 3 - Decreti di modifiche di Statuti;
— n. 27 - Decreti di autorizzazioni per acquisto o permuta di beni immobili;
— n. 3 - Decreti di autorizzazione per accettazione di donazioni o lasciti;
— n. 4 - Decreti di nomine di delegati speciali presso le Istituzioni di assistenza e beneficenza;
— n. 119 - Decreti per soluzioni di controversie in materia di spedalità;
— n. 91 - Provvedimenti di composizione bonaria di vertenze spedaliere;
— n. 577 - Provvedimenti di esecutività su elenchi di spedalità;
— n. 362 - Mandati coattivi per un complessivo di lire 34.588.326 di spese spedaliere a carico dei Comuni.

Esistono peraltro alcuni provvedimenti che forzatamente sono da qualche tempo sospesi e sui quali ritengo utile precisare le cause. Trattasi del riconoscimento di Opere Pie la cui procedura prevederebbe fra l'altro l'audizione del parere del Consiglio di Stato; senonchè tale Consesso sarebbe tenuto a pronunciarsi esclusivamente se richiesto da Or-

gani statali per cui nella Regione dovrebbe cadere l'obbligo di un siffatto adempimento procedurale, anche in sede di applicazione della legge statale.

Di contrario avviso, per quanto concerne i provvedimenti di riconoscimento delle opere pie, è la delegazione della Corte dei conti a cui sono stati sottoposti alcuni provvedimenti tra cui quello della Fondazione per la preparazione professionale della donna di Rovereto.

La questione è stata sottoposta all'esame della Sezione di controllo della Corte dei conti in Roma, la quale in data 23 marzo 1961, si è pronunciata confermando la tesi sostenuta dalla Delegazione della Corte dei conti di Trento.

Fino ad oggi peraltro non è stata data ufficiale comunicazione della decisione in parola, per cui non è possibile tuttora dar corso al provvedimento regionale di cui trattasi.

Qualora non si potessero chiarire in sede amministrativa le opposte tesi sarà necessario inserire nella legge regionale di cui sopra è cenno, apposite norme relative alla disciplina delle procedure.

I libri fondiari

In passato la Regione, oltre alla organizzazione e alla vigilanza sul servizio tavolare, ha provveduto alla sistemazione di vari uffici in nuove sedi decorose e funzionali, costruendo edifici nei quali trovarono idonea sistemazione non solo gli uffici tavolari, ma anche uffici regionali, come avvenne a Tione ed a Monguelfo, oppure ampliando le vecchie sedi come si fece a Riva, Cles, Borgo, Mezzolombardo e Bressanone.

Questo lavoro non è peraltro ultimato e occorre provvedere appena possibile alla costruzione di sedi adatte per gli uffici di Silandro, Chiusa, Vipiteno e Primiero che attualmente sono situati in locali esposti a pericolo d'incendio e insufficienti per il collocamento dei volumi e dei documenti.

Probabilmente entro il corrente anno si potrà iniziare la costruzione del nuovo fabbricato a Silandro e forse anche a Primiero. Per gli altri uffici si dovrà attendere ancora, fino a quando si avranno disponibili i fondi necessari.

Intanto sarà necessario però provvedere all'assicurazione degli uffici contro il pericolo d'incendi, che esiste specialmente per quelli situati in mezzo a case di vecchia costruzione.

La Regione finora ha curato l'impianto dei libri fondiari in diciassette comuni nei quali l'impianto non era stato eseguito ed ha provveduto altresì al ripristino dei libri fondiari in otto comuni, nei quali, in seguito ad incendi di vaste proporzioni ed alla costruzione di nuovi edifici e nuove strade, lo stato di fatto non corrispondeva più allo stato tavolare e catastale.

Attualmente è stato iniziato il ripristino del libro fondiario nei comuni di Moena e Pinzolo e nel corrente anno, se ci saranno fondi a sufficienza, si procederà anche al ripristino del libro fondiario del comune di Curon Venosta.

Per quanto concerne l'organico del personale addetto al servizio tavolare, esso venne fissato in modo adeguato con la legge regionale n. 22 del 5 novembre 1960.

Siccome il lavoro di tutti gli uffici è in continuo aumento, è urgente provvedere alla nomina delle Commissioni d'esame per i concorsi previsti dalla legge sopracitata, in modo da poter assegnare agli uffici il personale di concetto e d'ordine necessario per il buon funzionamento del servizio, dato che il personale degli uffici tavolari è attualmente insufficiente e non è in grado di svolgere il lavoro con la dovuta celerità.

PRESIDENTE: La seduta è sospesa.

(ore 18,33).

Ore 20,42.

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Cap. 78 - È posto ai voti il cap. 78: unanimità.

Cap. 80 - « Assistenza ai lavoratori, ai disoccupati, agli emigranti e ai rimpatrianti anche a mezzo di enti, associazioni e istituti - Lire 68.000.000 ».

La parola al cons. Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge gibt es eine ganze Reihe von Pflichtausgaben, die mehr oder weniger geändert werden können. Es ist daher von besonderer Bedeutung, was auf dem Gebiete der Fürsorgetätigkeit im besonderen geschieht, zumal gerade dieses Kapitel der geringe Teil der Fürsorgetätigkeit ist, der für die freie Verteilung nun offen bleibt. Über die Fürsorgetätigkeit selbst haben wir verhältnismäßig sehr wenig gehört. Im Bericht des Präsidenten des Ausschusses sind ihr im ganzen Kapitel nur 17 Zeilen gewidmet und auch im Bericht des Assessors selbst haben wir eigentlich über die Verteilung dieses Kapitels sehr wenig gehört oder eigentlich gar nichts. Der Bericht, den der Präsident des Ausschusses anfangs gegeben hat, bringt nur eine Statistik, in der die Rede davon ist, daß 71.173 Personen unterstützt wurden. Er weist auf die Tätigkeit der Gemeindefürsorgen, der Schulausspeisungen hin, zeigt hier zwar einen hohen Betrag von 2 Milliarden auf, der in der ganzen Region ausgegeben wurde, aber er erklärt eigentlich nicht, was nun im einzelnen selbst geschehen ist und wie hier im besonderen diese Aufgaben über die Fürsorge aufgeteilt werden.

Nun, die Aufteilung selbst ist natürlich gerade auf dem Gebiete der Fürsorge von außerordentlicher Wichtigkeit, denn gerade hier handelt es sich in der Hauptsache darum, daß man all den Schichten hilft, die bedürftig sind und eine Unterstützung tatsächlich notwendig haben. Wenn wir hier das Kapitel 80 betrachten, das in der vergangenen Legislaturperiode das Kapitel 78 war, so ergibt sich nach den Angaben, die wir vom Assessorat bekommen haben, eine Gesamtausgabe von 82 Millionen Lire. Es ist nicht ganz klar, wie das aufgeteilt wurde, denn eine Statistik vom 15. April spricht von einem Anteil von 24.750.000 Lire für die Provinz Bozen. Eine Aufstellung, die wir in der vergangenen Woche erhalten haben, spricht von 27 Millionen Lire. Die 27 Millionen Lire, die auf die Provinz Bozen entfallen sind, teilen sich nach dieser Aufstellung auf in 18.350.000 Lire für allgemeine Fürsorge; in 7.450.000 Lire für Überschwemmungsgeschädigte; in eine Million Lire für die ACLI in Bozen und in 200.000 Lire für den Nationalverband der Kriegsgeschädigten und Kriegsinvaliden in Bozen. Wie die Beträge in der Provinz Trient verteilt werden, will ich nicht weiter behandeln. In der Provinz Bozen wurden die 18.350.000 Lire für die allgemeine Fürsorge folgendermaßen aufgeteilt: 9 Gemeinden mit deutscher Mehrheit — darunter allerdings Gemeinden wie Brixen, Neumarkt, Gargazon, Welsberg, die auch eine beträchtliche italienische Bevölkerung aufweisen — erhielten davon 3.450.000 Lire; 4 Gemeinden mit italienischer Mehrheit 14.500.000 Lire; zwei ladinische Gemeinden 400.000 Lire. Das gibt also prozentmäßig aufgeteilt auf die Gemeinden mit deutscher Mehrheit — wobei darunter allerdings auch noch Gemeinden mit einer beträchtlichen italienischen Bevölkerung sind — 18,80%; auf ladinische Gemeinden entfallen 2,10% und auf Gemeinden mit

einer großen italienischen Mehrheit 79,10%, davon allein für Bozen 70,30%. Nicht eingerechnet sind noch 1.200.000 Lire für die ACLI in Bozen, die also ebenfalls der italienischsprachigen Bevölkerung der Provinz Bozen bzw. den Kriegsversehrten zugutekommen. Wenn man das einrechnet, dann stehen also insgesamt 15.700.000 Lire, die in der Provinz Bozen mehrheitlich der italienischsprachigen Bevölkerung zugutekommen, gegen 3.450.000 Lire, die im großen und ganzen der deutschsprachigen Bevölkerung der Provinz Bozen zugutekommen. Nun ist dieses Verhältnis tatsächlich so, daß man nichts sagen kann, es wird natürlich in erster Linie Rücksicht genommen auf die Bedürftigen, denn man wird kaum annehmen können, daß in diesen vier Gemeinden ungefähr fünfmal so viel Bedürftige waren oder sind wie in den übrigen neun Gemeinden. Von Zuschüssen an andere Gemeinden ist überhaupt nicht die Rede dabei. Der Aufteilungsschlüssel ist jedenfalls eigenartig, denn daß so große Gelder nur auf die eine Seite fließen, während wir hier in mehreren Darlegungen gehört haben, wie bedürftig gerade die Bergbevölkerung und die Bevölkerung in den Tälern drinnen ist, dann scheint es nicht ganz gerechtfertigt, daß hier jene Gemeinden, die eine mehrheitlich italienische Bevölkerung haben, mit so großen Beiträgen bevorzugt werden. Man könnte nun sagen, das sei dadurch ausgeglichen worden, daß ein besonderer Mehrbetrag in dieser Bilanz dann für Überschwemmungsschäden ausgegeben wurde. Wie diese Überschwemmungsschäden aufgeteilt wurden, ist nicht ganz klar zu sehen, denn es scheinen hier mit Überschwemmungsschäden die Berggemeinden Aldein, Altrei, Graun, Laas, Martell, Welschnofen, Ritten, Schnals, Schlanders, Stilfs, Dorf Tirol und Ulten auf. Nun, es steht dahin, welche Überschwemmungsschäden z.B. Dorf Tirol gehabt haben wird. Das sind also Berggemeinden mit einem Betrag von insgesamt 3.050.000 Lire. Diesen stehen die Talgemeinden Kurtatsch, Neumarkt, Gargazon, Latsch, Leifers, Lana, Naturns, Auer, Burgstall und Pfatten mit 4.400.000 Lire gegenüber. Es ist sicher, daß in vielen dieser Gemeinden, aber auch nicht allen, die Überschwemmungsschäden groß waren. Aber auch hier zeigt sich eine eigenartige Aufteilung. Während durchschnittlich zweihundert-, dreihundert-, vierhunderttausend Lire gegeben wurden, zeigt die Gemeinde Pfatten — eine außerordentlich kleine Gemeinde durchwegs bäuerlicher Art — einen Betrag von einer Million auf und die Gemeinde Leifers einen Beitrag von 800.000 Lire. Es zeigt sich also auch hier eine — wenn ich auch nicht von Tendenz sprechen will —, so doch immerhin eine gewisse Eigenart in der gesamten Aufteilung.

Wenn wir nun diese gesamten Ausgaben für Unterstützungen zusammennehmen, dann ergibt sich für uns folgendes Bild: Fürsorge: Gemeinden mit deutscher Mehrheit 3.450.000 Lire; Gemeinden mit italienischer Mehrheit 14.500.000. Überschwemmungen: Gemeinden mit deutscher Mehrheit — wobei allerdings Gemeinden dabei sind, die auch sehr starke italienische Bevölkerung haben — 5.650.000 Lire; Gemeinden mit italienischer Mehrheit 1.800.000 Lire. Verschiedene nur italienische Vereinigungen 1.200.000 Lire. Das ergibt also für die Gemeinden mit deutscher Mehrheit 9.100.000 Lire, für die Gemeinden mit italienischer Mehrheit 17.500.000 Lire und für ladinische Gemeinden 400.000 Lire. Das heißt also, daß in der Provinz Bozen, die zwei Drittel deutschsprachige Bevölkerung hat, für die deutschen Gemeinden 33,7% an Fürsorgegeldern, die also frei verwendet werden können, ausgegeben wurden, während für Gemeinden mit italienischsprachiger Mehrheit 64,8% ausgegeben wurden. Der Rest von

1,5% fällt auf die ladinischen Gemeinden. Nun muß man das allerdings im Zusammenhang mit der Gesamtausgabe der Region für solche Fürsorgegelder sehen. Und die Gesamtausgabe für Fürsorgegelder beträgt ja, wie ich anfangs sagte, 82 Millionen. Von diesen ganzen 82 Millionen sind also nur 9,10 Millionen an Gemeinden gegangen, die eine deutsche Mehrheit aufweisen, das sind also 11%, und 89% an Gemeinden mit italienischer Mehrheit. Dabei ist zu bedenken, daß unter diesen 11% auch noch Gemeinden wie Brixen, Neumarkt, Gargazon, Laas, Auer, Burgstall, Leifers eingerechnet sind, die zwar einen deutschen Gemeinderat aber eine sehr beträchtliche italienische Mehrheit haben, so daß also auch von diesen 11% noch ein sehr großer Teil bei der Verteilung innerhalb der Gemeinde an die italienischsprachige Bevölkerung gegangen ist.

Wenn ich das nun dargelegt habe, so geht es mir natürlich nicht darum, eine reine Proportionspolitik der Bevölkerung in die Fürsorge hineinzutragen. Es liegt mir nichts ferner als das, denn in der Fürsorge muß für jeden gesorgt werden, der irgendwie bedürftig ist. Wenn man diese Zahlen betrachtet, kann man fast nicht ableugnen, daß diese Vergebung irgendwie einseitig erfolgt ist, denn daß von all diesen Geldern nur 11%, und diese nicht einmal ganz, an die deutschsprachige Bevölkerung gehen, während 89%, und bei der Verteilung dann wahrscheinlich noch mehr, an die italienische Bevölkerung gehen, das scheint nun doch etwas zu denken zu geben. Und gerade auf dem Gebiete der Fürsorge müßte die Verteilung so erfolgen, daß niemand benachteiligt ist. Auch wenn wir heute in der Opposition sind, auch wenn wir in der Minderheit sind, muß eine Regionalregierung dafür sorgen, daß auf diesem Gebiet eine gleichmäßige Aufteilung erfolgt. Es ist das ein Gebiet, das außerhalb der Spekulationen stehen sollte und dennoch sehen wir eine solche Aufteilung, die wir später dann bei den anderen Kapiteln wiederfinden werden. Wenn wir die nächsten Kapitel betrachten, auch 81 und dann 162 und 163, so sehen wir dasselbe Bild. Es ergibt sich überall ein solcher Prozentsatz, daß durchschnittlich auf die deutschsprachige Bevölkerung — immer von dem Anteil aus gerechnet, der auf die Provinz Bozen fällt —, ungefähr ein Drittel kommt, während an italienische Gemeinden und Verbände zwei Drittel der Beiträge gehen. Nun, das müßte doch eigentlich auch innerhalb der Region Berücksichtigung finden, und zwar sollten die Beiträge so aufgeteilt werden, daß ein allgemeiner Ausgleich geschaffen wird, denn sonst ergibt sich eine sehr schwere Benachteiligung der deutschsprachigen Bevölkerung und auch eine Art Wettlauf, besonders wenn diese Beträge über Verbände gegeben werden.

Es ist uns nun das Versprechen gegeben worden, daß die Fürsorge eine Neuregelung innerhalb der Gesetzgebung erfahren soll, die öffentliche Fürsorge und Wohlfahrtsgesetzgebung soll durch Bestimmungen und Regelungen jetzt tatsächlich vereinheitlicht werden, was auch sehr notwendig wäre. Denn wir sehen, daß hier von seiten des Staates oder des Regierungskommissärs, von seiten der Region und der Provinzen Beiträge gegeben werden, daß aber die Hauptlast der Fürsorge die Gemeinden tragen. Auf diese Hauptlast hat sich der Bericht des Präsidenten des Regionalausschusses gestützt, der festgestellt hat, daß diese Gemeinden und die allgemeine Gemeindefürsorge etwa zwei Milliarden aufbringen. Nun wäre es natürlich gerade auf dem Gebiete der Fürsorge außerordentlich notwendig, daß diese Vielfalt der Unterstützungsmöglichkeiten vereinigt wird und ich glaube, daß gerade auf diesem Gebiet die Durchführung des Art. 14

einer der wichtigsten Punkte wäre, d. h. daß diese Sache in die Hand der Provinzen gegeben werden sollte, die ja am ehesten die Bedürfnisse der einzelnen Bevölkerungsteile abschätzen können und auch die direkte Überwachung der Fürsorgestellen der Gemeinden innehaben. Die Region selbst hat ja keinen direkten Kontakt mit diesen Fürsorgestellen und sie kann daher eigentlich nur dort Beiträge geben, wo darum angesucht wird, ohne dabei eine entsprechende Kontrolle durchführen zu können. Die Kontrolle über die Fürsorgetätigkeit selbst, über die ECA, hat ja die Provinz, deshalb könnte die Provinz nicht nur diese Kontrolle viel besser ausüben, sondern auch die Verteilung selbst viel besser handhaben, als das auf diesem Wege bis heute geschehen ist.

Wir würden also vorschlagen, daß im kommenden Jahr eine wesentlich bessere und den Erfordernissen mehr Rechnung tragende Verteilung dieser Fürsorgegelder stattfindet. Daß auch vor allem der großen Not in den Tälern und in unseren Berggemeinden, auf die verschiedentlich hingewiesen wurde, Rechnung getragen wird und daß schließlich auch einem Antrag, den wir allenfalls einbringen werden, noch stattgeben wird, damit gerade diese Berggemeinden in den Genuß einer entsprechenden Fürsorge kommen können.

(Nella materia della previdenza sociale abbiamo tutta una serie di spese obbligatorie, le quali potranno essere più o meno modificate. È pertanto particolarmente importante quanto si sta facendo in materia, tanto più in quanto proprio questo capitolo rappresenta la parte minore dell'attività previdenziale rimasta ancora aperta alla libera distribuzione. Abbiamo sentito ben poco sull'attività stessa. Nella relazione del Presidente della Giunta a tutto questo settore e capitolo sono state dedicate appena 17 righe e pure nella relazione dell'assessore stesso ben poco o nulla abbiamo sentito sulla ripartizione dei mezzi di questo capitolo. La relazione fattaci all'inizio dal Presidente della Giunta parla soltanto di una statistica, secondo la quale le persone aiutate ammontano a 71.173 unità. Nella relazione si fa poi cenno dell'attività degli Enti Comunali di Assistenza, delle refezioni scolastiche, con una cifra piuttosto elevata di 2 miliardi di lire, spesa nell'intero territorio della Regione. Il Presidente però non ha detto che cosa è stato fatto in particolare e in qual modo le spese sono state ripartite sui vari settori previdenziali o assistenziali.

Eppure tale ripartizione dei mezzi proprio per quanto riguarda l'assistenza sociale è di straordinaria importanza, poichè si tratta essenzialmente della necessità di aiutare tutti gli strati bisognosi, che effettivamente necessitano di un aiuto. Dal capitolo 80, il quale nella passata legislatura recava il numero 78, risulta una spesa totale di 82 milioni di lire. Non appare però chiaro come tale cifra sia stata ripartita, poichè una statistica del 15 aprile parla di una quota parte di lire 24.750.000 per la Provincia di Bolzano. Da un elenco avuto la settimana scorsa risulta invece una cifra di 27 milioni di lire. Tale somma assegnata alla Provincia di Bolzano secondo il citato elenco è ripartita nel seguente modo: lire 18.350.000 per l' assistenza generale; lire 7.450.000 a favore dei danneggiati dalle inondazioni; lire 1.000.000 alle ACLI di Bolzano e lire 200.000 all'Opera nazionale invalidi e mutilati di guerra di Bolzano. Non vorrei occuparmi del come le relative somme sono state ripartite in Provincia di Trento. In Provincia di Bolzano l'importo di lire 18.350.000 per la assistenza generale è stato ripartito nel seguente modo: lire 3.450.000 sono state erogate a favore di nove comuni a maggioranza tedesca, tra i quali figurano però comuni come Bressa-

none, Egna, Gargazzone e Monguelfo, i quali hanno pure un numero considerevole di abitanti di lingua italiana; lire 14.500.000 sono state erogate a favore di quattro comuni a maggioranza italiana; lire 400.000 a favore di due comuni ladini. Espresso in percentuale ciò corrisponde per quanto riguarda i comuni a maggioranza tedesca al 18,80%, tenendo per altro conto che tra tali comuni figurano pure dei comuni con un considerevole numero di abitanti di lingua italiana; la percentuale dei comuni ladini è del 2,10% e quella dei comuni a grande maggioranza italiana del 79,10% di cui la sola città di Bolzano con una percentuale del 70,30%. Non comprese sono le 1.200.000 lire andate alle ACLI di Bolzano, somma andata a sua volta a favore della popolazione di lingua italiana di Bolzano e agli invalidi e mutilati di guerra. Tutto sommato si arriva a stabilire che in Provincia di Bolzano è stata erogata a favore della popolazione a maggioranza di lingua italiana una cifra complessiva di lire 15.700.000, rispetto alla somma di lire 3.450.000 andate grosso modo a beneficio della popolazione di lingua tedesca della Provincia di Bolzano. La relativa proporzione è effettivamente tale che nulla in proposito si può obiettare, dovendosi in prima linea aver riguardo dei bisognosi, ma difficilmente si potrà ritenere che nei citati quattro comuni ci sia stato un numero di bisognosi circa cinque volte maggiore che non nei rimanenti nove comuni. Di contributi concessi ad altri comuni non si parla poi affatto. La chiave di riparto è comunque strana cosa, visto che delle somme considerevoli sono state incanalate verso una sola parte, mentre la popolazione montana e quella delle vallate vive a sua volta in condizioni di vera e propria indigenza, come abbiamo appreso da parecchi interventi. Per questo non appare del tutto giustificato che i comuni a maggioranza di lingua italiana siano stati o vengono preferiti con dei contributi tanto rilevanti. In proposito ci si potrebbe dire che ciò sia stato compensato attraverso la spesa maggiore prevista in bilancio a favore dei danneggiati dalle inondazioni. Ma come la relativa somma sia stata ripartita non traspare con la necessaria chiarezza, visto che notiamo tra i comuni danneggiati località di alta montagna come: Aldeno, Anterivo, Curon, Lasa, Martello, Nova Ponente, Renon, Senales, Silandro, Prato Stelvio, Tirolo e Ultimo. Lasciamo stare i danni che il comune di Tirolo potrà avere subìto in seguito alle inondazioni, ma ci sono dei comuni di alta montagna con una somma complessiva di lire 3.050.000, di fronte a comuni di fondovalle come Cortaccia, Egna, Gargazzone, Laces, Laives, Lana, Naturno, Ora, Postal e Vadena con una cifra complessiva di lire 4.400.000. È certo che in molti di questi comuni, ma non in tutti, i danni provocati dalle inondazioni sono stati notevoli. Ma pure in questo caso ci troviamo di fronte ad una strana ripartizione. Mentre cioè i contributi concessi ammontano in media a 200, 300 o 400 mila lire, il contributo concesso al comune di Vadena risulta essere di un milione di lire, pur trattandosi di un comune veramente minuscolo di natura prettamente rurale; il comune di Laives per contro ha avuto un contributo di lire 800.000. Si rivela quindi anche in questo caso — per non parlare di una tendenza — uno strano modo di procedere nella ripartizione di tutti i fondi.

Se dunque sommiamo tutte le spese per sovvenzioni, arriviamo ad avere il seguente quadro: assistenza: comuni a maggioranza di lingua tedesca lire 3.450.000; comuni a maggioranza di lingua italiana lire 14.500.000. Danni alluvionali: comuni a maggioranza di lingua tedesca, ivi compreso comuni con forte aliquota di abitanti di lingua italiana lire

5.650.000; comuni a maggioranza di lingua italiana lire 1.800.000. Diverse a favore di associazioni di lingua italiana: lire 1.200.000. Ne risulta una somma totale a favore dei comuni a maggioranza di lingua tedesca di lire 9 milioni 100.000; una somma totale a favore di comuni a maggioranza di lingua italiana di lire 17.500.000 e di lire 400.000 a favore di comuni ladini.

Ciò significa quindi che in Provincia di Bolzano con una maggioranza di due terzi di popolazione di lingua tedesca i mezzi assistenziali liberamente disponibili e spesi a favore dei comuni di lingua tedesca rispondono al 33,7%, mentre quelli spesi a favore di comuni a maggioranza di lingua italiana rispondono al 60,8%. La rimanenza dell'1,5% è stata spesa a favore dei comuni ladini. Tutto questo naturalmente va visto in relazione con la spesa totale della Regione per l'assistenza sociale. Orbene, tale spesa totale ammonta, come già ebbi a dire, a lire 82.000.000. Di questa somma globale di 82.000.000 soltanto 9-10 milioni sono andati ai comuni a maggioranza di lingua tedesca, vale a dire l'11%, i rimanenti 89% invece sono andati ai comuni a maggioranza di lingua italiana. Ma non basta, poichè come già ebbi a dire, questa percentuale dell'11% racchiude pure comuni come Bressanone, Egna, Gargazzone, Lasa, Ora, Postal e Laives, i quali hanno bensì un Consiglio comunale di lingua tedesca, ma pure una notevole maggioranza di lingua italiana, di modo che buona parte di questo 11% è andata nella ripartizione nell'ambito del comune pure a beneficio degli abitanti di lingua italiana.

Quanto ho or ora esposto non persegue naturalmente lo scopo di ottenere che si faccia una politica basata semplicemente sulla proporzione etnica per ciò che riguarda l'assistenza sociale. Lungi da me simile intendimento, poichè l'assistenza deve essere fatta per tutti coloro che effettivamente si trovano in istato di bisogno. Ma osservando da vicino le cifre da me riportate, ben difficilmente si potrà negare che la ripartizione dei mezzi sia in qualche modo stata fatta in modo unilaterale. Poichè, il fatto che di tutti questi mezzi appena l'11% sia andato a favore della popolazione di lingua tedesca, mentre l'89% e forse in realtà ancora di più è andato a beneficio della popolazione di lingua italiana, non potrà non farci restare alquanto preoccupati. D'altronde proprio in materia di assistenza sociale la ripartizione dei mezzi disponibili dovrebbe essere fatta in maniera che nessuno possa sentirsi pregiudicato nei propri diritti. Seppure ci troviamo oggi all'opposizione e pur essendo in minoranza, il governo regionale dovrebbe preoccuparsi acchè sia assicurata una ripartizione di mezzi assistenziali in maniera equilibrata. Ciò tanto più in quanto si tratta di una materia che dovrebbe essere tenuta al di sopra di ogni speculazione. Ma la ripartizione è tuttavia quella che abbiamo or ora vista e che più tardi ritroveremo ancora di nuovo anche per quanto riguarda gli altri capitoli. Effettivamente, esaminando i prossimi capitoli, quelli n. 81, n. 162 e 163, ci troviamo di fronte alla stessa identica situazione. Troviamo cioè dappertutto una percentuale, secondo la quale alla popolazione di lingua tedesca — e calcolato in base alla quota parte spettante alla Provincia di Bolzano — è stato assegnato in media un terzo dei fondi, mentre ai comuni italiani e alle associazioni di lingua italiana sono stati concessi i due terzi dei contributi. Penso che nell'ambito della Regione si dovrebbe tener conto della realtà tale quale è, ripartendo i contributi in modo da arrivare a una specie di compensazione generale, poichè altrimenti la popolazione di lingua tedesca risulterà danneggiata in maniera molto grave.

provocando pure una specie di corsa a gara soprattutto quando si tratta di assegnare i contributi attraverso le associazioni assistenziali.

Ci è stato ora promesso che l'assistenza verrebbe disciplinata su nuove basi nell'ambito stesso della legislazione e che l'assistenza pubblica nonchè le provvidenze di legge verrebbero ora con nuove disposizioni e discipline effettivamente unificate, cosa questa del resto veramente necessaria. Poichè vediamo come si erogano dei contributi da parte dello Stato o del Commissario del Governo, da parte della Regione e delle Province, mentre il peso maggiore dell'assistenza continua a gravare sulle amministrazioni comunali. Su questo peso e gravame assistenziale si era basato pure il Presidente della Giunta regionale nella sua relazione nel constatare che i comuni e gli ECA spendono circa 2 miliardi di lire. Proprio nel campo dell'assistenza sociale sarebbe estremamente necessario di unificare e semplificare la assistenza stessa per eliminare la molteplicità dei sussidi. Credo poi che proprio in questa materia l'attuazione dell'art. 14 sarebbe importante nel senso, cioè, che i relativi compiti dovrebbero essere affidati alle Province, le quali meglio di ogni altro organo e in modo più diretto possono valutare lo stato di bisogno dei differenti strati di popolazione, esercitando pure la vigilanza diretta degli Enti Assistenziali Comunali. La Regione con questi ultimi non ha contatti diretti, per la qual cosa essa può concedere i contributi solo in base alle richieste senza essere in grado di esercitare il necessario controllo. Questo viene esercitato dalle Province stesse e ne consegue che le stesse possono esercitare molto meglio tale controllo, come pure provvedere in maniera molto più efficace di quanto ciò non sia avvenuto fino ad oggi alla distribuzione dei sussidi.

Per tutto questo proponiamo che per l'anno prossimo la distribuzione dei fondi assistenziali abbia luogo in modo migliore e più rispondente alle effettive esigenze. Chiediamo nel contempo che si tenga conto soprattutto del grave stato di bisogno nelle vallate e nei nostri comuni d'alta montagna, cui abbiamo accennato più volte. Chiediamo pure sin d'ora di accettare un nostro emendamento, che in ogni modo verrà da noi presentato, e che prevede l'estensione dei benefici dell'assistenza sociale a questi comuni di alta montagna.)

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola sul capitolo? La parola al cons. Canestrini.

CANESTRINI (P.C.I.): Io desidererei dall'assessore del ramo, qualche informazione maggiore, in questo senso: che il capitolo prevede un notevole aumento nelle sue spese, e quindi mi sembra che la curiosità e il desiderio di conoscere qualche cosa di più, per il cap. 80, siano giustificate. Non per mettere in atto filibustering, che nel corso del pomeriggio si è dimostrato non essere certo negli intendimenti delle opposizioni, ma per avere dei dati maggiori, io farei istanza di sapere qualche cosa di più in merito a questi enti, associazioni e istituti che, penso, in modo diversificato e a ciascuno autonomo e proprio, prestano assistenza in tre settori così diversi, come quelli relativi ai lavoratori, ai disoccupati, agli emigranti e ai rimpatrianti. Infatti io non discuto sull'opportunità pratica, concreta, di riunire in un'unica voce capitoli che potevano probabilmente con maggior chiarezza essere tenuti separati, proprio per la disparità dell'oggetto al quale vengono dedicate le cure assistenziali, ma penso che gli enti a ciò preposti, siano essi di natura pubblica, siano essi di natura privata, per cui io desidererei conoscere almeno delle indicazioni, siano controllati dall'Assessorato competente, ad esem-

pio attraverso la presentazione dei bilanci, che è lo strumento democratico di controllo, attraverso il quale la Giunta può rendersi conto direttamente sull'ampiezza dell'assistenza fornita, rispettivamente sui criteri con i quali l'assistenza stessa viene prestata. Dico questo anche perchè è mia precisa sensazione che tra questi enti possano entrare, in un modo o nell'altro, organizzazioni a stretto carattere privato o di parte. Desidererei, ad esempio, conoscere — e ciò in relazione a un volantino che io ho visto per la prima volta oggi, ma che certamente sarà stato distribuito dalla D.C., quanto meno nella nostra provincia, già da tempo, relativo a un questionario con una lunga e interessante serie di domande, in cui alla fine si fa presente, il partito di maggioranza fa presente, l'esistenza e l'efficienza di una organizzazione come quella « Trentini nel mondo », di cui si sente spesso parlare e di cui si vede spesso scritto sul giornale del partito di maggioranza, organizzazione messa in piedi, ordinata e finanziata dal partito di maggioranza —, quello che invece io vorrei sapere è in quali limiti, se vi è anche un finanziamento e un aiuto da parte della organizzazione regionale. Penso che se l'assessore del ramo mi darà, anche non completi, gli elenchi, ma una informazione in merito a questi enti, a come si finanziano e a come vengono sostenuti nei loro rapporti con la Regione, si potrà avere un quadro più completo di tutto lo stesso capitolo 80.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? La parola all'assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): L'esposizione che ha fatto il cons. Wahlmüller, sebbene egli abbia detto che non vuole fare una politica di proporzione linguistica o etnica, perchè all'assistenza deve essere provveduto secondo i bisogni, è evidentemente rivolta a fare una politica di separazione, di proporzione linguistica, altrimenti non avrebbero ragione quei dati sui quali lui ha così lungamente insistito e quelle statistiche che egli così accuratamente ha fatto. Ora, prima di rispondere, di fornire altri dati, io vorrei dire questo: nella distribuzione di questi fondi, lo dico perchè lui più volte ha parlato di chiave di ripartizione, — ma quale chiave di ripartizione avete usato? — nella ripartizione di questi fondi è evidente che non può venir fatta una chiave di ripartizione, proprio per quella affermazione che lui ha fatto e che mi trova naturalmente consenziente, che nell'assistenza deve essere provveduto a seconda del bisogno e non a seconda del fatto che si trovino situazioni particolarmente bisognose in provincia di Trento o in provincia di Bolzano e che in provincia di Bolzano si trovino situazioni particolarmente bisognose, in comuni abitati da popolazione prevalentemente tedesca o prevalentemente italiana. Perchè questo criterio ci condurrebbe assai lontano, se noi dovessimo guardare le proporzioni. Io potrei dirle, per esempio, che per quanto riguarda l'attribuzione dei mezzi della legge antibrina, il 100% è andato a popolazione di lingua tedesca. Che proporzioni potremmo fare qua? Vede che, allora, se si arriva a questi estremi si dovrebbe dire: no, ci fermiamo ai due terzi, all'80%, ma il 20% teniamolo per impianti previsti da popolazione di lingua italiana, che poi non hanno presentato domanda; oppure se si dovesse guardare i benefici previsti nel credito per i titolari dei masi chiusi, anche lì il 100% è andato a popolazione di lingua tedesca, e allora? Oppure se si dovesse guardare i mezzi regionali distribuiti in provincia di Bolzano a favore di iniziative nel campo turistico, si dovrebbe constatare che più del 66% o del 70% è andato a industrie, a ini-

ziative, a programmi interessanti popolazioni o Comuni a maggioranza tedesca. Queste cose non si possono fare. In sostanza il discorso che ha fatto il cons. Wahlmüller è il discorso che viene ripetuto ogni anno da parte di consiglieri del gruppo di lingua tedesca e che in Giunta regionale veniva ripetuto ogni anno anche nel corso delle deliberazioni da parte dei membri di Giunta quando facevano parte del gruppo di lingua tedesca. Io a tutti rispondevo sempre così — sarà stata semplicistica la mia risposta —, rispondevo: tutte le domande che vengono presentate, vengono evase. Prego i signori consiglieri di dirmi quali domande sono state presentate, corredate di tutti i documenti in regola, e non hanno trovato accettazione, e allora ammetteremo come Giunta di aver sbagliato se alla presentazione di queste domande non ha fatto seguito la concessione dei contributi. Ed è un fatto che in questo capitolo, per il quale il 90% dei fondi vengono dati agli enti comunali di assistenza, che sono istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza, che hanno il compito di curare le necessità di carattere assistenziale dei singoli comuni, che sono sottoposti alla sorveglianza e alla tutela della Giunta provinciale, che sono sottoposti al controllo dei comuni, quindi enti che sono in tutti i modi controllati, questi soldi sono stati dati a seconda delle domande che sono state presentate, in parte, e in parte a seconda delle necessità che si sono verificate durante l'anno. E in quest'anno si sono verificate delle necessità particolari, sia per gli alluvionati, a seguito di quei disastri dell'anno scorso, sia in provincia di Trento, per quella crisi che ha colpito la produzione della coltivazione del tabacco, cioè l'assistenza alle tabacchine. Questo come preliminare nella discussione. Devo dire anche un'altra cosa — forse il cons. Wahlmüller comprenderà meglio il nostro punto di vista, il nostro atteggiamento —, che questi interventi vengono fatti a favore di persone che si trovano in stato di bisogno, non a favore di istituzioni così in genere. Per esempio la situazione delle tabacchine, è stata presa in esame dalla Giunta regionale con apposito stanziamento che è stato immesso nel capitolo ex 78 dell'anno scorso e 80 di quest'anno, è stato immesso proprio a causa di questa situazione che è nata nella coltivazione; è stata una malattia che ha rovinato tutte le piante, che ha portato la disoccupazione a una buona parte di queste tabacchine. Non sono state prese in considerazione le necessità dei produttori di tabacco, di coloro che gestiscono queste aziende, ma di coloro che lavoravano. Ed anche a favore di questi, non è stata data la distribuzione di fondi, così, indiscriminatamente, — avete perduto il 100% del guadagno, quindi vi rimborsiamo il 50-60% —, è stato detto: interveniamo a favore di quelle persone che sono rimaste disoccupate a seguito della malattia che ha colpito la coltivazione del tabacco, la pianta del tabacco, e diamo a quelle che non hanno altri cespiti in famiglia, oppure i cui cespiti sono molto ridotti, cespiti di guadagno. Qui è stata fatta una discriminazione in questo senso, e su elenchi di centinaia di tabacchine rimaste disoccupate, sono state aiutate quelle, che sono state il 10-20%, che avevano veramente bisogno. Così anche nelle alluvioni, non sono stati presi in considerazione i danni che le singole aziende agricole hanno avuto, ma soltanto quelle persone che, a seguito dell'alluvione, fossero o no titolari di azienda, mezzadri, coloni, braccianti o altro, hanno avuto dei danni che compromettevano la stessa loro esistenza, che compromettevano cioè le stesse possibilità di vita. Il contributo che è stato dato all'ente comunale di assistenza di Vadena, — non alle persone danneggiate, perchè

noi non le conosciamo, il nome ce l'ha fornito poi l'E.C.A. di queste persone, a posteriori dopo l'erogazione, quindi noi l'abbiamo dato all'E.C.A. — ma come l'abbiamo dato all'E.C.A. di Vadena, meraviglia lei come ha meravigliato altri colleghi del gruppo di lingua tedesca e anche del gruppo di lingua italiana, che un paese così piccolo che ha 600-500 persone, abbia un contributo così grande. Laives per esempio ha 8.000 persone e si è dato 800.000. Lei vede che quindi i calcoli non si possono riferire alla popolazione, non si possono riferire al fatto che sono popolazioni montane o sono popolazioni di fondo valle; non si possono riferire a popolazioni dove c'è prevalenza italiana o c'è prevalenza tedesca. Le sarà chiaro così che il contributo viene dato in base ad un prospetto ed in base alle relazioni, e queste relazioni poi possono essere anche sbagliate o errate, cosa volete, noi abbiamo fatto ciò che potevamo, controllato quello che potevamo, può darsi a un certo momento si sia largheggiato. Ma, sempre per ritornare al caso di Vadena, abbiamo avuto in particolare una situazione che non ha trovato riscontri in nessuna parte, perchè le 15 famiglie che appartenevano all'azienda, famiglie di mezzadri, che appartenevano all'azienda di Viesi, hanno avuto l'intero territorio invaso dall'acqua; lì l'Adige è traboccato e addirittura è arrivato fino al primo piano delle case, quindi non solo tutti i raccolti distrutti, portati via dall'acqua, ma anche l'acqua che ha invaso tutti i fondali, tutte le cantine dove c'erano le provviste e dove c'erano anche i prodotti, quindi ha tolto non soltanto i viveri che essi avevano, ma anche quei prodotti che essi avevano ammassato per vendere, macchine rovinate. E devo dire che sono stato io stesso a Vadena, proprio preoccupato da una situazione così grave. Ora, la ditta proprietaria, si è trovata nell'impossibilità di intervenire, perchè aveva avuto altrettanti danni, e anche nell'impossibilità di addivenire alle suddivisioni in base al patto colonico di mezzadria, di modo che questi non avevano niente da mangiare e non avevano neanche dal padrone quella parte che sarebbe spettata dalla suddivisione in base al contratto di mezzadria. Ecco, tanto per dirle un caso. Ora, prima di venire ad esaminare quelle cifre che lei ha portato, desidero leggerle quelle cifre che riguardano e la provincia di Trento e la provincia di Bolzano. Provincia di Bolzano — comincio con Bolzano — per alluvionati 7 milioni 650 mila; per enti vari — poi spiegherò — 1.200.000; per assistenza generica 16 milioni 900 mila; totale 25.750.000.

Trento: per alluvionati 10.050.000; per enti vari 5.000.000; per assistenza generica 34.550.000; per le tabacchine 6.450.000; totale 56.150.000; totale complessivo 81 milioni 900 mila. Lei vede quindi che su questi 81 milioni 900 mila, non si è fatta una distribuzione al 50%, come su questo capitolo mai si è fatto, perchè su questo capitolo i contributi sono andati sempre, in tutti questi 12 anni, in più a Trento che a Bolzano, e 25 milioni 750 mila vengono a Bolzano, 56 milioni 150 mila vengono a Trento.

Situazione, per esempio, delle tabacchine, che a Bolzano non c'era e che a Trento c'era; assistenza generica: 34.550.000 a Trento, 16.900.000 a Bolzano, tutto dato attraverso gli E.C.A.; tutte le cifre che io ho letto, salvo quelle agli enti, di cui specificherò, sono tutte date agli E.C.A. La Provincia di Trento quindi ha avuto, nell'assistenza generica per le famiglie bisognose attraverso gli E.C.A., il doppio che la provincia di Bolzano. Io però devo dire, pur essendo consigliere della provincia di Bolzano, che in provincia di Trento c'è più bisogno. C'è più popolazione, ci sono più comuni, c'è il doppio dei comuni, e c'è

più miseria. Tutte le domande che sono state presentate, salvo alcune che non meritavano, sono state accolte. Tutte le domande però che sono state presentate in provincia di Bolzano, tutte senza eccezione, sono state accolte. Questo è un dato che deve fare meditare. C'è poi il problema della città, perchè, guardi, si fa presto a dire: nell'assistenza generica 3 milioni solo a comuni con maggioranza tedesca, 14 milioni a comuni con maggioranza italiana, nell'inondazione 5.650.000 a maggioranza italiana, 1.800.000 a comuni a maggioranza tedesca, poi si arriva addirittura a fare un rapporto del 33% a favore di popolazioni di comuni con maggioranza tedesca, 65% a comuni a maggioranza italiana, se poi ci si riferisce a tutti gli 82.000.000 si hanno questi risultati, che l'89% è andato a comuni con popolazione a maggioranza italiana e l'11% a comuni con popolazione a maggioranza tedesca. Sono dati che, se detti così, possono fare una certa impressione, ma quando si ragiona, quando si pensa alla situazione com'è, non hanno alcun valore, non hanno proprio nessun valore. Per esempio le dico: le città. Nelle città c'è una particolare situazione di bisogno, perchè, mentre in campagna ci si arrangia in qualche modo anche in periodi di difficoltà, nei periodi invernali, non c'è il problema del pagamento dell'affitto dell'abitazione, la disoccupazione praticamente non esiste, c'è più che altro una sottoccupazione. Nelle città il problema della disoccupazione è fortissimo e quando il capofamiglia rimane disoccupato, la famiglia deve essere assistita completamente, deve essere assistita addirittura per comperare i viveri, per pagare la bolletta della luce e del gas, per tutte le spese necessarie. Ecco che allora, per esempio, nella città di Trento sono stati dati agli E.C.A., città solo di Trento, 15.300.000, nella città di Bolzano, 12.900.000, quasi 13.000.000. Lei vede che, in proporzione, il comune, la città di Trento ha avuto più che la città di Bolzano. Questo è anche un indice, per chi volesse soffermarsi nelle suddivisioni fra italiani e tedeschi, è un indice che fa pensare perchè ci si accorge che non si è voluto gonfiare la città di Bolzano, tanto è vero che la città di Trento, che è abitata solamente da persone di lingua italiana, ha più di Bolzano.

Per quanto riguarda gli enti vari, dicevo che in provincia di Bolzano, gli enti vari hanno avuto 1.200.000, e facevo la specifica. 200.000 sono andate all'associazione invalidi e mutilati di guerra; l'associazione mutilati e invalidi di Bolzano ha due terzi degli inscritti di lingua tedesca, un terzo degli inscritti di lingua italiana. Poi è stato dato 1.000.000, lei dice, alle A.C.L.I. Non è stato dato 1 milione alle A.C.L.I., è stato dato 1.000.000 ai cappellani, a due sacerdoti, i quali svolgono l'assistenza nei cantieri idroelettrici, d'accordo con i loro Vescovi di Trento e di Bolzano. Questi due cappellani svolgono l'assistenza durante la settimana e durante la domenica in tutti i cantieri idroelettrici, portano anche una macchina da proiezioni per allietare un po' questi operai nel momento di difficoltà, aiutano per il Natale, per S. Barbara ecc. Ogni anno li si aiuta per svolgere questo compito, per il quale non sono aiutati da nessuno, tra l'altro per poter muoversi con dei mezzi di locomozione. Ed è una attività molto interessante perchè, purtroppo, nessuno si interessa di questi lavoratori, purtroppo neanche i sindacati si interessano, perchè sono così lontani questi lavoratori, nei cantieri idroelettrici più alti: pensi alla miniera di Monteneve che per 6 mesi all'anno è isolata da tutto il mondo, con 3-4 metri di neve a 2.000 e tanti metri.

In provincia di Trento, dicevo che su un totale di 56.000.000, dati per l'assistenza su questo capitolo, 5.000.000 sono stati dati a

enti vari, e mi pare di aver qui l'elenco. All'associazione « Trentini nel mondo », di cui parlava il cons. Canestrini, sono stati dati 2.000.000 per abbonamento a 2.000 copie del giornale, che sono poi distribuite in tutto il mondo, e 600.000 di sussidio per una particolare situazione, un convegno che è stato fatto in Svizzera. 300.000 alla S. Vincenzo di Riva. All'O.N.A.R.M.O. di Trento (opera nazionale assistenza religiosa morale dei lavoratori) 600.000. Alla N.A.D. di Arco che è una istituzione che svolge attività di assistenza per i degenti nei sanatori di Arco, 500.000. Per il C.I.S., Centro italiano solidarietà, una istituzione assistenziale, 300.000. Per la Pontificia commissione assistenza di Trento 500 mila. Per l'associazione invalidi e mutilati del lavoro 300.000. Questa è la suddivisione di questo capitolo, che, come dicevo, su un totale di 56.000.000, vede 51.000.000 per gli E.C.A. e 5.000.000 per questi enti vari, mentre in provincia di Bolzano su 25.750.000, 24.500.000 sono per gli E.C.A., 1.200.000 per questi enti vari. Il cons. Canestrini ancora chiedeva indicazioni sull'esame dei bilanci di queste istituzioni. L'esame dei bilanci lo facciamo soprattutto per gli E.C.A. Gli E.C.A. hanno una sola voce di entrata, generalmente, salvo che il comune, come succede nei capoluoghi di provincia, non intervenga, e l'unica entrata è formata da quell'addizionale E.C.A., che viene data dal Governo tramite il Commissario del Governo e sulla cui ripartizione viene anche interpellata la Regione; questi fondi vengono dati con il parere della Regione e col parere del Commissario del Governo, nel senso che ambedue le volontà devono unirsi per arrivare a conclusione nell'assegnazione di questi contributi.

Mi pare di aver dato una spiegazione, in particolare al cons. Wahlmüller, e di aver detto che non possiamo arrivare a fare quelle statistiche che lei ha fatto dell'11%, 89%, 33%, 66%, proprio per quei motivi che lei stesso così bene ha detto, che l'assistenza non può essere calcolata in percentuale. Nei comuni non si può vedere se c'è maggioranza italiana o maggioranza tedesca. Se lei volesse affermare che si è voluto con ciò favorire comuni, istituzioni a maggioranza italiana, dovrebbe portarne le prove, perchè anche nell'assistenza agli alluvionati, abbiamo fatto delle indagini in provincia di Bolzano. Queste indagini sono state condotte dagli organi dell'agricoltura e dalle nostre assistenti sociali che hanno visitato paese per paese, d'accordo con i sindaci dei comuni e d'accordo con i presidenti degli E.C.A., dopo di che si è addivenuti a quella distribuzione. Si sono seguiti pertanto dei criteri che io ritengo oggettivi e non si può neanche fare quella differenza fra situazione di campagna fondovalle e situazione di montagna. I contributi per gli alluvionati, in provincia di Bolzano, sono stati prevalentemente distribuiti, e lei vedrà nell'indicazione dei comuni, nell'elenco che io le ho dato, troverà tutti i comuni che vanno da Salorno fino a Bolzano e da Bolzano fino a Merano, un po' quasi tutti quei comuni che si trovano lungo l'Adige. L'Adige ha straripato e ha fatto dei danni gravissimi. Ora, a seconda delle necessità che ci sono state segnalate, dei casi che ci sono stati segnalati di interventi, abbiamo misurato questi contributi. Io di più non potrei dire.

PRESIDENTE: È stato presentato un emendamento che vuole istituire un capitolo 80 bis di L. 20.000.000, da prelevare dai cap. 80 e 81, per destinarli a un « Fondo da assegnare in parti uguali alle due province per spese connesse con la distribuzione di frutta ai bambini dei lavoratori, di piccoli coltivatori diretti, in zone montane non frutti-

cole » a firma Wahlmüller, Volgger, Benedikter, Brugger, Schatz.

La parola al cons. Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Ich möchte zuerst noch auf einige Ausführungen des Herrn Assessors Bertorelle zurückkommen. Ich habe festgestellt, daß man selbstverständlich die Fürsorge nicht genau in Prozenten berechnen kann. Es wäre nichts falscher als gerade das. Aber andererseits ist es ja klar, daß die Provinz Bozen ein Interesse daran haben muß, daß die Fürsorgegelder, die von der Region ausgegeben werden, doch einigermaßen dem Verhältnis der Bevölkerung angeglichen werden. Es gibt natürlich zu denken, wenn das Verhältnis der Zuteilung an mehrheitlich italienischsprachige Gemeinden und Verbände gegenüber den deutschsprachigen genau umgekehrt ist als das Bevölkerungsverhältnis. Wenn das Verhältnis 40% zu 60% anstatt 35% zu 65% wäre, dann könnte man immerhin noch behuapten, daß das eben an der verschiedenen Struktur der Bevölkerung liegt und daß auf der einen Seite die Bevölkerung mehr Arme aufweist als auf der anderen. Aber ein genau umgekehrtes Verhältnis von etwa 35% oder 37% der deutschsprachigen Bevölkerung gegenüber mehr als 60% der italienischsprachigen scheint doch nicht ganz zu entsprechen, denn wir können ja nicht glauben, daß man gerade die Stadtbevölkerung — denn um die handelt es sich ja bei der italienischen Bevölkerung — viel viel ärmer sei oder doppelt so viel Arme aufweist als die Bevölkerung in unseren Tälern und auf unseren Bergen. Ich weise nur auf das große Gebiet des Ahrntals, des Sarntals, des Passeiertales hin. Das sind bekanntlich arme Gebiete. Ich glaube, das kann dem Assessor Bertorelle durchaus nicht entgehen, denn er hat ja in der Provinz Bozen auch Gelegenheit zu sehen, wieviele Gesuche und von welcher Dringlichkeit vorgelegt werden.

Daß hier also eine Hilfe für die Gemeindefürsorge außerordentlich dringend notwendig ist, das steht überhaupt außer Zweifel. Wenn nun eingewendet wird, hier sei gerade die Arbeitslosigkeit maßgeblich und die Arbeitslosigkeit sei in der Stadt drückender als auf dem Lande, so ist gerade das ein Punkt, den ich bestreiten möchte, denn gerade unser ganzes Problem der Eingliederung der Bevölkerung in den Arbeitsprozeß überhaupt ist ja eines der dringlichsten und entspringt der Notwendigkeit, für diese Bevölkerung eine Existenz zu schaffen. Die Stadtbevölkerung — und ich glaube kaum, daß es in Bozen jemand gibt, der sie nicht hat — bekommt durchwegs die Arbeitslosenunterstützung, die Zulagen für die Kinder und die Familien sind nicht unbedingt so groß wie auf dem Lande. Hier ist also von vornherein auch in der Arbeitslosigkeit eine gewisse Fürsorge gegeben. Zugegeben, daß hier vielleicht der Mietzins Lücken läßt, obwohl das nicht immer sein muß, denn sehr viele dieser Arbeiter wohnen ja in Volkswohnhäusern und ihr Zins ist durchaus nicht höher als derjenige, den irgendein Arbeiter auf dem Lande zahlt. Viel schwerer ist die Situation des Arbeitslosen in einem Tal oder auf einem Berg. Es gibt dort überhaupt eine große Zahl von Personen, die im Winter arbeitslos sind, ohne daß sie eine halbwegs entsprechende Arbeitslosenunterstützung genießen. Sehr viele haben überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung und sehr große Familien können nur mit äußerster Not ihren Winter zubringen. Es kann also durchaus nicht gesagt werden, daß die Not der Arbeitslosen in der Stadt viel viel größer ist, zumindest nicht in dem Prozentsatz als die Zuwendungen an die Stadt größer sind als an das ganze übrige Land.

Man kann die größeren Zuwendungen

natürlich auf keinen Fall mit einem gewissen Ausgleich gegenüber Frostberegnung oder Kredit für geschlossene Höfe rechtfertigen, den diese Gelder sind zweckbestimmt. Kredite für geschlossene Höfe können natürlich nur diejenigen bekommen, die einen geschlossenen Hof bewirtschaften, ebenso wie für Beihilfen z.B. für die Tabakarbeiter, eben nur Tabakarbeiter in Frage kommen. Wir in der Provinz Bozen können darauf keinen Anspruch erheben, weil es keine Tabakkulturen gibt. Hier kann man also auf diese Weise nicht argumentieren, indem man sagt, dafür oder auf diesem Gebiet habt ihr mehr bekommen, deshalb bekommt ihr vielleicht auf einem anderen Gebiet weniger. Die Aufteilung der Fürsorge muß nach dem Gesichtspunkt geschehen, daß eben die Bedürftigen etwas bekommen und ich habe gerade da angeführt, daß große Gebiete wie das Ahrntal, Sarntal, Passeier überhaupt ohne Zuwendungen geblieben sind. Gebiete, die eine Bevölkerung von vielen tausend Einwohnern haben, die zum Teile auch sehr arm sind. Es ist auch damit nicht getan, wenn wir sagen, daß wir die Fürsorgegelder gerecht 50 zu 50 auf die beiden Provinzen aufgeteilt haben, denn klarerweise liegt ja nicht nur die Aufteilung auf die Provinzen in der Hand der Region, sondern auch die Aufteilung innerhalb der Provinz und darum geht es ja bei dieser Sache, daß auch die Aufteilung innerhalb der Provinz gerecht geschieht und in der Weise, daß die Bevölkerungsteile aller Gebiete gleichmäßig zum Zuge kommen. Wenn man sagt, daß ja alle Gesuche sozusagen bewilligt worden seien, so wird es hier, wie wir bereits bei den öffentlichen Arbeiten gesehen haben, eben zu einem Wettlauf der Gesuche kommen, wenn nicht eine andere Regelung getroffen wird. Der Geschicktere, der Schnellere, derjenige der die größeren Angaben macht, kommt zum Zuge, während der andere, der weniger Möglichkeiten hat, eben nicht zum Zuge kommt, vielleicht gerade der, der die größere Notwendigkeit hat. Das ist ja schon gesagt worden, daß diejenigen, die selbst nicht die Mittel haben, um einen bescheidenen Anfang zu machen, oft stecken bleiben und überhaupt nichts bekommen, weil die Bemittelten natürlich viel mehr unternehmen können, um Beihilfen anzufordern.

Es ist also nicht nur eine Frage der Gesuche selbst, sondern eine Frage dieser Aufteilung im allgemeinen. Ich möchte noch einmal bitten, daß im kommenden Jahr auch die wirklichen Notstandsgebiete in unseren Tälern und auf unseren Bergen entsprechende Beihilfen erhalten. Darauf zielt auch der Abänderungsvorschlag, den wir vorgelegt haben. Wie Sie wissen, gibt es gerade in den Berggebieten sehr viele Kinder, die trotz des Obstreichtums in unserem Lande, und zwar in beiden Provinzen Bozen oder Trient, nicht in den Genuß dieses Obstes kommen, ja jahrein, jahraus keinen Apfel sehen. Wenn wir hören, daß zum Beispiel bei den Untersuchungen von Kindern aus solchen Berggebieten 75% an Vitaminmangelkrankheiten leiden, dann sehen wir die Auswirkung dieser Tatsachen. Nun, es liegt nicht daran, daß dieses Obst nicht zur Verfügung stehen würde. Es ist möglich gewesen, seinerzeit für Ungarn oder für Flüchtlinge viele Waggons Obst aufzubringen. Warum? Weil das Obst tatsächlich vorhanden ist und auch gerne gegeben wird. Es besteht durchaus keine Schwierigkeit, für alle Kinder der kleinen Bergbauern und der Arbeiter in den Tälern Obst aufzubringen. Die Schwierigkeit liegt aber im Transport, in der Verteilung, weil naturgemäß niemand, der eine Spende gibt, auch noch die Kosten für den Transport und die Verteilung auf sich nehmen will. Man kann ihm das auch nicht zumuten. Wir haben es

daher auch für geeignet erachtet, aus diesem Fonds, der für Arbeitslose usw. eine Hilfe vorsieht, gerade für die, die es am meisten notwendig haben, nämlich für unsere Kinder, einen Teil abzuzweigen mit der Zweckbestimmung nämlich, daß sie in den Genuß dieses Obstes kommen, in den Genuß von Vitamin, das für ihr Leben außerordentlich wichtig ist. Eine Sache, die nun nicht allein einen persönlichen Vorteil für diese Familien oder für diese Kinder, sondern der auf der anderen Seite wieder für uns selbst, für die Provinzen wie für die Region einen Vorteil bringt, weil es für uns auch eine Ersparnis ist, wenn wir soundso viel weniger kranke Kinder haben, für die wir später die Fürsorge wieder bewegen müssen. Die Verteilung selbst macht durchaus keine Schwierigkeiten, denn sie kann über die Schule, die Schulpatronate, die Schulausspeisungen, die Kindergärten und schließlich auch über die Gemeindefürsorge selbst am Ort sehr leicht und kostenlos erfolgen. Die Frage ist nur der Transport von den Magazinen bis in die einzelnen Bergorte und die Kosten dafür.

Deshalb schlangen wir diese Bilanzänderung vor, daß neben dem Artikel 18 auch ein Artikel 18/b für diese Verteilung von Obst vorgesehen wird, und zwar daß zwanzig Millionen zu gleichen Teilen für die beiden Provinzen aufgeteilt werden. Die zwanzig Millionen müssen nicht unbedingt alle aus dem Kapitel 18 genommen werden, sondern ich würde vorschlagen, daraus 15 Millionen und die anderen 5 Millionen aus dem Kapitel 81 zu nehmen, wo wir ebenfalls Beiträge an Institutionen und Vereinigungen für die allgemeine Wohlfahrt haben, so daß aus diesen beiden Kapiteln heraus ohne eine wesentliche Änderung — denn das ganze betrifft ja immer wieder die Gesamtwohfahrt — die Gesamtwohlfahrt durchaus nicht vermindert wird, sondern nur ein Teil aus diesen beiden Kapiteln eine Zweckbestimmung erfährt. Ich glaube kaum, daß es jemanden geben wird, der unseren armen Kindern diesen Wunsch, den sie schon lange haben, einmal auch im Winter einen Apfel zu haben, vorenthalten wird.

(Vorrei prima di tutto riprendere il discorso a proposito di qualche affermazione fatta dall'Assessore Bertorelle. Avevo io stesso constatato come l'assistenza non possa essere naturalmente calcolata sulla base di percentuali. Nulla sarebbe più errato di questo. D'altra parte però è altresì vero e chiaro che la Provincia di Bolzano debba essere interessata acchè i mezzi assistenziali erogati da parte della Regione vengano distribuiti tenendo in qualche modo conto della composizione proporzionale della popolazione. Non può naturalmente non suscitare comprensibili preoccupazioni quando il rapporto nella ripartizione dei mezzi si presenti così come abbiamo visto, e cioè che sia inverso al rapporto proporzionale della popolazione e in prevalenza vada a beneficio di comuni e di associazioni di lingua italiana. Se tale rapporto fosse di 40 a 60 anzichè del 35 al 65%, si potrebbe interpretarlo nel senso che ciò dipenda dalla diversa struttura della popolazione e che una parte della stessa presenti in maggior numero elementi bisognosi che non l'altra. Ma un rapporto esattamente inverso di circa il 35 o 37% di popolazione di lingua tedesca rispetto a più del 60% di abitanti di lingua italiana mi sembra non corrisponda alla realtà. Ciò perchè non è possibile credere che proprio la popolazione dei centri urbani — e di questa si tratta per quanto riguarda la popolazione di lingua italiana — sia molto più povera e abbia più del doppio di bisognosi della popolazione nelle nostre vallate e tra le nostre montagne. Accenno al riguardo soltanto alla zona estesa della Valle Aurina, della Val Sarentino e della Val Passiria, notoriamente

zone depresse. Penso che l'Assessore Bertorelle non possa ignorare questo fatto, visto che egli può benissimo constatare quante domande vengono presentate in Provincia di Bolzano e quale sia l'urgenza che le stesse hanno.

È quindi fuor di dubbio che un intervento a favore degli Enti comunali di assistenza sia cosa estremamente necessaria. Se in proposito si obietta che sia determinante il grado di disoccupazione, e che questa sia molto più pesante in città che non in campagna, devo dire che tratta qui di un punto confutabile, poichè per noi il problema dell'inserimento della popolazione nel processo produttivo è uno dei problemi più pressanti, il quale scaturisce dalla necessità di creare basi di esistenza per la rispettiva parte della nostra popolazione. La popolazione urbana beneficia generalmente del sussidio di disoccupazione e degli assegni familiari e a Bolzano tutti conoscono i relativi benefici. D'altra parte in città le famiglie non sono tanto numerose quanto invece lo sono nelle zone rurali. L'assistenza ai disoccupati crea quindi una situazione a priori diversa. Ammettiamo pure che in tale assistenza a favore dei disoccupati esiste la lacuna rappresentata dall'affitto, ma non sempre tale lacuna può essere lamentata abitando molti di questi disoccupati in alloggi popolari, per i quali il fitto non è affatto più caro di quello che un operaio paga nelle zone rurali. Ben più pesante si presenta invece la situazione dei disoccupati che abitano in una vallata o in montagna. In queste zone abbiamo un gran numero di elementi disoccupati per tutto il periodo invernale senza peraltro beneficiare di un sussidio vero e proprio e molti di essi, anzi, non fruiscono affatto del sussidio di disoccupazione, di modo che un numero considerevole di famiglie numerose stenta di superare l'inverno. Pertanto non si può affermare che le condizioni di vita dei disoccupati in città siano molto più pesanti di quelle delle rimanenti zone della Provincia, almeno non nella misura in cui maggiori sono gli aiuti nei centri urbani.

In alcun modo l'aiuto maggiore in città può essere compensato nello stabilire un raffronto con l'irrigazione antigelo o con l'assistenza creditizia a favore dei masi chiusi, trattandosi in questi casi di fondi con precisa destinazione e finalità. L'assistenza creditizia a favore dei masi chiusi può essere d'altronde concessa soltanto a coloro, i quali amministrano un maso chiuso così pure come ad esempio i contributi a favore dei lavoratori tabacchieri possono essere concessi solamente a questa categoria e non ad un'altra. Per la Provincia di Bolzano non possiamo chiedere la concessione di siffatti contributi, non essendovi la coltivazione del tabacco. Non si può quindi argomentare in questo modo dicendo di aver dato di più per quel determinato settore e per questo vi si deve dare di meno per un altro. La ripartizione dei mezzi assistenziali deve essere fatta secondo criteri che consentano di aiutare in un modo o nell'altro i bisognosi. Ho citato prima le zone come la Valle Aurina, la Val Sarentino e la Val Passiria che sono rimaste addirittura senza alcun contributo. Si tratta poi di zone con migliaia di abitanti, i quali sono pure in parte della povera gente. Non sarebbe neppure giusto di dire di avere ripartiti equamente i fondi assistenziali per metà tra le due Province, poichè non solo l'assegnazione alle Province è nelle mani della Regione, ma pure la distribuzione nell'ambito stesso della Provincia ed è per questo necessario che la distribuzione all'interno della Provincia avvenga con giustizia ed in maniera che la popolazione di tutte le differenti zone viene equamente beneficiata. Dichiarando che tutte le domande sarebbero state accolte, si arriva ciò facendo a provocare una vera corsa a gara con le domande stesse, come abbiamo

visto nel caso dei lavori pubblici ed occorre quindi trovare ed applicare una diversa regolamentazione. Altrimenti solo il più abile, il più veloce, colui che sa esporre meglio le cose riesce a spuntarla, mentre l'altro dotato di minori possibilità non lo spunterà e può darsi allora che si tratti proprio di colui che ha maggiore bisogno di essere aiutato. D'altronde è stato già detto che coloro i quali sono privi di mezzi spesso nel fare un primo modesto tentativo restano impacciati e bloccati, senza quindi ottenere nulla, mentre invece coloro dotati di mezzi riescono sempre a brigare di più per assicurarsi i contributi richiesti.

Non si tratta quindi di una pura questione di domande come tali, ma del sistema della ripartizione in generale. Chiedo pertanto nuovamente che si prendano in considerazione per il prossimo anno pure le zone effettivamente depresse nelle nostre vallate e montagne, assicurando ad esse un'adeguata assistenza. A questo mira pure l'emendamento da noi presentato. Come loro sanno proprio nelle zone montane i bambini sono moltissimi che, nonostante l'abbondanza di frutta del nostro territorio, ovvero, nelle due Province di Bolzano e di Trento, non riescono neppure a vedere una mela in tutto l'anno. Il fatto che il 75% di bambini di queste zone montane sottoposto a visita medica è risultato affetto di avitaminosi, dimostra chiaramente gli effetti di tale stato di cose. Ciò non dipende dal non essere disponibile la frutta. Quando si trattava per esempio di aiutare i profughi ungheresi, era possibile di raccogliere numerosi vagoni di frutta. Perchè? Semplicemente perchè la frutta effettivamente c'è e la si concede anche volentieri. Non esiste quindi alcuna difficoltà per reperire il quantitativo di frutta necessario per distribuirla a tutti i bambini dei piccoli contadini di alta montagna e dei lavoratori delle vallate. Se difficoltà c'è, questa va ricercata nel trasporto e nella distribuzione, perchè nessuno che compie un gesto generoso vorrebbe assumersi pure le spese per il trasporto e la distribuzione. E non lo si può neppure pretendere. Per questo abbiamo pensato fosse opportuno di togliere dal fondo previsto per l'assistenza ai disoccupati, ecc. una parte a favore di coloro, e cioè, a favore dei nostri bambini, che maggiormente hanno bisogno di essere aiutati. Ciò per fare sì che essi possano beneficiare della frutta e godersela, alimentandosi in tal modo della necessaria dose di vitamina tanto importante per la loro stessa vita. Il beneficio per le famiglie e i loro figli sarebbe in tal caso però anche un beneficio per noi stessi, vale a dire, per le Province e la Regione essendo per noi un'economia di spesa assistenziale di ridurre di un quid il numero dei bambini ammalati, i quali non peseranno sui fondi futuri dell'assistenza. In quanto alla distribuzione della frutta ritengo che le difficoltà distributive siano facilmente sormontabili avvalendosi della scuola, dei patronati e delle refezioni scolastiche, nonchè delle scuole materne e degli stessi Enti comunali di assistenza, istituzioni tutte che possono provvedere facilmente e senza spesa sul luogo alla distribuzione. Rimane soltanto la questione del trasporto dai magazzini alle singole località di alta montagna e la relativa spesa.

Proponiamo pertanto di emendare il bilancio in modo che oltre all'art. 18 venga istituito pure un art. 18 b per la distribuzione di frutta e si preveda la ripartizione di 20 milioni di lire in parti uguali tra le due Province. Non occorre poi togliere l'intero importo di 20 milioni dal solo capitolo 18, per la qual cosa propongo di levare 15 milioni dallo stesso e la rimanente somma di 5 milioni dal capitolo 81 Tale capitolo prevede pure contributi a istituzioni e associazioni assistenziali. Togliendo quindi i

mezzi da questi due capitoli non si riduce per nulla la spesa globale prevista per l'assistenza sociale, visto che si tratta pur sempre di assistenza e di destinare una sola parte di tali capitoli ad un'altra destinazione assistenziale. Credo che non ci sia nessuno che voglia negare ai nostri poveri bambini il desiderio da tanto tempo coltivato di poter mangiare anche loro durante l'inverno una mela).

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola sull'emendamento oppure sul capitolo?

La parola all'assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Io sono veramente imbarazzato, cons. Wahlmüller, per quanto riguarda questo emendamento, perchè la perorazione che lei ha fatto a favore di questi bambini che mancano di vitamine, non può non essere condivisa da tutto il Consiglio regionale, il quale sa che questi bambini, proprio per mancanza di vitamina, si trovano spesse volte in condizioni fisiche veramente deplorevoli, — il gozzo o altre forme così —, ma creda che non è possibile intervenire attraverso questi capitoli, ma eventualmente attraverso capitoli che riguardano la sanità, perchè questa è una forma sperimentale di intervento per popolazioni che si trovano in condizioni fisiche depauperate, ma qui, questo capitolo va agli E.C.A. Che poi ci siano degli E.C.A., i quali intendono devolvere questo fondo che avranno, per questo scopo, è una cosa che noi ci auspichiamo ma che non ci può riguardare. Non so se sia competenza della provincia, mi pare che rientri più nella sanità, non certo qui; a parte poi il rilievo che lei sa che ogni capitolo nuovo che viene inserito nel bilancio, deve essere accompagnato da una legge di appoggio e quindi occorre che ci sia anche una disposizione di legge, altrimenti il capitolo non ci passa. D'ora in poi tutti i capitoli nuovi . . .

PRESIDENTE: C'è un emendamento alla legge del bilancio, è una cosa diversa.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): È una cosa diversa, appunto, ci vorrebbe una legge. Ora pensi un po' in sede di distribuzione di questi sussidi che cosa verrebbe fuori; quali sarebbero gli organi incaricati, se la Regione può pensare all'acquisto della frutta, al trasporto, alla distribuzione? Come può avvenire? È un complesso di problemi che vengono posti sul tappeto, che non possono evidentemente essere risolti adesso. Quindi la cosa eventualmente la esaminiamo, perchè se si pensa di poter intervenire attraverso la frutta e se si pensa che questo intervento possa essere risolutivo agli effetti sanitari, la cosa va studiata. Io rimango un po' perplesso anche per gli aspetti sanitari, perchè non potrei dire se proprio l'assegnazione quotidiana di frutta possa risolvere determinati problemi che hanno anche altri aspetti. La Giunta quindi, presa così alla sprovvista, non può eccogliere questo emendamento. Per quanto riguarda le osservazioni che lei ha fatto, io rimango nella mia idea che in città la disoccupazione crea problemi più grossi, più gravi, sotto l'aspetto assistenziale, che non in campagna, dove tra il resto c'è anche una solidarietà operante per tutti gli abitanti di un paese, dove ci sono anche esigenze minori e dove ci si accontenta di meno. Con ciò naturalmente non voglio dire che chi è in campagna deve star male e chi è in città deve star bene; no, voglio dire che è giustificato ad un certo punto quando per una città come Bolzano o come Trento, — Trento ha 70 mila abitanti, Bolzano ne ha oltre 80 mila, — si stanzia una cifra che è quasi metà di quella, — per Bolzano, per Trento no —, ma che è quasi metà di quella che si stanzia

per tutta la provincia. Perchè lì vive della gente che quando è disoccupata e che si trova in quelle situazioni, ha bisogno di interventi maggiori. Io devo rivolgere un invito anche a lei che si cura dell'assistenza in provincia di Bolzano: a quelle zone che io conosco della Val Passiria, passi anche lei parola perchè presentino la richiesta. Non è possibile a un certo momento, nella distribuzione dei fondi dell'E.C.A., fare un piano, come fa ad esempio il Commissario del Governo, che ad ogni ente, sui 113 E.C.A., della provincia di Bolzano, dà un quid, magari dà 20.000, e sono la maggior parte. Il nostro è un intervento integrativo di quelli che sono i fondi che hanno a disposizione gli E.C.A., e l'intervento integrativo va fatto proprio nelle zone dove c'è maggior bisogno. Quindi non potremmo noi dire: un terzo viene riservato per i paesi di fondo valle e un terzo viene riservato per le città. Non so come potremmo poi arrivare, con la questione di un terzo di percentuali, a garantire quelli che sono gli scopi fondamentali dei nostri interventi, cioè l'assistenza. Quindi, nei contatti che lei avrà con i comuni, con i sindaci, con i presidenti dell'E.C.A., dica, lei e anche gli altri consiglieri di lingua tedesca, dicano di presentare la domanda: le domande verranno esaminate. Io devo ripetere quello che ho detto prima: che non ho giacente presso l'Assessorato domande della provincia di Bolzano; della provincia di Trento sì, qualcuna, ma non domande della provincia di Bolzano in comuni a maggioranza italiana o a maggioranza tedesca, che non siano state evase. Capisco bene d'altra parte, che ci sono dei comuni poveri che non presentano le domande, degli E.C.A. poveri che non presentano le domande, cioè non dico che tutti gli E.C.A. che sono stati aiutati siano i più poveri, non escludo che ci siano anche degli altri comuni più poveri; facciano la domanda anche questi. Ma che l'ente Regione possa a un certo momento dare già una distribuzione indipendentemente da qualunque presentazione di domanda, da qualunque relazione sull'assistenza, non saprei come vederlo.

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola sull'emendamento? Nessuno. Quindi il prelevamento verrebbe fatto prima sul cap. 80, 15.000.000, sul cap. 81, 5.000.000.

La parola al cons. Wahlmüller, sull'emendamento.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Wenn wir diesen Verbesserungsvorschlag vorgebracht haben und eingewendet wird, daß hier kein Gesetz bestehe, nach dem diese Verteilung überhaupt vorgenommen werden könnte, glaube ich, genügt es darauf hinzuweisen, daß das durchaus auch eine Fürsorgetätigkeit ist, und wenn die Beträge den beiden Provinzen zugewiesen werden, dann ist das eine rein organisatorische Tätigkeit, ja eine Aufgabe der Provinzen selbst, die ohne Gesetz ohne weiteres durchgeführt werden kann. Es ist also nicht möglich, einfach nur auf den Mangel eines Gesetzes hinzuweisen. Damit nämlich, daß dieses Kapitel eingeführt und wie z.B. der ACLI eben für diese Fürsorgetätigkeit, die von den beiden Pfarrern in den Bergwerken ausgeübt wird, eine Million zugewiesen wurde, ist es natürlich ebenso möglich, auch der Provinz für diese Bergkinder einen gewissen Betrag zur Verfügung zu stellen. Es ist nicht gut einzusehen, warum dazu ein eigenes Regionalgesetz notwendig wäre. Die Region ist also durchaus, glaube ich, in der Lage, das zu machen und ich glaube, es würde auch nicht schwierig sein. Einen Weg mit lauter theoretischen Schwierigkeiten zu verbauen, ist natürlich nicht schwer, aber wir werden damit nie zu einer praktischen Fürsorge kommen. Der kürzeste Weg ist immer der beste und

hier wäre es eben derjenige, daß diese Beträge — und die Region ist für diese Fürsorge ohne weiteres zuständig — einfach den Provinzen für diesen Zweck zugewiesen werden. Die Provinzen müssen ja jetzt in kurzer Zeit die Vorbereitungen treffen, um das durchzuführen, denn wenn die ganze Angelegenheit einmal studiert werden soll, wird es wahrscheinlich noch Monate dauern, bis wir soweit sind, und inzwischen ist ja die Obsternte vorbei und auch die Zeit, in der man eine solche Aktion vorbereiten kann. Deshalb wäre die Zuweisung für diese Kinder nicht nur eine Sache der Menschlichkeit, sondern auch dringlich, denn wenn sie nicht in kurzer Zeit erfolgt, dann ist sie fast zwecklos, denn dann erreicht sie ja nicht mehr ihr Ziel.

(Se a proposito di questo nostro emendamento si obietta dicendo che non ci sia una legge in base alla quale si potrebbe provvedere alla distribuzione penso basti ricordare, essere anche questa un'attività assistenziale. In quanto alla assegnazione dei rispettivi importi alle due Province, si tratta di un lavoro meramente organizzativo e di un compito delle Province stesse, il quale può essere svolto senz'altro e senza che occorra una legge. Non basta quindi richiamarsi semplicemente alla mancanza di una legge. Istituendo questo capitolo e assegnando ad esempio alle ACLI 1 milione per l'assistenza da parte dei sacerdoti ai lavoratori delle miniere, si può senz'altro provvedere pure ad assegnare alle Province una determinata somma a favore dei bambini delle zone di alta montagna. Non si capisce quindi perchè proprio per questo occorra un'apposita legge regionale. Penso che la Regione possa senz'altro fare quanto da noi sollecitato e credo che non sia affatto cosa difficile. Intralciare una via ricorrendo a difficoltà puramente teoriche non è naturalmente cosa difficile e rinunciando a farlo non arriveremo mai a svolgere nella pratica un'assistenza vera e propria. La via più breve si è sempre rivelata quella migliore e nel caso in parola sarebbe meglio, essendo la Regione competente per tale genere di assistenza, di assegnare direttamente alle Province il denaro necessario per raggiungere lo scopo di cui stiamo parlando. Le Province dovranno fare poi in brevissimo tempo i preparativi necessari e se si dovesse perdere del tempo per studiare minuziosamente tutta la faccenda, credo passeranno ancora parecchi mesi prima di essere a punto, di modo che il periodo della raccolta della frutta sarà bell'e passato e così pure il tempo occorrente per preparare adeguatamente l'azione da compiere. Pertanto l'assegnazione richiesta a favore di questi bambini non sarebbe soltanto un atto di umanità, ma pure una cosa urgente, poichè se non ci sbrigassimo en- o breve tempo, invano sarebbe di incominciare perchè l'obiettivo non potrebbe essere più raggiunto.)

PRESIDENTE: Allora dobbiamo prima proporre l'emendamento, essendo che siamo sul cap. 80. L'emendamento propone la diminuzione di 15.000.000 sul cap. 80. Quindi metto in votazione l'emendamento che porta lo stanziamento da 68.000.000 a 53.000.000. Chi è d'accordo su questa proposta del cons. Wahlmüller e di altri consiglieri del gruppo della S.V.P. è pregato di alzare la mano: è respinto con 17 voti contrari e 9 favorevoli.

Adesso il cap. 80. Per dichiarazione di voto la parola al cons. Canestrini.

CANESTRINI (P.C.I.): Il capitolo ha un importo molto relativo rispetto all'importo di bilancio, però se io voto contro questo capitolo voto non solo contro i 68.000.000, ma perchè l'assistenza ad enti D.C. o ad enti confessionali, pur essendo ben altro che limitata a questa esigua somma, trova un suo specchio

che, pur essendo contraria in sede specifica a questo capitolo, riguarda tutta l'impostazione generale data all'assistenza, nel senso che noi abbiamo poco fa sentito. Io avevo fatto alcune domande prima all'assessore, alcune non esaudite, come ad esempio le ragioni dell'aumento, alcune altre esaudite solo parzialmente o alcune altre definitivamente esaudite in senso per me negativo. Quando si dice che l'esame dei bilanci viene limitato soltanto ai bilanci sugli E.C.A., è come dire che tutto il pullulare di altre organizzazioni, che sappiamo tutte essere confessionali, salvo quella dei socialdemocratici, che sono i socialisti che piacciono alla maggioranza, evidentemente ci si preclude di colpo la possibilità di poter introdurre un voto favorevole all'articolo come qua è attuato. Io penso pertanto che si tratterà, attraverso il lavoro che ci attende, di andare più in fondo a queste cose, affinchè le dichiarazioni, per me molto gravi, che l'assessore competente qui ha fatto a proposito di controllo su questi enti, vengano controllate sulla realtà, vengano soprattutto denunciate nella realtà. Quando noi abbiamo sentito di associazioni che hanno cospicui versamenti, in sostanza perchè svolgono un determinato tipo di politica e di polemica con altre, evidentemente non possiamo dare un voto favorevole a un capitolo che è proprio imperniato su questi criteri e su queste realizzazioni. Io penso anche che ci sarà qualche cosa da dire a questo proposito sul cap. 81, ma mi limito intanto a votarli uno alla volta.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Kessler.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Per dichiarazione di voto anch'io. Dichiaro che noi voteremo a favore di questo capitolo, convinti che non è un finanziamento di enti o di associazioni di natura cattolica, ma eventualmente sono finanziamenti rivolti ad attività che, se sono svolte da enti, — democristiani l'ha voluti chiamare il cons. Canestrini, ma diciamo pure anche enti cattolici —, sarà eventualmente un merito e non mai un demerito se compiono questa assistenza.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? La parola all'assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Ho dimenticato prima di dire al cons. Canestrini che l'aumento di 18.000.000 serve per sopperire le esigenze di alcuni E.C.A., per quanto riguarda sia l'assistenza agli alluvionati, sia l'assistenza alle tabacchine che non hanno potuto trovare capienza nel bilancio dell'anno scorso.

PRESIDENTE: Allora metto in votazione il cap. 80 con 68.000.000. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 7 astensioni.

Abbiamo quindi la proposta del cap. 80 b, che evidentemente dobbiamo ritenerlo per memoria perchè finanziamenti non ne ha. « Fondo da assegnare in parti uguali alle due province per spese connesse con la distribuzione di frutta ecc. » come avevo preletto, la proposta dell'emendamento.

La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Una brevissima dichiarazione di voto anche qui. Noi voteremo contro come prima abbiamo votato contro la diminuzione del capitolo, non evidentemente perchè siamo contrari a un'attività o ad una proposta quale è quella che il cons. Wahlmüller ha portato qui, ma io sono dell'opinione che, come del resto almeno parzialmente in provincia di Trento facciamo, una esigenza autentica secondo me, co-

nelle cifre e nelle spiegazioni che l'assessore Bertorelle ci ha dato prima, e quindi per me è una votazione contraria di ordine simbolico me quella che il consigliere ha messo qui, possa essere più agevolmente soddisfatta ed anche praticamente, attraverso l'assistenza scolastica. Perchè in definitiva questa distribuzione di frutta potrebbe comodamente avvenire nelle refezioni scolastiche, ecc., tutta roba di competenza della provincia sull'assistenza scolastica all'art. 12, cosa che parzialmente in provincia di Trento facciamo. Perchè, effettivamente, è vero che l'autunno abbiamo qui molta frutta che va a male, anche frutta di seconda o di terza che va a male, ed è un vero peccato, mentre i ragazzi delle nostre valli ne hanno effettivamente bisogno e sarebbe cosa utilissima poterla distribuire. Noi almeno qualche cosa facciamo in questa direzione, la distribuzione del latte nelle refezioni scolastiche, contributi che si danno agli asili per le mense ecc., e mi pare che dovrebbe essere utilmente inserita lì questa iniziativa. D'altra parte se voi dichiarate competenze così ampie da parte della provincia nel campo degli interventi per opere di pronto soccorso, mi pare che anche qui potreste trovare ampiamente il modo di intervenire in sede provinciale. Quindi, dico, se noi voteremo contro non è perchè non condividiamo l'opportunità di questa proposta, ma perchè riteniamo che vada più utilmente e praticamente, con molta più facilità, soddisfatta in sede provinciale anzichè in sede regionale.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? La parola al cons. Odorizzi.

ODORIZZI (D.C.): A me pare che il cons. Wahlmüller abbia accettato poi in definitiva la considerazione di carattere giuridico che era stata posta dall'assessore, il quale ci ha ricordato che, per un atteggiamento costante ormai da alcuni anni da parte degli organi dello Stato, che sovrappongono alle nostre leggi il controllo di legittimità costituzionale, capitoli di bilancio non appoggiati ad una legge che sia stata precedentemente votata, non ce li lasciano passare. Allora io pregherei il con. Wahlmüller di ritirare questo emendamento, che non può andare anche per ragioni puramente formali. Sul tema poi sarà possibile trovare, anche, penso, in un tempo relativamente breve, una soluzione, dato che non è simpatico esser messi nella condizione di dover votare di no a una proposta che invece per tanti aspetti ci riesce simpatica e saremmo lieti di poter votare. Quindi io lo pregherei di ritirare questo emendamento. Tenga la Giunta presente il tema, esamini il modo di poterlo risolvere anche in accordo con le province. Se questa esortazione non viene accolta, io dovrò votare negativamente, dovrò votare contro la proposta, ma solo per queste ragioni che ho detto.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Ich glaube nicht, daß das aus formalen Gründen nicht möglich wäre, denn erstens haben wir zu gleicher Zeit auch zum Haushaltsgesetz selbst den Änderungsantrag eingebracht und zweitens — wenn hier im Augenblick auch nicht die Gelder oder eine gesetzliche Formulierung gefunden werden — kann dieser Posten immerhin von der Zentralregierung gebilligt werden. Er müßte vorläufig « zur Erinnerung » aufscheinen und inzwischen eine entsprechende gesetzliche Verfügung getroffen werden. Ich glaube, das Problem ist so dringend, daß wir es hier in Angriff nehmen sollten und nach den Äußerungen, die ich gehört habe, entzieht sich auch niemand der Notwendigkeit, es zu lösen. Wir sollten diesen Posten in die Bilanz hineinneh-

men und deshalb werde ich also doch meinen Antrag aufrecht erhalten und dafür stimmen.

(Non credo che ciò non sia possibile per ragioni formali. Ciò perchè abbiamo presentato nello stesso tempo pure un emendamento sul disegno di legge di bilancio; inoltre, se al momento non riusciamo a reperire i fondi o una formulazione legislativa, la partita in parola potrà essere approvata dal Governo centrale. Bisognerebbe inserirla « per memoria » provvedendo nel frattempo ad una disposizione di legge rispondente. Penso il problema sia tanto importante da dovercene occupare subito in questa sede e secondo quanto abbiamo sentito qui, nessuno intende sottrarsi alla necessità di risolvere questo problema. Bisognerebbe inserire la partita in parola nel bilancio ed è per questo che manterrò il mio emendamento e che voterò a favore.)

PRESIDENTE: Salvo la proposta che era stata fatta ma che appoggia sul cap. 81, di prelevare 5.000.000 sul cap. 81, adesso dovremmo, caso mai il Consiglio lo approva, istituire il capitolo e poi eventualmente, quando si va sull'81, prelevare 5.000.000. Adesso è la dizione che si approva non i fondi. Quindi metto in votazione la proposta con la dizione come io ho preletta. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: la proposta è respinta con 15 voti contrari, 12 favorevoli.

Cap. 81 - « Contributi e sussidi a istituzioni, enti e associazioni con finalità di assistenza e beneficenza lire 45.000.000 ».

La parola al cons. Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Insgesamt wurden im vergangenen Jahre für ein ähnliches Kapitel — damals 79 — 55 Millionen ausgegeben. Davon entfallen auf das Trentino 19.450.000 Lire und auf Bozen 31.050.000 Lire. Nun mag es scheinen, daß in diesem Falle die Provinz Bozen in einem übergroßen Maße bevorzugt worden ist. Aber auch hier zeigt sich wieder dieselbe Erscheinung wie beim vorhergehenden Kapitel, daß nämlich an Verbände der deutschen Volksgruppe insgesamt 13.539.000 Lire ausgegeben worden sind, das sind 41%, und an Verbände der italienischen Volksgruppe 14.115.000 Lire, das sind 42,17%, der Rest von 16,3% wurde an Verbände ausgegeben, die beide Volksgruppen betreuen. Man hat uns vorher gesagt, die Sache hänge davon ab, daß eben von dem einen Teil vielleicht mehr Gesuche eingereicht werden als vom anderen. Es wäre sehr leicht einzusehen, daß dies dort, wo verschiedene Fürsorgeverbände Beiträge erhalten, in erhöhtem Maße zutrifft. Ein besonderer Fall sind z.B. die Verbände der Kriegsinvaliden, Kriegswaisen, Zivilopfer, Heimkehrer und ehemaligen Internierten. An die Verbände mit italienischen Angehörigen wurden dabei insgesamt drei Millionen gegeben, immer in der Provinz Bozen. An den entsprechenden Verband der Südtiroler Kriegsopfer und Frontkämpfer wurden insgesamt 200.000 Lire gegeben, das ist also, wie Sie sehen, nicht einmal ein Zehntel des anderen Verbandes. Hier kann es also nicht daran liegen, daß keine Gesuche gemacht wurden, sondern daß eben die Aufteilung sehr verschieden gemacht wurde. Sie haben auch aus den Prozentsätzen gesehen, daß nicht einmal die Hälfte der Beträge an die Südtiroler gegangen ist. Ich möchte auf einen mir bekannten Fall hinweisen: die Caritas von Bozen, die am 5. August des vergangenen Jahres ein Gesuch eingereicht und es im Dezember noch einmal urgierte, hat bis heute überhaupt keine Antwort auf dieses Gesuch bekommen und ist überhaupt nicht berücksichtigt worden. Es liegt hier also nicht an den Gesuchen, sondern an der allgemeinen Aufteilung überhaupt. Ich möchte den Herrn Assessor ersuchen, zu er-

klären, nach welchen Schlüsseln und in welcher Weise diese Aufteilung überhaupt erfolgt ist.

(Per un capitolo simile, quello n. 79, l'anno scorso sono state spesi complessivamente 55 milioni. Di tale somma lire 19.450.000 sono andate al Trentino e lire 31.050.000 alla Provincia di Bolzano. A prima vista potrebbe sembrare che in questo caso la Provincia di Bolzano sia stata favorita in maniera eccessiva. Anche qui però possiamo notare lo stesso fenomeno che abbiamo notato nel capitolo precedente, e cioè, che alle associazioni del gruppo etnico tedesco sono state concesse 13.539.000 lire pari al 41% e alle associazioni di lingua italiana lire 14.115.000 pari al 42,17%; la rimanenza del 16,3% è stata spesa a favore di associazioni che assistono entrambi i gruppi etnici. Ci si era detto prima che ciò dipenderebbe dall'essere stato forse presentato da una parte un numero maggiore di domande che non dall'altra. Si potrebbe facilmente capire che ciò risponda in misura maggiore ai fatti là dove sono le differenti organizzazioni assistenziali a ricevere i contributi. Vanno considerati casi particolari per esempio le associazioni degli invalidi di guerra, degli orfani di guerra, delle vittime civili, dei reduci e degli ex internati. Alle rispettive associazioni con aderenti di lingua italiana sono stati concessi tre milioni, sempre in Provincia di Bolzano. Ma alla unione sudtirolese vittime di guerra ed ex combattenti è stata concessa complessivamente la somma di 200.000 lire, il che risponde neppure ad un decimo di quanto fu concesso all'altra associazione. Nel caso specifico non può quindi dipendere dalla mancata presentazione di domande, se la cifra rispetto all'altra è tanto irrisoria. La cosa dipende invece dal fatto che la ripartizione dei fondi è stata fatta in maniera assai diversa. Abbiamo visto del resto anche nel caso delle percentuali che neppure la metà delle somme spese è andata a favore dei sudtirolesi. In proposito vorrei richiamarmi ad un caso a me noto: la Caritas di Bolzano, la quale sin dal 5 agosto dell'anno scorso aveva presentato una domanda e reclamato ancora in dicembre dell'anno scorso, a tutt'oggi non ha neppure avuto una risposta alla propria richiesta e non è stata tenuta in considerazione. Non dipende quindi dal numero delle domande presentate o meno, ma dal modo generale di distribuire i fondi. Chiedo pertanto all'Assessore di volerci spiegare, in base a quale chiave di riparto ed in quale modo i fondi sono stati distribuiti.)

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola sul capitolo? La parola all'assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Qui si ritorna sull'argomento di cui si è parlato prima, e si ritorna sulle percentuali. Io devo ritornare, a costo di essere monotono, sulla stessa risposta: le domande che ci vengono presentate vengono tutte esaminate, le domande per le quali non viene dato il contributo è perchè non c'è stata la documentazione, la pratica non era a posto, oppure perchè quando sono state presentate non c'erano più contributi. Guardi, io sapendo di tutto questo lavoro che lei sta così minuziosamente facendo in questi giorni, mi sono preparato anche tutto l'elenco delle domande, e anche tutto l'elenco delle domande giacenti, di istituzioni che presumo assistano in prevalenza persone di lingua tedesca, con la motivazione per la quale la domanda non è stata accolta. L'ufficio nostro è a sua disposizione come un ufficio posto in una vetrina: tutto quello che c'è dentro può essere esaminato. Le valutazioni naturalmente possono esser diverse; lei dice che non abbiamo dato nel tal posto, può pensare che noi non

vogliamo dare e io le risponderò che c'è stata una ragione. Comunque la motivazione io gliela posso fornire; a lei poi giudicare. Quindi, per esempio, lei ha voluto fare questo calcolo: 13.000.000 ad associazioni di lingua tedesca, 14.000.000 ad associazioni di lingua italiana, 41%, 42%; 16.000.000 ad associazioni miste. Mi dica lei adesso, come si fa a distinguere quale è l'associazione a prevalenza italiana, quale è l'associazione a prevalenza tedesca, quale è l'associazione mista. I calcoli che ho fatto io portano a diversi risultati; a me portano per esempio questo: — guardi li ho fatti solo perchè sapevo che lei li faceva —, perchè è una cosa che . . .

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): Ripugna!

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Ecco, la parola, ripugna un po'. Ad ogni modo i calcoli mi danno questi risultati: 17.644.000 per associazioni di lingua tedesca, 14.905.000 per associazioni di lingua italiana. Lei potrà dire che io ho sbagliato; be', cosa vuole, pazienza. Ci sono delle associazioni, per esempio: « Associazione nazionale famiglie dei caduti in guerra ». Ma, lei lo sa che ci sono dentro metà di lingua tedesca? Perchè lo strano è questo nelle associazioni combattentistiche: c'è l'associazione mutilati e invalidi di guerra, che è l'associazione nazionale; si dice: no, bisogna tener conto anche della Kriegsop ferverband, perchè questa è quella che raccoglie tutti i mutilati, le famiglie dei caduti, le vittime civili ecc. E allora io, va bene, vado a vedere all'associazione mutilati ed invalidi di guerra e dico: sapete dirmi voi — anche questa è una cosa penosa, ma presi alle strette ogni momento da queste richieste, si deve farlo per dovere di cortesia nei confronti dei colleghi — quanti sono i mutilati ed invalidi di guerra dell'associazione nazionale, di lingua italiana e quanti sono di lingua tedesca? E mi fanno l'elenco dei mutilati di guerra di lingua italiana, dei mutilati di guerra dell'ex Wehrmacht, dei mutilati di guerra dell'ex Austria - Ungheria. Da questi dati mi risulta due terzi di lingua tedesca Wehrmacht ed ex AU, un terzo di lingua italiana. Elenchi. Posso io dire che mi han raccontato delle bugie? No, perchè li ho visti, perchè so come è. Quando c'è stato recentemente quel viaggio a Roma dell'associazione mutilati ed invalidi di guerra, ci sono andati 800 e di questi 800 ce n'erano 200 soli di lingua italiana, e gli altri? Si saranno inscritti soltanto per andare a Roma? No, sono persone che sono state inscritte durante tutti gli anni. Non credete a queste cifre? Andate a chiederle all'associazione. Io non so più cosa dirvi, perchè qua non c'è più niente di certo. E così per le altre associazioni. Associazioni famiglie dei caduti, ad esempio, e dispersi in guerra, 200.000 lire. Il Presidente di questa associazione, che è il colonnello Ferrari, mi dice: ne abbiamo metà italiani e metà tedeschi. Non è verò? Andate a chiederglielo. A me dice queste cose. E se io sommo tutti quelli che sono inscritti a queste associazioni più quelli che voi dite che sono inscritti alla Kriegsopferverband, mi vien fuori che son più i mutilati e invalidi di guerra e famiglie dei caduti che non l'altra popolazione, praticamente. E così per le altre associazioni. Per esempio c'è quella dei reduci dalla prigionia, in cui sono effettivamente tutti italiani; ce ne sarà qualcuno tedesco per sbaglio, ma altre no, come la « mutilati e invalidi di guerra », e « l'associazione famiglie dei caduti in guerra ». Ed allora lei mi dice con il solito esempio, 3.000.000 per le associazioni italiane, 200.000 per le associazioni tedesche; e io le rispondo: i 3.000.000 per le associazioni italiane sono andati alle associazioni che hanno maggioranza di lingua tedesca. Non è vero? E allora

andate ad accertarvelo, io non so più cosa dire a un certo momento. Ci sono delle altre istituzioni, per esempio la « Croce rossa italiana ». Ecco, io l'ho considerata di tutti bambini italiani, e so benissimo che ce n'è dentro, — sarà il 10%, sarà il 15% —, di lingua tedesca, ma io li ho considerati tutti quanti italiani. Ci sono delle associazioni mutilati invalidi del lavoro, il presidente è di lingua tedesca e la maggioranza è di lingua tedesca; non vorrà mica dirmi che sono di maggioranza italiana o altro ? Ed allora con chi li ha calcolati questi? Lei li avrà calcolati certamente con quelli italiani, perchè se no non si capisce come arriva ai 3.000.000. E allora, vede, da questo esame viene fuori che abbiamo dato alle famiglie dei caduti in guerra 200.000, che abbiamo dato ai mutilati del lavoro 400 mila, che abbiamo dato alle vittime civili di guerra 100.000. Questi sì, mi pare, son tutti italiani. *(Interruzione)*.

No? anche qui ci sono tedeschi? All'associazione mutilati e invalidi di guerra abbiamo dato 1.000.000, ai mutilati per servizio abbiamo dato 100.000, agli orfani di guerra, — e lo sa anche lei che ce n'è molti di lingua tedesca — 300.000, ai combattenti e reduci — e questi sono tutti di lingua italiana — abbiam dato 250.000, all'associazione sudtirolese vittime di guerra abbiamo dato 200.000. Le sembrano poche? E va bene, un altr'anno ci informeremo meglio, cercheremo di vedere per dare un po' di più. Ma vede che allora casca quel castello che lei ha costruito, nel quale ci sono da una parte tutti i combattenti, i mutilati, i reduci, servizio, tutti italiani, che sono pochi, e dall'altra tutta la grande massa di quelli di lingua tedesca che sono tanti, uniti in questa associazione; non è vero che sono tutti in questa associazione, sono sparsi in tutte le associazioni. Quale è la conclusione? La conclusione è che il metodo migliore non è quello di far le percentuali; il metodo migliore è quello di vedere secondo l'entità delle istituzioni, chiedere, come chiedo anch'io, da qualche anno chiedo anch'io a tutti quanti, quanti sono gli italiani e quanti sono i tedeschi nelle vostre istituzioni, tanto per potermi regolare perchè so che ogni anno sono sotto il fuoco di fila, quest'anno suo, gli altri anni degli altri suoi colleghi, che mi fanno sempre la solita questione. Ed allora cerco di documentarmi anch'io, con poca soddisfazione, con poco entusiasmo a dir la verità, ma cerco di documentarmi anch'io. Naturalmente non escludo che possa sbagliare; se lo sbaglio c'è, però, lei deve credere che lo sbaglio è fatto in buona fede, forse per informazioni scarse ricevute, e non certo per piani preordinati. Guardi, per esempio, al Kinderdorf abbiamo dato 10.000.000; lei lo sa che al Kinderdorf ci sono solo bambini di lingua tedesca, quest'anno daremo ancora. Ecco una domanda che abbiamo preso in esame. Lei mi ha detto della « Charitas » di Bolzano. Ecco, lei ha individuato un caso nel quale effettivamente, forse, avremmo potuto fare un po' meglio. Ella ha individuato giusto e lo devo ammettere: la « Charitas » di Bolzano svolge una gran bella attività, è stata sempre aiutata. Quindi l'eccezione, caso mai, conferma la regola, non è indice di una poca buona volontà nei confronti di questa istituzione. Ma il fatto è questo, se può valere questa giustificazione, che la domanda è stata presentata in agosto, quando ormai il nostro bilancio era già stato, o esaurito, o già impegnato. È stata presentata un po' più tardi del solito. Lei sa le vicende dell'anno scorso: noi nel mese di maggio sembrava che dovessimo chiudere i battenti per la crisi regionale che non noi abbiamo promosso, nel qual caso la pressione di tutte le istituzioni, che sapevano la stessa cosa, e abbiamo favorito quelle che avevano presentato la domanda allora, perchè non abbiamo un termine

di presentazione di domande noi. Forse questa sarebbe una buona cosa stabilire « entro il 31 marzo, chiudiamo i termini per la presentazione di domande » e poi basta. Allora avremmo veramente un quadro completo e potremmo intervenire. È una buona cosa però soltanto apparentemente, a mio parere, perchè nel campo dell'assistenza può darsi che si verifichi una situazione particolare in agosto, in settembre ecc. I dirigenti della « Charitas » di Bolzano, che ogni anno, e glielo potranno confermare, hanno avuto il contributo, quest'anno hanno presentato troppo tardi la domanda; in dicembre hanno sollecitato e io ho dovuto dire con dispiacere, e loro son rimasti male, che in quell'epoca non avevamo più niente, perchè ormai tutto quanto era esaurito. Questa è la situazione di questo capitolo.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Ich möchte mich nicht auf Prozentsätze einlassen. Nachdem jedoch vom Südtiroler Kriegsopfer- und Frontkämpferverband die Rede war, möchte ich den Assessor schon ersuchen, genauere Informationen einzuholen, denn im Südtiroler Kriegsopfer- und Frontkämpferverband sind beinahe 8.000 Mitglieder vereinigt und ich glaube, soviel bringen alle anderen Verbände gar nicht zusammen. Es dürfte wohl einleuchten, daß es zu wenig ist, diesem Verbande nur 200.000 Lire zu geben. Wenn man dann mit dem Verband, dem der Colonnello Ferrari vorsteht, einen Vergleich zieht, dann müßte die Region oder die öffentliche Verwaltung auch berücksichtigen, daß dieser Verband laut Gesetz einen Pflichtbeitrag bekommt, und zwar wird dieser Beitrag von den Pensionen abgezogen, was hingegen bei anderen Verbänden nicht der Fall ist. Deswegen müßte auch die Region unbedingt dafür sorgen, daß den anderen Verbänden etwas mehr gegeben wird, um auch hier ein wenig die verteilende Gerechtigkeit walten zu lassen.

(Non vorrei entrare nel merito delle percentuali. Visto però che ora si è parlato della unione sudtirolese vittime di guerra ed ex combattenti, vorrei chiedere all'Assessore di informarsi meglio, poichè tale unione ha quasi 8.000 aderenti e credo che un tale numero non riescano ad avere tutte le altre associazioni nel loro insieme. Mi pare non dovrebbe essere difficile capire che sia troppo poco di concedere appena 200.000 lire a questa organizzazione. Facendo un confronto con l'associazione diretta dal col. Ferrari, la Regione o l'amministrazione pubblica dovrebbe pur tener conto che tale associazione ottiene per legge un contributo obbligatorio. Si tratta poi di un importo addirittura detratto dalle pensioni, ciò che non si può dire invece al riguardo delle altre associazioni. La Regione pertanto dovrebbe assolutamente preoccuparsi di assegnare qualche cosa di più alle altre associazioni per applicare anche in questo caso specifico un po' la giustizia distributiva.)

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? La parola al cons. Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Herr Assessor Bertorelle hat nach seinem Dafürhalten — und ich spreche ihm dafür auch den guten Glauben nicht ab — eine solche Aufteilung der Gelder auf die Verbände dargelegt. Unsere Zahlen stimmen zwar nicht ganz überein und ich will mich auch durchaus nicht darauf kaprizieren, als ob die meinen die richtigen wären. Ich will nun die nehmen, die der Herr Assessor selbst eben genannt hat. Er kommt da für die deutschen Verbände auf 17 Millionen und für die italienischen auf 14. Aber

mir scheint, daß auch das keine besondere Verbesserung der Aufteilung ist, denn ob es nun 13 zu 14 oder 14 zu 17 steht, ist durchaus nicht entscheidend. Tatsache ist, daß bei den Verbänden noch mehr als bei der allgemeinen Fürsorge die Notwendigkeiten von zwei Dritteln der Bevölkerung berücksichtigt werden müssen. Was nun die Einreichung der Gesuche betrifft, würde ich anregen, daß wirklich eine entsprechende Reglementierung vorgenommen werden soll, denn sonst kommt es einfach unweigerlich zu einem Wettlauf der Verbände, d.h. jeder Verband ist gezwungen, möglichst rasch in den ersten Monaten das Gesuch einzureichen, um ja noch zum Zuge zu kommen. Es gibt Verbände, die ihre Abrechnung tatsächlich erst später machen können. Man kann also die ganze Zuteilung überhaupt nur regeln, wenn man einen Termin dafür festsetzt, so wie er auch anderswo festgesetzt ist, z.B. bei der Zuteilung von Beiträgen an die Sportverbände der Provinz Bozen. Es wird ein bestimmter Termin festgesetzt, bis zu welchem die Verbände ihre Gesuche einzureichen haben. Jeder Verband weiß dann, woran er ist, und kann sein Gesuch rechtzeitig einreichen, wie auch rechtzeitig die Unterlagen beschaffen. Bezüglich der Unterlagen hat der Assessor auch gesagt, daß vielleicht manche Gesuche nicht mit den nötigen Unterlagen versehen waren. Ich möchte fragen, was eigentlich mit diesen Gesuchen geschieht, ob sie automatisch in den Papierkorb wandern oder ob bei mangelnden Unterlagen, wie es auch sonstwo geschieht, eine entsprechende Nachfrage gemacht wird, damit diese Unterlagen noch beigebracht werden. Denn es ist ja oft so, daß die Verbände nicht genau wissen, welche Unterlagen verlangt werden, auch wenn das Gesetz oder die sonstigen Vorschriften festgelegt sind. Es ist doch nicht ganz leicht, sich in den vielen Vorschriften zurechtzufinden. Es müßte also doch so gehandhabt werden, daß, wenn Gesuche mit mangelhaften Unterlagen einlaufen, entsprechend darauf hingewiesen wird, damit irgendein kleiner Verband, der sich vielleicht nicht einen großartigen Geschäftsführer leisten kann, auf diese Weise nur aus einem formalen Grund nicht zum Zuge kommen kann. Wesentlich aber wäre es, daß kein Wettlauf der Verbände stattfindet, sondern daß durch die geeignete Festsetzung eines Termins allen Verbänden die Möglichkeit gegeben wird, rechtzeitig einzureichen. Das wäre dann andererseits auch eine Erleichterung für den Regionalausschuß selbst und für den zuständigen Assessor, wenn sie die Möglichkeit hätten, alle Gesuche vor sich liegen zu haben und überprüfen zu können. Denn bei der jetzigen Handhabung ist ja nicht klar, wie denn die Zuteilungen überhaupt gemacht werden, ob einfach der Reihe nach und zufällig, bis der Fonds eben erschöpft ist oder ob mit irgendeinem Termin, einmal im Juli, einmal im August oder einmal im November, Schluß gemacht und dann die Aufteilung vorgenommen wird. Ich weiß es nicht, jedenfalls aber ist eine solche Handhabung für einzelne Verbände sehr nachteilig und ich ersuche daher, in Zukunft diese Handhabung etwas zu ändern, damit allen Verbänden die Möglichkeit gegeben wird, an diesen Gesuchstellungen teilzunehmen.

(L'Assessore Bertorelle, al quale non nego la buona fede, ha esposto come secondo il suo pensiero deve avvenire la distribuzione dei mezzi finanziari. Le nostre cifre non concordano del tutto e non voglio neppure scapricciarmi come se solo le mie fossero quelle giuste. Mi rifaccio pertanto a quelle che l'Assessore stesso ha or ora citato. Egli arriva per le associazioni di lingua tedesca a 17 milioni e per quelle di lingua italiana a 14. Mi sembra però che anche questo non cambi gran che rispetto alla distribuzione dei fondi, poichè sia-

no 13 o 14, 14 o 17 ciò non è affatto determinante. È un fatto che, più ancora per quanto riguarda le associazioni che non per quanto riguarda l'assistenza generale, la proporzione dei due terzi della popolazione e delle rispettive necessità deve essere tenuto in considerazione. Per quanto riguarda invece la presentazione delle domande, suggerirei di addivenire ad una adeguata regolamentazione per evitare che si arrivi fatalmente ad una corsa a gara delle associazioni, nel senso cioè che ciascuna organizzazione si vede costretta a presentare il più sollecitamente possibile una sua domanda ancora nei primi mesi, pur di spuntarla. Ci sono peraltro delle associazioni che possono chiudere i propri conti solo più tardi e l'assegnazione dei fondi può essere disciplinata soltanto quando si stabilirà un preciso termine, così come lo abbiamo anche ad esempio per quanto riguarda l'assegnazione di contributi alle associazioni sportive della Provincia di Bolzano. Si stabilisca quindi un determinato periodo di tempo entro il quale le associazioni devono presentare le proprie domande. Ciascuna di esse saprà in tal modo come meglio regolarsi presentando in tempo le domande e producendo tempestivamente pure la necessaria documentazione. A proposito della documentazione l'Assessore aveva pure detto che qualche domanda forse non sarebbe stata corredata dei documenti prescritti. Vorrei pertanto sapere, che cosa allora succede con siffatte domande, se cioè vanno a finire nel cestino o se si sollecita come in altri casi l'invio dei documenti necessari. Ciò perchè spesse volte succede che le associazioni non sanno esattamente quale documentazione presentare, pur stabilendo la legge o le altre disposizioni il necessario. Ciò perchè non è sempre facile raccapezzarsi e orientarsi nella selva delle disposizioni. Bisognerebbe pertanto fare in modo che nel caso di domande non sufficientemente corredate si faccia al riguardo un apposito richiamo, sollecitando i documenti mancanti. Ciò per evitare che qualche piccola associazione, incapace di permettersi il lusso di avere un direttore, rischi di perdere il contributo per una qualsiasi ragione puramente formale. Meglio pertanto sarebbe di fare di tutto per evitare l'anzidetta corsa ai contributi delle associazioni, stabilendo un termine per consentire a tutte le associazioni a presentare tempestivamente le proprie domande. Ciò sarebbe d'altra parte pure un'agevolazione per la Giunta regionale e per il competente Assessore, avendo in tal modo riunite tutte le domande e la possibilità di esaminarle nel dovuto modo. Allo stato attuale delle cose non è affatto chiaro, in quale modo avviene l'assegnazione di un contributo, in modo puramente casuale, cioè, così come capita, oppure secondo una determinata graduatoria fino all'esaurimento del fondo disponibile; non si sa neppure se l'assegnazione dei contributi avvenga o meno entro un determinato termine, cioè, una volta in luglio, un'altra in agosto o in novembre ecc. Io non lo so e sta di fatto comunque che siffatta assegnazione si rivela sempre pregiudizievole per le singole associazioni. Chiedo pertanto di modificare per il futuro l'attuale modo di procedere affinchè a tutte le associazioni sia offerta la possibilità di poter presentare le proprie domande e beneficiare dei contributi.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): La proposta che viene fatta di fissare un termine, la prendiamo in considerazione e vediamo se è possibile fissare un termine, compatibilmente con l'altra opportunità, che la Regione possa comunque intervenire per casi di necessità. Su questo punto la Giunta esaminerà il caso. Per il resto però volevo spiegarle un

po' come è il meccanismo. La domanda viene presentata comunque sia, su carta semplice, su carta bollata, non sono richieste formalità; sono richiesti però degli allegati: per esempio, se si chiede di fare un lavoro di riattamento per una istituzione assistenziale di ricovero per vecchi e per minori, bisognerà presentare un progetto dei lavori. Se si ritiene, viceversa, di comperare dell'attrezzatura per una casa di ricovero, per un orfanotrofio ecc., bisognerà presentare due o tre offerte e indicare perchè si sceglie una piuttosto che l'altra. Come fanno a saperlo, dice lei, queste istituzioni? Appena la domanda viene presentata, noi mandiamo un modulo bilingue, in cui elenchiamo tutte le documentazioni che devono essere presentate, un modulo a stampa, e facciamo un segno su quelle che sono necessarie in quel caso. L'interessato manda la documentazione, la delibera viene portata in Giunta, salvo i contatti con l'ente, se ci fosse incertezza sul finanziamento. Il finanziamento è generalmente del 50, del 40, del 60%, a seconda delle necessità. Anche questo non viene deciso da noi unilateralmente; si chiamano gli amministratori di queste istituzioni e si chiede loro come fanno fronte al rimanente, di portare una dichiarazione della banca che è disposta a fare il mutuo, se non hanno fondi propri e si concorda praticamente la percentuale. È una cosa che viene fatta anche abbastanza semplicemente, perchè questi ci dicono le loro necessità, ci presentano i loro bilanci, in qualche caso si arriva al 60, al 70%. Quindi, è una formulazione abbastanza tranquilla, ci sono qui dei tabelloni che noi abbiamo, che lei potrà vedersi, di tutte le pratiche che vengono presentate, in modo che noi abbiamo davanti tutto. Lei ha un giudizio sulla nostra amministrazione, che è poco lusinghiero, perchè dal suo giudizio, che non conosce la realtà delle cose, potrebbe sembrare che la istruttoria delle pratiche, la decisione, viene fatta così con criteri del tutto empirici. Vengono presentate delle domande, quelle che sono a posto vengono portate in Giunta, le altre niente. No, viene fatto proprio un piano generale, certo subordinato sempre e condizionato al fatto che non c'è un termine di presentazione. E vengono fatti dei tabelloni dove si dice: località, ente, oggetto, preventivo, proposta del contributo, parere dell'assessore, data della proposta della delibera, approvazione della delibera, registrazione della delibera. Per tutte quante le istituzioni che hanno presentato domanda, o comunque quelle giacenti durante l'anno, c'è. Ecco, io per esempio ho portato qui quello del cap. 79. Le associazioni sanno come devono fare, sono informate minutamente e compiutamente delle formalità necessarie ed in base a queste si sanno regolare. Le dico per esempio delle pratiche giacenti, che riguardano istituzioni particolarmente del gruppo di lingua tedesca, i motivi per i quali non sono state portate in Giunta durante l'anno 1960 e quindi non è stato concesso il contributo. Ufficio parrocchiale di Luson, preventivo 960.000; motivazione: 28 aprile '59 inviato il formulario, dopo di che nessuna risposta è arrivata. Carolinum di Merano, un orfanotrofio, richiesto un contributo per l'acquisto di una macchina da cucire per l'addestramento delle ragazze. C'è stata notizia che un altro ente ha concesso questa macchina, la pratica viene quindi archiviata. Casa di ricovero di Lana, arredamento 2.154.000 di preventivo; al 9 luglio del '59 è chiesta la documentazione, nessuna risposta. Malles Venosta, Casa di riposo, contributo per l'arredamento; il 23 aprile '60 inviato il formulario, nessuna risposta. Campo Tures casa di ricovero, richiesta di arredamento; l'istruttoria non è stata completata durante il corso del 1960 ed è rinviata al 1961. Ufficio parrocchiale di Ora, casa sociale, attrezzatura; il 29 aprile del '60 inviato il for-

mulario; la risposta viene il 7 aprile '61, esattamente un anno dopo e sarà discussa quest'anno. Ecco tutte quante le altre; non ce ne sono molte sa, ce n'è 14, cons. Wahlmüller, 14 domande giacenti, e per tutte quante c'è un motivo. Quando si arriva poi alla « Charitas diocesana », si dice: si è vero, la domanda è stata presentata nell'agosto del '60, ma è arrivata nel momento in cui erano già impegnati tutti i fondi o era già deliberato ed è l'unica che ha questa motivazione.

PRESIDENTE: Per dichiarazione di voto il cons. Canestrini.

CANESTRINI (P.C.I.): Avevo già anticipato prima le ragioni di dissenso che mi animavano, sia per quanto riguarda l'impostazione generale del cap. 80, che per quello che riguarda il cap. 81. Il collega Kessler, con la sua consueta, sincera e spontanea dichiarazione, mi ha inchiodato di fronte a una dichiarazione che vale obiettivamente, perchè è quello che pensavo anch'io, e cioè che in realtà, — questo è il sottofondo della sua risposta — questo squilibrio tra organizzazioni confessionali e no, — diciamo squilibrio per carità regionale, bisognerebbe dire qualche cosa di più —, deve ascriversi a un merito particolare, a un merito di determinate organizzazioni nei confronti di altre. È proprio questa l'impostazione che noi rifiutiamo, nel senso che, in un settore così delicato, così misurabile o misurando col bilancino del farmacista, dove suscettibilità, pressioni ecc., devono essere tenute in doverosa distanza per non creare delle disparità e per non creare delle diversificazioni, dico in un settore di questa natura, ci sono effettivamente non delle graduatorie di merito, ma delle graduatorie di potenza, nel senso che vi sono delle organizzazioni, degli enti, delle associazioni che si occupano di queste questioni, e che sono sostenute, organizzate, propagandate, finanziate; ve ne sono altre che sono invece umiliate, ignorate e talvolta perseguite. Questa è la differenza, ed è proprio per questa differenza di impostazione, che emerge chiaramente dalla discussione che abbiamo fatto, approfondita, a proposito dell'art. 80 e che ritengo sia tale e quale da rifare per l'81, che io decido di dare il voto contrario.

PRESIDENTE: Per dichiarazione di voto, la parola alla signorina Lorenzi.

LORENZI (D.C.): A me dispiace proprio che nella discussione, che qui da una parte e dall'altra è stata fatta, naturalmente per necessità di cose, si sia arrivati a un sistema veramente, lasciatemi dire, che immiserisce l'assistenza come non l'ho vista immiserire mai. L'assistenza si fa all'uomo, senza nessuna discriminazione, e il criterio è il reperimento del bisogno, col massimo rispetto per l'uomo da qualunque parte provenga e chiunque sia. Questa misurazione del bisogno fatta a centimetro credo che non sia mai esistita in alcun ambiente che seriamente si occupi dell'assistenza in una visione organica che lo eleva anche oggi su un piano di sicurezza sociale. Io pregherei proprio tutti, quelli che anche in perfetta buona fede qui sono intervenuti sempre con i soliti criteri discriminatori etnici, di vedere solo l'uomo e su questo piano si deve e si può intendersi tutti, perchè l'uomo che ha bisogno, parli tedesco, parli italiano, abbia una fede o ne abbia un'altra, va aiutato in quanto è uomo, a qualunque paese del mondo appartenga.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola per dichiarazione di voto?

La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G.P. Trento -

D.C.): Per ribadire il concetto che ho espresso prima nella dichiarazione di voto e per aggiungere soltanto questo, cons. Canestrini. Lei parla di graduatoria di potenza e io dico che forse si potrebbe parlare o fare una graduatoria anche di sacrifici; lei dice che ci sono delle associazioni che compiono la stessa attività e che vengono umiliate o addirittura, ha detto un'altra parola che non ricordo . . .

CANESTRINI (P.C.I.): Perseguite!

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): . . . perseguite. Io mi rifiuto assolutamente di crederlo, perchè io le dico francamente che, come mi levo il cappello di fronte a un sacerdote che va su alla miniera di Monteneve, dove nessuno va, me lo leverei ugualmente davanti a un comunista che andasse a fare la stessa cosa.

CANESTRINI (P.C.I.): Con la differenza che questo non lo finanziate.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Lo dimostri. Io vorrei che questi casi fossero portati qui, con una documentazione e non solo con delle affermazioni così generiche.

PRESIDENTE: Metto ai voti il cap. 81, chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: approvato a maggioranza con 2 contrari e 8 astenuti.

Cap. 82 - È posto ai voti il cap. 82: approvato a maggioranza con 10 astenuti.

Cap. 156 - « Spese per la fornitura ai comuni di stampati e materiale elettorale per i referendum popolari (art. 33 legge regionale 7 novembre 1950, n. 16) lire 200.000 ».

La parola al cons. Canestrini.

CANESTRINI (P.C.I.): Desidererei chiarimenti sulla valutazione della cifra.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): È una cifra indicativa, che può essere spesa come può anche non essere spesa, perchè può esserci la necessità durante il corso dell'anno e può essere anche impinguata con nota di variazione.

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 156, chi è d'accordo è pregato di alzare la mano; approvato a maggioranza con 8 astensioni.

Cap. 157 - « Spese per le elezioni dei consigli comunali (legge regionale 6 aprile 1956, n. 5) lire 4.000.000 ».

La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Ich möchte nur eine Frage an den Assessor richten. Mir ist zu Ohren gekommen, daß in einer Gemeinde, wo demnächst die Wahlen stattfinden sollen, die Plakate nicht angeschlagen wurden, wie es vom Gesetze vorgesehen ist. Es wäre sehr interessant zu wissen, wie sich der Regionalausschuß dazu verhält, ob in dieser Gemeinde — es handelt sich um eine Gemeinde der Provinz Trient — nun diese Wahlen dennoch stattfinden oder nicht, ob sie verschoben werden und wie er diese Vorschrift, die vom Gesetz vorgesehen ist und nicht eingehalten wurde, nun vielleicht zu umgehen oder richtigzustellen gedenkt.

(Vorrei soltanto porre una domanda all'Assessore. Ho avuto sentore che in un comune, dove prossimamente dovranno aver luogo delle elezioni, non sono stati affissi i manifesti previsti dalla legge. Sarebbe pertanto interessante sapere, cosa al riguardo intende fare la Giunta regionale: se cioè — si tratta di un comune della Provincia di Trento — le elezioni avranno luogo o meno, o se devono essere rinviate, o se intende aggirare la dispo-

sizione non osservata dalla legge oppure porvi rimedio correggendo la situazione.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): La notizia probabilmente lei l'avrà saputa da quella persona che ha fatto il giro da tanti consiglieri. Adesso non vorrei prendermi una querela per diffamazione da questa persona, ma non sembra che sia molto . . . ma lasciamo stare le valutazioni. Devo comunque dire che mi sono subito . . .

DALSASS (S.V.P.): L'ha sentito?

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Sì, l'ho sentito. Lo dico perchè da un paio di giorni questa persona è qui che non ci lascia più in pace; allora abbiamo informato subito il sindaco e i carabinieri, per sapere se era stato applicato questo manifesto, perchè il sindaco ci aveva fatto conoscere con un telegramma che era stato regolarmente messo. Cioè noi, nel mandare le disposizioni e nel ricordare che il trentesimo giorno precedente le elezioni deve essere messo il manifesto, chiediamo che questi comuni ci diano conferma anche telegrafica. Il sindaco di questo comune ci ha mandato la conferma telegrafica e ci ha detto: guardate che è stato esposto. Il sindaco dice una cosa, e il sindaco è il capo dell'amministrazione, — cioè il Commissario, perchè in questo comune c'era il Commissario —, e allora abbiamo chiesto ai carabinieri. I carabinieri ci hanno mandato un telegramma proprio oggi, poco fa, un fonogramma, dicendo: confermiamo che è stato regolarmente affisso. Dicono che è stato regolarmente affisso, quindi abbiamo la dichiarazione del Commissario comunale e del maresciallo dei carabinieri.

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 157, chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

Cap. 158 - *per memoria.*

Cap. 159 - « Fondo per adeguare le finanze dei comuni al raggiungimento delle finalità e all'esercizio delle funzioni stabilite dalla legge (art. 70, II comma, legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5 e legge regionale 31 dicembre 1955, n. 32) lire 100.000.000 ».

La parola al cons. Canestrini.

CANESTRINI (P.C.I.): È il secondo comma dell'art. 70. Al medesimo scopo la Regione può, in casi eccezionali, assegnare una quota di integrazione ai comuni. Desidererei conoscere, da parte dell'assessore, i criteri che regolano i casi eccezionali.

PRESIDENTE: C'è una relazione predisposta dalla Giunta, che verrà anche messa all'ordine del giorno; relazione che doveva essere fatta già nella seconda sessione ordinaria del Consiglio regionale.

In tale relazione sono esposti i criteri in base ai quali si danno dei fondi alle Province per l'integrazione di bilanci deficitari dei comuni.

L'assessore ha la parola.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Signor Presidente, lei ha detto giustamente che c'è una relazione che avevo consegnato questa sera al Consiglio. Il Presidente ha ritenuto, correttamente a mio parere, che debba andare all'ordine del giorno e pertanto non ha incaricato gli impiegati di provvedere alla distribuzione; questa avverrà domani. Questa relazione riguarda il provvedimento da parte delle Giunte provinciali, in attuazione della legge 31 dicembre '55, sui bilanci deficitari dei comuni per l'anno 1960. In questa rela-

zione si fa particolareggiatamente la situazione dei 111 Comuni che sono stati ammessi ad integrazione di bilancio. Sono 81 della provincia di Trento per 522.171.000, 30 della provincia di Bolzano per 193.716.000, un totale di disavanzi finanziari accertati di 715.887.000. Per ogni comune viene determinato il contributo in base alla popolazione, al disavanzo economico, al disavanzo della parte solidale del bilancio, ai provvedimenti adottati a ripiano dei disavanzi, cioè alle supercontribuzioni autorizzate, ai contributi in capitale accordati, ed infine ai mutui autorizzati con altri mezzi di integrazione. Chi decide in base a questi elementi sono le Giunte provinciali delegate dalla legge 31 dicembre 1955. Se i signori consiglieri avranno in mano questa relazione, si renderanno conto del come questi contributi, in base a quali criteri, in base a quali dati questi contributi sono stati concessi.

PRESIDENTE: Comunque la relazione adesso verrà distribuita. Essendo che deve essere anche tradotta in lingua tedesca, io l'avevo trattenuta per provvedere a fare anche la traduzione; comunque l'avrete in lingua italiana e poi verrà fatta la traduzione.

La parola al cons. Canestrini.

CANESTRINI (P.C.I.): Nessuno scandalo per il fatto che non ci sia ancora pervenuta; siccome però in questa relazione ho sentito dire che vengono fissati, spiegati i criteri, è evidente che bisognerà prima prenderne conoscenza, allo scopo di entrare, a ragion veduta, nella discussione dell'articolo, di cui quanto meno io chiedo la sospensiva.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Kessler.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Non mi pare esatto quello che dice il cons. Canestrini, perchè la relazione in ogni caso non è riferita a questo articolo qui, perchè qui si dice soltanto quello che si dà alle Province; eventualmente sono da discutere i criteri di ripartizione fra le Province, ma non fra i comuni. Se mai, questa discussione potrebbe essere fatta su altro articolo che è quello che assegna alle Province i fondi per pareggiare il bilancio, ma non mai su questo; per cui ritengo che il capitolo correttamente possa essere messo in discussione e in votazione subito.

PRESIDENTE: La relazione verrà messa all'ordine del giorno, e quindi trattata a parte. In fondo essa non è legata al bilancio; inoltre dovrebbe essere presentata nella seconda tornata ordinaria, non nella prima. In teoria nella prima decade di gennaio dovremmo aver già approvato il bilancio preventivo. In questo senso forse gli elementi della relazione, fatta in gennaio, evidentemente servono per inquadrare i temi per il bilancio successivo. È stata comunque adesso fatta una proposta di sospensione, il cons. Kessler ha parlato contro la proposta; io la metto in votazione, se lei insiste cons. Canestrini.

Allora io metto in votazione la proposta di sospendere il cap. 159, per dar modo di leggere questa relazione; sospendere fino a domani eventualmente. Chi è favorevole alla sospensione è pregato di alzare la mano: la proposta è accolta con 8 favorevoli, 7 contrari e gli altri astenuti. Allora sospendiamo il capitolo 159.

Abbiamo poi il cap. 160 - « Spesa per l'impianto e il riordinamento del libro fondiario: lire 3.000.000 ».

La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Mi permettevo solo di fare una raccoman-

dazione all'assessore. Mi pare che nella sua relazione abbia parlato della legge per il riordinamento del libro fondiario; non so a che punto sia, ma sono dell'opinione che si dovrebbe cercare di farla al più presto possibile, tenuto conto naturalmente delle difficoltà che si frappongono. Poi,in particolare, non so se la legge allo studio dell'Assessorato, abbia previsto un qualche cosa di particolare per determinate situazioni tavolari che si son venute attraverso il tempo stratificando, e che a un certo momento se si fa un provvedimento dovrebbero essere, perlomeno suggerisco, che vengano prese in esame, per vedere se è possibile risolverle. Mi riferisco in modo particolare alla situazione delle stade pubbliche, per le quali da cinquant'anni, — tante strade provinciali, strade dell'A.N.A.S,non parliamo della Trento-Malè per esempio, dove le situazioni tavolari sono fuori della realtà—, chi lo sa perche, le modifiche, le rettifiche e la stessa sede stradale, non sono state intavolate a nome delle società, rispettivamente a nome dell'A.N.A.S o a nome della Provincia ecc., e oggi rimettere a posto queste situazioni è addirittura impossibile, per le varie successioni per causa di morte, per compravendite; non solo, ma anche il lavoro ulteriore per la rettifica di una strada, cioè il lavoro odierno che si vorrebbe mettere a posto a mano a mano che si procede con gli espropri, ecc., diventa impossibile, perchè c'è una situazione pregressa che non permette ulteriormente di mettersi a posto. Ora, io non saprei esattamente suggerire come si può fare a sistemare, e se è possibile sistemare in via straordinaria determinate situazioni di questo genere, semplificando procedure ed anche con un articolo, con una disposizione straordinaria ed eccezionale. Però, ritenuto che il libro fondiario ha un suo valore, molto notevole, se e in quanto la regola sia seguita, altrimenti diventa un elemento di confusione o qualche volta addirittura di intralcio sul normale svolgimento del lavoro, io pregherei l'assessore, nello studio di questa legge, di voler prendere in considerazione queste situazioni, per vedere se è possibile risolverle in qualche modo, forse ope legis, perchè altrimenti sulla base normale delle regole del libro fondiario diventa assolutamente impossibile.

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola? La parola all'assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Nella relazione ho fatto un cenno della legge regionale n. 22 del 5 novembre del 1960, la quale sistema l'organico del personale. Non ho accennato alla legge tavolare, che so essere stata preparata dall'assessore Benedikter e francamente su questo punto non posso riferire perchè non l'ho ancora potuta rivedere, ma sarà anche questo uno degli adempimenti della amministrazione in corso. Così non posso darle notizie sulle strade perchè è una cosa che non conosco, ma però l'assicuro che mi informerò. Lo stanziamento di 3.000.000 riguarda il ripristino del libro fondiario dei comuni di Moena e di Pinzolo; è previsto ancora il ripristino di Curon Venosta. Per questo però bisognerà, attraverso uno stato di variazione di bilancio, mettere una cifra corrispondente appena si presenterà l'occasione al prossimo stato di variazione di bilancio.

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola? Nessuno. Allora metto in votazione il cap. 160: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Cap. 161 - È posto ai voti il cap. 161: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Cap. 162: « Contributi per l'acquisto, la costruzione, il riattamento e per impianti igienico-sanitari, tecnologici e di riscaldamento di

edifici destinati all'assistenza, lire 44.000.000». La parola al cons. Vinante.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Io desidero prendere brevemente la parola su questo capitolo, semplicemente perchè mi stupisce molto il vederlo diminuire di 6.00.000. Le esigenze e le necessità che esistono per la sistemazione dei servizi sanitari in queste istituzioni di assistenza e beneficenza, sono, almeno per quanto è a mia conoscenza, di notevole entità. Se non erro, le richieste che sono state fatte per questi ricoveri o, meglio definiti dall'assessore ai lavori pubblici, case di riposo per persone anziane, sono notevoli e credo che si ripercuotano un po' in tutta la provincia, almeno in diverse di queste case di riposo. Ora, io vorrei sentire, signor assessore, se lei ritiene di poter affrontare integralmente il bisogno, perchè credo che questo abbia diritto di precedenza su tutti gli altri interventi nel settore dell'assistenza, in quanto, come già è stato affermato in altra occasione, ci troviamo di fronte a delle persone che hanno maggiormente bisogno di cure, di assistenza e quindi non dovrebbero essere trascurate. Vorrei sentirmi dire dal signor assessore che si possono tranquillamente risolvere e affrontare tutti i problemi, tutte le richieste che si avessero da avanzare su questo settore.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? La parola all'assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Come lei vede dal bilancio, i 6.000.000 sono stati tolti da questo capitolo 153 per essere messi nel cap. 154, che riguarda contributi per le colonie marine e montane. Dico la verità che è stata una soluzione adottata dall'Assessorato al momento in cui non c'era altra possibilità in Giunta di reperire fondi, in modo che si è fatto uno spostamento fra due capitoli dello stesso Assessorato, per non ricorrere a fondi che non erano a disposizione della Giunta regionale. Ora, rispondere se questa cifra di 44.000.000 rimasta dei 50, è sufficiente per tutte le domande giacenti, è un po' difficile, anche perchè, anche in questo settore, non c'è un termine di presentazione delle domande, per cui si possa avere il quadro completo al 30 aprile o al 30 maggio di tutte le esigenze, perchè ci sono domande che vengono presentate nel corso dell'anno. Posso dirle però due cose: 1) che per quanto riguarda le istituzioni di ricovero per vecchi e per minori, esse sono al primo posto nella concessione dei contributi, per cui tutte queste domande che vengono presentate, mano a mano che vengono corredate, vengono poi accolte; 2) che a un certo punto, verso la metà dell'anno, si fa un po' il punto della situazione. Si vede cioè se ci sono ancora necessità che non possono essere soddisfatte con i fondi in bilancio, nel qual caso si propone una variazione di bilancio, e i fondi o vengono forniti dalla Giunta, cioè dall'Assessorato alle finanze, oppure vengono presi da altri capitoli, ritenendo che qui ci siano maggiori necessità, quindi anche da altri capitoli che pure abbiano delle necessità. L'assicurazione finale che io potrei dare è questa: stia tranquillo il cons. Vinante, che richieste di questo genere vengono sempre prese in considerazione e accontentate.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola sul cap. 162? La parola al cons. Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Ich wollte gerade noch einmal anfragen, ob im vergangenen Jahre alle vorgelegten Gesuche berücksichtigt werden konnten oder ob noch Gesuche zurückgeblieben sind.

(Vorrei chiedere per un'altra volta, se

l'anno scorso tutte le domande presentate sono state prese in considerazione, oppure, se sono rimaste indietro delle domande.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Penso che lei voglia riferirsi alla provincia di Bolzano, in particolare. Sono giacenti ancora 13 domande della provincia di Bolzano, e qui c'è la motivazione. Ad esempio: Comune di Monguelfo, costruzione per ricovero; non viene costruito, i ricoverati vengono sistemati a Villabassa, d'accordo con i due comuni. Terlano, sistemazione del ricovero comunale: gli interessati sono venuti alla fine del '59 e non hanno poi presentato ulteriore documentazione, per cui la pratica giace negli uffici non ancora istruita.

Villabassa, ricovero dell'ente comunale di assistenza, ci sono due domande: negli anni precedenti sono stati concessi contributi per 1.000.000; le due domande non sono state ancora accolte perchè le pratiche non sono complete.

Carolinum di Merano, richiesta di attrezzatura, 2.200.000, già concesso da altro ente e quindi la pratica viene stornata.

Bressanone, Convitto missioni africane, c'è una richiesta per 4.000.000 e rotti, è stata rinviata nel '61 dal '60 per precedenti impegni; non si è potuta quindi prendere in considerazione.

Nuova Ponente, ufficio parrocchiale, una richiesta di 5.372.000, il primo contributo nel '59 è stato di 6.000.000; la pratica è in corso per il secondo lotto.

Senale, ufficio parrocchiale, — penso che sia una casa di ricovero —, voto del Comitato tecnico regionale nel dicembre del 1960. Quindi il voto del Comitato tecnico è appena venuto nel dicembre del '60 e la pratica sarà quindi esaminata quest'anno.

Rifiano, contributo per il ricovero, 3 milioni 941 mila; il Comitato tecnico ha espresso il voto negativo, la pratica è stata rinviata agli interessati per rielaborare il progetto.

Velturno (di Chiusa), dall'E.C.A. una richiesta di 4.000.000 è in corso di approvazione da parte del Comitato tecnico regionale; questo dai dati assunti nell'aprile di questo anno.

Idem per quanto riguarda il ricovero di Meltina: il voto del Comitato tecnico è del 10 marzo del '61 e la pratica verrà esaminata quest'anno.

Asilo infantile Kofler di Bolzano, istituto di ricovero per minori, in corso di liquidazione il primo contributo concesso due anni fa di 2.141.000; siccome questo contributo non è stato ancora concesso perchè i lavori non sono stati fatti, abbiamo chiesto che mettano a posto questa pratica prima di concedere il secondo contributo che certamente sarà concesso.

Casa di ricovero del comune di Lagundo, una richiesta di 721.000; nel 1961 è stato già concesso un contributo di 361.000.

Silandro, E.C.A., ricovero 650.000; la richiesta è del dicembre del 1960, quando quindi i fondi erano già esauriti.

Queste sono le pratiche giacenti.

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola? Nessuno. Allora metto in votazione il cap. 162, chi è d'accordo è pregato di alzare la mano; approvato a maggioranza con 9 astensioni.

Cap. 163 - « Contributi per l'attrezzatura e l'arredamento di colonie marine e montane, di centri di assistenza invernale e di case di soggiorno per lavoratori - L. 16.150.000 ».

La parola al cons. Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Für die Kapitel Strandaufenthalt und Kolonien besteht besonders für die Südtiroler Volksgruppe eine riesige Schwierigkeit, denn es handelt sich um die Einrichtung dieser Kolonien, vorausgesetz natürlich, daß solche Kolonien überhaupt vorhanden sind. Nun ist es für uns sehr schwer, das Kapital aufzubringen, damit das nötige Terrain erworben und die nötigen Bauten aufgeführt oder bereits vorhandene Bauten angekauft werden können. Infolgedessen kommt natürlich eine Ausnützung dieses Kapitels gerade für die Südtiroler Volksgruppe kaum in Frage, obwohl hier sehr viele Bergkinder einen Strandaufenthalt recht notwendig hätten. Ich würde also vorschlagen, daß man doch auch die Möglichkeit studiert, hier mit Krediten oder Hilfen beizutragen, damit überhaupt solche Kolonien gegründet und auch später ausgenützt werden können.

(Per i capitoli « colonie marine e montane » esiste proprio per il gruppo etnico sudtirolese una grave difficoltà. Si tratta dell'arredamento di queste colonie, premesso naturalmente che di queste colonie ce ne siano effettivamente. Ci riesce assai difficile reperire il capitale necessario per l'acquisto del terreno e la realizzazione delle costruzioni oppure per l'acquisto di edifici già esistenti. Per questo l'utilizzazione di questo capitolo difficilmente può recare dei benefici al gruppo etnico sudtirolese, pur avendo noi moltissimi ragazzi di alta montagna che avrebbero estremo bisogno di un soggiorno marino. Proporrei pertanto di studiare pure la possibilità di contribuire per mezzo di crediti o di altre provvidenze a realizzare qualche cosa di concreto in materia, affinchè si possa procedere alla costituzione delle anzidette colonie e utilizzarle adeguatamente in futuro.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Ziller.

ZILLER (D.C.): Mi posso render conto di quanto dice il cons. Wahlmüller, sulla disponibilità di fabbricati per poter ospitare i bambini di lingua tedesca nelle colonie marine. Però io devo ricordare che tutti i bambini di lingua tedesca che fanno richiesta, vengono anche regolarmente accolti nelle varie colonie. C'è la colonia della Charitas a Grado, c'è la colonia con insegnanti di lingua tedesca a Cesenatico della Pontificia, c'è la colonia a Jesolo della Croce Rossa, dove si mandano sempre insegnanti di lingua tedesca, per cui non si può dire che, non disponendo di un numero sufficiente di edifici da adibirsi a colonie, questo vada a danno del gruppo linguistico tedesco. Io sono in grado se occorre, e sarò ben lieto di poter fornire questi elementi al cons. Dr. Wahlmüller, perchè tutti indistintamente i bambini che chiedono di essere ospitati nelle colonie marine, anche del gruppo di lingua tedesca, vengono sempre regolarmente accolti e vengono non soltanto accolti, ma normalmente assistiti da insegnanti vigilatrici del gruppo linguistico tedesco.

PRESIDENTE: La parola al cons. Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Zu diesem Punkt möchte ich sagen, daß gerade das Heim der Caritas in Grado durchaus kein eigenes Heim dieser Einrichtung ist, sondern ein gemietetes, und daß dort die Schwierigkeiten außerordentlich groß sind. Die Caritas in Bozen hat z.B. jährlich einen Beitrag zur Einrichtung angefordert; sie hat das im letzten Jahre nicht mehr getan, und zwar in der Erkenntnis, daß die Miete für dieses Heim jährlich gesteigert wird. Die Miete hat bereits eine Höhe erreicht,

die unerträglich zu werden beginnt, und es ist also zwecklos, in ein Heim, das einem nicht gehört und für das man jährlich mehr und mehr Zins zahlen muß, noch Investitionen hineinzustecken. Auf diese Weise wird dann also auch die Verschickung der Kinder gefährdet. Es wäre also schon notwendig, daß auch für die Kinder der deutschen Volksgruppe — obwohl sie natürlich auch an den Einrichtungen des Roten Kreuzes oder an anderen selbstverständlich teilnehmen können — eigene größere Heime geschaffen werden, die dann einen dauernden Wert haben und auch entsprechend eingerichtet werden können.

(A proposito di questo punto vorrei dire che proprio la colonia della Caritas di Grado non è di proprietà della Caritas stessa. Si tratta di una casa presa in affitto, per la qual cosa le difficoltà esistenti sono particolarmente rilevanti. Ogni anno la Caritas di Bolzano ha sollecitato un contributo per l'arredamento. L'anno scorso vi ha rinunciato dopo aver dovuto riconoscere che il fitto per la colonia diventa di anno in anno sempre più gravoso. L'ammontare dello stesso è in tal modo salito fino ad un punto da rendersi insostenibile ed è per questo anche invano investire in una casa di altri del danaro, per la quale si deve pagare di anno in anno un fitto sempre maggiore. Ma in tal modo viene messo a repentaglio pure l'invio a questa colonia dei bambini. Si rivela pertanto necessario che si faccia qualcosa pure per i bambini di lingua tedesca, realizzando colonie proprie rispondenti alla bisogna, disponendo così di valori permanenti, per i quali vale la pena fare degli investimenti per l'arredamento ecc. Tale esigenza non è sminuita dal fatto che i ragazzi di lingua tedesca possono naturalmente beneficiare anche delle istituzioni della Croce Rossa ed altre.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Il cons. Wahlmüller ha ragione quando fa presente che nel campo delle colonie marine, che sono quelle più importanti per bambini che vivono in una zona di montagna e che mancano quindi di iodio, ci sono scarsissime possibilità in proprio. Il cons. Ziller ha fatto presente perciò che i bambini vengono accolti nella colonia di Grado, nella colonia di Cesenatico « Dodici Stelle », nella colonia di Jesolo della Croce Rossa e poi in un'altra, che ha dimenticato, che è quella S. Vigilio di Cesenatico. Ci sono quattro colonie, una solo per bambini di lingua tedesca, quella di Grado, e altre tre per bambini di lingua italiana, che però accolgono separatamente dei turni di bambini di lingua tedesca. In proprio però non c'è niente, perchè ha ragione di dire che anche la colonia di Grado mette affitti grossi; la colonia di Grado è di proprietà di una società, della quale fanno parte esponenti di lingua tedesca, una società di persone di Bolzano, della quale fanno parte il Dr. Magnago, Amonn e altre persone. Avranno le loro spese, mettono degli affitti un po' alti. So anche che il Presidente della Charitas sta svolgendo delle pra tiche, delle lunghe pratiche per ottenere un pezzo di terreno nella zona di Bibione Marina, chiedendo al demanio dello Stato un terreno per poter costruire, ma che purtroppo non sono ancora potute arrivare a conclusione. Io penso però che si concluderà, perchè sono stati concessi terreni ad altre colonie del Friuli, di Trieste ecc., e so che si sono interessate anche persone del nostro ambiente per poter aiutare nel reperimento di questo terreno. La proposta però, sarà da fare sulla legge 3 dei lavori pubblici; è quella che potrà intervenire. Questo capitolo si limita, come lei ha ben detto, all'attrezzatura, non ha fondi cioè per poter pensare alla costruzione.

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 163, chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: approvato a maggioranza con 7 astensioni.

Cap. 164 - È posto ai voti il cap. 164: approvato a maggioranza con 6 astensioni.

Cap. 165 - È posto ai voti il cap. 165: approvato a maggioranza con 10 astensioni.

Cap. 166 - È posto ai voti il cap. 166: approvato a maggioranza con 8 astensioni.

Cap. 167 - *Per memoria.*

Cap. 195 - È posto ai voti il cap. 195: approvato a maggioranza con 8 astensioni.

Resta adesso l'ultimo Assessorato, l'Assessorato previdenza sociale e sanità. La seduta è rinviata a domani mattina alle ore 9.

(ore 23,30).